

2017

band 5, heft 3

www.zeitschrift-suburban.de

sub \ urban

zeitschrift für kritische stadtforschung

Einführung

Nina Schuster, Stefan Höhne

aufsätze

Mehrgenerationen-
wohnprojekte als neue
Formen der städtischen
Reproduktion?

Susan Schröder, David Scheller

Die ungleiche Geographie
des Elterngelds

Jan Kemper, Andrea Mösgen

debatte

Wie könnte eine nicht-
sexistische Stadt aussehen?

*Dolores Hayden, kommentiert von
Dörte Kuhlmann, Marianne Rodenstein,
Gesa Witthöft, Sandra Huning, Felicitä
Reuschling*

Mit Bourdieu in die Stadt

Replik von Loïc Wacquant

magazin

„We take the risk of hope“

*Nina Fraeser, Sarah Klosterkamp, Juliane
Kühn, Eva Kuschinski, Theresa Martens*

Ein neuer Munizipalismus

Lisa Vollmer

Kassel ohne Athen

Frank Eckardt

rezensionen

Verdammt zum Leben in der
,Rama-Frühstücksfamilie‘

Jana Günther

„Dekolonisieren wir unsere
Köpfe“... und unsere Städte!

Laura Nkula-Wenz

Ghettos, Banlieus und
territoriales Stigma

Anja Schwanhäußer

Sich in der ‚Krise‘ einrichten?

Frank Eckardt

themenschwerpunkt
Stadt der
Reproduktion

Impressum

s u b \ u r b a n . zeitschrift für kritische stadtforschung, 2017, Band 5, Heft 3
ISSN 2197-2567

Redaktion

Kristine Beurskens, Laura Calbet i Elias, Antonio Carbone, Mélina Germes, Nina Gribat, Stefan Höhne, Johanna Hoerning, Jan Hutta, Justin Kadi, Yuca Meubrink, Boris Michel, Carsten Praum, Nikolai Roskamm, Nina Schuster, Lisa Vollmer

Heftkoordination für diese Ausgabe

Jan Hutta, Carsten Praum

Konzeption und Koordination Themenschwerpunkt

Stefan Höhne, Nina Schuster

Autor_innen dieser Ausgabe

Frank Eckardt, Nina Fraeser, Jana Günther, Dolores Hayden, Stefan Höhne, Sandra Huning, Jan Kemper, Sarah Klosterkamp, Juliane Kühn, Dörte Kuhlmann, Eva Kuschinski, Theresa Martens, Andrea Mösgen, Laura Nkula-Wenz, Felicita Reuschling, Marianne Rodenstein, David Scheller, Susan Schröder, Nina Schuster, Anja Schwanhäüßer, Lisa Vollmer, Loïc Wacquant, Gesa Withhöft

Lektorat, Gestaltung, Satz

Joscha-N. Barisch jnb@posteo.de, Theresa George th.george@posteo.de (Lektorat)
Robert Hänsch signtific@jpberlin.de (Satz, Web-Satz), Redaktion (Gestaltung, Web-Satz)

Titelbild

Originalbild von Boris Michel, verändert durch s u b \ u r b a n

Förderung

Der Themenschwerpunkt dieser Ausgabe wurde durch die Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) gefördert.



Rechte

Alle Inhalte der Zeitschrift (d. h. alle Beiträge, die auf der Website von s u b \ u r b a n veröffentlicht sind) stehen unter einer Creative Commons Namensnennung-NichtKommerziell-KeineBearbeitung 3.0 Deutschland Lizenz. Diese Lizenz schützt die Werke der Autor_innen und ermöglicht gleichzeitig ihre nichtkommerzielle Verbreitung. Dies bedeutet, dass die Inhalte vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden dürfen unter den folgenden drei Bedingungen: erstens der Nennung des Namens der Autor_innen und der Zeitschrift s u b \ u r b a n , zweitens unter Ausschluss kommerzieller Nutzung und drittens unter Ausschluss jeglicher Veränderung. In jedem Fall bitten wir bei Weiterverwendung um eine Nachricht an info@zeitschrift-suburban.de.

Verein: Fördermitgliedschaften und Spenden

Die Zeitschrift wird durch sub\urban e.V. getragen. Spenden und Fördermitgliedschaften sind steuerlich absetzbar. Informationen dazu finden sich auf www.zeitschrift-suburban.de.

Kontoverbindung

Kontoinhaber: sub\urban e.V.

Bank: GLS Bank – IBAN: DE03 4306 0967 1172 9139 00 – BIC: GENODEM1GLS

Kontakt

www.zeitschrift-suburban.de – info@zeitschrift-suburban.de

Inhaltsverzeichnis

Schwerpunkt „Stadt der Reproduktion“

	Editorial	5
	Stadt der Reproduktion. Einführung in den Themenschwerpunkt <i>Nina Schuster, Stefan Höhne</i>	9
Aufsätze	Abgesicherte Fürsorge und fürsorgliche Absicherung in Gemeinschaft. Mehrgenerationenwohnprojekte als neue Formen der städtischen Reproduktion? <i>Susan Schröder, David Scheller</i>	23
	Die ungleiche Geographie des Elterngelds. Zur familienpolitischen Reproduktion gesellschaftlicher Ungleichheit <i>Jan Kemper, Andrea Mösgen</i>	43
Debatte	Wie könnte eine nicht-sexistische Stadt aussehen? (1981) Überlegungen zum Wohnen, zur städtischen Umwelt und zur menschlichen Arbeit <i>Dolores Hayden</i>	69
	Nihil sub sole novum – Nichts Neues unter der Sonne <i>Dörte Kuhlmann</i>	87
	Eine Utopie von gestern – Haydens nicht-sexistische Stadt <i>Marianne Rodenstein</i>	93
	Politische Positionierung tut not <i>Gesa Witthöft</i>	101
	Das Wagnis des Spekulierens: Inspirationen aus der nicht-sexistischen Stadt <i>Sandra Huning</i>	109
	Eine feministische Perspektive für Berlin heute <i>Felicita Reuschling</i>	115
	„Wie könnte eine nicht-sexistische Stadt aussehen?“ neu gelesen <i>Dolores Hayden</i>	125
	Mit Bourdieu in die Stadt: Relevanz, Prinzipien, Anwendungen <i>Loïc Wacquant</i>	
	Topos, Raum und Ort bei Bourdieu: Eine Replik <i>Loïc Wacquant</i>	129
Magazin	„We take the risk of hope“. Überlegungen zu akademischer (Reproduktions-)Arbeit im Anschluss an das Vernetzungstreffen „Feministische Geographien“ in Hamburg <i>Nina Fraeser, Sarah Klosterkamp, Juliane Kühn, Eva Kuschinski, Theresa Martens</i>	137
	Keine Angst vor Alternativen. Ein neuer Munizipalismus. Über den Kongress „Fearless Cities“, Barcelona 10./11. Juni 2017 <i>Lisa Vollmer</i>	147
	Kassel ohne Athen: Die documenta 14 zerbricht an ihrer Ortslosigkeit <i>Frank Eckardt</i>	157

Rezensionen

- Verdammt zum Leben in der ‚Rama-Frühstücksfamilie‘
Rezension zu Gisela Notz (2015): Kritik des Familismus.
Theorie und soziale Realität eines ideologischen Gemäldes. 167
Jana Günther
- „Dekolonisieren wir unsere Köpfe“ ...und unsere Städte!
Rezension zu Zwischenraum Kollektiv (Hg.) (2017): Decolonize the City!
Zur Kolonialität der Stadt. Gespräche, Aushandlungen, Perspektiven. 172
Laura Nkula-Wenz
- Ghettos, Banlieues und territoriales Stigma
Rezension zu Loïc Wacquant (2017): Die Verdammtten der Stadt.
Eine vergleichende Soziologie fortgeschrittener Marginalität. 176
Anja Schwanhäußner
- Sich in der ‚Krise‘ einrichten?
Rezension zu Jörg Friedrich, Peter Haslinger, Somon Takasaki und Valentina Forsch
(Hg.) (2017): Zukunft: Wohnen. Migration als Impuls für die kooperative Stadt. 181
Frank Eckardt

Editorial

Liebe Leser_innen,

Postpolitik, Migration, Riots oder Polizei – dies sind einige der Schwerpunkte, die s u b \ u r b a n für die Diskussion einer kritischen Stadtforschung in den Blick genommen hat. All diesen Themen ist gemein, dass sie in der einen oder anderen Weise auf das Krisenhafte unserer urbanisierten kapitalistischen Gesellschaft verweisen – sei es die Krise der politischen Repräsentation, seien es die Krisen von Nationalstaat und Grenzregimes oder die gesellschaftlicher Inklusion und ‚fordistischer‘ Vergesellschaftung. Der Schwerpunkt unserer aktuellen Ausgabe liegt nun auf ‚Stadt der Reproduktion‘, wo der globale Krisenkapitalismus in seinen nordatlantischen Ausprägungen besonders deutlich wird, wie die Diskussion um die ‚Krise der Reproduktion‘ zeigt.

Gesellschaftliche Krisen und Umbrüche mit einem Fokus auf Reproduktion – und insbesondere auf Care Work oder Sorgearbeit – zu betrachten, impliziert, wie es Stefan Höhne und Nina Schuster in der Einführung herausarbeiten, nicht zuletzt eine Fokussierung minorisierten Arbeitens und Raum-Machens von Frauen, Migrant_innen, Queers und rassifizierten Menschen. Denn es sind gerade die vergeschlechtlichten, migrantischen und rassifizierten Formen des Betreuens und Pflegens, des Putzens und Dienstleistens, die in vielfältige Krisendynamiken eingebunden sind. Erhöhen Politiken der Austerität etwa den Bedarf an billigen Sorgearbeitskräften, so setzen militarisierte Grenzen zugleich die oft transnational verfassten Lebensweisen eben dieser Arbeitskräfte massiv unter Druck. Zugleich werden gesellschaftliche Krisen zugespitzt, wenn sich in den vielfältigen Bereichen der Reproduktion gesellschaftliche Kämpfe herausbilden, die neue Formen der Kollektivität, Vernetzung und Transversalität auf den Plan rufen – von den Aktionen der feministisch-situationistischen Precarias a la deriva in Spanien über den Streik der Pflegekräfte an der Berliner Charité-Klinik bis zu den wöchentlichen Treffen der Hongkonger Hausangestellten und Kinderbetreuerinnen, von denen in der Einführung die Rede ist. Zugleich versuchen hegemoniale Akteure beständig, gesellschaftliche Krisen durch prekarisierte

Reproduktionsarbeit zu entschärfen, wodurch die Reproduktion zu einem besonders umkämpften und richtungsweisenden Feld wird.

Wenn wir also die ‚Stadt der Reproduktion‘ ins Zentrum dieses Heftes setzen, so möchten wir nicht lediglich eine ‚Forschungslücke‘ schließen oder einem weiteren ‚innovativen‘ Diskussionsfeld den Weg bereiten. Vielmehr möchten wir stadträumliche Ebenen hegemonialer Reproduktionsdispositive ebenso wie deren Infragestellen sichtbar machen, um damit aus machtkritischer Perspektive zur Entwicklung solidarischer Antworten auf die vielfältigen miteinander verschränkten Krisen unserer Zeit beizutragen. Denn wie diese Krisen, so finden auch politische Kämpfe notwendigerweise in konkreten räumlichen Kontexten statt – nicht zuletzt unter Bedingungen post-industrieller Urbanität. Was bedeutet es etwa, wenn das seit den 2000er Jahren wieder verstärkt diskutierte ‚Recht auf Stadt‘ unter dem Gesichtspunkt der Reproduktion diskutiert wird? Welche Implikationen haben veränderte Verhältnisse des Öffentlichen und Privaten oder des Lokalen und Globalen für das umkämpfte Feld der Reproduktionsarbeit? In welcher Beziehung stehen Prozesse der Gentrifizierung, Finanzialisierung und Ökonomisierung mit gesellschaftlicher Reproduktion und ihrer Prekarisierung?

Um Fragen wie diese zu untersuchen, haben wir in einem Call im Dezember letzten Jahres zur Einreichung von Aufsätzen, Debatten- und Magazinbeiträgen sowie Rezensionen eingeladen. Wir freuen uns, rund ein Jahr später eine große Bandbreite an Beiträgen zur ‚Stadt der Reproduktion‘ – und zum Teil auch darüber hinaus – präsentieren zu können. So widmen sich Susann Schröder und David Scheller in ihrem Aufsatz „Abgesicherte Fürsorge und fürsorgliche Absicherung in Gemeinschaft“ neuen Organisationsformen der Vergemeinschaftung innerhalb von Mehrgenerationenwohnprojekten. Wie gemeinschaftliche Fürsorge in den drei untersuchten Projekten täglich aufs Neue verhandelt wird, steht im Zentrum ihrer Analyse. Im zweiten Aufsatz „Die ungleiche Geographie des Elterngelds“ gehen Jan Kemper und Andrea Mösgen der Frage nach, welche – räumlichen – Ungleichheitseffekte das im Jahr 2007 eingeführte einkommensabhängige Elterngeld nach sich zieht.

Mit „Wie könnte eine nicht-sexistische Stadt aussehen?“ von Dolores Hayden dient uns ein Klassiker der feministischen Stadtforschung als Ausgangspunkt für die Debatte zum Themenschwerpunkt. Der Text erschien erstmals 1980 und wurde dem deutschsprachigen Raum ein Jahr später in gekürzter Form durch die Zeitschrift ARCH+ zugänglich gemacht. In dieser Ausgabe der s u b \ u r b a n erscheint er nun zum ersten Mal in ungekürzter Übersetzung. Auch Hayden diskutierte bereits neue Organisationsformen der Vergemeinschaftung im Bereich Wohnen sowie damit verknüpft neue Verteilungsformen der Sorgearbeit. Mit Dörte Kuhlmann, Marianne Rodenstein, Gesa Witthöft, Sandra Huning und Felicita Reuschling ist es uns gelungen, fünf feministische Stadtforscherinnen zu gewinnen, die den in der Vergangenheit immer wieder kontrovers diskutierten Essay aus heutiger Perspektive kommentieren. Im Anschluss verortet Hayden ihren Beitrag im Lichte der seit der ursprünglichen Veröffentlichung geführten Diskussion. Außerhalb des Themenschwerpunkts erscheint Loïc Wacquants Replik auf die Kommentare, die sein Text „Mit Bourdieu in die Stadt“ im letzten Heft angestoßen hatte. Wacquant folgt darin vielen Impulsen aus den Kommentaren und erneuert sein Plädoyer für eine breite Orientierung an Bourdieus

herrschaftssoziologischer Forschungsperspektive in der Stadtforschung – und letztlich auch für die Weiterentwicklung seiner analytischen Kategorien in Bezug auf räumliche Verhältnisse.

Das Magazin wird mit dem Beitrag zum Themenschwerpunkt „We take the risk of hope – Überlegungen zu akademischer (Reproduktions-)Arbeit“ von Nina Fraeser, Sarah Klosterkamp, Juliane Kühn, Eva Kuschinski und Theresa Martens eröffnet, in dem sie – aufbauend auf dem Vernetzungstreffen „Feministische Geographien“ in Hamburg – die Universität als Ort der Reproduktion reflektieren. Darüber hinaus diskutiert Lisa Vollmer in „Keine Angst vor Alternativen. Ein neuer Munizipalismus“ außerhalb des Themenschwerpunkts, inwiefern es munizipalistischen Bewegungen gelingen kann, eine neues Verhältnis zwischen kommunalen Regierungen und sozialen Bewegungen zu schaffen. Dabei dient ihr der Kongress „Fearless Cities“ als Aufhänger, bei dem im Juni dieses Jahres verschiedenste europäische Aktivist_innen in Barcelona zusammengekommen sind, um sich über ihre Ideen zu und Erfahrungen mit einem neuen Munizipalismus auszutauschen. Schließlich blickt Frank Eckardt in „Kassel ohne Athen“ auf die documenta 14 und kritisiert ihren Umgang mit den lokalen Gegebenheiten der Stadt Kassel, die der Kunstveranstaltung – im Vergleich zu vorangegangenen Ausstellungen – lediglich als Bühne gedient habe.

Mit ihrer Rezension „Verdammt zum Leben in der ‚Rama-Frühstücksfamilie““ vervollständigt Jana Günther die Beiträge zum Themenschwerpunkt. Ausgangspunkt ist die Streitschrift „Kritik des Familismus“ von Gisela Notz, in der die Entwicklung des bundesdeutschen Familienbilds reflektiert wird. Darüber hinaus fordert Laura Nkula-Wenz in ihrer Rezension zu „Decolonize the City!“ des Zwischenraum Kollektivs dazu auf, nicht nur unsere Städte, sondern auch unsere Köpfe zu dekolonisieren. Anja Schwanhäußer schlägt einen weiteren Bogen zu Wacquant, indem sie seine vielbeachtete Studie „Urban Outcasts“ aus dem Jahr 2008 in ihrer gerade erschienenen deutschsprachigen Übersetzung rezensiert. Und auch Eckardt begegnet uns ein zweites Mal: In seiner Rezension „Sich in der ‚Krise‘ einrichten“ stellt er die (Entwurfs-)Vorschläge zum Thema Architektur und Geflüchtete aus dem Team rund um Jörg Friedrich zur Diskussion.

Mit den Beiträgen zum Themenschwerpunkt ist das Thema ‚Stadt und Reproduktion‘ mitnichten abgeschlossen. Wir freuen uns weiterhin über Einreichungen, die an die hier angestoßenen Debatten anknüpfen.

Viel Spaß beim Lesen wünscht wie immer
die s u b \ u r b a n-Redaktion

Kristine Beurskens, Laura Calbet i Elias, Antonio Carbone, Mélina Germes, Nina Gribat, Johanna Hoerning, Stefan Höhne, Jan Hutta, Justin Kadi, Yuca Meubrink, Boris Michel, Carsten Praum, Nikolai Roskamm, Nina Schuster und Lisa Vollmer



Stadt der Reproduktion

Einführung in den Themenschwerpunkt

Nina Schuster
Stefan Höhne



Abb. 1 Kinder-
mädchen und Haus-
angestellte unter der
HSBC Bank in Hong
Kong.[1]

Das abgebildete Foto zeigt eine Situation, die mittlerweile zum typischen Straßenbild Hong Kongs an einem Wochenende gehört. An jedem Sonntagmorgen wird die sonst vielbefahrene Charter Road für den Verkehr gesperrt und auch der Platz unter dem hier gezeigten Bankgebäude geräumt, die Zugänge werden abgeriegelt und die Rolltreppen außer Funktion gesetzt. Statt des sonst üblichen Verkehrs versammeln sich hier bereits im Morgengrauen tausende von Kindernädchen und Hausangestellten. Schätzungen zufolge arbeiten mittlerweile mehr als 300.000 dieser überwiegend aus Indonesien oder den Philippinen stammenden Frauen in Hongkonger Familien und wohnen für gewöhnlich auch bei ihnen (Boersma 2016). Sonntags allerdings ist ihr einziger freier Tag in der Woche. An diesem Tag ist es ihnen meist verwehrt, sich an ihren Arbeits- und Wohnstätten aufzuhalten. Sie treffen einander stattdessen an (halb-)öffentlichen Plätzen wie dem oben gezeigten – zu jeder Jahreszeit und bei jedem Wetter. Hier picknicken sie, tauschen sich aus, musizieren, spielen oder skypen mit ihren Familien zuhause, die sie

oftmals schon seit Jahren nicht mehr besuchen konnten. Dies ist einer der wenigen Momente, in denen diese Arbeiterinnen im städtischen öffentlichen Raum überhaupt als Gruppen sicht- und wahrnehmbar werden.

Selten versammeln sich in den Städten die Arbeiter_innen der Reproduktionssphäre in dieser oder ähnlicher Weise. Ihre Arbeitszeiten und -formen haben meist keinen gemeinsamen Rhythmus; auch die Bedingungen, unter denen sie arbeiten, können sich stark unterscheiden, sind also oft äußerst individualisiert. Darüber hinaus haben Hausangestellte und Kindermädchen in vielen Familien einen relativ schwierigen Stand, nicht nur wegen der engen Abhängigkeit von ihren Arbeitgeber_innen. Die Tätigkeit in einem Privathaushalt zur Versorgung von Kindern und für das Erledigen von Hausarbeit nutzen nicht wenige Arbeitgeber für sexuelle Übergriffe auf die Hausangestellten. Viele der Frauen haben längst begonnen, sich gegen die Willkür in ihren Arbeitsverhältnissen zu organisieren. Aufgrund deren Vielgestaltigkeit und Undurchsichtigkeit ist es jedoch nicht einfach, sich zu solidarisieren und Ansatzpunkte für gemeinsames politisches Agieren zu finden.

Unsichtbarkeiten

Sowohl im öffentlichen Diskurs als auch in der wissenschaftlichen Forschung werden die Arbeitsverhältnisse von Hausfrauen und Hausangestellten, Pfleger_innen und Erzieher_innen, aber auch Fragen der Organisation und die Voraussetzungen von Reproduktionsarbeit, selten fokussiert. Mit dem aktuellen Themenschwerpunkt richtet s u b \ u r b a n den Blick auf diesen Bereich, der bislang in der kritischen Stadtforschung, mit Ausnahme der feministischen Stadtforschung, weitestgehend marginalisiert ist. Diese Leerstelle sagt bereits viel darüber, was meist mitgedacht wird, wenn über Stadt gesprochen und geforscht wird, und was nicht: Es werden zwar politische und ökonomische Prozesse thematisiert, aber oft ausgeblendet, dass damit soziale Praktiken verbunden sind, die auf den ersten Blick weit entfernt zu sein scheinen von ‚Politik‘ und ‚Ökonomie‘.

Wir gehen mit diesem Themenschwerpunkt jedoch davon aus, dass soziale Praktiken der gegenseitigen Versorgung und Fürsorge der Menschen in ihrem alltäglichen Miteinander sowohl für Politik und Ökonomie, als auch für die Stadt und ihre Bewohner_innen zentrale Bedeutung haben. Nicht zuletzt betreffen sie auch Fragen des alltäglichen Umgangs mit denjenigen, die sich noch nicht oder nicht mehr selbst versorgen können.

Unter dem nüchternen Begriff der Reproduktionsarbeit werden seit Marx gemeinhin alle Tätigkeiten gefasst, die auf die Herstellung und Aufrechterhaltung der Arbeitskraft und damit auf die Regeneration des Körpers und der Psyche gerichtet sind. Dazu können unter anderem Haus- und Familienarbeit, Sexualität sowie die Pflege von Alten, Kranken und Kindern gezählt werden. Während ein Teil des Reproduktionsbereichs, also Schulbildung, Weiter- und Ausbildung sowie die Versorgung mit Wohnraum, im Fordismus weitgehend vom lokalen Staat übernommen worden ist (Cockburn 1977, Bauhardt 1995: 45ff.), wurde und wird ein Großteil der sonstigen Reproduktionsarbeit in der kapitalistischen Moderne von Frauen geleistet sowie entweder gar nicht oder nur sehr schlecht entlohnt. Darauf, sowie auf die Naturalisierung dieser Tätigkeiten als ‚Frauenarbeit‘, haben

feministische Autor_innen seit den 1970er Jahren immer wieder hingewiesen (u. a. Hausen 1976, Dietzen 1993: 113ff.). Ein breiter Diskurs zur räumlichen Dimension der Reproduktion und deren räumlichen Mechanismen, der insbesondere auch die Leitdifferenz Öffentlich/Privat oder die Prozesse in der nachfordistischen Phase analysieren würde, scheint jedoch bislang weitgehend zu fehlen.

Dabei ist doch gerade die Stadt auch Reproduktion, im engsten Sinne des Wortes: der Abwasch, die Wäsche und der Einkauf; in verschiedenen Konstellationen des Wohnens; Kindern vorlesen, sie zur Kita oder zur Schule begleiten und wieder abholen; Essen zubereiten (lassen) und Mahlzeiten einnehmen; Unterstützung geben und bekommen; Kranke und Alte versorgen und betreuen; Kinder zum Sport begleiten; gemeinsam oder individuell den Körper beanspruchen, sich entspannen und schlafen; Tote betrauern und beerdigen. *Das Private ist eben politisch*, weil sich in den verschiedenen individuellen Lebensmustern gemeinsame, also gesellschaftlich bedingte Muster zeigen lassen.

Diese Perspektive ist im Mainstream der gesellschaftlichen Diskurse allerdings bemerkenswert selten. Das mag vielleicht auch daran liegen, dass die Zusammenhänge von stadtraumbezogenen Prozessen und sozialen Praktiken der Reproduktionsarbeit meist schwer zu durchschauen sind. Und oftmals scheinen sie vielleicht allzu alltäglich und banal. Eine wichtige Rolle spielt zudem, dass die Arbeiten und Tätigkeiten, um die es hier geht, gesellschaftlich geringe Wertschätzung erhalten und dem ‚Privaten‘ zugeordnet werden, wobei möglichst wenig Aufhebens um sie gemacht werden soll. Auch wenn diese vielfältigen Tätigkeiten konstitutiv für die gesellschaftliche Ordnung sind und die kapitalistische Lohnarbeit elementar auf der reproduktiven Arbeit aufbaut, wird diese doch selten als Arbeit anerkannt, denn sie soll klassischerweise möglichst unentgeltlich und ‚aus Liebe‘ geschehen. Äußerst gering ist demzufolge auch die Entlohnung von Reproduktionsarbeit im ‚sozialen‘, ‚pflegerischen‘ und Reinigungs-Sektor, die überwiegend von Migrantinnen und Frauen, die der Unterschicht zugerechnet werden, verrichtet wird.

Das ‚Private‘ wird also offenbar nach wie vor als Gegenpol des ‚Öffentlichen‘ und somit auch des Städtischen konzeptualisiert. Aktuelle Bestrebungen, dies auf die politische Tagesordnung zu bringen und für eine bessere Entlohnung und höhere Wertschätzung dieser unverzichtbaren gesellschaftlichen Arbeitsbereiche zu kämpfen, sind jedoch nicht primär auf das Engagement von Gewerkschaften zurückzuführen, sondern vor allem auf feministische Kämpfe. Letztere verbinden eine grundlegende Kritik an der vergeschlechtlichten Arbeitsteilung mit der an der Geringschätzung der Reproduktionsarbeit (Holland-Cunz 1993, Fraser 1996). Queere Positionen haben darüber hinaus die Heteronormativität kritisiert, die mit der Zweiteilung Öffentlich/Privat verbunden ist. Heterosexuell geprägte Normen legen fest, welche Praktiken in welcher Sphäre stattzufinden haben, und welche nicht: Während Intimitäten, Familie, Emotionales und insbesondere die Sexualität dem privaten Bereich zugeordnet werden, fallen dem öffentlichen Bereich Politik, (Erwerbs-)Arbeit und das Rationale zu (Valentine 1996).

Im Zuge der Etablierung kapitalistischer Raumorganisationen samt der Leitdifferenz von Privat und Öffentlich wurde so ein wesentlicher Teil der Reproduktionsarbeit von der Sphäre der Produktion getrennt. Dies und ihre fehlende Anerkennung haben entscheidend zur ‚Unsichtbarkeit‘

und Marginalisierung der Reproduktionsarbeit beigetragen. Derzeit lassen sich jedoch auch gegenläufige Entwicklungen beobachten: So löst sich die strikte Trennung von Produktions- und Reproduktionsbereich durch die ‚Entgrenzung der Arbeit‘ teilweise wieder auf, allerdings ohne dass es zu einer Aufwertung der Reproduktionsarbeit käme. Stattdessen sind die institutionalisierten und entlohnten Formen von Reinigungs- und Sorgearbeit – nicht zuletzt in den ‚weißen Fabriken‘ (Wildcat 1988), das heißt in den Kliniken, Pflegeheimen und Kinderbetreuungseinrichtungen – oftmals besonders prekär und marginalisiert. In diesen Arbeitsfeldern sind gerade Migrant_innen und Women of Color überdurchschnittlich stark vertreten und besonders von Ausbeutung betroffen. Auch hier sind heterogene Lebenslagen anzutreffen, sprich eine Spaltung der Migration und der Migrant_innen, nicht zuletzt anhand der Kriterien: gebildet/ungebildet, legalisiert/illegalisiert (Butterwegge 2009: 10).

So unsichtbar, wie diese Tätigkeiten im Alltag oftmals sind, so unmerkelt sind sie auch in weiten Teilen der Sozial- und Kulturwissenschaften geblieben. Zudem kann die Sphäre der Reproduktion nicht nur als blinder Fleck klassisch marxistischer Analysen gelten, sondern auch der kritischen Stadtforschung. Dies betrifft neben David Harvey, Neil Smith und zahlreichen anderen auch Henri Lefèbvre, dessen Diktum, dass die Stadt unsere Fabrik sei, übersieht, dass die urbanen Zentren nicht nur wichtige Sphären der Produktion, sondern auch der Reproduktion sind. Marxistische (Stadt-)Forschung hat sich kaum für die Frage interessiert, welchen Einfluss Reproduktionsarbeit auf die Räume des Urbanen hat und wie städtische Strukturen und Kulturen die Praktiken und Vergesellschaftungsformen der Reproduktion prägen. Dieser Befund gilt allerdings nicht vollständig. So hat beispielsweise Manuel Castells (1977) versucht, die fordistische Stadt als zentrale Einheit in der Reproduktion der Arbeitskraft zu bestimmen. Hier wird infolge einer Art historischen Kompromisses die soziale Infrastruktur für diese Reproduktion auf der städtischen Ebene von staatlichen Institutionen bereitgestellt, während die Unternehmen primär die Produktion organisieren. Aus dieser Perspektive kommen Stadtquartiere, ebenso wie Kindergärten und Schulen, Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen, nun zwar als bedeutende Teile der urbanen Reproduktionssphäre in den Blick. Allerdings fehlt hier der große Bereich der nicht institutionalisierten Sorge- und Pflegearbeit, die in den Privathaushalten getätigt wird. Ebenso wenig spielen öffentliche Orte für Erholung und Freizeit wie Parks oder kommerzielle Orte wie Wellnessoasen, Diskos oder Fitness-Studios in Castells‘ dualisiertem Konzept eine Rolle.

Reproduktion und feministische Stadtforschung seit den 1970er Jahren – ein Überblick

In Abgrenzung zur marxistischen Definition der Reproduktionsarbeit hat die feministische Theoriebildung ihren eigenen Reproduktionsbegriff entwickelt (Bauhardt 1995: 52). Sie hat damit die Bedeutung von unbezahlter Haus- und Sorgearbeit, weitgehend von Frauen verrichtet, für die Reproduktion der Arbeitskraft herausgearbeitet. Die marxistische Theorie hatte dagegen bislang angenommen, dass diese unbezahlte Arbeit „ohne Bedeutung für die kapitalistische Produktion sei“ (ebd.: 50). Seit den 1970er Jahren

kämpfen Feministinnen für die Wahrnehmung der Themen, Probleme und Lebenswelten, die viele Frauen gemeinsam haben bzw. hatten. Dabei wird insbesondere die Gewalt an Frauen thematisiert, sowohl in Ehe und Familie als auch im öffentlichen Raum, und die ihnen häufig verweigerte Selbstbestimmung über ihren Körper (z. B. durch das Abtreibungsverbot in der BRD, vgl. die Kämpfe um den Paragraphen 218). Kritisiert wurde durch die Neuen Frauenbewegungen seit den 1960er und 1970er Jahren auch die Diskriminierung lesbischer Lebensweisen sowie die patriarchal strukturierte Zuweisung der Rolle der Ehefrau, Hausfrau, Mutter und Pflegende an heterosexuelle Frauen, die zum Beispiel ohne die Erlaubnis ihrer Ehemänner keiner Erwerbsarbeit nachzugehen und in finanzieller Abhängigkeit von ihren Männern zu leben hatten. In Abgrenzung von tradierten Geschlechterzuschreibungen und den durch sie eingeschränkten Entfaltungsmöglichkeiten von Frauen ging es um die Befreiung der Frauen von der Bevormundung und Abhängigkeit von Männern (vgl. u. a. Sander 1968, Hausen 1976). Daran anschließend begannen Feministinnen, Geschlecht als sozial konstruiert zu diskutieren (vgl. u. a. Kessler/McKenna 1978, West/Zimmerman 1987).

Mit der festgestellten fehlenden Wahrnehmung der Lebensumstände vieler Frauen in Gesellschaft und Politik verbinden feministische Aktivist_innen und Stadtforscher_innen seit den späten 1980er Jahren eine kritische Perspektive auf die Stadt. Diese betont vor allem, dass sich in städtischen Strukturen und den Hierarchien städtischer Räume gesellschaftliche Hierarchien widerspiegeln. Damit wurde auch die räumliche Organisation von vergeschlechtlichten Reproduktionsstrukturen kritisch analysiert. Innerhalb verschiedener wissenschaftlicher Disziplinen wie der Stadtsoziologie, der Stadtplanung und der Architektur begannen Feministinnen, sowohl in US-amerikanischen als auch in verschiedenen westeuropäischen Kontexten, auf die Zusammenhänge zwischen sozialen und räumlichen Verhältnissen hinzuweisen, insbesondere auf die von Geschlecht und gebautem Raum (Hayden 1983, Rodenstein 1994, Dörhofer/Terlinden 1998, für einen Überblick vgl. Becker 2010). So wurden beispielsweise das Leitbild der ‚autogerechten Stadt‘ und die Funktionstrennung in vielen europäischen Städten der Nachkriegszeit kritisiert. Als Alternative wurde unter anderem eine Rückkehr zu einer „Stadt der kurzen Wege“ gefordert (Bauhardt 1995).

Viele Frauen in Europa verfügten in den 1970 und 80er Jahren weder über ein Auto noch über einen Führerschein. So mussten die zahlreichen Wege, die Frauen in ihrem Alltag zurückzulegen hatten, meist zu Fuß, mit dem Fahrrad oder mit öffentlichen Verkehrsmitteln bewältigt werden: von Kinderbringen und -abholen über Einkäufe, Arztbesuche und weitere Versorgungstätigkeiten. Insbesondere für die Frauen der Mittelschichten, die häufig in suburbanen Wohngebieten oder städtischen Randlagen lebten, waren gerade diese Formen der Fortbewegung ja gar nicht vorgesehen; der ÖPNV war schlecht ausgebaut, Fuß- und Fahrradwege fehlten und machten außerdem durch viel zu große Entfernungen zu den verschiedenen Versorgungsinfrastrukturen auch keinen Sinn.

Susanne Frank weist allerdings bezüglich der US-amerikanischen *suburbs* darauf hin, „dass gerade Suburbias Geschlechtscharakter bzw. die Geschlechterbilder und Geschlechterrollen, auf denen es aufruhte und die

es seinerseits prägte, niemals unumstritten, sondern vielmehr Gegenstand von teils erbitterten Aushandlungs- und Deutungskämpfen waren und sind“ (Frank 2005: 103; vgl. auch Frank 2003: 276ff.), und zwar schon in der frühen Phase ihrer Etablierung zu Beginn des 20. Jahrhunderts. In Suburbia habe sich schon früh der „stadt- und zeittypische *gender trouble*“ (Frank 2003: 298, Hervorh. i. Orig.), also eine Auseinandersetzung um geschlechtsspezifische Rollenmuster, fortgesetzt, wenn auch in anderen Erscheinungsformen als in den Städten. Jahrzehnte später, in den 1960er Jahren, wurde Suburbia immer stärker als Ort der „eingesperrten“, isolierten, gelangweilten und vereinsamten Haus- und Ehefrau kritisiert (ebd.: 317ff.). Selbst wenn sich hier auch emanzipatorische Praktiken zeigten, wie beispielsweise die auch von nichtweißen, geschiedenen oder ärmeren Frauen genutzten Chancen, sich durch den Vertrieb von Tupperware selbstständig zu machen, blieben diese meist individualisiert oder kurzlebig (Clarke 2001). Dies wurde vor allem mit den herrschenden, durch die suburbane Lebensform propagierten, Geschlechterrollen in Verbindung gebracht (Frank 2003: 319) und früh von Betty Friedan (1966 [1963]) als Suburbias „Weiblichkeitswahn“ kritisiert.

Basierend auf dieser Kritik begannen feministische Wissenschaftlerinnen sich nun auch aktiver als bisher in die Prozesse der Konzipierung städtischer Räume in den jeweiligen Disziplinen einzubringen, zum Beispiel in Zeitschriften und entsprechenden fachlichen Interventionen oder durch die Gründung feministischer Gruppen und Arbeitskreise wie „Frauen formen ihre Stadt“ (Bonn), „Frau Steine Erden“ (Westberlin) und „FOPA e. V.“ (u. a. Dortmund, Frankfurt/Main, Berlin). Ins Zentrum stellten sie die Kritik an den bestehenden gesellschaftlichen Hierarchien, welche die patriarchale Ordnung in den gebauten Raum einschreiben und so verfestigen.

An diese Kritik anschließend wurden seither zahllose, zum Teil radikale, zum Teil reformerische Gegenpositionen und utopische Entwürfe formuliert und teilweise auch in die Praxis umgesetzt. Ziel war es, durch feministische Perspektiven in wissenschaftliche Diskurse ebenso wie in Planungsprozesse zu intervenieren. Denn in beiden Bereichen waren bis dahin die Perspektiven von Frauen und eine Aufmerksamkeit für deren damals typische Lebensumständen überhaupt nicht vertreten: ihre Zuständigkeiten für Kindererziehung und -versorgung, für das Reinigen und Instandhalten im Haushalt, das Heranschaffen und die Zubereitung von Lebensmitteln (auch deren Produktion im eigenen Garten und das Haltbarmachen) sowie für die Versorgung und Pflege kranker und nicht mehr selbständiger Angehöriger. Die eklatante Absenz dieser Tätigkeiten in der akademischen Forschung wie auch in den legitimierten Wissensarchiven stellt auch Frigga Haug (2001) nach ihren Recherchen zum Konzept der Hausfrau für das *Historisch-kritische Wörterbuch des Marxismus* heraus:

„Die Allgegenwärtigkeit der H[ausfrau] steht in scharfem Kontrast zu ihrer Abwesenheit in den Archiven begrifflichen Wissens. Eine Suche in 15 Handwörterbüchern und Lexika ergab: es gibt zumeist nicht einmal das Stichwort im Register, geschweige denn einen eigenen Artikel. Das gilt gleichermaßen für historische Wörterbücher [...] wie für ökonomische, philosophische oder soziologische.“ (Haug 2001: 11-96; Ergänzung: NiS/SH).

Intersektionalitäten

Feministische FrauenLesbengruppen und mit ihnen verbundene Akteurinnen in Wissenschaft, Planung und Architektur trugen mit ihrer kämpferischen Feststellung: „Das Private ist politisch!“ dazu bei, dass diejenigen Lebensbereiche und Praktiken, die im hegemonialen Diskurs als privat verhandelt wurden, stärker als bisher als Bereiche wahrgenommen werden, die Ausdruck patriarchaler gesellschaftlicher Strukturen und Machtverhältnisse sind. In Folge des dafür wesentlichen Erfahrungsaustauschs konnten feministische Gruppen Probleme, die bislang als individuelle wahrgenommen worden waren, nun als gemeinsame thematisieren und die so entstehenden feministischen Positionen und konkreten Forderungen in politische Debatten einbringen (Schuster 2016).

Doch wer waren damals und sind heute eigentlich ‚Frauen‘? Durch die Interventionen von *Women of Color* und Migrantinnen seit den 1980er Jahren und ihre neuen theoretischen Reflexionen wurde das Sprechen über ‚Frauen‘ hinsichtlich der Hierarchien *zwischen* Frauen nach Klasse und *Race* differenziert und teilweise auch ent-essenzialisiert. Aktivistinnen und Autorinnen wie z. B. Audre Lorde (1983), Katharina Oguntoye, May Opitz, Dagmar Schultz (Oguntoye/Opitz/Schultz 1986) und bell hooks (1990) wiesen bereits früh auf die nicht nur klassistischen, sondern auch rassistischen Strukturen in westlichen Gesellschaften hin (hier insbesondere: der BRD und der USA). Sie betonen, dass sich diese nicht zuletzt in der Ausblendung Schwarzer Positionen im Feminismus weißer Frauen zeigt. Im Hinblick auf die Diskurse zu Reproduktionsarbeit erhielt die Frage nach Differenzierungsprozessen eine deutliche Brisanz. Diese Interventionen hatten und haben bis heute den Effekt, dass auch die Trennungen und Differenzen *zwischen* Frauen unterschiedlicher sozialer Positionierungen in den Fokus gelangen. Solche „Achsen der Differenz“ (Klinger/Knapp 2005) wurden zwar auch durch weiße Feministinnen ausgemacht und werden seit den 2000er Jahren prominenter im Konzept der Intersektionalität diskutiert.

Allerdings bleiben im feministischen Diskurs bis heute Hierarchisierungen bezüglich der sozialen Positionen und Rezeptionsweisen erhalten. Hier ist vor allem die Schräglage zwischen akademischem Feminismus und Bewegungsfeminismen zu nennen, die einher geht mit einer besonderen Berücksichtigung bürgerlicher Frauenperspektiven gegenüber denen von Frauen unterer sozialer Klassen. Problematisch ist auch die Privilegierung heterosexueller gegenüber lesbischen und trans-Positionen und weißen gegenüber Schwarzen Perspektiven. Mittlerweile haben verschiedene Studien das Ineinandergreifen verschiedener Differenzkategorien untersucht, beispielsweise inwiefern weiße Mittelschichtsfrauen und männer migrantische Haushaltshilfen, Pfleger_innen und Nannys nutzen, um von den Aufgaben der Reproduktionsarbeit entbunden zu sein und in stärkerem Maße selbst einer Erwerbsarbeit nachgehen zu können, was ihre eigene, privilegierte soziale Lage stabilisiert und rassistische Gesellschaftsstrukturen stützt (Castro Varela 2003, Lutz 2007; 2008, Hess 2009).

Krise und Ökonomisierung der Reproduktion?

Die Ökonomisierung der Reproduktionssphäre zeigt sich unter anderem in der zunehmenden Sichtbarkeit dieser Tätigkeiten, da diese nun aus dem Privaten in die öffentliche Sphäre verlagert werden. Besonders deutlich wird sie zudem in der starken Zunahme von oftmals informell wie prekär Beschäftigten in diesem Feld. Als Dienstleister_innen arbeiten sie beispielsweise in mobilen Pflegediensten, als Nannys und Tagesmütter bzw. väter, in der Betreuung Alter, Kranker und Behinderter sowie als Sexarbeiter_innen oder als Reinigungskräfte für private Haushalte, Unternehmen und öffentliche Einrichtungen. Da insbesondere in der Sorgearbeit Fachkräfte fehlen, auch aufgrund schlechter Entlohnung und unattraktiver Schichtarbeit, richtet sich die staatliche Migrationspolitik zunehmend auf Arbeitskräfte aus dem Ausland, die die Sorgearbeit der ‚alternden Gesellschaft‘ übernehmen sollen. Vor allem die sozial-pflegerischen Formen der Kommodifizierung der Reproduktion werden als „Care-Work“ (England 2005) oder „Affective Labour“ (Batnitzky/McDowell 2011) problematisiert – allerdings selten im Hinblick auf die räumliche oder städtische Organisation. Dies mag erstaunen, sind es doch gerade die Städte, die als Labore und Motoren dieser Entwicklungen gelten können. Gerade hier artikulieren sich neue Anforderungen, aber auch Einschränkungen und Rassismen, ebenso wie Formen kollektiver Auseinandersetzung und des Widerstands. Dies zeigt sich beispielsweise in der Zunahme individueller Lösungsstrategien, wie der Anstellung von Nannys, Reinigungskräften oder der Nutzung von Lieferdiensten und kleiner Dienstleister_innen aller Art. Zugleich formieren sich hier auch verstärkt kollektive Initiativen, wie neue nachbarschaftliche Organisationen, Initiativen und Institutionen oder auch Tauschringe, ‚Neue Nachbarschaften‘, Demenzcafés, selbstorganisierte geteilte Kinderbetreuung, Mütterzentren und vieles mehr. So hat sich weit über den sozial-pflegerischen Bereich hinaus vor allem in den Ländern des globalen Nordens längst ein neues, prekariisiertes ‚Dienstleistungsproletariat‘ herausgebildet, das für Reproduktionsarbeit im umfassenden Sinn zuständig ist. Die zahlreichen lebensnotwendigen Arbeiten wie die Essenszubereitung und anlieferung, das Wäschewaschen, Bügeln, Putzen, Pflegen, Reparieren und anderes mehr werden dabei zunehmend an prekariisierte Dienstleister_innen ausgelagert, viele von ihnen zugewandert.

Diese Phänomene wurden in den späten 1990er Jahren schon einmal thematisiert (Bock/Heeg/Rodenstein 1997) und werden aktuell wieder vor allem in queer/feministischen Zusammenhängen als ‚Krise der Reproduktion‘ und ‚Care-Revolution‘ diskutiert (vgl. Federici 2012 und die folgenden Bände der Reihe *kitchen politics. queerfeministische interventionen* sowie Winker 2015). Ausgelöst wird diese Krise nicht nur durch die Erosion staatlicher Versorgungs- und Fürsorgeinstitutionen im Zuge der Durchsetzung neoliberaler bzw. post-fordistischer Austeritätspolitik (Fraser 2016), sondern auch durch den Wandel fordistisch-patriarchal organisierter Familienstrukturen, Solidarformen und Werte (Haug 2008). Während sich deren klassische Formen einerseits auflösen oder auflockern, andererseits aber auch retraditionalisieren, lässt sich eine Vielzahl neuer (und nicht ganz so neuer) Gemeinschaftsstrukturen beobachten, wie zum Beispiel Regenbogenfamilien

und (mehrgenerationale) Wohngemeinschaften. Diese orientieren sich nicht mehr zentral am heteronormativen Modell der Kleinfamilie, sondern bilden oftmals neue Fürsorge-Gemeinschaften. Ebenso mehren sich die Anzeichen für eine eskalierende Krise gesellschaftlicher Reproduktion, die aus dem sich verschärfenden Widerspruch zwischen den Reproduktionskosten von Arbeit und der Maximierung von Profit erwächst (Winker 2015). Zugleich wird nunmehr von den Individuen erwartet, sich den sich rasch wandelnden Bedingungen flexibel anzupassen und dementsprechend stets an der Selbstoptimierung zu arbeiten (Boltanski/Chiapello 2003).

Wohnen in der Stadt der Reproduktion

Das Wohnen spielt in dieser Perspektive eine vielschichtige Rolle. War die Wohnung in vielen kapitalistisch geprägten (anders als in den sozialistisch geprägten) Gesellschaften über Jahrzehnte eine wichtige, aber auch ambivalent zu bewertende Sphäre der Reproduktionsarbeit, die die Reproduktionsarbeiterin stark isolierte, gerät diese gesellschaftliche Sphäre mittlerweile stark unter Druck – nicht nur aufgrund der Entgrenzung von Arbeit und der Erosion traditioneller Geschlechterarrangements. Die Finanzialisierung der Wohnungsmärkte (Heeg 2013) und die derzeitige Wohnungs- und Sozialpolitik, die soziale Ungleichheiten verstärkt und zementiert, erzeugen für immer mehr Menschen entscherte Wohnverhältnisse. Wohn- und Kommuneprojekte sind seit den 1970er Jahren bis heute Experimentierfelder, deren Bewohner_innen große Anstrengungen machen, (Reproduktions-)Arbeit anders zu verteilen und neu zu bewerten (zu Frauenwohnprojekten vgl. z. B. Becker 2006).

Beiträge des Themenschwerpunkts

Welche Strategien gemeinschaftlicher Fürsorge in Wohnprojekten sich in Reaktion auf die Veränderungen sowohl in den Geschlechterverhältnissen als auch im Zusammenhang mit der zunehmenden Erwerbsarbeitsbeteiligung vieler Frauen herausbilden, zeigen in unserem Themenschwerpunkt Susan Schröder und David Scheller in ihrem Aufsatz „Abgesicherte Fürsorge und fürsorgliche Absicherung in Gemeinschaft – Mehrgenerationenwohnprojekte als neue Formen der städtischen Reproduktion?“. Sie beleuchten Projekte des Mehrgenerationenwohnens, deren Bewohner_innen einen alltagspraktischen Umgang mit der Prekarisierung von Arbeit und Leben suchen und dabei auch neue Organisationsformen der Vergemeinschaftung städtischer Reproduktion erproben. Anhand dreier sehr unterschiedlicher Projekte analysieren die Autor_innen aus feministischer Perspektive sowohl die emanzipativen Potentiale als auch die Ambivalenzen kollektiver Wohnformen. Sie zeigen, dass diese fürsorglichen Nachbarschaften immer wieder Fragen von alltäglicher Lebensführung, kollektiver Organisation wie auch Nähe und Distanz aushandeln müssen.

In Bezug auf die Frage des gemeinschaftlich organisierten Wohnens und der Neuverteilung der Sorgearbeit kann der Aufsatz „What would a non-sexist city be like? Speculations on housing, urban design, and human work“ der amerikanischen Stadtplanerin Dolores Hayden als wegweisend gelten. Seit seinem Erscheinen im Frühjahr 1980 in der Fachzeitschrift *Signs*:

Journal of Women in Culture and Society im Kontext eines Sonderhefts mit dem Titel „Women and the American City“ ist der Text rasch auch jenseits von Nordamerika breit rezipiert worden. Er kann mittlerweile getrost als Klassiker der feministischen Stadtforschung bezeichnet werden. Hier zeigt Hayden, wie durch gebaute Umwelt Frauen systematisch diskriminiert und marginalisiert werden. Insbesondere sind es die Strukturen der amerikanischen Vorortsiedlungen, die Hayden kritisch in den Blick nimmt. Die Einfamilienhäuser der Suburbias bewirken nicht nur die Isolation und Unsichtbarmachung der Hausfrauen und ihrer meist unbezahlten Reproduktionsarbeit. Sie erschweren durch mangelnde Infrastrukturen der Mobilität, des Konsums und der Kinderbetreuung auch deren Alltag, ebenso wie eine mögliche Erwerbstätigkeit. Diesen sexistischen und exkludierenden Strukturen und Architekturen setzt Hayden ein Modell namens HOMES (*Homemakers for a more egalitarian society*) entgegen, das durch ökonomische, soziale und bauliche Interventionen die kollektive Organisation der reproduktionsbezogenen Tätigkeiten ermöglichen soll.

Seit seiner Veröffentlichung hat dieser Text Generationen von feministischen Stadtplanerinnen inspiriert und auch immer wieder Debatten darüber ausgelöst, wie sexistische Gesellschaftsstrukturen und bauliche Formen zusammenhängen. Zudem hat er das Bewusstsein für die oftmals diskreten sozialen Wirkungsweisen von Architektur und Stadtplanung geschärft und Wege für die Schaffung alternativer Formen des Zusammenlebens und -arbeitens eröffnet. Auch den deutschsprachigen Leser_innen wurde der Aufsatz bereits 1981 bekannt gemacht. Die Zeitschrift Arch+ veröffentlichte ihn in gekürzter Form im Rahmen des von Sybilla Hege und Sabine Kraft herausgegebenen Themenheftes „Kein Ort, nirgends – Auf der Suche nach Frauenräumen“ (Hayden 1981). Wir haben Dolores Haydens Essay für diesen Themenschwerpunkt nun erstmals vollständig ins Deutsche übersetzt und mit allen Abbildungen und Literaturhinweisen versehen. Zudem haben wir fünf feministische Stadtforscherinnen gebeten, diesen Text aus heutiger Perspektive zu diskutieren. Die so entstandene Debatte zeigt dabei deutlich, dass die von Hayden aufgeworfenen Fragen auch heute noch hochgradig relevant und inspirierend sind.

Dörte Kuhlmann verortet in ihrem Debattenbeitrag zunächst Haydens Vorschläge in einer historischen Reihe von visionären planerischen Ideen zur Befreiung von Frauen von der täglichen Last der Haushaltstätigkeiten. Dass Haydens Forderung nach einer nicht-sexistischen Stadt weiterhin nicht realisiert ist, liegt für Kuhlmann neben dem ungebrochenen Leitbild eines (klein-)familiären Eigenheims vor allem in den ökonomischen Strukturen begründet. Auch Marianne Rodenstein verweist in ihrem Beitrag zunächst auf einige historische Experimente emanzipatorischer und feministischer Stadtplanung und Architektur. Wie sie weiterhin zeigt, war und ist die Durchsetzung von Haydens Ideen auch in Deutschland nur schwer möglich, sowohl aufgrund anderer feministischer Ideale und Organisationsformen wie auch durch die Usurpation dieser Ideen durch den planerischen Mainstream. Gesa Witthöft zeichnet in ihrem Beitrag die vielfältigen Wirkungen nach, die Haydens Text in der deutschen feministischen Stadtforschung entfaltet hat. Dabei zeigt sie auch die Grenzen dieser ‚reformistisch‘ orientierten Perspektiven auf und plädiert für die Wiederanfachung einer fachpolitischen

Diskussion zu den forschungsethischen und gesellschaftspolitischen Grundsätzen in Architektur sowie Stadt- und Raumplanung. Sandra Huning konstatiert, dass aktuelle Forderungen und Leitfäden von *Gender Planning* in der Planungspraxis bislang kaum berücksichtigt werden und oftmals auf Desinteresse stoßen. Zugleich betont sie die visionäre Kraft in Haydens Vorschlägen, die es Planer_innen ermöglicht, ihre eigene Tätigkeit mit grundsätzlicheren Überlegungen zu einer gerechten Familien- und Erwerbsarbeit wie auch zu einer emanzipatorischeren Gesellschaft zu verbinden. Felicita Reuschlings Beitrag wiederum aktualisiert die Thesen von Hayden zur Diskussion der aktuellen Stadtentwicklungsdynamiken in Berlin. Dafür beleuchtet sie insbesondere den Planungsprozess um das Dragonerareal in Kreuzberg und argumentiert, dass dieses das Potential hat, zum Modell einer progressiven städtepolitischen Stadtentwicklung zu werden. In einem eigens für diese Debatte verfassten Beitrag schaut auch Dolores Hayden selbst zurück auf den Entstehungskontext ihres Textes und bezieht ihn auf die heutige Situation. Da zahlreiche der von ihr bereits vor nahezu 40 Jahren beklagten Missstände fortbestehen, appelliert sie dafür, weiter gemeinsam für das feministische Ideal einer nicht-sexistischen Stadt zu kämpfen.

Ein gutes Beispiel für neue feministische Initiativen ist das Vernetzungstreffen „Feministische Geographien“. In ihrem Magazinbeitrag „We take the risk of hope“ berichten Nina Fraeser, Sarah Klosterkamp, Juliane Kühn, Eva Kuschinski und Theresa Martens von dem Treffen im Frühjahr 2017 in Hamburg. Hier ging es darum, sowohl in der Arbeitsorganisation des Treffens wie auch in den Diskussionen gemeinsame Formen feministischer Wissensproduktion zu erproben. Neben den aktuellen Reproduktionsverhältnissen und den Bedingungen von Care-Arbeit wurde auch die Universität als Ort der Reproduktion kritisch in den Blick genommen.

In ihrer Rezension zu Gisela Notz' Einführungswerk *Kritik des Familismus* verweist Jana Günther auf die Persistenz des Modells der (heterosexuellen) Kleinfamilie als hegemoniale Lebensform. Das Konzept des Familismus betont, dass Familien- und Sozialpolitik seit Jahrzehnten in Bezug auf die (ZweiEltern)Familie gedacht wird, was sowohl benachteiligende Effekte für Alleinerziehende mit sich bringt als auch die ungebrochene Selbstverständlichkeit unbezahlter Sorgearbeit von Frauen für nahe Angehörige.

Wie vergeschlechtlichte Ungleichheiten durch Reproduktion stabilisiert werden und welche räumlichen Effekte sich in einer Gesellschaft zeigen, die noch in den 2010er Jahren fieberhaft über ‚Herdprämien‘ diskutiert, untersuchen Andrea Mösgen und Jan Kemper in ihrem Aufsatz „Die ungleiche Geographie des Elterngelds“. Sie diskutieren, inwieweit sich infolge der familienpolitischen Einführung der Ressource Elterngeld im Jahre 2007 die Einkommensungleichheiten der Produktions- bzw. Erwerbssphäre auf die Reproduktions- bzw. Familiensphäre übertragen hat. Ihre räumlich orientierte Untersuchung des Elterngeldbezugs führt zudem ungleiche Bewältigungsmöglichkeiten kinderbezogener Sorgearbeiten vor Augen.

Ausblick

Mit den oben skizzierten Beiträgen ist das Themenfeld der ‚Stadt der Reproduktion‘ selbstverständlich längst nicht umfänglich behandelt. Stattdessen

sind hier erste neue Zugänge versammelt, von denen wir hoffen, dass sie weitere Erkundungen, Debatten und Forschungen zur Frage anstoßen, welche spezifischen räumlichen Organisationsformen in der aktuellen Stadt der Reproduktion entstehen. So bleibt die Frage nach den sozialräumlichen Effekten und Strukturierungen von Reproduktionsarbeit ein weitreichendes Desiderat – auch für die kritische Stadtforschung. Dies betrifft sowohl die Veränderungen stadtstruktureller Prozesse als auch die möglicherweise besonderen Territorien der Reproduktion und deren Transformationen, die Bedeutung traditioneller bzw. pluraler Lebensformen (andere Familien, Freundschaften, Communitys etc.) ebenso wie Protest und Selbstorganisation in den Bereichen von Reproduktions- und Fürsorgearbeit. Auch die vielfältigen Ausbeutungsverhältnisse und Widerstandsformen der eingangs erwähnten Kindermädchen und Hausangestellten in Hongkong sind bislang noch kaum Gegenstand kritischer Forschung geworden. Hier gilt es neue Perspektiven sowie empirische und theoretische Zugänge zu entwickeln, um diese zentrale Dimension urbaner Wirklichkeit stärker als bisher in den Blick zu nehmen.

Dass dies ein herausforderndes Unterfangen ist, ist nicht zuletzt durch die Schwierigkeiten deutlich geworden, Beiträge für diesen Schwerpunkt zu akquirieren. So freuen wir uns weiterhin über Einreichungen, die sich dieser Herausforderung stellen. An möglichen Forschungsfeldern und Fragestellungen herrscht dabei kein Mangel: Können ‚Ghettos‘ bzw. ‚benachteiligte‘ Stadtteile mit familiärer Benachteiligung in Verbindung gebracht werden? Gibt es Zusammenhänge zwischen familiären Benachteiligungen und marginalisierten Quartieren? Inwieweit kann Sexarbeit als Teil von Care- oder Reproduktionsarbeit verstanden werden? Welche Formen der Organisation, des Protests und des Widerstands mit Bezug auf Reproduktionsarbeit lassen sich historisch wie gegenwärtig in den Städten beobachten? Und inwieweit kann Reproduktion als Feld utopischer, emanzipatorischer oder gar widerständiger Politiken und Organisationsformen gelten?

Endnoten

- [1] Quelle: <http://detvondeliv-en.blogspot.ca/2011/12/maids-in-hong-kong-homeless-every.html>

Autor_innen

Nina Schuster ist Soziologin und forscht an der Schnittstelle von stadtsoziologischen und queer/feministischen Theorien zur sozialen und räumlich-materiellen Produktion sozialer Ungleichheit.

nina.schuster@tu-dortmund.de

Stefan Höhne ist Kulturwissenschaftler und Historiker. Er forscht zu Geschichte und Theorie des Städtischen sowie zu technischen Raumproduktionen und materieller Kultur.

stefan.hoehne@metropolitanstudies.de

Literatur

- Bauhardt, Christine (1995): Stadtentwicklung und Verkehrspolitik. Eine Analyse aus feministischer Sicht. Basel u. a.: Birkhäuser.
- Becker, Ruth (2006): Frauenwohnprojekte – eine Alternative für das Wohnen in Zeiten demografischen Wandels? In: Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.), Demografischer Wandel. Die Stadt, die Frauen und die Zukunft. Düsseldorf, 369-383.
- Becker, Ruth (2010): Raum: Feministische Kritik an Stadt und Raum. In: Ruth Becker / Beate Kortendiek (Hg.), Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methoden, Empirie. 3. Auflage. Wiesbaden: VS, 806-819.
- Batnitzky, Adina / McDowell, Linda (2011): Migration, nursing, institutional discrimination and emotional/affective labour: Ethnicity and labour stratification in the UK National Health Service. In: Social & Cultural Geography 12/2, 181-201.
- Bock, Stefanie / Heeg, Susanne / Rodenstein, Marianne (1997): Reproduktionsarbeitskrise und Stadtstruktur. Zur Entwicklung von Agglomerationsräumen aus feministischer Sicht. In: Ruth Becker / Bauhardt, Christine (Hg.), Durch die Wand! Feministische Konzepte zur Raumentwicklung. Pfaffenweiler: Centaurus Verlagsgesellschaft, 33-52.
- Boersma, Maren K. (2016): Low incomes, fast lives? Exploring everyday temporalities of Filipina domestic workers in Hong Kong. In: Time & Society 25/1, 117-137.
- Boltanski, Luc / Chiapello, Ève (2003): Der neue Geist des Kapitalismus. Konstanz: UVK.
- Butterwegge, Christoph (2009): Globalisierung, Zuwanderung und Stadtentwicklung. In: Geographische Revue 11/1, 5-19.
- Castells, Manuel (1977): Die kapitalistische Stadt. Ökonomie und Politik der Stadtentwicklung. Hamburg: VSA.
- Castro Varela, María do Mar (Hg.) (2003): Migration, Gender, Arbeitsmarkt: neue Beiträge zu Frauen und Globalisierung. Königstein im Taunus: Helmer.
- Clarke, Alison J. (1999), Tupperware. The promise of plastic in 1950's America. Washington/ London: Smithsonian Institution Press.
- Cockburn, Cynthia (1977): The local state: management of cities and people. In: Race & Class 18/4, 363-376.
- Dietzen, Agnes (1993): Soziales Geschlecht. Soziale, kulturelle und symbolische Dimensionen des Gender-Konzepts. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Dörhöfer, Kerstin / Terlinden, Ulla (1998): Verortungen. Geschlechterverhältnisse und Raumstrukturen. Basel u. a.: Birkhäuser.
- England, Paula (2005): Emerging theories of care work. In: Annual Review of Sociology 31, 381-399.
- Federici, Silvia (2012): Aufstand aus der Küche. Reproduktionsarbeit im globalen Kapitalismus und die unvollendete feministische Revolution. Münster: edition assemblage.
- Frank, Susanne (2003): Stadtplanung im Geschlechterkampf. Stadt und Geschlecht in der Großstadtentwicklung des 19. und 20. Jahrhunderts. Opladen: Leske + Budrich.
- Frank, Susanne (2005): Gender Trouble in Paradise. Das nordamerikanische Suburbia im Wandel. In: Berliner Journal für Soziologie 1, 103-120.
- Fraser, Nancy (1996 [1991]): Öffentlichkeit neu denken. Ein Beitrag zur Kritik real existierender Demokratie. In: Elvira Scheich (Hg.), Vermittelte Weiblichkeit. Feministische Wissenschafts- und Gesellschaftstheorie. Hamburg: Hamburger Edition, 151-182.
- Fraser, Nancy (2016): Contradictions of Capital and Care. In: New Left Review 100, 99-117.
- Friedan, Betty (1966 [1963]): Der Weiblichkeitswahn oder Die Mystifizierung der Frau. Reinbek: Rowohlt.
- Haug, Frigga (2001): Hausfrau. In: Wolfgang Fritz Haug (Hg.), Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus. Band 5, Gegenöffentlichkeit bis Hegemonialapparat. Hamburg: Argument-Verlag, 1196-1209.
- Haug, Frigga (2008): Attacken auf einen abwesenden Feminismus. Ein Lehrstück in Dialektik. In: Das Argument 274, 9-20.
- Hausen, Karin (1976): Die Polarisierung der „Geschlechtscharaktere“ – Eine Spiegelung der Dissoziation von Erwerbs- und Familienleben. In: Werner Conze (Hg.), Sozialgeschichte der Familie in der Neuzeit Europas. Stuttgart: Klett, 368-393.
- Hayden, Dolores (1981 [1980]): Wie könnte eine nicht-sexistische Stadt aussehen? Überlegungen zum Wohnen, zur städtischen Umwelt und zur menschlichen Arbeit. In Arch+ 60: Kein Ort, nirgends – Auf der Suche nach Frauenräumen, 47-51.

- Hayden, Dolores (1983): *The Grand Domestic Revolution: A History of Feminist Designs for American Homes, Neighborhoods, and Cities*. Cambridge u. a.: MIT Press.
- Heeg, Susanne (2013): Wohnungen als Finanzanlage. Auswirkungen von Responsibilisierung und Finanzialisierung im Bereich des Wohnens. In: *sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 1/1, 7599. <http://www.zeitschrift-suburban.de/sys/index.php/suburban/article/view/5/83> (letzter Zugriff am 24.10.2017).
- Hess, Sabine (2009): *Globalisierte Hausarbeit: Au-pair als Migrationsstrategie von Frauen aus Osteuropa*. 2. Auflage. Wiesbaden: VS.
- Holland-Cunz, Barbara (1993): Öffentlichkeit und Privatheit – Gegenthesen zu einer klassischen Polarität. In: *FREI RÄUME. Raum greifen und Platz nehmen. Dokumentation der 1. Europäischen Planerinnentagung, Sonderheft 1992/93*, 36-53.
- hooks, bell (1990): *Yearning. Race, Gender and Cultural Politics*. Boston: South End Press.
- Kessler, Suzanne J. / McKenna, Wendy (1978): *Gender. An Ethnomethodological Approach*. Chicago/London: University of Chicago Press.
- Klinger, Cornelia / Knapp, Gudrun-Axeli (2005): Achsen der Ungleichheit – Achsen der Differenz. Verhältnisbestimmungen von Klasse, Geschlecht, „Rasse“/Ethnizität. In: *Transit – Europäische Revue* 29. <http://www.iwm.at/transit/transit-online/achsen-der-ungleichheit-achsen-der-differenz> (letzter Zugriff am 13.10.2017).
- Lorde, Audre (1983 [1981]): Vom Nutzen unseres Ärgers. In: Dagmar Schultz (Hg.): *Audre Lorde und Adrienne Rich. Macht und Sinnlichkeit. Ausgewählte Texte*. Berlin: Orlanda Frauenverlag, 97-108.
- Lutz, Helma (2007): *Vom Weltmarkt in den Privathaushalt. Die neuen Dienstmädchen im Zeitalter der Globalisierung*. Opladen: Barbara Budrich.
- Lutz, Helma (Hg.) (2008): *Migration and Domestic Work. A European Perspective on a Global Theme*. London/New York: Routledge.
- Oguntoye, Katharina / Opitz, May / Schultz, Dagmar (1986): *Farbe bekennen. Afro-deutsche Frauen auf den Spuren ihrer Geschichte*. Berlin: Orlanda Frauenverlag.
- Rodenstein, Marianne (1994): *Wege zur nicht-sexistischen Stadt. Architektinnen und Planerinnen in den USA*. Freiburg: Kore.
- Sander, Helke (1968): Rede des Aktionsrats zur Befreiung der Frauen auf der 23. Delegiertenkonferenz des „Sozialistischen Deutschen Studentenbundes“ (SDS) am 13. September 1968 in Frankfurt/Main. www.1000dokumente.de/pdf/dok_0022_san_de.pdf (letzter Zugriff am 23.10.2017).
- Schuster, Nina (2016): Neue Horizonte feministischer Wissensproduktion. In: *sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 4/2-3, 191202. <http://www.zeitschrift-suburban.de/sys/index.php/suburban/article/view/257/433> (letzter Zugriff am 12.10.2017).
- Valentine, Gill (1996): (Re)negotiating the „heterosexual street“. Lesbian productions of space. In: Nancy Duncan (Hg.), *BodySpace. Destabilizing geographies of gender and sexuality*. London/New York: Routledge, 146-155.
- West, Candace / Zimmerman, Don H. (1987): *Doing Gender*. In: *Gender & Society* 1, 125-151.
- Wildcat (1988): *Militante Untersuchung in der weißen Fabrik*. In: *Wildcat* 44, 5.
- Winker, Gabriele (2015): *Care Revolution: Schritte in eine solidarische Gesellschaft*. Bielefeld: transcript.

Abgesicherte Fürsorge und fürsorgliche Absicherung in Gemeinschaft

Mehrgenerationenwohnprojekte als neue Formen der städtischen Reproduktion?

Susan Schröder
David Scheller

Mehrgenerationenwohnen gewinnt vor dem Hintergrund des demografischen Wandels bei gleichzeitiger Individualisierung und Transformation von Familien- und Fürsorgestrukturen an gesellschaftlicher Relevanz. Aus einer feministischen Perspektive schaut der Aufsatz entlang dreier Mehrgenerationenwohnen-Projekte auf die intersubjektiven Beziehungen und geht den Fragen nach, wie Fürsorge in den Gruppen verhandelt wird und inwiefern sich dort neue Formen kollektiver städtischer Reproduktion ausbilden. Im Ergebnis zeigt sich, dass Mehrgenerationenwohnen-Projekte als selbst gewählte fürsorgliche Nachbarschaften fungieren, die in ihrem Verhältnis zwischen Nähe und Distanz, in der alltäglichen Lebensführung ihrer Bewohner_innen und der Organisation ihres Projektalltags sowie in ihren Aushandlungs- und Entscheidungsstrukturen zwischen Fürsorge und Absicherung changieren. Ausgehend vom empirischen Material schlagen wir daher vor, einen weiten Begriff von Fürsorge durch die Kategorie Absicherung zu konkretisieren.

Ersteinreichung: 19. Mai 2017; Veröffentlichung online: 18. November 2017
An english abstract can be found at the end of the document.

1. Einleitung

Die Zahl gemeinschaftlicher Mehrgenerationenwohnprojekte in Deutschland nimmt seit den 2000er Jahren zu (vgl. Fedrowitz 2010). In politischen Diskursen wird Mehrgenerationenwohnen[1] derzeit als ein innovatives Konzept zur Bewältigung aktueller soziopolitischer Herausforderungen gehandelt. Vor dem Hintergrund der zunehmenden Neoliberalisierung und Prekarisierung von Arbeits- und Lebensverhältnissen (vgl. Lorey 2015, Marchart 2013, Mayer 2016), der Reproduktionskrise in einer sogenannten alternden Gesellschaft (vgl. Schmieder 2016, Winker 2015) sowie der Verknappung und Verteuerung von Wohnraum in vielen deutschen Großstädten (vgl. Schipper/Kadi/Schönig 2017, Holm 2014) erodieren und entgrenzen Orte des Sozialen (vgl. Völker 2010). Das gemeinschaftlich selbst organisierte Wohnen mehrerer Generationen soll eine Antwort bieten auf diese multiplen Krisen des Städtischen und deren unterschiedliche Manifestationen und damit einhergehenden Fürsorgedefiziten (vgl. Aulenbacher/Dammayr 2014, Metzger 2016, Winker 2010).

In diesem Aufsatz setzen wir uns mit Mehrgenerationenwohnen als neuer Form städtischer Reproduktion auseinander, die sich jenseits der politischen

Krisendiskurse um Vereinzelung und Isolation zuvorderst in Selbstorganisation und vergemeinschafteter Fürsorge – als alltagspraktischer Umgang mit der Prekarisierung von Arbeit und Leben – manifestiert.[2] Wir plädieren für einen *weiten* Fürsorgebegriff, der erfasst, dass füreinander und für sich selbst zu sorgen nicht erst im Spezialfall von Pflegebedürftigkeit oder Krankheit bedeutungsvoll wird (vgl. Aulenbacher/Dammayr 2014: 9). So wird Fürsorge als Grundlage mehrheitlich unsichtbarer, aber wesentlicher Teile des gemeinschaftlichen und persönlichen Projektalltags in den Blick genommen. Wie Hark et al. herausstellen, liefern alltägliche kollektive Praktiken, Szenen und Orte empirische Erkenntnisse dazu, „wie Solidarität und Gemeinsamkeit [...] neu und anders gestaltet werden“ (2015: 102). Ausgehend von unserem Material plädieren wir dafür, dieses weite Fürsorgekonzept durch die Kategorie *Absicherung* zu konkretisieren. Die Sorge füreinander gibt den Bewohner_innen Sicherheit und die Möglichkeit ihre eigenen Bedürfnisse in der Hausgemeinschaft umzusetzen. Dementsprechend behandelt unser Artikel die Fragen, wie in der gemeinsamen Organisation des Hausalltags Fürsorge gelebt und diskutiert wird und inwiefern diese kollektiven Praktiken als neue Formen städtischer Reproduktion zu verstehen sind.

Den Ausgangspunkt bildet der Befund, dass die Aspekte Reproduktion und Fürsorge im Forschungsstand zum Mehrgenerationenwohnen vernachlässigt werden, woran sich die Darstellung unserer feministischen Forschungsperspektive anschließt, als Grundlage zur entsprechend fokussierten Auswertung des empirischen Materials. Nach einer Vorstellung dreier Mehrgenerationenwohnprojekte liegt das Hauptaugenmerk auf der Darstellung der Analyseergebnisse entlang von vier thematischen Spannungsfeldern, die uns schließlich zum Befund von Mehrgenerationenwohnprojekten als zwischen Fürsorge und Absicherung changierenden Gemeinschaften bringt.

2. Forschungsstand

In den vergangenen Jahren hat sich in den Sozialwissenschaften ein stetig wachsendes Forschungsfeld rund um die Themen Wohnen, Wohnumfeld und Alter entwickelt (vgl. Schulz-Nieswandt et al. 2012, Kricheldorf 2008). Die überwiegende Mehrheit wissenschaftlicher Studien setzt sich mit den Herausforderungen des Alterns und einer alternden Gesellschaft sowie mit der Transformation familiärer Strukturen und gesellschaftlicher Bedürfnisse auseinander (vgl. Beck-Gernsheim 2010, Bertram 1997, Menning 2007, Motel-Klingebiel/Wurm/Tesch-Römer 2010). Einen speziellen Schwerpunkt bilden dabei ‚neue Wohnformen für Alte‘ (Andritzky/Strack 2007, Kricheldorf 2008, Otto 2010, Schulz-Nieswandt et al. 2012, Voges/Zinke 2010), wie beispielsweise Altenwohngemeinschaften oder das Verbleiben im gewohnten Wohnumfeld auch bei Pflegebedarf. Eine kritische Auseinandersetzung mit der Thematik findet sich vor allem in der *critical gerontology* mit Blick auf die Konstitution der ‚neuen Alten‘ (Aner/Karl/Rosenmayr 2007) oder auch ‚jungen Alten‘ als Sozialfigur und zu aktivierendes ‚Humankapital‘ im Kontext sich verändernder Governancestrukturen (vgl. van Dyk/Lessenich 2009, van Dyk 2015).

In Bezug auf das Thema Wohnen sind *cohousing* und Genossenschaften in den vergangenen Jahren zu einem neuen Forschungsgegenstand geworden

(vgl. Fedrowitz 2016, BBSR 2014). Der Fokus liegt dabei auf verschiedenen Nachhaltigkeitsaspekten von *cohousing*, beispielsweise als Möglichkeit für sozial inkludierende Stadtentwicklung (vgl. id22 2012, Droste 2015); als selbst organisiertes Wohnen (vgl. Tummers 2016); als Renaissance eines verlorenen sozialen Gemeinsinns (vgl. Bonnett/Jarvis 2013) oder als *governance* nachhaltiger Stadtentwicklung (vgl. Scheller/Thörn 2017).

Forschung zum Mehrgenerationenwohnen macht dabei nur einen geringen Teil der Forschungsliteratur aus und diskutiert Mehrgenerationenwohnprojekte als innovative Wohnform (vgl. Helmer 2007) sowie als neuen Hort zivilgesellschaftlichen Engagements und nachbarschaftlicher Hilfsstrukturen (vgl. Kehl/Then 2013, Knaier 2003). Eine institutionelle Förderung dieses Forschungsfeldes wurde intensiviert (vgl. BMBF SILQUA 2015, BMFSFJ 2010). Auffällig ist dabei die diskursive Fundierung von Mehrgenerationenwohnen als ‚neues Phänomen‘ im Kontext verschiedener gesellschaftlicher Umbrüche und Krisen. Die Herausforderungen einer alternden Gesellschaft in Verbindung mit einer fortschreitenden Individualisierung sowie erodierenden traditionellen Familienstrukturen bestimmen den soziopolitischen Kontext. Einerseits werden dabei neue Familienstrukturen, jenseits der sogenannten Kernfamilie, und andererseits Fürsorge- und Selbsthilfepotenziale diskutiert (vgl. Winker 2015). Feministische Forschungsperspektiven auf gemeinschaftliches Wohnen setzen sich hauptsächlich mit linken Wohnprojekten in besetzten Häusern, Wagenburgen und Frauenprojekten auseinander (vgl. amantine 2011, Becker 2009, Becker/Linke 2015, Wasshede 2017). Selbstorganisierte Wohnformen sind allerdings längst kein subkulturelles Phänomen mehr (vgl. Fedrowitz 2016). Eine feministische Analyse von Mehrgenerationenwohnprojekten jenseits linker Subkultur, wie im vorliegenden Aufsatz vorgenommen, trägt zur heuristisch lohnenden metatheoretischen Verbindung zwischen Prekarisierungs- und Fürsorgediskursen bei. Gleichzeitig geraten emanzipative Potentiale und Ambivalenzen kollektiver Wohnformen, die im Umgang mit dem prekarisierten Alltag hervortreten, in den Blick.

3. Feministische Perspektive

Gegenstand unserer Forschung ist die alltägliche Lebensführung der Hausbewohner_innen, die der reproduktiven Sphäre zuzurechnen ist. Hierbei werden Zusammenhänge zwischen Prekarisierung und Fürsorge deutlich. Dahingehend verfolgt unsere Analyse eine subjektwissenschaftliche, ressourcenorientierte, intersektionale Perspektive, die an den konkreten Aushandlungsprozessen und Handlungsweisen der Hausbewohner_innen ansetzt und in denen sich „eine spezifische Konstruktion der Realität“ (Völker 2010: 299) sowie entsprechende Subjektivierungen vollziehen. Eine ressourcenorientierte Perspektive zeichnet sich dadurch aus, dass die Handlungsfähigkeit und der Eigensinn der Subjekte in den Blick geraten (vgl. Manske/Pühl 2010, Nickel et al. 2008). Es werden neu entstehende Zwischen- und Möglichkeitsräume und Ambivalenzen konzeptuell erschlossen, in denen die (Mit-)Gestaltung des individuellen und gemeinschaftlichen Alltags zum Tragen kommt. Für die Auswertung haben wir uns auf die folgenden deduktiven Kategorien konzentriert: (1) Nähe und Distanz, (2) Ko-Konstitution von Arbeit und Leben sowie (3) Ungleichheits-, Macht- und

Dominanzverhältnisse. Diese drei Dimensionen bilden aus unserer Sicht zentrale Aspekte von Fürsorge in Mehrgenerationenwohnprojekten ab, wodurch thematische Spannungsfelder der Verhandlung des gemeinsamen reproduktiven Alltags in ihren Ambivalenzen sichtbar gemacht werden.[3]

1. Die Kategorien *Nähe und Distanz* erschließen die räumlichen und emotionalen Relationen zwischen den Hausbewohner_innen hinsichtlich der individuellen Rückzugsräume und der gemeinschaftlich genutzten Flächen (vgl. Reimann/Heinicke 2016). Die gemeinsame und bewusste Regulation dieser vielschichtigen Verhältnisse spielt eine entscheidende Rolle für die Organisation des kollektiven Zusammenlebens sowie die Verhandlung von Gemeinschaftlichkeit und die Bereitschaft Verantwortung zu übernehmen.
2. Das Konzept der *Ko-Konstitution* widmet sich den Vermittlungsleistungen zwischen den verschiedenen Lebensbereichen von Arbeit und Leben (vgl. Janczyk 2009). Für gemeinschaftliche Fürsorge im mehrgenerationalen Wohnen spielt zuvorderst die reproduktive Sphäre des Haus- und Gemeinschaftsalltags – neben der Erwerbsarbeitssphäre – eine Rolle. Eine besondere Herausforderung stellt die Vermittlung zwischen der Bewältigung des eigenen Alltags, der Selbst- und Fürsorge, auf der einen und der Gemeinschaftspraxis auf der anderen Seite dar. Die Abstimmung von Aufgaben und Entscheidungen zu Arbeitseinsätzen und Planungen binden zeitliche, soziale, häufig auch emotionale Ressourcen der Bewohner_innen ein. Prozesse und Praxen der Hausgemeinschaft sind als „dynamische[s] Gefüge“ (Janczyk 2009: 31) zu verstehen, welches als „Resultat von sozialen Interaktionen, Aushandlungen und Kompromissen zu entschlüsseln [ist und] in denen unterschiedliche Interessen und Vorstellungen zum Tragen kommen“ (ebd., Anmerk. d. A.) können. Hierbei kommen soziale Positionierungen in den Blick, welche die sozialen Beziehungen und Aushandlungsprozesse prägen.
3. *Ungleichheiten und Exklusionen* in den kollektiven Aushandlungsprozessen und Praktiken der Gruppen beziehen wir in die Analyse mittels einer intersektionalen Perspektive ein (vgl. Winker/Degele 2009). Durch eine systematische Berücksichtigung von fallspezifisch relevanten Strukturkategorisierungen gelingt es, die Vielschichtigkeit und Komplexität der Wohnprojekte differenzierter in den Blick zu nehmen. Dabei konzentrieren wir uns primär auf die drei Strukturkategorien *Alter, Geschlecht* und *Klasse* als ausschlaggebende für die Analyse von Mehrgenerationenwohnprojekten. Insbesondere *Alter* – als spezifische relationale Konstellation verschiedener Subjektpositionen zueinander (vgl. van Dyk/Lessenich 2009) – ist im Zusammenhang mit Mehrgenerationenwohnen von besonderer Relevanz. Darüber hinaus ist in den Fallbeispielen eine überwiegende Mehrheit alleinstehender und familiär eingebundener Frauen vertreten. Hinsichtlich der sozioökonomischen Zusammensetzung sind eine homogene Einkommensstruktur und ein gehobener Anteil universitärer Abschlüsse auffällig.

4. Drei Mehrgenerationenwohnprojekte

Die drei Mehrgenerationenwohnprojekte[4] kennzeichnet eine homogene Struktur bezüglich des sozialen und ökonomischen Status. Mehrheitlich

werden sie von Akademiker_innen und Personen, die im sozialen Bereich arbeiten, bewohnt. Alle Projekte befinden sich im Land Brandenburg und werden seit etwa drei Jahren in Selbstverwaltung bewohnt. Des Weiteren wirken die Projekte beispielsweise in Form von Sommer- und Hausfesten und durch Informationsveranstaltungen sowie Diskussionsrunden mit ihrer Idee des selbstverwalteten Zusammenlebens in die lokalen Nachbarschaften und die Wohnorte hinein. Den Großteil der Hausbewohner_innen machen Familien mit Kindern und ‚junge Alte‘ aus. Es wohnen keine pflegebedürftigen ‚Alten‘ in diesen Projekten.

In den Häusern gibt es Einzel-, Paar- und Familienwohnungen. Allen ist es ein Ziel, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und zu erhalten. Jedoch sind die Mieten wegen gestiegener Baukosten zum Teil höher ausgefallen als vorgesehen. Die Selbstverwaltung wird in Hausversammlungen und kleineren thematischen Arbeitsgruppen organisiert. Hinsichtlich der Eigentumsfrage unterscheiden sich die Häuser. Während Projekt A und C über Vereins- und GmbH-Konstruktionen darauf ausgerichtet sind, das Land und die Immobilie dauerhaft dem spekulativen Markt zu entziehen, handelt es sich bei Projekt B um ein Modellprojekt im Besitz einer kommunalen Wohnbaugesellschaft.

Bei Projekt A handelt es sich um eine Kombination von Neu- und Altbau. Das Grundstück wurde über eine Stiftung kollektiviert. Das Haus gehört einem Dachverein mehrerer Hausprojekte in einem genossenschaftlichen Modell an. Im Haus leben 60 Menschen zwischen zwei und achtzig Jahren, wobei Familien in der Mehrzahl sind mit insgesamt 20 Kindern. Etwa ein Viertel der Hausbewohner_innen machen alleinstehende Frauen mit und ohne Kinder aus. Alleinstehende Männer wohnen dort nicht.[5] Bis auf zwei studentische Wohngemeinschaften leben alle in eigenen Wohnungen. Es gibt keinen Gemeinschaftsraum, aber einen großen Garten. Der Mietpreis beträgt 13 Euro.[6] In der Kombination von saniertem Altbau und Neubau sind mit einer Projekte-GmbH 21 Wohneinheiten und eine Gewerbeeinheit untergebracht, auf einer Gesamtfläche von 1.600 m². Pro Quadratmeter Wohnfläche musste eine unverzinsten Genossenschaftsanlage von 125 Euro aufgebracht werden. Das Haus ist barrierefrei.

Projekt B wurde als Neubau durch eine kommunale Wohnbaugesellschaft errichtet und repräsentiert ein Modellprojekt für selbstverwalteten Wohnraum zur Miete. Die knapp 60 Bewohner_innen sind als Verein organisiert und streben einen ‚ausgewogenen Mix der Generationen‘ an. Als Basis des Projektes gelten die in der Vereinssatzung geregelten Ansprüche des gemeinschaftlichen Zusammenlebens. Es gibt 24 Wohneinheiten mit anderthalb bis vier Zimmern, einen 50 m² großen Gemeinschaftsraum und einen Garten. Das Haus ist barrierearm gebaut worden. Die Mietpreise divergieren je nach Einzugsdatum zwischen sieben und neun Euro.

Projekt C ist ein sanierter Altbau, der über einen Hausverein sowie eine GmbH in einer genossenschaftsähnlichen Rechtsform organisiert ist und einem überregionalen Netzwerk von Hausprojekten angehört. Es müssen keine persönlichen Einlagen gezahlt werden. Im Haus wohnen zwölf Personen auf 390 m² Fläche. Es gibt einige Familien, In-Beziehung-Lebende und alleinlebende Männer und Frauen. Neben dem sanierten Hauptgebäude mit Einzelwohnungen gibt es 160 m² Projektfläche mit Gemeinschaftsküche,

Wohnzimmer, Werkstatt, Musikproberaum und Atelierräumen. Die Mieten liegen unter sechs Euro. Derzeit wächst die Gruppe und der Kauf weiterer Immobilien ist geplant. Ein explizites Anliegen – über das gemeinschaftliche Zusammenleben hinaus – ist die Öffnung der Gemeinschaftsräume für die direkte Nachbarschaft und dem Ort als Ganzem.

5. Thematische Spannungsfelder

In der inhaltsanalytischen Auswertung der empirischen Materialien aus den – bisher mit drei Mehrgenerationenwohnprojekten durchgeführten – partizipativen Forschungsworkshops (WS)[7] kristallisieren sich vier thematische Spannungsfelder heraus: *Stabilität und Flexibilität, Verantwortung und Rücksichtnahme, Autonomie und Kontrolle, Ressourcen und Unterstützung*. Diese werden zwar analytisch getrennt dargestellt, sind aber eng miteinander verbunden und bedingen sich wechselseitig. Die Spannungsfelder illustrieren die Reflexionen des täglichen Zusammenlebens der Hausbewohner_innen zwischen Fürsorge und Absicherung.

Stabilität und Flexibilität

Das Spannungsfeld Stabilität und Flexibilität bezieht sich auf die Verstetigung der Gemeinschaft als Organisations- und Unterstützungsnetzwerk. Gleichzeitig sind die individuellen Motivlagen und Interessen der Hausbewohner_innen eine Herausforderung für die Gemeinschaft, was Flexibilität innerhalb der selbstverwalteten Strukturen, aber auch von den Einzelnen abverlangt.

Die Hausgemeinschaften werden in allen drei Projekten als stabil beschrieben. Trotz größerer und kleinerer Konflikte gibt es kaum Auszüge. Die Bewohner_innen sind mit einer langfristigen Perspektive eingezogen, um mindestens bis zum Eintritt vom eigenen Pflegebedarf in ihrem Projekt zu wohnen. Die Gemeinschaftlichkeit zielt auf Verbindlichkeit und Planbarkeit des individuellen und gemeinschaftlichen Alltags in den Häusern.

Die Motivation, Teil eines gemeinschaftlichen Mehrgenerationenwohnprojekts zu werden, ist geprägt vom Wunsch, in verbindlichen nachbarschaftlichen Strukturen zu wohnen, die mehr auf Nähe als auf Distanz zielen. Dies wird begründet in den individuellen Lebenserfahrungen, den alltäglichen Anforderungen und Verstrickungen der Bewohner_innen: Projekterfahrungen, das heißt das Leben in Gemeinschaft als Lebenskonzept (bejahend); Erfahrungen mit dem Altern der Elterngeneration, häufig der Mütter, die übrig blieben und in ihren Häusern, häufig isolierter als gewollt, verstarben (in Abgrenzung); sowie durch eigenes Elternwerden beziehungsweise auf Anraten der erwachsenen Kinder, die den Eltern direkt oder indirekt das Projekt und die räumliche Nähe anbieten. Eine alleinerziehende Mutter sagt dazu:

„Für mich war es im Prinzip Gemeinschaftsverpflichtung meinem Kind gegenüber. Und die Lebenssituation, in der ich bin. Es ist also nicht nur eine, die von mir als Person selbst gewählt ist und wenn ich nicht in der Lebenssituation wäre, in der ich bin, würde ich gar nicht hier stehen.“ (1. WS PA)

Als ein maßgeblicher Faktor für die Stabilität und Flexibilität der selbstverwalteten Gemeinschaften gilt ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Privatheit und Gemeinschaft, zur individuellen und gemeinsamen Regulation von Nähe und Distanz. Dieses Verhältnis umfasst sowohl bauliche, soziale als auch politische Dimensionen, die im Projektalltag untrennbar miteinander verwoben sind.

Die Wohnprojekte basieren alle auf Rückzugsmöglichkeiten in die eigene Wohneinheit. Gemeinschaftsflächen und Gärten bieten Möglichkeiten der Vergemeinschaftung, wurden jedoch bei Projekt A und B wegen finanzieller Engpässe reduziert. Projekt A verfügt über keinen innen liegenden Gemeinschaftsraum, jedoch über einen großen Garten. Projekt B verfügt über einen „für ihre Gemeinschaft zu kleinen Gemeinschaftsraum“ (1.WS PB), wie die Bewohner_innen beklagen. Neben den eigenen Wohneinheiten mit individuellen Kochgelegenheiten gibt es in Projekt C eine Gemeinschaftsküche und weitere gemeinsam genutzte Räume, wie Arbeitsräume im Gartenhaus. In der Projektplanung und -umsetzung kommt den sogenannten Schwellenräumen, wie Treppenhäusern, Foyers und Laubengängen, eine besondere Bedeutung zu, da sie jene Orte sind, an denen sich Gemeinschaft in zufälligen Begegnungen entwickelt. Sie erweitern darüber hinaus den eigenen Privatraum. Charakteristisch für die Projekte ist die Wahlmöglichkeit zwischen Rückzug und Begegnung mit den selbst gewählten Nachbar_innen:

„[E]s kommt darauf an, was ich gerade brauche. Ich möchte nicht irgendwo wohnen, wo man die Nachbarn gar nicht kennt oder irgendwie so ein Nichtverhältnis hat und so. Ich möchte aber auch nicht eine gemeinsame Küche haben als Einziges und so. Also ja, ich habe auch lange WG-Erfahrungen und [...] Projekte [...]. Das wäre mir alles zu nah und zu anstrengend.“ (1. WS PA)

Insgesamt lässt sich festhalten, dass räumliche Nähe auch soziale Kohäsion herstellen kann, wodurch ein Sicherheitsgefühl geschaffen wird. Gleichzeitig ist soziale Nähe jedoch bedürfnisorientiert über die räumliche Trennung von privaten und gemeinschaftlichen Räumen regulierbar.

Gemeinschaft ist etwas, was sowohl über räumliche Begegnungen als auch über geteilte Praxen, zum Beispiel durch gemeinsame Aktivitäten oder gegenseitige Gefälligkeiten, zustande kommen kann und sich in dem Füreinandersorgen und einem Sicherheitsgefühl manifestiert. Das Wissen um Hilfe bei Bedarf bietet ein sicheres und gutes Gefühl. Bedeutsam für das Entstehen sozialer Nähe und Kohäsion sind Orte der zufälligen Begegnung und des Austauschs, wie Treppenhäuser, Gärten oder ein allen zugänglicher Gemeinschaftsraum. Dort können also Gemeinschaftsprozesse und Projekte initiiert und gelebt werden. „Gemeinschaft ist nichts Vorgefundenes, sondern etwas Herzustellendes.“ (1. WS PC) Räume der Gemeinschaft sind gleichzeitig Gegenstand von Aushandlungen und bergen Konfliktpotenzial, da hier die Einzelinteressen zutage treten und aufeinandertreffen. Hierbei verwebt sich die bauliche Substanz der Gebäudestruktur mit der sozialen Komponente der „Qualität und Flexibilität der sozialen Struktur“ (Zibell/Kietzke 2016: 15).

Verantwortung und Rücksichtnahme

Ein weiterer Faktor ist das Zusammenspiel von Verantwortung und Rücksichtnahme, was sich als ausschlaggebend für die Gestaltung zwischen Fürsorge und Absicherung erweist. Durch kurze Wege, gemeinsame Flächen und eine höhere Kontaktdichte sowie den Anspruch der Selbstverwaltung zeichnet sich eine besondere soziale Nähe ab, die über nachbarschaftliche Beziehungen in Mietobjekten hinausreicht. Verantwortung und gegenseitige Rücksichtnahme werden dabei als zwei der zentralen normativen Aspekte des Zusammenlebens in einer Hausgemeinschaft verhandelt.

Die Ideen der geteilten Verantwortung in Selbstverwaltung sowie der gegenseitigen Unterstützung im Alltag sind basale Motive für das gemeinschaftliche Zusammenleben. Diese Aspekte zeigen sich beim Einkaufen, bei der Kinderbetreuung, in der konkreten, themenspezifischen Arbeitsgruppe, beim gemeinsamen Kochen oder im Arbeitseinsatz. Die Bewohner_innen wünschen sich nicht nur Unterstützung, sondern auch gegenseitige Rücksichtnahme auf die unterschiedlichen individuellen Bedürfnisse und Interessen. Das Konzept des Sich-persönlich-Zurücknehmens spielt in allen drei Projekten eine zentrale Rolle. Gegenseitige Rücksichtnahme, sich zurücknehmen, das Gemeinschaftliche in den Blick zu nehmen und sich selbst in Relation zu den Anderen zu reflektieren werden als basale Regeln für das gemeinschaftliche Zusammenleben formuliert. Jedoch sollen Gemeinschaftsinteressen die eigene Person in ihrer Individualität nicht begrenzen und einschränken. Alleinsein, sich zurück- und rausnehmen zu können, ist ein vielfach geäußerter Wunsch, der Isolation und Vereinsamung in anonymen und unverbindlichen Wohnstrukturen kontrastiert.

Verantwortung und Rücksichtnahme sind Gegenstand sowohl unausgesprochener als auch offen kommunizierter Bedürfnisse und Erwartungen. Sie bewirken einerseits ein Gemeinschaftsgefühl, markieren andererseits aber auch konfliktträchtiges Terrain. Die Organisation von gemeinsamer Verantwortung für das Haus als konkretes Objekt sowie für die Gemeinschaft der Hausbewohner_innen wird über die regelmäßigen formellen und informellen Treffen organisiert. Das wichtigste Medium ist in allen drei Projekten die Hausversammlung, die allerdings ganz unterschiedlich strukturiert ist: Projekt A bespricht ausschließlich organisatorische Punkte der Selbstverwaltung, inhaltliche und emotionale Punkte jedoch auf einem gesonderten Themenplenum; Projekt B bespricht alle Themen in der Hausversammlung; Projekt C sieht ebenfalls sein Plenum als zentralen kollektiven Organisations- und Kommunikationsraum, misst allerdings der Gemeinschaftsbildung und der Abstimmung von Bedürfnissen durch eine Vielzahl inhaltlich fokussierter Extratreffen eine hohe Bedeutung bei. Die Ausgestaltung der Haustreffen als kollektive Kommunikationsräume ist entscheidend für das Gemeinschaftsgefühl im Haus. Projekt C trifft Entscheidungen im Konsens, um strittige Punkte einvernehmlich zu lösen und so eine möglichst breite Teilhabe und Zustimmung zu gewährleisten. Entscheidungen in Projekt A und B basieren auf einem einfachen Mehrheitsprinzip. In der Vorbereitung und Durchführung der Haustreffen kommt es zu teils heftigen, aufgeladenen Diskussionen und Auseinandersetzungen, auch um Stimmen für jeweilige Interessen und Anliegen zu bekommen. Strittige Entscheidungen werden

zudem wesentlich kritischer bewertet und immer wieder als problematisch thematisiert (vgl. 5. WS PA).

Das Wechselspiel von Verantwortungsübernahme, Rücksichtnahme sowie Fürsorge und Unterstützung in Selbstverwaltung ist stark an Aushandlungsprozesse und entsprechende Macht- und Dominanzverhältnisse geknüpft, die in Konflikten in den jeweiligen Gruppenkonstellationen zum Ausdruck kommen. So werden in manchen Haustreffen Gruppenkonflikte ausgetragen (Projekt A). In Projekt C wiederum bilden sich die einzelnen Bewohner_innen gemeinsam und individuell in ‚gewaltfreier Kommunikation‘ weiter. Die drei Gruppen haben zusätzlich zu den hausinternen Treffen bereits Mediationen und Supervisionen mit einer externen Moderation durchgeführt, was einerseits auf die Brisanz und Schwierigkeit dieses Spannungsfeldes verweist, andererseits aber auch das gemeinsame Bemühen um Stabilität und Flexibilität im Zusammenleben verdeutlicht. Häufigkeit und Kontext informeller Treffen variieren zwischen punktuellen Kontakten Einzelner bis hin zu regelmäßigen Treffen aller. Neben der organisatorischen Kommunikation, die sich auf das Verwalten des Objektes und die gemeinschaftlichen Aktivitäten bezieht, stellen informelle Kommunikationsräume wesentliche Elemente in den alltäglichen gemeinschaftsbildenden Praxen entlang kleinerer Interessengemeinschaften dar.

Die Hausbewohner_innen sind prinzipiell bereit, Verantwortung füreinander zu übernehmen, meist entlang gemeinsamer Interessen und persönlicher Beziehungen. Das beginnt bei kleineren Gefälligkeiten wie Einkäufen oder Kinderbetreuung. Die häufig im Zusammenhang mit Mehrgenerationenwohnen angeführte idealisierte Vorstellung von Senior_innen, die sich um die Kinder kümmern, lässt sich in relativierter Form auch in den Projekten bestätigen: „Ich sehe die Kinder. Ich freu mich. Aber ich merke, es lässt nach, dass ich mich jetzt in alles reinhängen könnte, was sie betrifft.“ (1. WS PA) Andere Senior_innen vertiefen den Kontakt zwischen sich und Kleinkindern, sodass sich dieses Verhältnis zu einer „Ersatzenkelschaft“ (Senior_innen PA) ausbaut.[8] Daraus leitet sich jedoch nicht automatisch ein kontinuierliches Bezugsverhältnis oder gar eine geteilte Verantwortung ab. Auch haben manche der Senior_innen weniger Kontakt zu Kindern, als ihnen lieb ist (vgl. Senior_innen PA). So „möchten sich manche Alte auch mit Kindern verknüpfen. Aber das ist den Eltern nicht immer recht“ (1. WS PA). Darüber hinaus gibt es angespannte und konflikthafte Beziehungen, die in Kritik an den Handlungsweisen der Kinder zum Ausdruck kommen: „Die Jungs rennen mit Rollschuhen, oder mit diesen Skatern die Treppe runter. Ich sage, zieht euch die unten an. Macht man doch nicht. Es kann sonst was passieren. Aber das stört überhaupt nicht. Ob man da was sagt oder nicht.“ (Senior_innen PA)

Ein immer wiederkehrendes Schwerpunktthema der Wohnprojekte sind Ordnungs-, Sauberkeits- und Sicherheitsvorstellungen. Dabei wird ein Zusammenhang hergestellt zwischen dem persönlichen Wohlbefinden und dem Anspruch auf Rücksichtnahme (vgl. 1. WS PB, 1., 3. WS PA). Aus unterschiedlichen Perspektiven sind Schuhe, Kinderwagen oder auch ein Rollator im Weg. Einerseits wird mit Barrierefreiheit argumentiert, andererseits mit Brandschutzbestimmungen. Jedoch ist der Rollator vor der Wohnungstür im Notfall auch ein Indikator dafür, dass die Person noch in der Wohnung ist (vgl. Senior_innen PA). Die Gartenflächen, als gemeinschaftliches Herzstück

von Projekt A, haben sich zum Konfliktfaktor entlang unterschiedlicher Interessenlagen entwickelt – einerseits als unaufgeräumter Kinderspielplatz von Senior_innenseite und andererseits als gefährlicher Ort für Allergiker_innen wegen eines Bienenwagens (vgl. 1. WS PA). Dabei prallen sowohl verschiedene Erziehungsansätze aufeinander als auch rücksichtsvolle Umgangsweisen und Ordnungsvorstellungen (vgl. Senior_innen PA, 5. WS PA).

Autonomie und Kontrolle

Die Bewohner_innen der von uns beforschten selbst organisierten Hausprojekte wollen in Gemeinschaft leben, aber gleichzeitig ihre Autonomie und Individualität bewahren. Dabei entwickelt sich ein Spannungsfeld zwischen Autonomie und Kontrolle, das sich auch, wie noch gezeigt wird, in so mancher Sanktionsüberlegung ausdrückt.

Entlang der unterschiedlichen Beteiligung von Personen am Projekt treffen die individuellen Erwartungen und Ansprüche aufeinander. Besonders deutlich tritt in Projekt A der Zusammenhang zwischen gesundheitlicher Versehrtheit und Leistung hervor (vgl. 1. WS PA). Die Erwartungshaltung einzelner Bewohner_innen innerhalb der Projekte ist mitunter hoch. Bei der Verhandlung darüber, wer sich wie einbringt oder zurücknimmt, kommt es zu individuellen Wahrnehmungen vermeintlicher Schieflagen, die entlang der verschiedenen Altersgruppen thematisiert und relativiert werden:

„[Ich ärgere mich], mit welcher Selbstverständlichkeit manche von den Alten einfach sich nicht an der Arbeit beteiligen. [...] Dass die uns alles überhelfen. Und das Gleiche machen die Studis auch. Und dann kann man aber auch genauso sagen, das hat eigentlich wahrscheinlich gar nichts mit dem Alter zu tun.“ (1. WS PA, Anmerk. d. A.)

Auch wenn diese Position eine persönliche ist, die auch nicht dem Selbstverständnis der Hausgemeinschaft entspricht, wird das Mitwirken auch sonst mehr als Pflicht denn als Wunsch oder Recht formuliert. Alle sollen mindestens einer Arbeitsgruppe angehören (vgl. 2. WS PA, 1. WS PB). Gleichzeitig werden keine Differenzierungen nach Vermögen der Einzelnen vorgenommen und eine eventuelle Beteiligung im reproduktiven Bereich bleibt unsichtbar. Beispielsweise tritt die Bereitstellung der Verpflegung auf Bauwochenenden nicht so deutlich zutage wie die Arbeit im Garten oder am Mauerwerk (vgl. Senior_innen PA).

Im Projekt B hingegen wird der implizite Anspruch formuliert, dass alle mitmachen. Gleichzeitig findet kein Austausch zu den individuellen Erwartungen, Interessen und Möglichkeiten statt (vgl. 1. WS PB). Die Sichtbarkeit in den Haus- und Mitgliederversammlungen und organisatorischen Arbeitsgruppen wird mehrheitlich höher bewertet als die dem Haus zugewandten Praxen, zum Beispiel in Form von Hausmeister_innentätigkeiten (vgl. 2. WS PA). Des Weiteren wird ein nicht durch das Plenum abgesegnetes „Machenmachen“ (3. WS PA) als problematisch empfunden, auch wenn die Resultate solcher Initiativen von vielen als gelungen anerkannt werden.

Die Kategorie *Alter* nimmt in diesem Spannungsfeld einen prominenten Stellenwert ein. Der Anspruch, unterschiedliche Altersgruppen in den Projekten dabeizuhaben, spiegelt sich in den konkreten alltäglichen Praxen,

Organisierungsweisen und Kommunikationsstrukturen wider. Ein möglicher basisdemokratischer Anspruch im Zusammenleben sieht sich konfrontiert mit Dominanzen bestimmter Gruppen. Dominanzen kommen durch die Abwesenheit von Personen, durch schwelende oder offen ausgetragene Konflikte sowie im Reden über ‚die Anderen‘ zum Ausdruck. In Projekt A sind es die ‚Mittelalten in Familie‘, die ihre normative Position behaupten und vorrangig den gemeinsamen Garten bespielen (vgl. 1. WS PA). In Projekt B sind es die ‚Alten‘, die (vereinzelt) einen Erziehungsauftrag und ein ‚Anpassen‘ gegenüber den ‚Jungen‘ artikulieren (vgl. 1. WS PC). Vermeintliche Nichtbeteiligung wird hier als Kontrollverlust oder Mangel an Kontrolle über die Teilnahme am gemeinschaftlichen Leben beschrieben. Neben ‚Erziehung‘ wird über rechtliche Handhabe und Kündigung durch die Wohnbaugesellschaft nachgedacht. Bewohner_innen, die sich stark aus den gemeinsamen Aktionen und Debatten herausnehmen, erfüllen hier die Funktion, das eigene Gemeinschaftsverständnis zu schärfen und über Zugehörigkeiten zu diskutieren. In Projekt C wird das Auf-sich-selbst-Schauen als gemeinsamer Konsens formuliert. Nicht die ‚Anderen‘ stehen im Fokus der Kritik, sondern die eigene (normative) Position. Dies dämmt das Ausbrechen von Konflikten ein und bewahrt gleichzeitig ein hohes Maß an subjektiver Autonomie innerhalb der Gemeinschaft.

Der Anspruch, alle Bewohner_innen zu inkludieren, gleichzeitig aber auch zur Mitwirkung zu verpflichten, ist in den drei Projekten ausgeprägt. Insbesondere für die ‚Alten‘ stellt diese Art der Organisation und Kommunikation eine Herausforderung dar (vgl. Senior_innen PA). Sie bringen sich zurückhaltend und punktuell bei Themen ein, die für sie eine besondere Relevanz haben. Diesen Ansatz verstehen sie als gemeinschaftsbildend, da Prozesse und Auseinandersetzungen ohne eigene Positionierungen mitgetragen werden. Unter anderen Vorzeichen kann die Zurückhaltung jedoch auch als Zurückdrängung der Senior_innen verstanden werden. Wie weit sich jede_r Einzelne aus dem gemeinschaftlichen Kontext zurückziehen kann, ist Aushandlungssache und Gegenstand der Kommunikationsprozesse. Personen, die sich aus Hausversammlungen und Gemeinschaftsaktionen herausnehmen, werden in Projekt A und B offen thematisiert. Die Handhabung von ‚Abweichungen‘ von der erwarteten Gemeinschaftlichkeit, die jedoch häufig nicht transparent und offen verhandelt wird, ist dabei projektspezifisch unterschiedlich. Projekt B verfolgt einen erzieherischen Ansatz mit Überlegungen von Rauswurfandrohungen. In Projekt C wird der explizite Anspruch formuliert, „Diversität auszuhalten“ und dahin gehend „an sich selbst zu arbeiten“, die eigene Erwartungshaltung und das eigene „Ego“ zu reflektieren (1. WS PC).

Ressourcen und Unterstützung

Neben den Spannungsfeldern Verantwortung und Rücksichtnahme, Autonomie und Kontrolle und den daraus hervorgehenden Stabilitäten und Flexibilitäten bildet der Umgang mit den individuellen und gemeinschaftlichen Ressourcen und entsprechenden gegenseitigen Unterstützungsbestrebungen einen entscheidenden Punkt für die Hausgemeinschaften. Differenzieren lässt sich hier zwischen den sichtbaren, handwerklichen und organisatorischen

Aufgaben und den eher unsichtbaren, gemeinschaftsstabilisierenden Tätigkeiten, wie eine angenehme Kommunikation, die Essensversorgung oder auch Aufräumarbeiten.

Für die Absicherung der Selbstverwaltung des Hauses haben die Gruppen eine gemeinschaftliche Organisations- und Kommunikationspraxis etabliert. Diese beansprucht, hinreichend flexibel und offen für die verschiedenen Bedürfnisse und Interessen zu sein und allen Bewohner_innen Teilhabe- und Mitbestimmungsmöglichkeiten zumindest anzubieten. Der Anspruch der Offenheit wird jedoch insbesondere durch die vielfältigen Konflikte, in denen unterschiedliche Sichtweisen und Einzelinteressen aufeinandertreffen, die sich nicht konsensuell vergemeinschaften lassen, relativiert. Projekt C strebt eine Struktur an, in der diese konsensuelle Vergemeinschaftung leichter möglich wird, und fragt nach potenziell anderen Formen der gemeinschaftlichen Organisation jenseits von Arbeitsgruppenstrukturen.

In allen Projekten werden über punktuelle Aktionen hinaus Arbeitsgruppen gebildet, um die Selbstverwaltung des Hauses und die damit verbundenen Aufgaben, wie Bau-, Finanzgruppe oder AG Soziales, sicherzustellen. In den Arbeitsgruppen treffen häufig zwischen zwei bis fünf Personen Absprachen, die sie dann zurück in die Hausprojektgruppe tragen (vgl. 2. WS PA, 1. WS PB, 1. WS PC).

Die räumliche und soziale Nähe bringt sowohl einen Mehraufwand als auch eine Entlastung mit sich. Selbstverwaltung verlangt Absprache und Abstimmungen zwischen den partikularen Bedürfnissen und Interessen sowie Ressourcen der Einzelnen, die in gemeinsamen Aushandlungen vergemeinschaftet werden. Für die Selbstverwaltung, die Bauorganisation und die Finanzen braucht es klare Verantwortlichkeiten und Verlässlichkeit. Die Entlastung besteht in einem vertrauten Wohnumfeld und in der alltäglichen, aber auch in Krisen gelebten Solidarität miteinander. All diese Prozesse verlangen den Bewohner_innen zeitliche, soziale und emotionale Ressourcen ab, die auch zu Über- und Belastungen und damit zu Konflikten in der Hausgemeinschaft führen können. Die entscheidende Ressource ist dabei Zeit, die sowohl für persönliche als auch für gemeinschaftliche Belange und Aufgaben eingeplant werden muss, was sich auch in der Reflexion der eigenen Ansprüche spiegelt:

„[W]as erlaubt mir eigentlich meine Zeit gerade? Oder wo fühle ich mich [...] zu sehr in meinem Bedürfnis [...] auf der Individualitätsseite. Aber [...] wo ich gerne hinwürde, bin ich eindeutig auf der Gemeinschaftsseite.“ (1. WS PA)

Der finanzielle Aufwand für die Projekte ist insgesamt hoch und kann exkludierend wirken. Gleichzeitig werden dabei auch solidarische und solidarökonomische Handlungsspielräume ausgelotet. Für den Zugang zum Projekt spielen jedoch nicht ausschließlich die eigene finanzielle Situation und das eigene Einkommen eine Rolle, sondern hauptsächlich das soziale Netzwerk und eigene habituelle kommunikative, soziale Fähigkeiten. Bei Projekt A war während der Bauphase die finanzielle Liquidität der potenziellen Bewohner_innen das entscheidende Auswahlkriterium, um Teil der Gruppe zu werden. Die finanziellen Herausforderungen verlangten nach einem „kreativen Umgang“ (3. WS PA) damit, das nötige Eigenkapital, den

Gruppenanteil für den Bankkredit aufzubringen sowie im fortlaufenden Bauprozess die rapide gestiegenen Kosten zu bewältigen. Gemeinsam mit einer Stiftung und der Bank wurde eine Lösung gefunden, die finanzielle Lage (vorerst) zu entspannen: „Sonst müssen wir auf vierzehn Euro siebzig oder so was gehen. Und also mindestens über fünf Jahre. Und das hätten einige absolut nicht mehr verkraften können.“ (Senior_innen PA) In Projekt B finden sich punktuelle, kleine Gemeinschaften zur nachbarschaftlichen Hilfe und zum nachbarschaftlichen Austausch zusammen. Die Bewohner_innen tragen füreinander Sorge und wissen umeinander. Im Gegensatz dazu fragen sich die Hausbewohner_innen in Projekt C nicht, *ob* man sich gegenseitig unterstützen solle, sondern *wie* man sich gegenseitig unterstützen kann (vgl. 1.WS PC).

Es zeichnet sich ein Zusammenhang zwischen Homogenität der Altersstruktur, dem gegenseitigen Verständnis und der potenziellen Unterstützung ab. Beispielsweise unterstützen sich Eltern gegenseitig darin, dass ihre Kinder gemeinsam im Garten spielen und einen großen Freiraum haben, wobei ‚die Alten‘ nicht erzieherisch eingreifen. Die Senior_innen wiederum unterstützen sich bei ihrer Positionierung im Haus, insbesondere wenn es um gemeinsame Interessen geht, die sie in die Workshops und Hausprojekttreffen tragen (vgl. 1.WS PA, 1.WS PB). Die Heterogenität der Altersstruktur befördert die Unvereinbarkeit von Einzelinteressen und Konflikten besonders. Allerdings wird mehrheitlich formuliert, dass die punktuellen Vergemeinschaftungen nicht abhängig von Heterogenität, sondern von den konkreten Personen sind: „Mir war das sehr wichtig mit den Generationen. [...] Aber ich merke, in meiner Situation sind mir jetzt eigentlich Menschen, also Personen wichtiger. Es ist egal, ob das ein junger Mensch ist oder ein alter.“ (1. WS PA) Die Nichtthematisierung von Alter zeigt sich auch an anderen Stellen, wie im Zusammenhang mit potenziellem Pflegebedarf. Dieses Thema ist den einzelnen Projektbewohner_innen latent bewusst, wird jedoch nicht auf organisatorischen Treffen verhandelt. Hingegen entlasten die Projektstrukturen insbesondere Familien und mittelalte Alleinlebende in ihrer Verantwortung. So äußert sich eine alleinstehende Person folgendermaßen:

„Ich glaube, dass ich wahrscheinlich diejenige bin, die am meisten von der Mehrgenerationensituation profitiert. Meine Nachbarin ist über siebzig. Die ist immer zu Hause. Sie passt auf meine Wohnung auf, gießt meine Tomaten, erzählt mir den neuesten Klatsch. [...] Sie ist einfach da und das gibt mir sehr viel Sicherheit. Gleichzeitig möchte ich auch gerne Kinder um mich haben, ich kann mit denen Kontakt aufnehmen oder die mit mir. Und ich kann auch sagen, ich habe jetzt gerade keine Zeit. Ich muss nicht, [...] ich kann.“ (1.WS PA)

Eine andere Perspektive zielt auf die Konflikthaftigkeit zwischen den verschiedenen Bedürfnissen ab, die sich eher in intragenerationalen Gruppen[9] zusammenfinden:

„Ich habe gemerkt im Laufe der Jahre, dass mir das völlig egal ist, wie alt jemand ist. Und ich habe auch eher das Gefühl, [...] dass es manchmal auch schwierig ist, weil unterschiedliche Generationen tatsächlich mit sehr, sehr unterschiedlichen Bedürfnissen da sind. Es

ist weniger homogen, wodurch immer wieder Konflikte entstehen, wo ich achselzuckend dastehe und denke, das ist einfach nicht meins.“

(1. WS PA)

Die gegenseitige Unterstützung und die solidarische Umverteilung von persönlichen und gemeinsamen Ressourcen in den Projekten bewirken ein Absicherungsgefühl, das über das Füreinandersorgen hinausgeht. Es ermöglicht Stabilität und Flexibilität in der alltäglichen Lebensführung, spiegelt die Verantwortung füreinander unter Berücksichtigung der individuellen Möglichkeiten wider. Gleichzeitig ist jedoch die so gewonnene Autonomie auch Verhandlungsgegenstand und potenzieller Kristallisationspunkt für Konflikte.

6. Mehrgenerationenwohnen zwischen Fürsorge- und Absicherungsgemeinschaft

Wie in den vorherigen Abschnitten herausgestellt, changieren die Mehrgenerationenwohnprojekte als selbst gewählte und selbst organisierte Nachbarschaften zwischen Fürsorge und Absicherung – in ihrem Verhältnis zwischen Nähe und Distanz; in der alltäglichen Lebensführung ihrer Bewohner_innen und der Organisation ihres Projektalltags sowie ihrer Aushandlungs- und Entscheidungsstrukturen, in denen neben den konkreten Inhalten auch Macht und Dominanzen zum Ausdruck kommen. Mehrgenerationenwohnprojekte lassen sich als (neue) Orte kollektiver städtischer Reproduktion durch ein Zusammenwirken verschiedener Spannungsfelder charakterisieren. Entlang derer wird das Wohnen in selbstverwalteten mehrgenerationalen Gemeinschaften zwischen partikularen und gemeinsamen Positionen verhandelt.

Erstens lässt sich ein Spannungsfeld *Stabilität und Flexibilität* beschreiben. Stabilität bezieht sich auf die Sicherung des Hauses, der Gemeinschaft sowie damit zusammenhängend auf die individuelle Planbarkeit und Verbindlichkeit im Alltag und in einer langfristigen Zukunftsperspektive. Durch die individuell unterschiedlichen Bedürfnislagen, Interessen und Alltage ist der teilweise explizit geäußerte, teilweise implizit verhandelte Anspruch an die Hausgemeinschaft und ihre Bewohner_innen eine gewisse Flexibilität in der Organisation und dem nachbarschaftlichen Miteinander. Eine eigene Wohneinheit ermöglicht Rückzug. In einer gemeinschaftlichen Struktur sind jedoch darüber hinaus Begegnungsmöglichkeiten und damit die Vermeidung von Isolation und Vereinsamung gegeben. Insbesondere gemeinsam geteilte Räume bieten potenzielle Begegnungen und Vergemeinschaftung sowie eine erhöhte Nähe, aber ebenso ein erhöhtes Konfliktpotenzial an.

Zweitens entwickelt sich Absicherung im Spannungsverhältnis zwischen *Verantwortung und Rücksichtnahme* in der eigenen gelebten Hausgemeinschaft. Hierbei ist die Kommunikation von Ansprüchen und Erwartungen an das gemeinschaftliche Zusammenleben entscheidend, die über die Selbstverwaltung des Hauses hinausgehen. Die Mitgestaltung von Kommunikationsräumen in Hausversammlungen, aber auch auf informellen Treffen und in zwischenmenschlichen Beziehungen, liegt in der Verantwortung aller. Den/der Einzelnen geht es darum, im Rahmen des Gesamtprojektes auch seine/ihre eigenen Belange und Bedürfnisse durchzusetzen. Es geht also um die Artikulation und Absicherung der eigenen Position, indem sich Personen

Gehör verschaffen, aber gleichzeitig auch darum, andere Positionen zu hören und anzuerkennen.

Das Verhältnis von individuellem Rückzug beziehungsweise individueller Rücknahme und der geteilten Gemeinschaft eröffnet das dritte Spannungsfeld *Autonomie und Kontrolle*. Soziale Sicherheit und Verbindlichkeit entwickelt sich dynamisch und diskontinuierlich in der gemeinsamen Interaktion. Wie weit sich jede_r Einzelne aus dem gemeinschaftlichen Kontext zurückziehen kann, ist Aushandlungssache und Gegenstand der Kommunikationsprozesse, sei es durch Abwesenheit von Personen oder durch Störungen der Gruppe durch (über-)präsenze Anwesenheit. Der Fokus kann sich dabei auf alltägliche Kleinigkeiten richten oder auch auf grundsätzliche Einstellungen der Bewohner_innen und ihrer Teilhabe. Verhandlungsgegenstand sind die Selbstverwaltung und ihre Kontrolle zur stabilen Absicherung des gesamten Projektes. Die (geteilte) Kontrolle über die selbst gewählte Nachbarschaft erweist sich somit als ein entscheidender Faktor für das individuelle Sicherheitsempfinden.

Viertens spielt das Spannungsfeld *Ressourcen und Unterstützung* eine wichtige Rolle. Da die Häuser dem reproduktiven Bereich zuzurechnen sind und für die alltägliche Lebensführung der Hausbewohner_innen einen Mehraufwand mit sich bringen, muss dieser entsprechend der individuellen Ressourcen und Verantwortlichkeiten verteilt werden. Der Mehraufwand bringt auch einen ‚Mehrwert‘ mit sich, der in Unterstützungsnetzwerken, einer höheren sozialen Dichte an Begegnungen und Beziehungen oder in der Entlastung von eigenen Verantwortlichkeiten und Verpflichtungen gesehen wird. Die finanzielle Absicherung des Projektes und die der Mitglieder über bezahlbare Mieten sichert der Hausgemeinschaft im Ganzen eine langfristige Perspektive.

Ausschlaggebend für das Herausbilden von Fürsorge- und Absicherungsgemeinschaften sind – neben dem bloßen Zusammenwohnen in eigenen Wohneinheiten – gemeinsam genutzte Räume sowie gemeinsame Projekte, Aktivitäten und Gefälligkeiten. Auch die gemeinsame und persönliche Reflexivität der eigenen Verortung in den Zusammenhängen der Hausgemeinschaft, also in Relation zu den anderen Mitbewohner_innen, schafft soziale Nähe und Verbindlichkeiten. Ein individuelles Gefühl der Absicherung kommt insbesondere zustande über das Wissen, was im Haus geschieht und wer da ist. Die räumliche Nähe sorgt für eine Gewissheit, dass konkrete Ansprechpartner_innen bei Hilfebedarf da sind. Grundsätzlich wird eine Verbindlichkeit sozialer Beziehungen in den Wohnprojekten angestrebt. Das heißt, die gegenseitige Unterstützung im Alltag wird nicht nur konzeptionell mitgedacht, sondern es entwickeln sich solidarische Interaktionen, beispielsweise beim gemeinsamen Einkauf, dem Begleiten beim Arztbesuch, bei kleineren Reparaturen oder auch solidarökonomischen Interventionen zur Senkung der Mieten.

7. Fazit

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass sich über die gemeinsame Selbstorganisation und die räumliche soziale Nähe aktiv verbindliche Fürsorgestrukturen konstituieren. Gleichzeitig sind die Erwartungshaltungen und sozialen Kontrollmechanismen dichter gesetzt. Die selbst gewählte Nachbarschaft

kann mehr Aufmerksamkeit und Unterstützung mit sich bringen und dabei ein Gefühl der Absicherung fördern. Allerdings ist die Zuwendung nicht per se verbindlich oder kontinuierlich festgelegt. Offen bleibt die Frage, was im Pflegefall passiert und welche hausinternen Optionen jenseits externer Dienstleistungen oder des Umzugs in andere Wohnformen zustande kommen.

Für die wissenschaftliche Debatte um (städtische) Reproduktion erweist sich ein weites Konzept von Fürsorge, erweitert mit einer Konkretisierung um die Kategorie *Absicherung*, als heuristisch vielversprechend. So kommen die Ambivalenzen des Zusammenlebens in den Fokus, durch welche der Projektalltag zwischen den Hausbewohner_innen bestimmt wird. Den Schwerpunkt in der Selbstorganisation des gemeinsamen Hausalltags bildet die tägliche Unterstützung und Absicherung der Bewohner_innen als Fürsorgende und Befürsorgte. Mit Blick auf die thematischen Spannungsfelder zeigt sich die Relevanz individueller und gemeinschaftlicher Absicherung in der Verhandlung des Zusammenwohnens – sowohl hinsichtlich einer gegenseitigen Unterstützung als auch in der Motivation und den Erwartungen. Absicherung als deskriptive Kategorie verbindet Fürsorgediskurse mit Prekarisierungsdiskursen. So lässt sich der Hausalltag als abgesicherte Fürsorge und fürsorgliche Absicherung vor dem Hintergrund einer „grundsätzlichen Prekarisierung“ (Lorey 2015) beschreiben.

Endnoten

- [1] Unter Mehrgenerationenwohnprojekten werden in dieser Arbeit Wohnprojekte verstanden, in denen mindestens drei Generationen zusammenwohnen (vgl. Fedrowitz 2010: 76).
- [2] Wir beziehen uns auf empirisches Material, das im Verlauf des BMBF-geförderten Forschungsprojektes „Mehrgenerationenwohnen in die Platte. Gemeinschaft und intergenerationaler Transfer für eine selbstbestimmte Lebensführung im Alter“ in partizipativen Forschungsworkshops (WS) und qualitativen Interviews seit Mai 2016 zusammengetragen wurde.
- [3] Unsere Analyse stellt keinen Vergleich in einem strengen methodischen Sinne dar, sondern vielmehr eine empirische Anreicherung hinsichtlich des Forschungsfokus und der Identifikation von thematischen Spannungsfeldern in den Hausgemeinschaften (vgl. Langenohl 2015).
- [4] Die Beschreibung der Projekte ist aus datenschutzrechtlichen Gründen bewusst ‚flach‘ gehalten, das heißt konkrete Identifikationsmerkmale der Projekte werden auszusparen versucht.
- [5] Aus der Sichtung der Literatur zu Mehrgenerationenwohnprojekten, die auch Selbstbeschreibungen, Fach- und Sachbücher einschließt, lässt sich ableiten, dass alleinstehende Männer aller Altersgruppen eine Ausnahme in Projektzusammenhängen sind.
- [6] Bei den angegebenen Mietpreisen handelt es sich im Folgenden stets um die Bruttokaltmiete pro Quadratmeter.
- [7] Die Workshops sind auf das gemeinsame Beforschen der jeweiligen inhaltlichen Schwerpunktsetzungen der Gruppen ausgerichtet (vgl. Bergold/Thomas 2017). Dabei moderieren wir deren Diskussionen und Reflexionen hinsichtlich ihrer alltäglichen individuellen und gemeinschaftlichen Organisation des Zusammenlebens. An den Workshops haben je nach Gruppe zwischen acht und zwanzig Bewohner_innen teilgenommen. Darüber hinaus wurden mehrere Fokusgruppen durchgeführt, um beispielsweise mit Senior_innen ins Gespräch zu kommen, die nicht an den Workshops teilnehmen.
- [8] Von keinem der drei Projekte haben wir bis jetzt erfahren, dass die selbst gewählten Beziehungen zwischen Kindern und Erwachsenen sich zu einem verbindlichen Bezugsverhältnis

ausbauen. Das mag unter anderem daran liegen, dass die Hausbewohner_innen erst seit drei Jahren in der konkreten Projektgemeinschaft wohnen. Sicherlich spielt aber hierbei auch die Aufteilung der Projekte in eigene Wohneinheiten als zusätzliche Hürde eine Rolle.

- [9] Intragenerational bezeichnen wir die Beziehung zur eigenen Alters- beziehungsweise Generationsgruppe, mit der sich die einzelnen Hausbewohner_innen assoziieren.

Autor_innen

Susan Schröder ist Kultur- und Gender-Wissenschaftlerin. Sie arbeitet zu Prekarisierung von Arbeit und Leben, Mehrgenerationenwohnen und Fürsorge.
sus.schroeder@yahoo.de

David Scheller ist Stadtsoziologe und Bewegungsforscher. Er arbeitet zu gemeinschaftlichen Wohnformen, städtischen sozialen Bewegungen und Demokratisierungen.
d.scheller@fh-potsdam.de

Literatur

- amantine (2011): Gender und Häuserkampf. Münster: Unrast Verlag.
- Andritzky, Michael / Strack, Helmut (Hg.) (2007): Gemeinsames Wohnen im Alter. Chancen – Probleme – Perspektiven. Karlsruhe: Ev. Akademie Baden.
- Aner, Kirstin / Karl, Fred / Rosenmayr, Leopold (Hg.) (2007): Die neuen Alten. Retter des Sozialen? Wiesbaden: VS-Verlag.
- Aulenbacher, Brigitte / Dammayr, Maria (Hg.) (2014): Für sich und andere sorgen. Krise und Zukunft von Care in der modernen Gesellschaft. Weinheim/Basel: Beltz Juventa.
- BBSR (Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung) (2014): Neues Wohnen – Gemeinschaftliche Wohnformen bei Genossenschaften. http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/Sonderveroeffentlichungen/2014/DL_NeuesWohnen.pdf?__blob=publicationFile&v=2 (letzter Zugriff am 11.9.2017).
- Beck-Gernsheim, Elisabeth (2010). Was kommt nach der Familie? Alte Leitbilder und neue Lebensformen. München: Beck.
- Becker, Ruth (2009): Frauenwohnprojekte – keine Utopie! Ein Leitfaden zur Entwicklung autonomer Frauen(wohn)räume mit einer Dokumentation realisierter Projekte in Deutschland. Dortmund: Netzwerk Frauenforschung NRW.
- Becker, Ruth / Linke, Evelin (2015): Mehr als schöner wohnen! Frauenprojekte zwischen Euphorie und Ernüchterung. Sulzbach: Ulrike Helmer Verlag.
- Bergold, Jarg / Thomas, Stefan (2017): Partizipative Forschung in der Psychologie. In: Günther Mey / Katja Mruck (Hg.), Handbuch Qualitative Forschung in der Psychologie, im Erscheinen.
- Bertram, Hans (1997): Getrennt wohnen – solidarisch Leben. Die multilokale Mehrgenerationenfamilie. In: Anette Lepenies (Hg.), Alt und Jung. Das Abenteuer der Generationen. Basel/Frankfurt/M.: Stoemfeld, 79-84.
- BMBF SILQUA (Bundesministerium für Bildung und Forschung) (2015): Bekanntmachung von Richtlinien zur Förderung von Projekten für Soziale Innovation für Lebensqualität im Alter. <http://www.bmbf.de/foerderungen/bekanntmachung.php?B=1061> (letzter Zugriff am 17.5.2017).
- BMFSFJ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) (Hg.) (2010): Sechster Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland. Der Beitrag älterer Menschen zum Zusammenhalt der Gesellschaft. Berlin: BMFSFJ.
- Bonnett, Alastair / Jarvis, Helen (2013): Progressive nostalgia in novel living arrangements: a counterpoint to neo-traditional new urbanism? In: Urban Studies 50/11, 2349-2370.
- Droste, Christiane (2015): German co-housing: an opportunity for municipalities to foster socially inclusive urban development? In: Urban Research & Practice 8/1, 79-92.
- Fedowitz, Micha (2010): Gemeinschaft in der Stadt – Das Modell des Mehrgenerationenwohnens. In: RaumPlanung 149, Dortmund: 75-80.

- Fedrowitz, Micha (2016): Gemeinschaftliches Wohnen – Stand und Entwicklung in Deutschland. In: Wohnprojekte von der Nische zum Trend. Nachrichten. Magazin der ARL, 46/1, 9-12.
- Hark, Sabine / Jaeggi, Rahel / Kerner, Ina / Meißner, Hanna / Saar, Martin (2015): Das umkämpfte Allgemeine und das neue Gemeinsame. Solidarität ohne Identität. In: Feministische Studien 33/1, 99-103.
- Helmer, Anne (2007). Wohnformen im Alter - bunt wie das Alter selbst. In: Caritasverband (Hg.), Deutscher Caritas 2008. Jahrbuch des Deutschen Caritasverbandes. Freiburg: Deutscher Caritasverband, 102-106.
- Holm, Andrej (2014): Mietenwahnsinn. Warum Wohnen immer teurer wird und wer davon profitiert. München: Droemer Knaur.
- id22 Institute for Creative Sustainability (2012): CoHousing Cultures: Handbuch Für Selbstorganisiertes, Gemeinschaftliches Und Nachhaltiges Wohnen. Bilingual. Berlin: Jovis.
- Janczyk, Stefanie (2009): Arbeit und Leben. Eine spannungsreiche Ko-Konstitution – Zur Revision zeitgenössischer Konzepte der Arbeitsforschung. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Kehl, Konstantin / Then, Volker (2013): Community and civil society returns of multi-generation cohousing in Germany. In: Journal of Civil Society 9/1, 41-57.
- Kricheldorf, Cornelia (2008): Neue Wohnformen und gemeinschaftliches Wohnen im Alter. In: Sylvia Buchen / Maja S. Maier (Hg.), Älterwerden neu denken. Interdisziplinäre Perspektiven auf den demografischen Wandel. Wiesbaden: VS-Verlag, 237-247.
- Knaier, Doris (2003): Die nachbarschaftliche Hilfe in Wohnprojekten, ihre sozialpolitische Bedeutung und ihr Verhältnis zu professionellen Diensten. München: Urbanes Wohnen.
- Langenohl, Andreas (2015): Town Twinning, Transnational Connections and Trans-local Citizenship Practices in Europe. New York/Basingstoke: Palgrave Macmillan, 2015.
- Lessenich, Stephan (2013): Die Neuerfindung des Sozialen. Der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus. Bielefeld: transcript.
- Lorey, Isabell (2015): State of Insecurity. Government of the Precarious. London/Brooklyn: Verso Futures.
- Manske, Alexandra / Pühl, Katharina (Hg.) (2010): Prekarisierung zwischen Anomalie und Normalisierung. Geschlechtertheoretische Bestimmungen. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Marchart, Oliver (2013): Die Prekarisierungsgesellschaft: Prekäre Proteste. Politik und Ökonomie im Zeichen der Prekarisierung. Bielefeld: transcript.
- Mayer, Margit (2016): Neoliberal urbanism and uprisings across Europe. In: Margit Mayer / Catharina Thörn / Håkan Thörn (Hg.), Urban Uprisings. Challenging Neoliberal Urbanism in Europe. London: Palgrave, 57-92.
- Menning, Sonja (2007): Haushalte, familiale Lebensformen und Wohnsituationen älterer Menschen. GeroStat Report Altersdaten Heft 2. Berlin: Deutsches Zentrum für Altersfragen.
- Metzger, Joscha (2016): Gemeinschaftliches Wohnen: Ansatz zur Lösung der Wohnungsfrage? In: Wohnprojekte von der Nische zum Trend. Nachrichten. Magazin der ARL 46/1, 18-22.
- Motel-Klingebiel, Andreas / Wurm, Susanne / Tesch-Römer, Clemens (2010): Altern im Wandel. Befunde des Deutschen Alterssurvey (DEAS). Stuttgart: Kohlhammer.
- Nickel, Hildegard Maria / Hüning, Hasko / Frey, Michael / Braun, Susanne / Kiank, Cordula (Hg.) (2008): Subjektivierung, Verunsicherung, Eigensinn: Auf der Suche nach Gestaltungspotenzialen für eine neue Arbeits- und Geschlechterpolitik. Berlin: Edition Sigma.
- Otto, Ulrich (2010): Perspektiven gemeinschaftlichen Wohnens im Alter. Autonomes Wohnen in Gemeinschaft - ein Überblick. In: Age Stiftung (Hg.), Autonomes Wohnen in Gemeinschaft. Zürich: Age Stiftung, 3-5.
- Reimann, Sara / Heinicke, Richard (2016): Balance zwischen Nähe und Distanz. Interview mit Ralf-Hagen Ferner und Kurt Buser. In: Wohnprojekte von der Nische zum Trend. Nachrichten. Magazin der ARL 46/1, 23-26.
- Scheller, David / Thörn, Håkan (2017): Governing 'sustainable urban development' through self-build groups and cohousing: the cases of Hamburg and Gothenburg. In: IJURR, 41/6, im Erscheinen.

- Schipper, Sebastian / Kadi, Justin / Schönig, Barbara (2017): Wohnraum für alle?!: Perspektiven auf Planung, Politik und Architektur. Bielefeld: transcript.
- Schmieder, Simon (2016): Intersektionale Mehrebenenanalyse und Altersforschung: Eine fruchtbare Verbindung. In: Tanja Carstensen / Melanie Groß / Kathrin Schröder (Hg.), care/sex/net/work. Feministische Kämpfe und Kritiken der Gegenwart. Münster: Unrast Verlag, 66-71.
- Schulz-Nieswandt, Frank / Köstler, Ursula / Langenhorst, Francis / Marks, Heike (2012): Neue Wohnformen im Alter. Wohngemeinschaften und Mehrgenerationenhäuser. Stuttgart: Kohlhammer.
- Tummers, Lidewij (2016): The re-emergence of self-managed co-housing in Europe: A critical review of co-housing research. In: Urban Studies 53/10, 2023-40.
- Van Dyk, Silke (2015): Soziologie des Alters. Bielefeld: transcript.
- Van Dyk, Silke / Lessenich, Stephan (Hg.) (2009): Die jungen Alten. Analysen einer neuen Sozialfigur. Frankfurt Main: Campus.
- Voges, Wolfgang / Zinke, Melanie (2010): Wohnen im Alter. In: Kirstin Aner / Ute Karl (Hg.), Handbuch Soziale Arbeit und Alter. Wiesbaden: VS-Verlag, 301-308.
- Völker, Susanne (2010): Der Wandel der Erwerbsarbeit praxeologisch in den Blick genommen. In: Michael Frey / Andreas Heilmann / Karin Lohr / Alexandra Manske / Susanne Völker (Hg.), Perspektiven auf Arbeit und Geschlecht. Transformationen, Reflexionen, Interventionen. München: Rainer Hampp, 297-314.
- Wasshede, Cathrin (2017): The Child of the Common: Governing Children in the Freetown of Christiania, Denmark. In: Children & Society, 31/5, 403-413.
- Winker, Gabriele / Degele, Nina (2009): Intersektionalität. Zur Analyse sozialer Ungleichheit. Bielefeld: transcript.
- Winker, Gabriele (2010): Prekarisierung und Geschlecht. Eine intersektionale Analyse aus Reproduktionsperspektive. In: Alexandra Manske / Katharina Pühl (Hg.), Pekarisation zwischen Anomie und Normalisierung. Geschlechtertheoretische Bestimmungen. Münster: Westfälisches Dampfboot, 165-184.
- Winker, Gabriele (2015): Care-Revolution. Schritte in eine solidarische Gesellschaft. Bielefeld: transcript.
- Zibell, Barbara / Kietzke, Lisa (2016): Gemeinschaftliches Wohnen gegen die Angst, allein zu sein. In: Wohnprojekte von der Nische zum Trend. Nachrichten. Magazin der ARL 46/1, 13-17.

Empirisches Material

1. WS PA: 1. Workshop Projekt A, 9. Juli 2016.
2. WS PA: 2. Workshop Projekt A, 24. September 2016.
3. WS PA: 3. Workshop Projekt A, 3. Dezember 2016.
5. WS PA: 5. Workshop Projekt A, 17. Mai 2017.
- Senior_innen PA: Senior_innen Projekt A, 24. Oktober 2016.
1. WS PB: 1. Workshop Projekt B, 28. Januar 2017.
1. WS PC: 1. Workshop Projekt C, 22. April 2017.

Communities of care and security. Multigenerational co-housing as a new form of urban reproduction?

In the last decade multigenerational cohousing has gained relevance. This is explained by the demographic shift towards an aging society, as well as the individualization and transformation of family and care structures. This article empirically contributes to the discussion about 'care' with an intersectional analysis of intersubjective relationships in three multigenerational cohousing projects in Brandenburg, Germany. Questions addressed include: How is care negotiated in the cohousing groups? Do cohousing

projects act as ‘care communities’ and create (new) forms of urban re-production? We argue that multigenerational cohousing projects can be understood as intentional communities that maneuver between social care and social security – regarding their regulation of proximity and distance in the everyday interactions; and, their organization and decision-making structures. Therefore, we consider social security as a key feature of care communities and develop a holistic conceptualization of ‘care’ within multigenerational cohousing projects.

Die ungleiche Geographie des Elterngelds

Zur familienpolitischen Reproduktion gesellschaftlicher Ungleichheit

Jan Kemper
Andrea Mösgen

Der Beitrag analysiert Ungleichheitseffekte des 2007 eingeführten Elterngelds. Wir zeigen, dass die familienpolitische Einführung der Ressource Elterngeld die Einkommensungleichheiten der Produktions- bzw. Erwerbssphäre auf die Reproduktions- bzw. Familiensphäre übertragen hat. Das Elterngeld trägt damit aber zumindest bislang nicht (wie angedacht) zur Aufhebung der asymmetrischen Aufteilung von (entlohnter) Erwerbsarbeit und (nicht-entlohnter) Sorgearbeit zwischen Elternteilen bei. Stattdessen verdeutlicht unsere räumlich orientierte Untersuchung des Elterngeldbezugs ungleiche Muster in den Bewältigungsmöglichkeiten kinderbezogener Sorgearbeiten. Die an der ungleichen Geographie des Elterngelds deutlich werdende Ausdifferenzierung von Bearbeitungschancen von Elternschaft interpretieren wir als Ausdruck von sozialen Spaltungstendenzen auf dem Gebiet der Reproduktion, die von der familienpolitischen Einführung des Elterngelds forciert worden sind.

Ersteinreichung: 16. Juni 2017; Veröffentlichung online: 18. November 2017
An english abstract can be found at the end of the document.

1. Einleitung

Die Forschungsfragen „Who Gets What *Where*, and How“ (Smith 1974) werden gemeinhin in der Absicht aufgeworfen, entlang räumlich betrachteter Unterschiede auf Verhältnisse gesellschaftlicher Ungleichheit aufmerksam zu machen. Insbesondere in Forschungstraditionen der Stadtsoziologie, Humangeographie und der lokalen Politikforschung war und ist diese Aufmerksamkeitsproduktion verknüpft mit dem Interesse, die Praktiken der staatlichen Ressourcenbereitstellung und -verteilung in den Blick zu nehmen. So werden die Folgewirkungen untersuchbar, die sozialpolitische Interventionen für die Reduzierung, aber auch für die Persistenz, die Verstärkung oder die Erneuerung von Mustern sozialer und sozialräumlicher Ungleichheit haben können.

Unser Beitrag trägt diese Forschungsfragen und -absichten an eine der gegenwärtigen Praktiken der Regierung der Familie heran: Wir untersuchen ungleiche Verteilungswirkungen des vor einer Dekade eingeführten Elterngelds. Das Elterngeld ist eine steuerfinanzierte, monatlich gezahlte staatliche Transferleistung, die als Lohnersatzleistung konzipiert ist. Es wird Eltern für Sorgearbeiten gegenüber ihren Kindern in deren ersten Lebensmonaten über das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) ausgezahlt.

Obgleich das Elterngeld in und unmittelbar nach dessen Einführungsphase unter verteilungspolitischen Gesichtspunkten in den Blick genommen wurde und für seine sozial selektive, weil Gutverdienende positiv, Geringverdienende negativ privilegierende, Programmstruktur kritisiert worden ist (so etwa Farahat et al. 2006, Henninger/Wimbauer/Dombrowski 2008, Nowak 2009), blieb ein empirisches Forschungsinteresse an den tatsächlichen Ungleichheitseffekten des Elterngelds weitestgehend aus (siehe aber Menke 2017). Stattdessen sind aktuelle Evaluationen des Elterngelds vor allem von den Fragen nach einer (gelingenden) Steigerung der Geburtenrate, der väterlichen Beteiligung an den elterlichen Sorgeaufgaben sowie der Müttererwerbstätigkeitsquote bestimmt, also auf die erwünschten demographischen, arbeitsmarkt- und gleichstellungspolitischen Programmeffekte konzentriert (so etwa Geyer et al. 2013, Mayer/Rösler 2013, Trappe 2013, Reimer/Andernach 2015).

Demgegenüber gehen wir in den folgenden Ausführungen daran, das Elterngeld als eine staatlich bereitgestellte Ressource zur Bewältigung elterlicher Aufgaben und der damit verbundenen Lebenssituation zu untersuchen, die *ungleiche* Bearbeitungschancen bzw. Bewältigungsmodalitäten von Elternschaft erwirkt. Mit diesen Ungleichheitseffekten werden zugleich vorhandene Muster gesellschaftlicher Ungleichheit reproduziert. Konkret verdeutlichen wir, dass die Einführung der Ressource Elterngeld (1) die (ihrerseits stark vergeschlechtlichten) Einkommensungleichheiten der Produktions- bzw. Erwerbssphäre auf die Reproduktions- bzw. Familiensphäre übertragen hat, damit aber (2) zumindest bislang nicht (wie angedacht) zur Aufhebung der asymmetrischen, geschlechtsspezifisch ausfallenden Aufteilung von (entlohnter) Erwerbsarbeit und (nicht-entlohnter) Sorgearbeit zwischen Elternteilen beiträgt. Stattdessen hat die Bereitstellung der Ressource Elterngeld (3) einen ungleich verteilten und unterschiedlich kombinierten Output in den zentralen Wirkungsdimensionen (a) der *Inanspruchnahme*, (b) der *Bezugsdauer* und (c) der *Anspruchshöhe* des Elterngelds nach sich gezogen. Diese ungleich verteilten und unterschiedlich kombinierten Wirkungen des Elterngelds repräsentieren ungleiche Chancen im Arrangement von sozio-ökonomischer Situation und elterlicher Arbeitsteilung. Sie lassen sich über eine räumlich orientierte Analyse als ‚die ungleiche Geographie des Elterngelds‘ beschreiben.

Mit unserer Untersuchung schließen wir an die unter anderem von Walter Siebel vorgetragene These einer zunehmenden sozialen „Spaltung innerhalb des Reproduktionsbereichs“ (Siebel 2012: 473) an. Siebel sieht in dem Maße, „wie die Kommunen sich aus der Organisation entsprechender Güter- und Dienstleistungsangebote zurückziehen“ (ebd.) und stattdessen privatwirtschaftlich organisierte Angebote an deren Stelle treten, die bekannten sozio-ökonomischen Polarisierungstendenzen postfordistischer Gesellschaften auf die Reproduktionssphäre durchschlagen: Jenen Männern *und* Frauen, die über „die notwendigen Informationen, Qualifikationen und das Geld verfügen, um sich die entsprechenden Dienstleistungen und Güter zu verschaffen“ (ebd.), wird es zunehmend möglich sein, Aufgaben der Haus- und Sorgearbeit an Dritte zu externalisieren und selbst einer ausschließlich erwerbsarbeitszentrierten Lebensführung zu folgen. All denjenigen jedoch, denen die Zugangsmittel für die entsprechenden Dienstleistungsangebote

fehlen, sind die Möglichkeiten für eine von Reproduktionsarbeitsverpflichtungen entlastete Lebensführung verbaut. Sie sind stattdessen in der Regel auf das traditionelle Familien- und Geschlechterarrangement von männlichem Ernährer und Hausfrau, auf eine anhaltende Doppelbelastung durch Erwerbs- und Sorgearbeit oder auf den Verzicht auf Familie und die damit verbundenen Sorgeverantwortungen verwiesen (vgl. Siebel 2012: 472ff.).

Mit unserer Analyse der Ungleichheitseffekte des Elterngelds beziehen wir die Rolle des Staates in der Strukturierung von Lebensbedingungen und -chancen im Bereich der Reproduktion in die These einer zunehmenden sozialen Spaltung innerhalb des Reproduktionsbereichs mit ein. Zugleich sehen wir in dem Nachweis von familienpolitisch hergestellten, selektiv verteilten Bearbeitungschancen bzw. Bewältigungsmöglichkeiten von Elternschaft die Möglichkeit, diese These empirisch zu fundieren.

Unser Beitrag ist in vier Argumentationsschritte gegliedert. *Erstens* skizzieren wir im Rückgriff auf vorliegende Untersuchungen des Elterngelds Programm und Zielstellungen, Kontext und Funktion des Elterngelds. Damit erinnern wir zum einen daran, dass und wie das spezifische Privilegierungsmuster in der Programmstruktur des Elterngelds dazu führt (ja dazu führen *soll*), einen ungleichen Output der Ressource Elterngeld zu evozieren. Zudem verdeutlichen wir mit Rekurs auf das Krisentheorem der „Reproduktionsarbeitskrise“ (Bock/Heeg/Rodenstein 1997) bzw. der „crisis of care“ (Daly/Lewis 2000: 291) das zentrale Bezugsproblem aktueller Familienpolitik (Kap. 2). *Zweitens* geben wir mit Hilfe der Bundeselterngeldstatistik und daraus abgeleiteten Indikatoren einen empirisch gehaltenen Überblick über allgemeine bundesweite Trends in den Wirkungsdimensionen des Elterngelds in den letzten Jahren. An diesen Trends wird die Reproduktion der Einkommensungleichheit ebenso offensichtlich wie die Persistenz der traditionellen, ungleichen Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern im Hinblick auf erwerbsarbeitszentrierte Tätigkeiten einerseits und familiäre, reproduktive Tätigkeiten andererseits (Kap. 3). Allgemeine Trends aber vermögen eine hohe interne Varianz aufzuweisen, die unter anderem in erheblichen regionalen Differenzierungen zum Ausdruck kommen kann. Deshalb untersuchen wir *drittens* im Rahmen einer kleinräumig angelegten Analyse von Kennzahlen zum Elterngeld für den Geburtsjahrgang 2014 auf Kreisebene, wo die verschiedenen Wirkungsdimensionen wie ineinandergreifen. Methodisch stützen wir uns dafür auf ein clusteranalytisches Verfahren. Es erlaubt eine gleichzeitige, kombinierte Betrachtung der verschiedenen Wirkungsdimensionen (Kap. 4). *Viertens* und abschließend resümieren wir die über den Weg der räumlich orientierten Analyse gewonnenen regionalen Muster des Elterngeldbezugs als Ausdruck einer zunehmenden Spaltung innerhalb des Reproduktionsbereichs der Gesellschaft.

2. Das Elterngeld

Zum Januar 2007 ist das Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz (BEEG) in Kraft getreten. Mit ihm hat sich die Bundesrepublik Deutschland dazu verpflichtet, Müttern und Vätern für ihre im Rahmen der Elternzeit übernommenen Sorgearbeiten gegenüber neugeborenen Kindern in deren ersten Lebensmonaten Elterngeld zu zahlen. Das Elterngeld kann von einem der

Elternteile von der Geburt des Kindes an bis zu ein Jahr lang, von beiden Elternteilen gemeinsam für bis zu 14 Monate beansprucht werden. Basisvoraussetzung für den Bezug von Elterngeld ist der (weitgehende) Verzicht auf Erwerbsarbeit (und damit auf ein Erwerbseinkommen) im gewählten Bezugszeitraum (vgl. BEEG[1], insb. §§ 1, 4). Finanziert wird das Elterngeld aus Steuermitteln des Bundes. Im aktuellen Bundeshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2017 sind 6,4 Milliarden Euro für das Elterngeld veranschlagt worden (vgl. BMF 2016: 8f.).

2.1. Das Anreizmodell des Elterngelds

Die neuartigen und charakteristischen Grundzüge des Elterngelds sind sein *materielles* Anreizsystem und sein *zeitlich* orientiertes Belohnungsmodell.[2] Diese charakteristischen Züge werden regelmäßig im Vergleich mit dem seit 1986 gezahlten Erziehungsgeld deutlich gemacht, das durch das Elterngeld ersetzt worden ist (vgl. z. B. Bertram/Deuflhard 2013, Nowak 2009, Menke 2017, Leitner 2017; siehe auch BEEG, insb. §§ 2, 4). Das Erziehungsgeld war eine monatlich gezahlte staatliche Unterstützungsleistung an denjenigen Elternteil, der das Kind vorwiegend erzog – in der Regel die Mutter. Die Regel-Bezugsdauer des Erziehungsgelds betrug zuletzt 24 Monate bei einer Bezugshöhe von 300 Euro. Alternativ war auch ein auf 12 Monate verkürzter Bezug mit einem auf 450 Euro erhöhten Betrag möglich. Die Zahlung des Erziehungsgelds orientierte sich am Haushaltseinkommen der Eltern; es durfte in den ersten sechs Lebensmonaten des Kindes für Paare eine Einkommenshöchstgrenze von 30.000 Euro, danach 16.500 Euro, nicht übersteigen. Kennzeichnend für das Elterngeld ist demgegenüber:

1. *Die Relationierung der Höhe der Elterngeldbezüge am vorherigen Erwerbseinkommen.* Das Elterngeld ist wesentlich als eine Ersatzleistung für ein entfallendes Erwerbseinkommen während der Bezugszeit konzipiert. Bemessungsgrundlage der Höhe der monatlichen Elterngeldbezüge ist prinzipiell die Einkommenssituation in den letzten zwölf Monaten vor Antragstellung. Das Elterngeld beträgt grundsätzlich zwischen 67 und 65 Prozent des (vorherigen) Nettoeinkommens. Es fällt damit je nach vorheriger Einkommenssituation unterschiedlich groß aus: Je mehr der Antragsteller oder die Antragstellerin zuvor verdiente, desto höher die staatlich gewährte Kompensationsleistung. Die Bindung der Höhe der monatlichen Elterngeldbezüge an das vorherige Erwerbseinkommen des_der Antragsteller_in findet nach oben hin ihre Grenze an einem Maximalbetrag des monatlichen Elterngeldbezugs in Höhe von 1.800 Euro. Einkommen, die dem Relationierungsprinzip nach höhere Bezüge garantieren würden, werden auf diesen Betrag hin begrenzt. Ab einem Individualeinkommen von über 250.000 Euro bzw. einem Haushaltseinkommen von über 500.000 Euro im Veranlagungszeitraum wird kein Elterngeld gezahlt. Nach unten hin, gegenüber Eltern ohne vorheriges Erwerbseinkommen, wird ein Mindestbetrag von 300 Euro gewährt. Anders als das Erziehungsgeld wird das Elterngeld allerdings vollständig mit anderen staatlichen Transferleistungen wie

Unterhaltszahlungen nach SGB II („Hartz IV“) verrechnet, „so dass arme Eltern de facto keinen Bonus für die Erziehungsarbeit erhalten“ (Leitner 2017: 59).

2. *Die Begrenzung der Bezugsdauer staatlicher Unterstützungsleistung auf 12 Monate bei gleichzeitiger Einführung von zwei ‚Partnermonaten‘.* Der Bezug der Ressource Elterngeld muss mindestens zwei Monate und kann höchstens 12 Monate betragen. Unter der Voraussetzung, dass beide Elternteile Elterngeld in Anspruch nehmen, werden allerdings zusätzlich zwei ‚Partnermonate‘ gewährt. Die Bezugsdauer kann so auf insgesamt 14 Monate ausgedehnt werden.

Im Selbstverständnis der Politik wie im Urteil wissenschaftlicher Politikbeobachtung signalisiert die Programmstruktur des Elterngelds einen Paradigmenwechsel^[3] in der Familienpolitik. Demnach sind mit den Anreizen des Elterngelds gleichstellungs-, arbeitsmarkt- und bevölkerungspolitische Zielstellungen in den Vordergrund gerückt und kombiniert worden; die spezifische Ausgestaltung des Elterngelds soll vor allem (1) eine stärkere väterliche Beteiligung an den elterlichen Sorgeaufgaben, (2) eine höhere Müttererwerbstätigkeitsquote und (3) eine Steigerung der Geburtenrate evozieren (vgl. dazu ausführlich Reimer 2013). In den Hintergrund dagegen ist die Absicht getreten, über finanzielle familienpolitische Leistungen „Bedürftige zu unterstützen und dem mit der Geburt von Kindern entstehenden erhöhten Armutsrisiko entgegenzuwirken“ (Farahat et al. 2006: 985; vgl. auch Henninger/Wimbauer/Dombrowski 2008: 102, 110).

Die Begründungen für diese familienpolitischen Neuorientierungen und daran anhängige Zielstellungen sind vielfältig. Die Rechtfertigung des Elterngelds wird, so lässt sich zum Beispiel einer Analyse der Elterngeld-Diskurse durch Bujard (2013) entnehmen, von volkswirtschaftlich und bevölkerungspolitisch artikulierten Sorgen um ausreichenden Nachwuchs für Wirtschaft und Gesellschaft ebenso getragen wie von Forderungen der Frauenbewegung nach einer Gleichstellung von Männern und Frauen. In diese Motivationen gehen neoliberal klingende Argumente zu einer stärkeren Entlastung des sozialstaatlichen Systems sozialer Sicherheit durch eine verstärkte Erwerbsarbeitsorientierung von Eltern ebenso ein wie traditionell sozialstaatlich wirkende Vorstellungen zu einer finanziellen Entlastung der Familien durch staatliche Leistungen. Daher spricht einiges dafür, in der Ausgestaltung des Elterngelds und den darin deutlich werdenden familienpolitischen Neuorientierungen vor allem einen politischen Kompromiss zwischen divergierenden Interessensgruppen zu vermuten. Woraufhin aber dieser Kompromiss geschlossen wurde – also auf welche gemeinsam geteilte Problemlage hin mit den Neuorientierungen der Familienpolitik eine politische Antwort und mit dem Elterngeld eine wenn auch kompromisshaft formulierte Lösung gefunden werden sollte –, ist damit noch nicht benannt. Für die Beschreibung dieses Bezugsproblems bietet sich das Theorem einer Krise der Reproduktions- bzw. der Sorgearbeit an, wie es (wenn auch in unterschiedlichen Nuancen) aus den Schnittstellen feministischer und historisch-materialistischer Theorietraditionen heraus formuliert worden ist und von da aus auch Eingang in sozialanalytische Einordnungen des Elterngelds (vgl. Winker 2015) gefunden hat.

2.2. Die Reproduktionsarbeitskrise

Dreh- und Angelpunkt sozialwissenschaftlicher Krisendiagnosen auf dem Gebiet der Reproduktion ist die Beobachtung einer Blockade herkömmlicher Regulationsformen der Sorge- bzw. der Reproduktionsarbeit (vgl. Bock/Heeg/Rodenstein 1997, Daly/Lewis 2000, Leitner 2017, Leitner/Ostner/Schratzenstaller 2004, Lewis 2004, Winker 2015). Diese Blockade artikuliert sich vor allem als eine Krise des traditionell anmutenden *male breadwinner/female homemaker model* der Familienorganisation, berührt aber auch die gesellschaftspolitische Durchsetzung des *adult worker model* als die mögliche Alternative bzw. als das funktionale Äquivalent für das Familienernährermodell. Beide Formen der Familienorganisation sind bzw. werden demnach an Grenzen gestoßen, was unter anderem eine erfolgreiche Aufrechterhaltung der gesellschaftlichen Funktionszuschreibungen der demographischen Reproduktion wie der primären Sozialisation an die Familie (vgl. dazu etwa Nave-Herz 2014: 17f.) zunehmend in Frage stellt. Damit aber erscheinen Basisvoraussetzungen für ein wirtschaftliches Wachstum unterminiert oder, in etwas anderer Terminologie, wirkt die „Reproduktion der Produktionsbedingungen“ (Althusser 2012: 82) bedroht: Ohne eine „Aufzucht und Erziehung“ (ebd.: 85) von ausreichend qualifizierten Kindern zu disponibler Arbeitskraft für den Kapitalverwertungsprozess scheint nicht nur dieser, sondern scheinen auch die daran anhängigen Sozialversicherungssysteme gefährdet zu sein.

Folgt man den Krisendiagnosen auf dem Gebiet der Reproduktion, ist das *male breadwinner/female homemaker model* der Reproduktion vor dem Hintergrund einer zunehmenden ökonomischen Integration von Frauen in das System entlohnter Erwerbsarbeit, einem damit einhergehenden kulturellen „Wandel der weiblichen Geschlechtsrolle“ (Bock/Heeg/Rodenstein 1997: 49) sowie dem damit verbundenen, anhaltenden Widerstand von Frauen gegen eine (erneute) Festschreibung auf ihre Rolle als Mann und Kinder umsorgende und von der Erwerbsarbeit des Mannes abhängige Hausfrau erodiert. Zugleich stell(t)en Transformationen der Erwerbsarbeitswelt selbst (insbesondere die Erfahrung des mit der Deindustrialisierung verbundenen Arbeitsplatzabbaus sowie der Prekarisierung) und deren soziale Folgeeffekte das Familienernährermodell in Frage: „In dem Maße, wie dem Familienernährer der Familienlohn nicht mehr sicher ist, wird die Nicht-Erwerbstätigkeit von Frauen, und damit ihre ausschließliche Konzentration auf Kindererziehung und Angehörigenpflege, zum Problem“ (Leitner/Ostner/Schratzenstaller 2004: 10) und „die Erwerbstätigkeit von Frauen zur generalisierten Notwendigkeit“ (Leitner 2017: 55).

Doch auch eine gesellschaftliche Durchsetzung des *adult worker model* als ein zeitgenössisches, funktionales Äquivalent zum Familienernährermodell stößt offensichtlich auf Schwierigkeiten. Eine (Vollzeit)Erwerbstätigkeit *beider* Elternteile verspricht zwar sowohl die Auflösung von ökonomischen Abhängigkeitsbeziehungen der Frauen/Mütter von den verdienenden Männern/Vätern innerhalb der Familie zugunsten einer individuellen Absicherung als auch ein verbessertes Familien- bzw. Haushaltseinkommen (und somit *auch* eine Entlastung der Systeme sozialer Sicherheit). Aber die Attraktivität der Doppel- und Vollzeit-Verdiener-Familie stößt sich zum

einen ebenfalls an den Entgrenzungs- und Restrukturierungsprozessen der Arbeitswelt (vgl. Leitner 2017: 62). Zum anderen und vor allem aber bricht sie sich fortlaufend an der nach wie vor stark asymmetrisch ausfallenden Aufteilung der Haus- und Familienarbeit zwischen den Geschlechtern. Während Männer/Väter sich diesen Aufgaben größtenteils entziehen bzw. sich auf ein Mithelfen beschränken, sehen sich Frauen/Mütter im Rahmen einer „Zwei-Erwerbstätigen“-Familie“ (Lewis 2004) regelmäßig damit konfrontiert, sowohl (entlohnte) Erwerbsarbeiten als auch (nicht-entlohnte) Haus- und Familienarbeiten zu übernehmen (ebd.). Dieser Doppelbelastung durch Beruf und Familie zu entgehen, so eine der zentralen Beobachtungen zur Krise der Reproduktion, war und ist unter diesen Bedingungen für viele Frauen in den letzten Jahrzehnten nach wie vor nur entweder über eine (ihnen zugleich zunehmend unmöglich wie unerwünscht gewordene) eingeschränkte Erwerbstätigkeit oder aber über eine Reduktion von Reproduktionsarbeitsverpflichtungen, unter anderem durch einen Verzicht auf Kinder, möglich gewesen.

2.3. Die politische Restrukturierung der Familienorganisation

Diese Problemkonstellationen aufzulösen ist spätestens Mitte der 1990er Jahre länderübergreifend und auf unterschiedlichen politischen Maßstabsebenen die Zielbeschreibung familienpolitischer Regulierungsabsichten geworden (vgl. Leitner 2017: 56f., Lewis 2004). Seither wird daran gegangen, die Krise der Reproduktion nicht etwa über eine *Restauration* des überkommenen Familienernährermodells und des damit verbundenen Geschlechterverhältnisses, sondern in der Perspektive auf ein gesellschaftspolitisch erfolgreiches Zwei-Verdiener-Modell zu bewältigen, und zwar über eine *Modernisierung* der Familienorganisation zugunsten von „Entlastungen der Frau in der Familie“ (Geißler 1996: 293). Für eine darauf angelegte Restrukturierung der Reproduktionsarbeit wurden schon früh zwei Strategien vorgezeichnet: Die „Ausgliederung oder Rationalisierung der Familienarbeit“ (ebd.) und „Veränderungen der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung in der Familie, oder mit anderen Worten: durch die Einbeziehung des Mannes in Hausarbeit und Kindererziehung“ (ebd.).

In der Bundesrepublik Deutschland werden der Bruch mit dem Familienernährermodell, die Umorientierung auf das Zwei-Verdiener-Modell und die für dessen Erfolg für notwendig gehaltenen Strategien unter der Parole einer ‚Vereinbarkeit von Beruf und Familie‘ für Frauen/Mütter *und* Männer/Väter seit Mitte der 1990er Jahre familienpolitisch angegangen. Seit Anfang der 2000er Jahre wird diese Politik als ‚nachhaltige Familienpolitik‘ bezeichnet und unter wechselnden politischen Vorzeichen durchgesetzt (vgl. dazu ausführlich Nowak 2009: 220ff.). Im Rahmen dieses politischen Zielkonsenses wurde zum einen der Ausbau öffentlicher Betreuungsangebote für Kleinkinder forciert – der zentrale Baustein für eine erfolgreiche ‚Ausgliederung‘ der Familienarbeit. Zum anderen wurde für die gelingende Orientierung sowohl von Frauen/Müttern als auch von Männern/Vätern auf das Zwei-Verdiener-Modell der Familienorganisation das Elterngeld eingeführt. Die diesen Maßnahmen und ihren einzelnen Zielstellungen unterliegende politische Rationalität fasst Leitner so zusammen:

„Eine gute Vereinbarkeitspolitik sichert kurz- und mittelfristig den Zugriff auf das weibliche Arbeitskräftepotential und erhöht zudem die Geburtenrate. Eine höhere Geburtenrate garantiert langfristig Arbeitskräfte in ausreichendem Maße. Diese sind umso besser einsetzbar, wenn sie von kompetenten Eltern erzogen werden und eine durch Frühförderung außerhalb der Familie erworbene hohe Lernkompetenz aufweisen. Außerdem entlastet eine gute Vereinbarkeits- und Bildungspolitik den Sozialstaat von Transferzahlungen [...].“ (Leitner 2017: 56–57)

2.4. Die Instrumentalisierung gesellschaftlicher Ungleichheit

Für eine Bewältigung der Reproduktionsarbeitskrise zugunsten der Durchsetzung des Doppelverdiener-Modells als das dominante Regulativ der Reproduktion werden mit dem Elterngeld „vorhandene soziale und vergeschlechtlichte Ungleichheiten des Arbeitsmarktes“ (Menke 2017: 55) positiv aufgegriffen und instrumentalisiert: Die konkreten Ausformungen der Programmstruktur – die Ausweitung des Kreises der Anspruchsberechtigten auf nahezu alle Einkommensschichten, die relationale Koppelung der Elterngeldhöhe an ein vorheriges Erwerbseinkommen und die Einführung der zusätzlich zu gewinnenden ‚Partnermonate‘ (bei gleichzeitiger Reduktion der prinzipiell möglichen Bezugszeit des Elterngelds auf maximal ein Jahr) – können deshalb als erfolgreiche Anreize für die Zielstellungen der Steigerung der väterlichen Beteiligung an den elterlichen Sorgearbeiten, der Müttererwerbstätigkeitsquote sowie der Geburtenrate betrachtet werden, weil sie stark mit der vergeschlechtlichten sozio-ökonomischen Ungleichheitsstruktur der Gesellschaft und den damit verbundenen materiellen Interessen, Privilegien und Zwängen korrespondieren.

So ist, geschlechtsindifferent betrachtet, die Ausdehnung des Bezugskreises und die Konzeption des Elterngelds als relationale Lohnersatzleistung einerseits davon motiviert, Erwerbstätigen mit höheren Erwerbseinkommen auch unter Bedingungen kinderbezogener Sorgearbeiten ihren Lebensstandard garantieren zu können. Sie sollen so dazu bewegt werden, (mehr) Kinder zu bekommen, also eine Familie zu gründen oder zu erweitern. Da hohe Erwerbseinkommen allerdings, geschlechtsbezogen betrachtet, tendenziell häufiger von Männern als von Frauen realisiert werden, zielt das Anreizmodell des Elterngelds zugleich darauf ab (gutverdienende) Väter dazu anzuregen, temporär auf eine Erwerbstätigkeit zu verzichten. Stattdessen sollen sie über hohe Elterngeldbeträge und die zusätzlich zu gewinnenden Partnermonate dazu motiviert werden, in einem stärkeren Maß als bislang kinderbezogene Sorgearbeiten zu übernehmen, somit Mütter von Reproduktionsarbeitsverpflichtungen zu entlasten.

Andererseits vergrößert, geschlechtsindifferent betrachtet, die (angedachte) Funktionsweise des Elterngelds den Druck auf Geringverdienende, nach Geburt eines Kindes möglichst bald eine (bezahlte) (Vollzeit)Erwerbstätigkeit (wieder) aufzunehmen: Die Bindung der Höhe des Elterngelds an das Erwerbseinkommen formuliert für Eltern aus unteren Einkommensgruppen die Notwendigkeit, für die Übernahme der kinderbezogenen Sorgearbeit nicht

oder nur kurz auf Erwerbsarbeit zu verzichten. Die faktische Nivellierung der Ressource Elterngeld für Erwerbslose (nach SGB II) bedeutet, den mit der Reduktion des Leistungsniveaus und der Verschärfung von Zumutbarkeitsbestimmungen angedachten Zwang zur Aufnahme einer Erwerbsarbeit auch unter Bedingungen von Elternschaft aufrechtzuerhalten (vgl. Nowak 2009, Menke 2017). Geschlechtsbezogen betrachtet sind Frauen in prekären sozialen Lagen allerdings überrepräsentiert, da Frauenerwerbsarbeit in hohem Maße befristet, an Minijobs und an Teilzeitarbeit gebunden ist und da Frauen häufiger in gering entlohnten Beschäftigungsverhältnissen als Männer arbeiten. Folglich fällt der grundsätzlich durch das Elterngeld forcierte Druck auf Geringverdienende, möglichst bald (wieder) eine Erwerbsarbeit aufzunehmen, praktisch auch und vor allem als Druck auf (geringverdienende) Frauen/Mütter aus, nach Geburt eines Kindes nicht auf die Rolle zurückgeworfen zu bleiben, für die (unbezahlten) Haus- und Sorgearbeiten zuständig zu sein, sondern möglichst bald wieder dem Arbeitsmarkt zur Verfügung zu stehen.

Angesichts der Ausgestaltung des Elterngelds als eine familienpolitische Ressource, die ungleiche Klassenlagen und – damit verschränkt – die ungleichen finanziellen Ressourcen von Männern und Frauen zum Ausgangspunkt nimmt und somit divergierende Bearbeitungsmöglichkeiten elterlicher Lebenssituationen erwirkt, liegt es auf der Hand, von divergierenden Nutzungsmustern des Elterngelds aus auf ungleiche Bearbeitungschancen der Reproduktionsarbeitskrise zu schließen. Zugleich ist zu erwarten, dass eine familienpolitische Instrumentalisierung sozialer Ungleichheitsverhältnisse für eine Restrukturierung der Reproduktionsarbeit zugunsten des *adult worker model* sich in, je nach sozio-ökonomischer Situation unterschiedlichen, familiären Arrangements der Reproduktionsarbeit niederschlägt. In diesem Sinn hat Gabriele Winker idealtypisch vier ‚Reproduktionsmodelle‘ unterschieden, die Familien eingehen (müssen), um unter ‚neoliberal‘ gekennzeichneten gesellschaftlichen Verhältnissen im Allgemeinen und denen der ‚nachhaltigen Familienpolitik‘ im Besonderen Strategien im Umgang mit Reproduktionsarbeitsverpflichtungen zu entwickeln: Ein „ökonomisiertes“, ein „paarzentriertes“, ein „prekäres“ und ein „subsistenzorientiertes“ Reproduktionsmodell (vgl. Winker 2015: 145f.). Allen Modellen gemeinsam ist, dass „weiterhin vor allem Frauen die anfällige Reproduktionsarbeit leisten“ (ebd.: 145) und sie zugleich am *adult worker model* orientiert sind. Unterschieden werden die Modelle vor allem danach, wie gut eine Anpassung an diese Modellvorgabe gelingt, welche Spielräume damit für eine Externalisierung von Reproduktionsarbeit an Dritte gegeben sind und wie stark asymmetrisch die familieninterne Arbeitsteilung der Geschlechter ausfällt.

Im Folgenden wenden wir uns daher zunächst der Frage zu, welche allgemeinen Trends der Ungleichheit im Bezug der Ressource Elterngeld entlang der Bundeselterngeldstatistik empirisch-quantitativ nachweisbar sind. Sodann untersuchen wir entlang der ungleichen Geographie des Elterngelds und in Anlehnung an die Typologie der Reproduktionsmodelle von Winker (2015), welche ungleichen Bewältigungsmodalitäten von Elternschaft sich in den regionalen Ausdifferenzierungen des Elterngeldbezugs widerspiegeln.

3. Empirische Trends in den Wirkungsdimensionen des Elterngelds

3.1. Datengrundlage und Indikatoren

Das Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz (BEEG) schreibt für eine „Beurteilung der Auswirkungen dieses Gesetzes sowie zu seiner Fortentwicklung“ (BEEG §22 Abs. 1) die Führung einer amtlichen Statistik zum Elterngeld durch das Statistische Bundesamt vor. Die Bundeselterngeldstatistik gibt die Grundlage für die in Tabelle 1 zusammengefassten Kennzahlen zum Elterngeld für die Geburtsjahrgänge 2008 bis 2014, also für einen Beobachtungszeitraum, der sich aufgrund des für maximal 14 Monate möglichen Elterngeldbezugs bis zum Februar 2016 erstreckt (vgl. Destatis 2011–2016[4]).

Zentraler Bezugspunkt der Bundeselterngeldstatistik ist die Anzahl der je Geburtsjahr geborenen Kinder (Variable 1). Darauf bezogen wird in der Statistik unter anderem über die bis vierzehn Monate nach Geburt beendeten Leistungsbezüge berichtet (Variablen 2-6). Zudem wird über die Anteile der vor Elterngeldbezug erwerbstätigen Väter und Mütter informiert (Variablen 7-9). Dieses *Ausgangsmaterial* lässt sich um Informationen ergänzen, die Rückschlüsse auf Dynamiken in den Wirkungsweisen des Programms erlauben.

Die Performance des Elterngelds wird von der Bundeselterngeldstatistik grundsätzlich in drei *Wirkungsdimensionen* skizziert: Sie informiert (1) insgesamt sowie aufgeschlüsselt nach Geschlecht über die grundsätzliche Akzeptanz des Elterngelds, (2) über die zeitliche Intensität des Elterngeldbezugs sowie (3) über die materiellen Leistungen des Elterngeldbezugs.

1. Als Indikator für Aussagen über die Akzeptanz des Elterngelds dient dessen Inanspruchnahme durch Väter bzw. Mütter. Über die Inanspruchnahme gibt die *geschlechtsspezifische Elterngeldquote* Auskunft. Sie wird von uns als das prozentuale Verhältnis der beendeten Elterngeldbezüge von Vätern (EQ^V) bzw. von Müttern (EQ^M) zur Anzahl der im Jahr t geborenen Kinder definiert, also mit $EQ_t^{V,M} = \text{Beendete Leistungsbezüge}_t^{V,M} / \text{Anzahl geborenen Kinder}_t \cdot 100$ berechnet. Ersichtlich wird so, wie viele Väter bzw. Mütter von 100 geborenen Kindern eines Geburtsjahrgangs Elterngeld in Anspruch nehmen (Variablen 10-12).[5]
2. Indikator für die zeitliche Intensität des Elterngeldbezugs ist dessen Dauer in Monaten. Die Bundeselterngeldstatistik informiert über die *durchschnittliche monatliche Bezugsdauer* beendeter Leistungsbezüge des Elterngelds für den Geburtsjahrgang t , von uns als ED_t (für ‚Elterngelddauer‘) festgehalten (Variablen 13-15).
3. Aussagen über die materielle Dimension des Elterngeldbezugs lassen sich auf Grundlage der Bundeselterngeldstatistik mit Angaben für die *durchschnittliche Bezugshöhe* beendeter Leistungsbezüge für den Geburtsjahrgang t im ersten Bezugsmonat treffen, von uns als EH_t (für ‚Elterngeldhöhe‘) angegeben (Variablen 16-18). Zudem ermitteln wir über eine Reklassifizierung der vorliegenden Daten die Prozentanteile der Väter bzw. Mütter, die hohe (1.500 Euro und mehr) bzw. niedrige (500 Euro und weniger) Elterngeldbeträge beziehen (Variablen 19-22).

	Geburtsjahr							Veränderung 2014 zu 2008	
	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	absolut/ in Prozentpunkten	in %
I Grundlagen									
1 Geborene Kinder*	682.514	665.126	677.947	662.685	673.544	682.069	714.927	32.413	4,7
2 Beendete Leistungsbezüge*	785.541	784.047	810.231	800.173	834.359	874.578	932.953	147.412	18,8
3 Beendete Leistungsbezüge (Väter)*	138.674	153.141	167.659	176.719	194.275	217.545	244.459	105.785	76,3
4 Beendete Leistungsbezüge (Väter, in %)**	17,7	19,5	20,7	22,1	23,3	24,9	26,2	8,5	48,4
5 Beendete Leistungsbezüge (Mütter)*	646.867	630.906	642.572	623.454	640.084	657.033	688.494	41.627	6,4
6 Beendete Leistungsbezüge (Mütter, in %)**	82,3	80,5	79,3	77,9	76,7	75,1	73,8	-8,5	-10,4
7 Erwerbstätigenanteil vor Geburt*	60,1	63,5	66,1	70,9	72,4	74,0	75,2	15,1	25,1
8 Erwerbstätigenanteil vor Geburt (Väter)*	82,4	83,7	85,8	89,2	89,9	90,6	91,5	9,0	10,9
9 Erwerbstätigenanteil vor Geburt (Mütter)*	55,3	58,6	61,0	65,7	67,1	68,5	69,4	14,1	25,5
II Wirkungsdimensionen									
<i>Inanspruchnahme Elterngeld</i>									
10 Elterngeldquote**	115,1	117,9	119,5	120,7	123,9	128,2	130,5	15,4	13,4
11 Elterngeldquote (Väter)**	20,3	23,0	24,7	26,7	28,8	31,9	34,2	13,9	68,3
12 Elterngeldquote (Mütter)**	94,8	94,9	94,8	94,1	95,0	96,3	96,3	1,5	1,6
<i>Dauer Elterngeld</i>									
13 Bezug in Monaten (Durchschnitt)*	10,3	10,1	10,0	9,8	9,7	9,5	9,4	-0,9	-8,7
14 Bezug in Monaten (Durchschnitt, Väter)*	3,7	3,5	3,3	3,3	3,2	3,1	3,1	-0,6	-16,9
15 Bezug in Monaten (Durchschnitt, Mütter)*	11,7	11,7	11,7	11,7	11,7	11,6	11,6	-0,1	-0,7
<i>Höhe Elterngeld</i>									
16 monatl. in Euro (Durchschnitt)*	681	717	749	777	803	827	857	176	25,8
17 monatl. in Euro (Durchschnitt, Väter)*	989	1.032	1.076	1.108	1.140	1.158	1.186	197	19,9
18 monatl. in Euro (Durchschnitt, Mütter)*	614	641	664	683	701	718	740	126	20,5
19 monatl. bis 500 €, Väter (Anteil in %)**	26,6	24,3	21,4	19,0	17,3	15,3	14,0	-12,6	-47,4
20 monatl. über 1.500 €, Väter (Anteil in %)**	21,5	23,9	26,2	27,9	29,9	30,3	32,1	10,6	49,1
21 monatl. bis 500 €, Mütter (Anteil in %)**	54,3	51,3	49,5	46,6	44,7	42,3	40,6	-13,7	-25,2
22 monatl. über 1.500 €, Mütter (Anteil in %)**	4,9	5,7	6,6	7,0	7,7	8,0	8,9	4,0	81,1
III Relationale Kennzahlen									
23 Verhältnis mütterl. zu väterl. Erwerbstätigkeit vor Geburt (in %)**	67,1	70,0	71,1	73,6	74,6	75,6	75,9	8,8	13,1
24 Differenz der Elterngeldquoten**	74,5	71,8	70,1	67,4	66,2	64,4	62,1	-12,3	-16,6
25 Differenz Bezugsdauer in Monaten**	8,0	8,2	8,4	8,4	8,5	8,5	8,5	0,5	6,8
26 Elterngeld Pay Gap (Anteil in %)**	37,9	37,9	38,3	38,4	38,5	38,0	37,6	-0,3	-0,8

Tab. 1 Kennzahlen zum Elterngeld (Quelle: * Destatis 2011–2016, ** eigene Berechnung)

Aus den bereits genannten Angaben des Statistischen Bundesamts zum Elterngeld wiederum lassen sich weitere, *relationale Kennzahlen* ableiten, die hilfreich für eine Analyse des Elterngeldbezugs in Hinblick auf Verhältnisse gesellschaftlicher Ungleichheit sind (Variablen 23–26):

- Für Aussagen über *divergierende sozioökonomische Situationen* von Vätern und Müttern blicken wir auf das Verhältnis der mütterlichen zu den väterlichen Erwerbstätigkeitsanteilen vor Elterngeldbezug, verstanden als Hinweis auf die Chancen für eine Erwerbstätigkeit von Frauen.
- Aussagen über Veränderungen im Verhältnis von Elterngeld beziehenden Müttern zu Elterngeld beziehenden Vätern, mit denen grundsätzlich auf die Zu- oder Abnahme der *asymmetrischen Arbeitsteilung* geschlossen werden kann, treffen wir mit der Differenz ($EQdiff_t$ für ‚Elterngeldquoten-Differenz‘) zwischen der Quote der beendeten Leistungsbezüge der Mütter (ED_t^M) und der beendeten Leistungsbezüge der Väter (ED_t^V) für den Geburtsjahrgang t .
- Für Aussagen über die *ungleiche zeitliche Intensität*, mit der Sorgearbeit von Vätern und Müttern geleistet wird, halten wir als $EDdiff_t$ (für ‚Elterngelddauer-Differenz‘) die Differenz zwischen der

durchschnittlichen mütterlichen (ED_t^M) und väterlichen (ED_t^V) Bezugsdauer des Elterngelds in Monaten fest.

- Für die Beobachtung *ungleicher Elterngeldbeträge* von Vätern und Müttern greifen wir auf das Konzept des *gender pay gap* zurück.[6] Analog dazu berechnen wir mit $EGgap_t = (EH_t^V - EH_t^M) / EH_t^V$ einen ‚Elterngeld Pay Gap‘ ($EGgap_t$) zwischen der Elterngeldhöhe von Müttern (EH_t^M) und Vätern (EH_t^V).

3.2. Ergebnisinterpretation

Die in Tabelle 1 zusammengefassten Kennzahlen zu den genannten vier Untersuchungsdimensionen des Elterngelds machen unseres Erachtens deutlich: Das Elterngeld überträgt tatsächlich (wie vorgesehen) die ihrerseits stark vergeschlechtlichten Einkommensungleichheiten der Produktions- bzw. Erwerbssphäre auf die Reproduktions- bzw. Familiensphäre, hat damit aber zumindest bislang nicht – wie angedacht – zur Aufhebung der asymmetrischen, geschlechtsspezifisch ausfallenden Aufteilung von (entlohnter) Erwerbsarbeit und (nichtentlohnter) Sorgearbeit zwischen den Eltern teilen bzw. zu „Entlastungen der Frau in der Familie“ (Geißler 1996: 293) beigetragen.

Die Reproduktion der Einkommensungleichheit

Das programmatische Basisprinzip des Elterngelds, die Koppelung der Höhe der Elterngeldbeträge an das vorherige Erwerbseinkommen der Antragsteller_innen, führt – wenig verwunderlich – praktisch zu unterschiedlich hohen Elterngeldbezügen.

Solche Unterschiede in der Höhe der Elterngeldbezüge lassen sich mit Hilfe der Bundeselterngeldstatistik vor allem zwischen den im Vergleich hohen Elterngeldbezügen der Väter und den niedrigen Bezügen der Mütter festmachen. Für beide Gruppen lässt sich im Beobachtungszeitraum zwar ein Anstieg der Elterngeldbezüge festhalten: Mütter bezogen zunächst im Durchschnitt gut 600 Euro Elterngeld im Monat, zuletzt mehr als 700 Euro; die durchschnittlichen väterlichen Elterngeldbeträge stiegen von zunächst knapp 1.000 Euro auf zuletzt fast 1.200 Euro im Monat. An diesen Zahlen aber wird zugleich deutlich, dass eine erhebliche Betragsdifferenz zwischen mütterlichen und väterlichen Elterngeldbezügen existiert. Mütter ‚verdienen‘ unabhängig von Veränderungen in der Bezugshöhe im Durchschnitt betrachtet nahezu konstant rund 38 Prozent weniger Elterngeld als Väter.

Mit der Ungleichheit zwischen den Geschlechtern in den Beitragshöhen korrespondiert eine unterschiedliche intrageschlechtliche Verteilung der Elterngeldbeträge. Von den Elterngeld beanspruchenden Vätern beziehen zunächst (2008) noch ein Viertel (26,6 Prozent), zuletzt (2014) nur noch 14 Prozent ein Elterngeld, das monatlich 500 Euro oder weniger beträgt. Einen Anspruch auf Elterngeld in Höhe von 1.500 Euro oder mehr hatten dagegen zunächst ein Fünftel (21,5 Prozent), inzwischen knapp ein Drittel (32,1 Prozent) der Elterngeld beziehenden Väter.

Mütter mit hohen Elterngeldbeträgen dagegen finden sich kaum. Weniger als 10 Prozent der Elterngeld beanspruchenden Mütter verfügen

im Beobachtungszeitraum über einen Elterngeldbetrag von 1.500 Euro oder mehr. Ein Großteil der Mütter – zunächst mehr als die Hälfte, zuletzt immer noch 40 Prozent – bezieht ein Elterngeld von 500 Euro oder weniger.

Die Persistenz der traditionellen Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern

Die familienpolitische Absicht, mit der Einführung eines einkommensabhängigen, erwerbsarbeitszentrierten Elterngelds und den damit verbundenen Anzeffekten Väter zu einer Übernahme von Sorgearbeiten gegenüber ihren Kindern zu motivieren, scheint auf den ersten Blick aufzugehen: Der Anteil der Elternzeit nehmenden und dafür Elterngeld beziehenden Väter steigt im Beobachtungszeitraum kontinuierlich an. Zunächst (2008) nahm ein Fünftel, zuletzt (2014) gut ein Drittel aller Vater gewordenen Männer Elterngeld in Anspruch.

Dem Anstieg der väterlichen Elterngeldquote aber muss relativierend entgegengehalten werden: Das Elterngeld wird nach wie vor in der Hauptsache von Müttern in Anspruch genommen. Die Elterngeldquote der Mütter liegt im Beobachtungszeitraum (fast) konstant bei 95 Prozent. Mit anderen Worten: 95 von 100 Müttern gewordene Frauen nehmen nach der Geburt ihrer Kinder zusätzlich zu den gesetzlich vorgeschriebenen zwei Monaten Mutterschutz Elternzeit und beziehen Elterngeld. Offensichtlich findet der Anstieg der väterlichen Elterngeldquote keine Entsprechung in einer Reduktion der mütterlichen Elterngeldquote. Stattdessen lassen sich, wenn überhaupt, mit dem auf den Anstieg der väterlichen Elterngeldquote zurückzuführenden Anstieg der Gesamtelterngeldquote von Müttern und Vätern leichte Aufbruchstendenzen zugunsten einer gemeinsam gestalteten Kinderversorgung ausmachen. So oder so aber muss konstatiert werden, dass das aktuelle Verhältnis von Elterngeld beziehenden Vätern zu Elterngeld beziehenden Müttern von eins zu drei nach wie vor weit entfernt ist von einem paritätischen Verhältnis der Elterngeldbezüge von eins zu eins – und damit, so darf vermutet werden, von einer geschlechtsunspezifisch strukturierten Arbeitsteilung reproduktiver Tätigkeiten.

Der Eindruck eines Erfolgs relativiert sich weiter mit Blick auf den stark unterschiedlich ausfallenden Zeitaufwand, mit dem Väter und Mütter Sorgearbeiten gegenüber ihren Kindern nachgehen. An diesem Unterschied wird die Persistenz der traditionellen Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern noch deutlicher.

Während die Elterngeld beziehenden Mütter im Beobachtungszeitraum im Mittel nahezu konstant fast ein Jahr Elterngeld (und somit Elternzeit) in Anspruch nehmen, liegt die durchschnittliche Bezugszeit des Elterngelds von Vätern durchgängig unter vier Monaten. Mütter gehen den Aufzucht- und Erziehungsaufgaben gegenüber ihren Kindern demnach ein Zweidritteljahr länger nach als Väter. Mehr noch: Von einem im Vergleich zu den mütterlichen Elterngeldbezugszeiten bereits geringen Ausgangsniveau aus *sinkt* die durchschnittliche väterliche Bezugsdauer des Elterngelds kontinuierlich. Sie betrug zunächst durchschnittlich 3,7 Monate (für den Geburtsjahrgang 2008), zuletzt 3,1 Monate (für den Geburtsjahrgang 2014). Einer wachsenden Zahl Elterngeld beziehender Väter steht demnach die Tendenz entgegen, Elternzeit und -geld von Vätern auf einen Zeitraum von zwei Monaten

zu reduzieren, also auf die beiden ‚Partnermonate‘ des Elterngelds (vgl. Kapitel 2.1) zu beschränken. Die Differenz zwischen väterlichen und mütterlichen Elterngeldbezugszeiten vergrößert sich entsprechend.

Zwischenbilanz

Der Anstieg der väterlichen Elterngeldquote auf inzwischen ein Drittel aller Vater gewordenen Männer geht mit einem steigenden Anteil Elterngeld beanspruchender Väter mit hohen (1.500 Euro und mehr) Elterngeldbeträgen einher. Zugleich fällt die durchschnittliche Bezugsdauer des Elterngelds kontinuierlich auf zuletzt durchschnittlich rund drei Monate. Elterngeld beziehende Väter erhalten ein mittleres Elterngeld von knapp 1.200 Euro.

Für den Elterngeldbezug von Müttern im Beobachtungszeitraum dagegen gilt, dass nahezu alle Mutter gewordenen Frauen Elterngeld beanspruchen. Sie beziehen im Durchschnitt Elterngeld für fast ein Jahr und erhalten dafür im Mittel fast 38 Prozent weniger Elterngeld pro Monat als Elterngeld beziehende Väter, zuletzt durchschnittlich 740 Euro. Der Anteil an Müttern mit sehr geringen Elterngeldbeiträgen (500 Euro und weniger) sinkt zwar, umfasst zuletzt aber immerhin noch 40 Prozent der mütterlichen Elterngeldbezüge.

Als Zwischenbilanz in Hinblick auf allgemeine Trends in den Wirkungsdimensionen des Elterngelds und den damit vermittelten, kombinierten Ungleichheiten in den Dimensionen der Sozialstruktur und des Geschlechts halten wir deshalb folgende generelle Tendenz fest: Eine über die Ressource Elterngeld finanzierte Elternzeit ist in den letzten Jahren zunehmend attraktiv für Väter geworden, allerdings allein in der Form einer kurzen Unterbrechung der Erwerbstätigkeit, und das vor allem für mehr und mehr vergleichsweise gut verdienende Väter. Dieses zeitlich sehr begrenzte und sozial selektive Interesse der Väter an Haus- und Sorgearbeiten lässt offensichtlich bislang die tradierte Arbeitsteilung von Müttern und Vätern innerhalb der Familie weitgehend intakt. Weder lässt sich ein Rückgang der Elterngeldbeanspruchung von Müttern noch eine Reduzierung mütterlicher Bezugszeiten von Elterngeld feststellen. Zudem wird deutlich, dass für einen Großteil der Mütter das Elterngeld trotz seiner Konzeption als Lohnersatzleistung keine eigenständige Existenzsicherung während der Elternzeit erlaubt.

4. Räumliche Ungleichheiten im Elterngeldbezug

4.1. Untersuchungsabsicht

Die oben vorgenommene Analyse des Elterngeldbezugs beruht auf Durchschnittswerten, die für die Bundesebene festgehalten und auf dieser Raumaggregatebene miteinander in Beziehung gesetzt wurden. Die damit gegebenen Möglichkeiten, allgemeine empirische Trends zu eruieren und auf mögliche Zusammenhänge zwischen ihnen hinzudeuten, bringen allerdings zugleich die Gefahren der Homogenisierung von Mannigfaltigkeiten zu einheitlichen Mustern mit fragwürdigem Realitätsgehalt und der Strapazierung der Aussagekraft aggregierter Daten mit sich. Zudem erscheint die Darstellung einer generellen, bundesweiten Tendenz in den Wirkungseffekten der Ressource Elterngeld vor dem Hintergrund fest etablierter regionaler sozio-ökonomischer

Disparitäten in der Bundesrepublik Deutschland einerseits (vgl. dazu Mösgen 2008) und des Konstruktionsmechanismus des Elterngelds als Lohnersatzleistung andererseits als unvollständig. Insbesondere fehlen dadurch Hinweise auf davon abweichende Nutzungsmuster des Elterngelds und somit auf divergierende Bearbeitungsmöglichkeiten elterlicher Lebenssituationen, wie sie in den idealtypischen Unterscheidungen von Reproduktionsmodellen von Winker (2015) herausgestellt werden.

Um die genannten Gefahren zu minimieren und die Darstellung einer allgemeinen, bundesweiten Tendenz um eine Analyse konkreter Bewältigungsmuster der Reproduktionsarbeitskrise ergänzen zu können, erfolgt im nächsten Schritt eine räumlich differenziert angelegte Untersuchung der Ungleichheiten in den drei Wirkungsdimensionen des Elterngelds (Inanspruchnahme, Bezugsdauer, Bezugshöhe) sowie in der Strukturierungsdimension Erwerbstätigkeit. Wir konzentrieren uns dabei auf die Frage, welche divergierenden Merkmalskombinationen bzw. welche Formen des Elterngeldbezugs sich sinnvoll voneinander unterscheiden lassen.

4.2. Datengrundlage und Indikatoren

Für diese Analyse ziehen wir eine im Rahmen der Bundeselterngeldstatistik bereitgestellte Aufschlüsselung der beendeten Leistungsbezüge des Elterngelds für den Geburtsjahrgang 2014 auf Kreisebene heran (vgl. Destatis 2016). Aus dieser Statistik lassen sich, wie schon für die Bundesebene, Auskünfte über die Erwerbstätigenanteile der Eltern vor der Geburt des Kindes, über die Elterngeldquote und die durchschnittliche Bezugshöhe gewinnen (vgl. Kap. 3). Zudem werden von uns auch für die Kreisebene (Kreise und kreisfreie Städte) aus den Daten des Statistischen Bundesamts die bereits in Kapitel 3.1 erläuterten relationalen Kennzahlen generiert, um der ungleichen Geographie des Elterngelds nachzugehen: Das Verhältnis von mütterlichen zu väterlichen Erwerbstätigkeitsanteilen vor Elterngeldbezug, die Differenz des Elterngeldbezugs von Müttern und Vätern sowie der Elterngeld Pay Gap. Für die Wirkungsdimension der Bezugsdauer liegen auf Kreisebene allerdings keine Angaben für die Mütter vor; ein relationaler Indikator zum Verhältnis mütterlicher zu väterlicher Bezugsdauer lässt sich folglich nicht berechnen. Daher gehen in die Analyse lediglich die Angaben zur väterlichen Bezugsdauer des Elterngelds ein.

4.3. Analyseverfahren

Zur Analyse und Typisierung der verräumlichten Ungleichheiten in den drei Wirkungsdimensionen des Elterngelds und der Strukturierungsdimension der Erwerbstätigkeit greifen wir auf ein clusteranalytisches Verfahren zurück. Clusteranalytische Verfahren der Statistik sind Muster erkennende, gruppierende Verfahren. Sie ermöglichen es, eine große Zahl an Untersuchungsobjekten (hier: die 402 Kreise und kreisfreien Städte) über eine Vielzahl an Merkmalen hinweg auf ähnliche Merkmalsausprägungen hin zu untersuchen und in möglichst homogene Gruppen, die sogenannten Cluster, zusammenzufassen. Gegeneinander wiederum sollen die Cluster möglichst verschieden sein.

Als Sortierungs- bzw. Zuordnungsstrategie greift dabei inhaltlich betrachtet die Idee, die je spezifische Kombination bzw. das Set an

Merkmalsausprägungen für jedes Untersuchungsobjekt mit den Kombinationen bzw. Sets zusammenzuführen, die ihm am ähnlichsten sind, sowie von jenen zu trennen, die ihm am unähnlichsten sind. Mathematisch-statistisch umgesetzt wird diese Idee in den so genannten hierarchisch-agglomerativ verfahrenen Clusteranalysen in drei Schritten (vgl. Wiedenbeck/Züll 2010: 529ff.):

1. Zunächst wird auf der Basis eines gewählten Distanzmaßes der Abstand zwischen den Sets von je zwei Untersuchungsobjekten berechnet. So wird für jedes Kreispaar ein Distanzwert bestimmt. Die Distanzwerte wiederum werden als numerischer Ausdruck der (Un)Ähnlichkeit interpretiert: Je geringer der errechnete Distanzwert zwischen zwei Kreisen ausfällt, desto ähnlicher, je größer der Wert, desto unähnlicher sind sie.
2. In einem zweiten Schritt wird auf Grundlage der errechneten Distanzen die Gruppierung (das Clustern) der Untersuchungsobjekte vorgenommen. Dabei werden sukzessive entweder jene Kreise zusammengeführt, deren Distanzwerte am geringsten sind oder, wie im sogenannten Ward-Verfahren, jene Kreise zusammengeführt, deren Vereinigung die Streuung der Merkmalswerte innerhalb der Cluster möglichst gering hält.
3. Die fortschreitende, aufeinander aufbauende Zusammenführung der Kreise zu Clustern mündet letztlich in einer Vereinigung aller Cluster in einem einzigen Cluster. Entlang der Vielzahl der Fusions Schritte muss daher schließlich drittens eine Schwelle bestimmt werden, an der die Zusammenführung der Kreise abgebrochen werden soll, sodass die Gruppierung noch weitgehend in sich homogene Cluster garantiert, die Clusteranzahl aber zugleich schon inhaltlich interpretierbar und graphisch darstellbar ist. Einen Orientierungspunkt zur Bestimmung der Cluster-Anzahl gibt die Zuordnungsübersicht, eine Tabelle der Fusions Schritte, die eine Kontrolle der Zunahme der Distanzen erlaubt.

Für die Durchführung der Clusteranalyse über die oben genannten Merkmale des Elterngeldbezugs gehen wir wie bei Wiedenbeck/Züll (2010: 541ff.) skizziert vor. Als Distanzmaß wählen wir (1) die quadrierte euklidische Distanz. Mit ihr wird die Distanz zweier Objekte als die Summe der quadrierten Differenzen der Variablenwerte berechnet. Das Clustern der Kreise (2) erfolgt nach dem Ward-Verfahren. Aufgrund des verstärkten Anstiegs der Fusionswerte, das heißt der erhöhten internen Heterogenität der Cluster, ab dem 397. Fusions Schritt wird die Clusterung vor dieser Stelle abgebrochen und eine Anzahl von sechs Clustern festgelegt (3) (vgl. Tabelle 2).

Dieses Ergebnis der hierarchischen Clusteranalyse lässt sich mit Hilfe der Clusterzentrenanalyse nach K-Means optimieren. Sie setzt eine Festlegung der Clusterzahl und anfänglicher Clusterzentren voraus. Als Anfangswerte dienen hierfür die mit der Ward-Methode zuvor ermittelte Anzahl von sechs Clustern sowie deren Mittelpunkte. Das Zuordnungskriterium von K-Means entspricht dem der Ward-Methode. Im Unterschied zur hierarchischen Clusteranalyse, bei der einmal vorgenommene Clusterzuordnungen unveränderbar sind, wird bei der K-Means-Analyse die Zuordnung der Kreise und kreisfreien Städte zu den Clustern in einem iterativen Verfahren optimiert. Die interne Homogenität der Cluster ebenso wie die Heterogenität der Cluster gegeneinander nimmt so weiter zu (vgl. Wiedenbeck/Züll 2010: 532ff.).

Tab. 2 Fusionsschritte der hierarchischen Clusteranalyse

Fusionsschritt	Zuordnungsübersicht		
	Koeffizienten	Differenz der Koeffizienten	Clusterzahl
392	753,05	39,28	10
393	794,29	41,24	9
394	841,63	47,34	8
395	897,30	55,67	7
396	966,25	68,96	6
397	1080,69	114,43	5
398	1201,53	120,84	4
399	1457,75	256,22	3
400	1789,91	332,15	2
401	2807,00	1017,09	1

Das Ergebnis der K-Means-Analyse zeigt nur eine geringe Verschiebung der Clustermittelwerte. Dagegen haben sich die Clustergrößen, also die Anzahl der Kreise pro Cluster, etwas angenähert. Insgesamt erweist sich somit das Ergebnis der Clusteranalyse als statistisch stabil. Die auf diese Weise ermittelten sechs Cluster von Kreisen und kreisfreien Städten hinsichtlich der oben diskutierten sieben Indikatoren des Elterngeldbezugs werden im folgenden Unterkapitel vorgestellt und diskutiert.

4.4. Ergebnisinterpretation

In Abbildung 1 ist das Ergebnis der durchgeführten Clusteranalyse für die 402 Kreise und kreisfreien Städte der Bundesrepublik verortet; Tabelle 3 zeigt die Clustermittelwerte der einzelnen untersuchten Merkmale und ihre Abweichungen von den Durchschnittswerten aller Kreise[7]. Ein Blick auf die Karte und ein kontrastierender Vergleich der Clustermittelwerte ermöglichen eine generalisierende Ausdeutung der ungleichen Geographie des Elterngelds hinsichtlich insgesamt vier sie bestimmender Tendenzen.

Eine erste Tendenz drückt sich in *Cluster IV* ($n = 92$; 22,9 Prozent aller Kreise) aus. In diesen Kreisen weichen die Werte der gewählten sieben Indikatoren in den vier Untersuchungsdimensionen zum Elterngeldbezug nicht bzw. nur sehr gering von den oben bilanzierten bundesweiten Trends ab. Formal betrachtet kann das Cluster also als ‚Durchschnittscluster‘ bezeichnet werden. Inhaltlich betrachtet beschreiben diese Durchschnittswerte die in Kapitel 3 bilanzierte, allgemeine Tendenz. Räumlich betrachtet umfasst das Cluster überwiegend Landkreise, die bis auf wenige Ausnahmen in den westdeutschen Bundesländern liegen.

Im Rückgriff auf die von Winker formulierte Typologie von Reproduktionsmodellen (vgl. Kapitel 2.4) möchten wir die in Cluster IV ausgedrückte Tendenz dem „paarzentrierten“ Modell der Reproduktion zuordnen: Mit ihm „meistern die Menschen den Spagat zwischen Beruf und Familie meist durch eine Vollzeitarbeit des Manns in Verbindung mit einer Teilzeitarbeit der Frau“ (Winker 2015: 145). Sie halten damit „einen mittleren Lebensstandard aufrecht“ (ebd.), zugleich ist die familieninterne Arbeitsteilung nach wie vor stark durch eine Doppelbelastung der Frau geprägt.

Ein zweite Tendenz zeigt sich in den *Clustern I* ($n = 19$; 4,7 Prozent), *II* ($n = 52$; 12,9 Prozent) und *III* ($n = 59$; 14,7 Prozent). In diesen drei Clustern signalisiert das Nutzungs- und Wirkungsmuster der Ressource Elterngeld eine vergleichsweise prekärere sozioökonomische Situation, die mit einem verstärkten Festhalten an einem traditionellen Geschlechterarrangement einherzugehen scheint. Denn in diesen drei Clustern weichen die Cluster-mittelwerte zum Elterngeldbezug zwar in Hinblick auf die väterliche Bezugsdauer *positiv*, hinsichtlich der generellen Inanspruchnahme des Elterngelds, des Anteils der Erwerbstätigen vor Elterngeldbezug und der allgemeinen Elterngeldhöhe allerdings *negativ* von den bundesweiten Durchschnittswerten ab. Die Cluster sind also (in unterschiedlicher Stärke) durch einen unterdurchschnittlichen Elterngeldbezug insgesamt und durch einen geringeren Anteil an Vätern am Elterngeldbezug zu charakterisieren. Zudem ziehen vergleichsweise (sehr) geringe Erwerbstätigenquoten vor Geburt (sehr) niedrige Elterngeldbezüge nach sich; das gilt insbesondere für Mütter.

Darüber hinaus deuten die negativen Abweichungswerte von den Gesamtdurchschnitten aller drei in die Analyse eingegangenen relationalen Indikatoren, die das Geschlechterverhältnis im Elterngeldbezug ausdrücken (die Differenz mütterlicher und väterlicher Elterngeldquote, die Differenz in der geschlechtsbezogenen Elterngeldhöhe sowie die Chance auf eine Erwerbstätigkeit der Mütter vor Elterngeldbezug), auf gegenüber den Durchschnittstrends noch verstärkten Asymmetrien zwischen den Geschlechtern hin. Das gilt jedenfalls für die Cluster I und II. In Cluster III entspricht der Mittelwert für die Relation der vor Elterngeld erwerbstätigen Mütter zu Vätern dagegen dem Gesamtmittelwert. Der mittlere Elterngeld Pay Gap in diesem Cluster fällt zudem nicht höher, sondern deutlich geringer aus als der allgemeine Durchschnitt.

In seiner in Cluster I repräsentierten Extremform artikuliert sich die angedeutete Tendenz eines über die Ressource Elterngeld vermittelten Gleichklangs von sozioökonomischer Deprivation und traditionellem Geschlechterarrangement als eine urbane Problematik: Das Cluster umfasst nahezu

Tab. 3 Charakteristika der Cluster des Elterngeldbezugs (Daten: Destatis 2016, eigene Berechnungen)

Merkmal	Cluster		I	II	III	IV	V	VI	alle Kreise
	(n=19)	(n=52)	(n=59)	(n=92)	(n=112)	(n=68)			
Elterngeldquote gesamt	115,0 --	120,9 --	121,6 -	129,8 o	139,3 +	135,6 +	130,4		
Differenz Elterngeldquote Mütter zu Vätern [%]	75,2 ++	72,5 ++	67,2 +	64,8 o	54,9 --	58,3 -	62,8		
Durchschnittliche Bezugsdauer des Elterngelds von Vätern [Monate]	4,1 +++	3,2 +	3,4 +	2,9 -	2,7 -	2,8 -	3,0		
Durchschnittliche monatliche Elterngeldhöhe [€]	676,1 --	757,4 -	769,5 -	847,1 o	930,9 ++	799,4 -	831,3		
Elterngeld Pay Gap [%]	45,2 ++	44,2 ++	34,9 -	41,0 +	38,2 o	27,1 --	37,6		
Erwerbstätigkeit vor dem Elterngeldbezug [%]	57,7 ---	67,9 --	72,5 -	74,6 o	80,0 +	80,5 +	75,1		
Relation erwerbstätige Mütter zu Vätern [%]	61,1 ---	69,0 --	76,7 o	74,7 -	79,2 +	85,5 ++	76,7		

Die Symbole stellen die Abweichung vom Durchschnitt (Standardabweichung) über alle Kreise dar und generalisieren damit die Clustermittelwerte für eine übersichtlichere Erfassung der Clustereigenschaften:

o weniger als 0,3 | +/- mindestens 0,3 | +/+- mindestens 1 | +++/--- mindestens 2

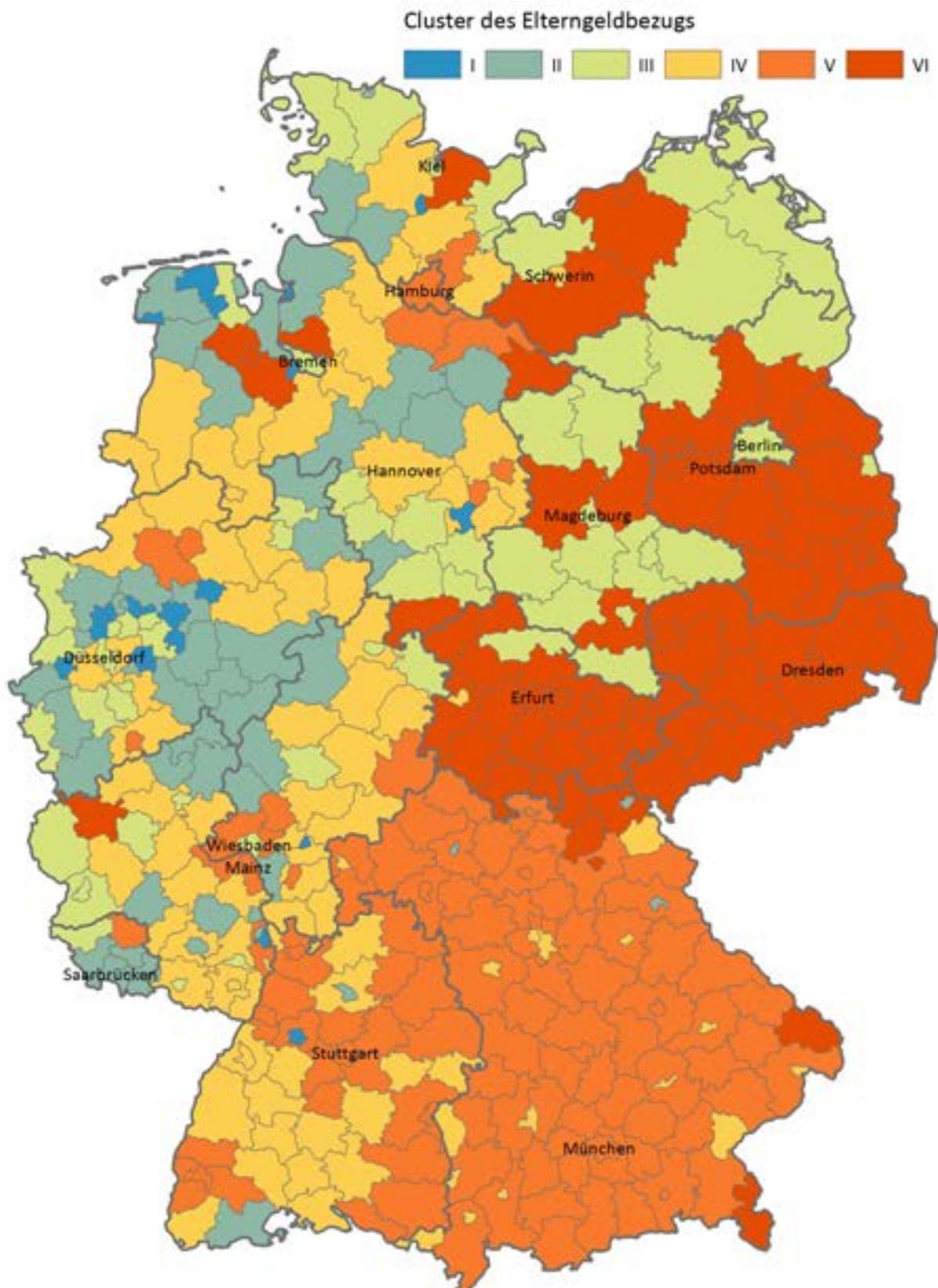


Abb. 1 Räumliche Ungleichheiten im Elterngeldbezug (Daten: Destatis 2016, eigene Berechnungen; Kartengrundlage: BKG 2017)

ausschließlich kreisfreie Städte (und lediglich zwei Landkreise), die zudem vollständig in den alten Bundesländern zu verorten sind und mit einer gewissen Konzentration in den deindustrialisierten Zonen des Ruhrgebiets liegen. Auch in seiner demgegenüber nur etwas abgeschwächten, in Cluster II gefassten, Variante macht sich diese Tendenz räumlich betrachtet ausschließlich in den westdeutschen Bundesländern geltend, schwerpunktmäßig im Westen und Norden der Bundesrepublik. In Gegensatz zu Cluster I sind in

Cluster II allerdings vorwiegend Landkreise und nur wenige kreisfreie Städte vertreten. Die in Cluster III ausgedrückte, stark abgeschwächte Variante der Tendenz wiederum umfasst nicht nur Kreise aus den alten, sondern auch (und vor allem) solche aus den neuen Bundesländern sowie kreisfreie Städte und Landkreise. Der Cluster erstreckt sich über den Norden, die Mitte und den Westen der Bundesrepublik, während er in Sachsen, Thüringen (bis auf einen Kreis), Baden-Württemberg und Bayern nicht vertreten ist.

Zumindest in seiner in Cluster I repräsentierten Extremform verweist unseres Erachtens die hier angesprochene Tendenz auf solche Varianten der Familienorganisation, die Winker als „subsistenzorientiert“ und „prekär“ einordnet. Beide Varianten verweisen auf ein sehr niedriges Erwerbseinkommen durch zumeist nur einen (in der Regel männlichen) Erwerbstätigen (prekäres Modell) oder durch eine Abhängigkeit der Familie (subsistenzorientiertes Modell) von staatlichen Leistungen der Grundversicherung. Familien in diesen Lebenslagen finden in der familienpolitisch bereitgestellten Ressource Elterngeld keine finanzielle Unterstützung.

Als dritte Tendenz manifestieren sich in *Cluster V* ($n = 112$; 27,9 Prozent) dagegen besonders die mit der Einführung der Ressource Elterngeld angestrebten Modernisierungsabsichten bei der Organisation der Reproduktionsarbeit, aber auch das (bisherige) Ausbleiben von Modernisierungserfolgen. Denn einerseits gilt für die dort zusammengefassten Kreise und kreisfreien Städte, dass die Clustermittelwerte für die Wirkungsdimension der Inanspruchnahme sowie für die Frage nach der Erwerbstätigkeit vor Elterngeldbezug *positiv* von den allgemeinen Durchschnittswerten abweichen. Ihnen ist darauf bezogen auch eine geringere Asymmetrie zwischen Elterngeld beziehenden Müttern und Vätern gemeinsam.

Damit zielt die in Cluster V artikulierte Tendenz unseres Erachtens zwar auf die von Winker als „ökonomisiertes“ Modell der Reproduktion vorgestellte Variante der Familienorganisation. Mit ihr verfolgen beide Eltern „in Vollzeit konsequent ihre beruflichen Karrieren“ (Winker 2015: 149), was ein hohes Familieneinkommen garantiert. Allerdings sind den Kreisen des Clusters *negative* Abweichungswerte gegenüber dem Gesamtmittelwert für die väterliche Bezugsdauer des Elterngelds gemeinsam: Väter nehmen dort im Durchschnitt nur knapp drei Monate lang Elterngeld in Anspruch. Zudem verzeichnen die Kreise zwar vergleichsweise hohe Erwerbstätigenquoten von Vätern und Müttern vor Elterngeldbezug und hohe Elterngeldbeträge, gleichwohl liegt der Elterngeld Pay Gap im Durchschnitt. Beide Aspekte – die sehr kurzen väterlichen Bezugszeiten und die Differenz zwischen mütterlichen und väterlichen Elterngeldbezügen – verweisen eher auf das oben genannte „paarzentrierte“ Modell der Reproduktion. Abbildung 1 zeigt eine ausgeprägte Dominanz des Clusters V in Bayern, wobei er in allen westlichen Bundesländern vertreten ist, nicht dagegen in den östlichen Bundesländern.

Eine vierte Tendenz zu einem egalitären Geschlechterarrangement lässt sich in Ansätzen allenfalls für das Nutzungs- und Wirkungsmuster der Ressource Elterngeld behaupten, das die in *Cluster VI* ($n = 68$; 16,9 Prozent) vereinten Kreise zusammenfasst. In diesem Cluster sind solche Kreise gruppiert, in denen zum einen – ähnlich Cluster V – ebenfalls überdurchschnittlich viele Väter Elterngeld in Anspruch nehmen, zugleich aber die mittlere väterliche Bezugsdauer unterdurchschnittlich ausfällt. Zudem – und anders

als in Cluster V – fällt in den in Cluster VI gruppierten Kreisen die mütterliche Erwerbstätigkeit im Vergleich aller Cluster sehr hoch, der Elterngeld Pay Gap mit Abstand am geringsten aus. Zumindest in Hinblick auf die materielle Dimension des Elterngeldbezugs kann für diesen Cluster deshalb von der geringsten Geschlechterasymmetrie gesprochen werden, was in Hinblick auf die Typologie von Winker an das Versprechen eines „ökonomisierten“ Reproduktionsmodells mit zwei in Vollzeit erwerbstätigen Elternteilen erinnert. Die Elterngeldbeträge selbst allerdings bleiben trotz hoher Erwerbstätigenquote auf vergleichsweise niedrigem Niveau – ein Hinweis auf eher niedrige, dem „prekären“ Modell entsprechende Erwerbseinkommen.

Räumliche Schwerpunkte dieses Clusters sind die ostdeutschen Bundesländer Brandenburg, Sachsen und Thüringen. Einige Kreise liegen aber auch in den anderen ost- sowie in westdeutschen Bundesländern.

5. Regionale Differenzierungen des Elterngelds und die Perpetuierung gesellschaftlicher Ungleichheit

Die staatlich bereitgestellte Ressource Elterngeld wird nicht von allen Eltern in gleichem Umfang in Anspruch genommen, nicht von allen Eltern für eine gleich lange Bezugsdauer bezogen und nicht für alle Eltern in gleicher Höhe ausgezahlt. Stattdessen sind *ungleiche* Wirkungseffekte in den zentralen Wirkungsdimensionen der Inanspruchnahme, der Bezugsdauer und der Anspruchshöhe des Elterngelds zu beobachten – und damit, so darf geschlussfolgert werden, ungleiche Wohlfahrtschancen während der Elternschaft und ungleiche Bewältigungsmöglichkeiten der damit einhergehenden Sorgearbeiten.

Vor dem Hintergrund der erwerbseinkommenszentrierten, hohe Einkommen positiv und geringe Einkommen negativ privilegierenden Programmstruktur des Elterngelds reflektieren diese Ungleichheiten etablierte Muster gesellschaftlicher Ungleichheit: Ungleichheitseffekte des Elterngelds in den einzelnen Wirkungsdimensionen sind entlang der Bundeselterngeldstatistik sowohl in Hinblick auf unterschiedliche, einkommensabhängige soziale Lagen (also für den Untersuchungsaspekt Sozialstruktur) als auch entlang von Divergenzen zwischen Müttern und Vätern (also für den Untersuchungsaspekt Geschlecht), vor allem aber in Bezug auf die Kombination beider Aspekte festzuhalten: Über das Elterngeld vermittelt sich zum einen die Reproduktion der stark vergeschlechtlichten Einkommens- bzw. Sozialstruktur. Zugleich tangiert sie (jedenfalls bislang) wenig die traditionelle Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern. Die auf ein clusteranalytisches Verfahren gestützte Betrachtung der Kennzahlen zu den einzelnen Wirkungsdimensionen des Elterngelds auf kleinräumiger Maßstabsebene verdeutlicht diese allgemeinen Befunde in konkreteren Ausgestaltungen als *regionale* Unterschiede.

Die von uns identifizierten sechs Cluster des Elterngeldbezugs stehen gegenstandsbezogen für unterschiedliche Kombinationen der Inanspruchnahme, Dauer und Höhe des Elterngelds, zu denen Eltern vor dem Hintergrund ihrer divergierenden sozio-ökonomischen Situationen und des darauf bezogenen Anreizmodells des Elterngelds ermuntert bzw. genötigt werden. Die vier an diesen Clustern abgelesenen unterschiedlichen Nutzungsmuster der Ressource Elterngeld lassen sich mit Hilfe von Winkers

idealtypischer Unterscheidung von familiären Reproduktionsmodellen als „ökonomisierte“, „paarzentrierte“, „prekäre“ und „subsistenzorientierte“ Bewältigungsformen kinderbezogener Sorgearbeiten verstehen bzw. dazwischen verorten.

Das räumliche Variationsmuster dieser ungleichen Bewältigungsformen wiederum verdeutlicht unseres Erachtens zum einen noch einmal den sozio-ökonomischen Bias, der die Verfügungsmöglichkeiten über die Ressource Elterngeld sowohl in seiner allgemeinen wie in seiner vergeschlechtlichten Form durchzieht. Zum anderen lässt sie die von Siebel befürchtete „Spaltung innerhalb des Reproduktionsbereichs“ zumindest auf der Ebene des Regionalvergleichs ansatzweise sichtbar werden. Im Regionalvergleich deutet sich an, dass etwa die von der Einführung des Elterngelds nicht profitierende, weil mit sehr niedrigen oder ohne Erwerbseinkommen ausgestattete und deshalb „subsistenzorientiert“ auf die staatliche Grundsicherung angewiesene, familiäre Bewältigungsstrategie gerade für solche Städte nachzuweisen ist, die von dem Prozess der Deindustrialisierung besonders betroffen waren bzw. sind. Eine Verortung der von der Einführung des Elterngelds profitierenden, weil vergleichsweise gut verdienenden, Familienkonstellationen dagegen verweist hauptsächlich auf Kreise im Bundesland Bayern, bringt also vermutlich hohe Erwerbsquoten und ein hohes Lohnniveau, somit wahrscheinlich das traditionelle sozio-ökonomische Nord-Süd-Gefälle der Bundesrepublik zum Ausdruck. Dass demgegenüber eine Kombination aus vergleichsweise niedrigen, aber zwischen Vätern und Müttern weniger stark divergierenden Elterngeldbezügen vor allem für Kreise in ostdeutschen Bundesländern zu vermerken ist, kann vor dem Hintergrund eines generell niedrigeren Lohnniveaus und einer allgemein höheren Frauenerwerbstätigkeit in Ost- gegenüber Westdeutschland nicht verwundern.

So einleuchtend solche Überlegungen auch und gerade unter Berücksichtigung der Funktionsweise des Elterngelds sind: Für eine an die in diesem Beitrag geleistete Aufdeckung und Beschreibung der mit der Ressource Elterngeld ein- bzw. fortgeführten ungleichen Bewältigungsmodalitäten von Elternschaft anknüpfende Erklärung der identifizierten Cluster und ihrer räumlichen Strukturen wären die erklärenden Variablen noch zu bestimmen und ihr jeweiliger Einfluss zu untersuchen.

Zudem ist zu berücksichtigen, dass Merkmalskombinationen, die für eine räumliche Aggregatebene festgehalten werden, nicht den tatsächlichen Handlungs- und Verhaltensmustern von Einzelnen entsprechen müssen. Im Gegenteil kann ihre Identifikation auf der Aggregatebene auf einen ökologischen Fehlschluss (vgl. dazu Robinson 1950) hinauslaufen. Insbesondere bei zwei Ergebnissen unserer räumlich orientierten Analyse scheint es uns in diesem Zusammenhang lohnenswert, sie im Rahmen einer Analyse von Individualdaten weiter zu verfolgen: Zum einen ist die auf Aggregatebene sich abzeichnende, am Cluster I beschriebene Beziehung zwischen sozio-ökonomischer Deprivation, einem prinzipiell traditionellen Geschlechterarrangement und einer vergleichsweise langen väterlichen Bezugsdauer des Elterngelds zu überprüfen. Zum anderen ist der auf Aggregatebene deutlich werdenden Leerstelle einer sowohl in materieller als auch in geschlechterpolitischer Hinsicht gelingenden Modernisierung der Familienorganisation nachzugehen. Denn beide Aspekte konterkarieren die

angedachten Wirkungseffekte des Elterngelds. Sie lassen die Einführung der Ressource Elterngeld und den damit verbundenen familienpolitischen Paradigmenwechsel nicht nur in Hinblick auf seine Fortschreibung gesellschaftlicher Ungleichheit, sondern auch in Bezug auf die damit selbst verfolgten Zwecksetzungen als problematisch erscheinen.

Endnoten

- [1] Wir beziehen uns auf das BEEG in der Fassung vom 27.1.2015.
- [2] Unsere Skizze der Programmstruktur des Elterngelds beschränkt sich auf dessen Basisprinzipien. Für eine ausführliche Darstellung der diversen Modalitäten und Modifikationen des Elterngelds, die auch die jüngste Reform und Erweiterung um das „ElterngeldPlus“ (also um die Möglichkeit der Teilzeitarbeit während des Elterngeldbezugs) einbezieht, siehe etwa Böttcher/Graue (2016).
- [3] Diese Übertragung des von Kuhn (2003 [1969]) geprägten Begriffs der Wissenschaftstheorie und -soziologie auf das Feld der Politikbegründung durchzieht die (Selbst-) Darstellungen aktueller Familienpolitik, siehe etwa Bertram/Deuffhard (2013), Mayer/Rösler (2013), Ostner (2006). Der Begriff wird in diesem Zusammenhang allerdings selten spezifiziert. Eine Definition bieten Henninger/Wimbauer/Dombrowski (2008: 102); sie unterscheiden „Wandlungsprozesse innerhalb einer Policy“ von einem „Wandel der Instrumente“ und einem „Wandel der Politikziele“ (ebd.). Letzteres wird als Paradigmenwechsel verstanden.
- [4] Wir danken dem Statistischen Bundesamt für die Bereitstellung der Daten als Excel-Datei.
- [5] Die Bundeselterngeldstatistik gibt die Elterngeldquote der Väter, nicht die der Mütter an.
- [6] Vgl. dazu die Anmerkungen des Statistischen Bundesamts zur Frage „Wie wird der Gender Pay Gap erhoben und berechnet?“ unter <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/VerdiensteArbeitskosten/FAQ/GenderPayGap.html> (letzter Zugriff am 25.9.2017).
- [7] Abweichungen der Durchschnittswerte aller Kreise in Tabelle 3 von den Werten in Tabelle 1 erklären sich dadurch, dass die Bundeselterngeldstatistik auf den Elterngeldbezügen selbst basiert, während für die Clusteranalyse Aggregatdaten auf Kreisebene verwendet wurden.

Autor_innen

Jan Kemper ist Sozialwissenschaftler. Seine Arbeitsschwerpunkte liegen auf den Gebieten der Stadtsoziologie und den Methoden der empirischen Sozialforschung.
kemper@geo.uni-frankfurt.de

Andrea Mösgen ist Geographin und beschäftigt sich mit urbanen Ungleichheiten und Wohnen, speziell Gentrifizierung, sowie mit GIS-gestützter Sozialraumanalyse.
moesgen@geo.uni-frankfurt.de

Literatur

- Althusser, Louis (2012): Über die Reproduktion. Ideologie und ideologische Staatsapparate. 2. Halbband. Hamburg: VSA.
- Bertram, Hans / Deuffhard, Carolin (2013): Das einkommensabhängige Elterngeld als Element einer nachhaltigen Familienpolitik. In: Zeitschrift für Familienforschung 25/2, 154–172.
- BKG – Bundesamt für Kartographie und Geodäsie (2017): Verwaltungsgebiete 1:2.500.000, Stand 01.01.2016. GeoBasis-DE. <http://www.bkg.bund.de> (letzter Zugriff am 15.6.2017).

- BMF – Bundesministerium der Finanzen (2016): Bundeshaushaltsplan 2017. Einzelplan 17: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. https://www.bundeshaushalt-info.de/fileadmin/de.bundeshaushalt/content_de/dokumente/2017/soll/epl17.pdf (letzter Zugriff am 25.9.2017).
- Bock, Stephanie / Heeg, Susanne / Rodenstein, Marianne (1997): Reproduktionsarbeitskrise und Stadtstruktur. Zur Entwicklung von Agglomerationsräumen aus feministischer Sicht. In: Christine Bauhardt / Ruth Becker (Hg.), *Durch die Wand! Feministische Konzepte zur Raumentwicklung*. Pfaffenweiler: Centaurus, 33–52.
- Böttcher, Inge / Graue, Bettina (2016): Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz. Basiskommentar zum BEEG. Frankfurt am Main: Bund Verlag.
- Bujard, Martin (2013): Die fünf Ziele des Elterngelds im Spannungsfeld von Politik, Medien und Wissenschaft. In: *Zeitschrift für Familienforschung* 25/2, 132–153.
- Daly, Mary / Lewis, Jane (2000): The concept of social care and the analysis of contemporary welfare states. In: *The British Journal of Sociology* 51/2, 281–298.
- Destatis – Statistisches Bundesamt (2011–2016): Öffentliche Sozialleistungen. Statistik zum Elterngeld. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Destatis – Statistisches Bundesamt (2016): Elterngeld für Geburten 2014 nach Kreisen. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Farahat, Anuscheh / Janczyk, Stefanie / Mängel, Annett / Schönig, Barbara (2006): Exklusive Emanzipation. Zur Frauen- und Familienpolitik der großen Koalition. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 51/8, 985–994.
- Geißler, Rainer (1996): *Die Sozialstruktur Deutschlands. Zur gesellschaftlichen Entwicklung mit einer Zwischenbilanz zur Vereinigung*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Geyer, Johannes / Haan, Peter / Spieß, C. Katharina / Wrohlich, Katharina (2013): Das Elterngeld und seine Wirkungen auf das Haushaltseinkommen junger Familien und die Erwerbstätigkeit von Müttern. In: *Zeitschrift für Familienforschung* 25/2, 193–211.
- Henninger, Annette / Wimbauer, Christine / Dombrowski, Rosine (2008): Geschlechtergleichheit oder „exklusive Emanzipation“? Ungleichheitssoziologische Implikationen der aktuellen familienpolitischen Reformen. In: *Berliner Journal für Soziologie* 18/1, 99–128.
- Kuhn, Thomas S. (2003 [1969]): *Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Leitner, Sigrid (2017): De-Familisierung im Adult Worker Model: Wo bleibt die Sorgearbeit? In: *Widersprüche* 37/144, 55–66.
- Leitner, Sigrid / Ostner, Ilona / Schratzenstaller, Margit (2004): Einleitung: Was kommt nach dem Ernährermodell? Sozialpolitik zwischen Re-Kommodifizierung und Re-Familisierung. In: Sigrid Leitner / Ilona Ostner / Margit Schratzenstaller (Hg.), *Wohlfahrtsstaat und Geschlechterverhältnis im Umbruch. Was kommt nach dem Ernährermodell?* Wiesbaden: VS, 9–27.
- Lewis, Jane (2004): Auf dem Weg zur „Zwei-Erwerbstätigen“-Familie. In: Sigrid Leitner / Ilona Ostner / Margit Schratzenstaller (Hg.), *Wohlfahrtsstaat und Geschlechterverhältnis im Umbruch. Was kommt nach dem Ernährermodell?* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 62–84.
- Mayer, Tilman / Rösler, Wiebke (2013): Der „Paradigmenwechsel“ zur Einführung des Elterngeldes und seine Fehlkonstruktionen. In: *Zeitschrift für Familienforschung* 25/2, 173–191.
- Menke, Katrin (2017): Eltern als „Wirtschaftssubjekte“? Die selektiven Folgen einer ökonomisierten Familienpolitik auf die Wahlfreiheit von Müttern und Vätern. In: Annette von Alemann / Sandra Beaufajß / Beate Kortendiek (Hg.), *Alte neue Ungleichheiten? Auflösungen und Neukonfigurationen von Erwerbs- und Familiensphäre*. Opladen u. a.: Verlag Barbara Budrich, 42–58.
- Mösgen, Andrea (2008): *Regionalentwicklung in Deutschland und ihre Determinanten*. Berlin u. a.: LIT.
- Nave-Herz, Rosemarie (2014): Der Wandel der Familie zum spezialisierten gesellschaftlichen System im Zuge der allgemeinen gesellschaftlichen Differenzierung der Gesellschaft. In: Rosemarie Nave-Herz (Hg.), *Familiensoziologie. Ein Lehr- und Übungsbuch*. München: Oldenbourg, 1–26.
- Nowak, Jörg (2009): *Geschlechterpolitik und Klassenherrschaft. Eine Integration marxistischer und feministischer Staatstheorien*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Ostner, Ilona (2006): Paradigmenwechsel in der (west)deutschen Familienpolitik. In: Peter A. Berger / Heike Kahlert (Hg.), *Der demographische Wandel. Chancen für die Neuordnung der Geschlechterverhältnisse*. Frankfurt am Main u. a.: Campus, 165–199.

- Reimer, Thordis (2013): Elterngeld. Analyse der Wirkungen. Wiesbaden: Springer VS.
- Reimer, Thordis / Andernach, Björn (2015): Aktivierte Väter durch Elterngeld? Eine Untersuchung des Zusammenhangs von väterlicher Elterngeldnutzung und ihren Kinderbetreuungszeiten. In: Stephan Lessenich (Hg.), Routinen der Krise – Krise der Routinen. Verhandlungen des 37. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Trier 2014, 280–302.
- Robinson, William S. (1950): Ecological correlations and the behavior of individuals. In: American Sociological Review 15/3, 351–357.
- Siebel, Walter (2012): Stadt und soziale Ungleichheit. In: Leviathan 40/3, 462–475.
- Smith, David M. (1974): Who Gets What *Where*, and How. A Welfare Focus for Human Geography. In: Geography 59/4, 289–297.
- Trappe, Heike (2013): Väter mit Elterngeldbezug. Nichts als ökonomisches Kalkül? In: Zeitschrift für Soziologie 42/1, 28–51.
- Wiedenbeck, Michael / Züll, Cornelia (2010): Clusteranalyse. In: Christof Wolf / Henning Best (Hg.), Handbuch der sozialwissenschaftlichen Datenanalyse. Wiesbaden: VS, 525–552.
- Winker, Gabriele (2015): Überforderte Eltern zwischen Lohn- und Reproduktionsarbeit. Neoliberale Familienkonstruktionen ohne Zukunft. In: Z. Zeitschrift für marxistische Erneuerung 103, 141–149.

The Unequal Geography of Parental Benefits. Family policy and the reproduction of social inequality

Our article analyses the effects of parental benefits, introduced in Germany in 2007, on social equality. We demonstrate that the introduction of parental benefits as a family policy resource has transferred income inequalities in the sphere of production and employment to the reproductive and family sphere. Thus, at least up until now, parental benefits have not contributed to the envisaged elimination of the asymmetrical division of (paid) employment and (non-paid) care work between parents. Instead, our spatially-oriented investigation of the dispersion of parental benefits illustrates unequal patterns in coping with child-related care work. We interpret differentiations between available parenting options – which becomes evident through analyzing the geography of parental benefits – as an expression of the tendency toward growing social divisions in the reproductive sphere, which was imposed by incorporating parental benefits into family policy.

Debatte

2017, Band 5, Heft 3

Seiten 69-86

zeitschrift-suburban.de

Dolores Hayden

„Wie könnte eine nicht-sexistische Stadt aussehen“

Wie könnte eine nicht-sexistische Stadt aussehen? (1981)*

Überlegungen zum Wohnen, zur städtischen Umwelt und zur menschlichen Arbeit

Kommentare von:

Dörte Kuhlmann, Marianne

Rodenstein, Gesa Witthöft,

Sandra Huning, Felicta

Reuschling, Dolores

Hayden

Dolores Hayden

Dieser Aufsatz beleuchtet die sexistischen Strukturen und Wissensformen der Architektur und Stadtplanung in den USA vom 19. Jahrhundert bis heute. Er rekonstruiert insbesondere die Dynamiken, die zur Herausbildung der amerikanischen Vorstädte und der in ihnen wirkenden patriarchalen Machtstrukturen geführt haben und kritisiert die Zumutungen und Unterdrückungsweisen von Frauen in diesen Siedlungs- und Wohnformen. Daran anschließend werden historische Modelle zur Überwindung dieser Verhältnisse erörtert sowie konkrete Vorschläge gemacht, wie durch bauliche, soziale und ökonomische Interventionen eine nicht-sexistische Stadt verwirklicht werden könnte.

„Die Frau gehört ins Haus.“ – Das war im letzten Jahrhundert eines der grundlegenden Prinzipien in der Architektur und Stadtplanung in den USA. Man wird es in den gebräuchlichen Fachbüchern natürlich nicht besonders erwähnt finden, es ist eher wie eine stillschweigende Übereinkunft in den konservativen, von Männern beherrschten Entwurfsberufen. An ihm haben sich auch weit weniger Diskussionen entzündet als an anderen Prinzipien der Stadtplanung in der Phase des Monopolkapitalismus, wie beispielsweise an der Verwüstung der Städte durch die private Verfügung über Boden, an der Fetischisierung des Automobils oder an der Energieverschwendung.[1] Die Frauen haben sich allerdings nicht an dieses Dogma gehalten, sondern sind in immer größerer Zahl erwerbstätig geworden. Die Planung, die eine ans Haus gebundene Frau vorsieht, knebelt diese dreifach: physisch, sozial und ökonomisch. Wenn Frauen den ganzen oder auch nur einen Teil des Tages außer Haus erwerbstätig werden, machen sie die frustrierende Erfahrung, dass diese Zwänge dann besonders deutlich in Erscheinung treten. Ich glaube, die einzige Möglichkeit, diese Verhältnisse abzuschaffen, liegt in der Entwicklung eines neuen Paradigmas, das zunächst einmal bei der Beschreibung einer Gestaltung von Zuhause, Nachbarschaft und Stadt beginnt, die die Berufstätigkeit der Frauen unterstützt, statt sie zu behindern. Dazu gehört als Erstes, ihre Bedürfnisse herauszufinden, um dann entweder durch Instandsetzung von Altbauten oder durch Neubauten dieser wachsenden Bevölkerungsgruppe – arbeitende Frauen und ihre Familien – gerecht zu werden.

Wenn man von der amerikanischen Stadt im letzten Viertel dieses Jahrhunderts spricht, muss man sehr genau zwischen *Stadt* und *Vorstadt* unterscheiden. Die städtische Region, in der Wohnen und Arbeiten getrennt organisiert

* Der Text erschien erstmalig auf Deutsch in der Übersetzung von Sibylla Hege und in gekürzter Form in ARCH+ 60 (1981: 47-51). Diese Übersetzung wurde von Stefan Höhne für den Wiederabdruck umfassend überarbeitet und liegt nun erstmalig in ungekürzter Form vor. Wir danken ARCH+ für die freundliche Genehmigung des Wiederabdrucks.

ist, muss als Gesamtheit gesehen werden. In solchen Stadtregionen wohnt mehr als die Hälfte der Bevölkerung in ausgedehnten Vor- oder ‚Schlafstädten‘. Den größten Teil der bebauten Fläche Amerikas machen solche *suburban sprawls* (Streusiedlungen) aus: Gruppen von Einfamilienhäusern, strikt nach Klassenzugehörigkeit getrennt, von Verkehrsadern durchschnitten und durch Einkaufszentren und Ladenmeilen versorgt. Es gibt über 50 Millionen solcher Häuschen. Zwei Drittel der amerikanischen Familien ‚besitzen‘ ihre Häuser dank langjähriger Hypotheken.[2] Weiße männliche Facharbeiter sind weit häufiger Eigenheimbesitzer als Angehörige von Minderheiten oder Frauen und haben einen weitaus besseren Zugang zu Langzeitkrediten oder Wohnraum. Die Berufstätigen pendeln zum Arbeitsplatz entweder ins Stadtzentrum oder innerhalb des Vorstadtringes. Untersuchungen von Metropolregionen aus den Jahren 1975/76 zeigen, dass der Durchschnitt des mit öffentlichen Verkehrsmitteln oder Privatfahrzeugen zurückgelegten Weges zur Arbeitsstätte bei neun Meilen pro Strecke liegt. Über 100 Millionen PKWs stehen in Garagen mit zwei oder drei Stellplätzen (die in einem Entwicklungsland noch als hervorragende Wohnunterkünfte gelten würden). Mit 13 Prozent der Weltbevölkerung benötigt die USA 41 Prozent der PKWs, um die oben beschriebenen Siedlungs- und Mobilitätsformen überhaupt möglich zu machen.[3]

Die Wurzeln dieser amerikanischen Siedlungsweise liegen in der Umwelt- und Wirtschaftspolitik der Vergangenheit. Im späten 19. Jahrhundert lebten Millionen von Einwandererfamilien in den schmutzigen Massenslums der amerikanischen Industriestädte und hofften verzweifelt auf bessere Lebensbedingungen. Viele militante Streiks und Demonstrationen zwischen 1890 und 1920 brachten so manchen Arbeitgeber dazu, mit Werksiedlungen die Lösung der Wohnungsfrage anzustreben, um so den Frieden in den Betrieben wiederherzustellen.[4] „Gute Wohnungen machen zufriedene Arbeiter.“ war der Slogan der industriellen Wohnungsbaugesellschaften um 1919. Um Arbeitskämpfe zu verhindern, verhalf diese Lobby den weißen Facharbeitern und ihren Familien zu besseren Wohnunterkünften. „Glückliche Arbeiter bringen bessere Profite, unzufriedene Arbeiter sind eine schlechte Investition.“[5]

Männer mussten den Familienunterhalt verdienen und Eigenheimbesitzer mit regelmäßigen Abzahlungspflichten werden, während ihre Frauen zu ‚Managerinnen‘ des Haushalts werden und die Versorgung von Mann und Kindern übernehmen sollten. Der Arbeiter würde dann von seinem Fabrik- oder Büroalltag in eine private, häusliche Atmosphäre zurückkehren, abseits der vergifteten Industriestadt, samt Stress, sozialer Erniedrigung und Entfremdung. Er würde eine heitere Häuslichkeit vorfinden, für deren physische und psychische Instandhaltung allein seine Frau verantwortlich wäre. So war das vorstädtische Eigenheim die Grundlage für eine wirkungsvolle geschlechterspezifische Arbeitsteilung. Es war die Ware par excellence: Ansporn für bezahlte, männliche Arbeit und praktisches ‚Behältnis‘ für unbezahlte Frauenarbeit. Für die Selbstdefinition wurde so die Geschlechtszugehörigkeit wichtiger als die Klassenzugehörigkeit und der Konsum wichtiger als die Produktion. In einer brillanten Diskussion über den ‚Patriarch als Lohnsklaven‘ hat Stuart Ewen (1976) aufgezeigt, wie Kapitalismus und Antifeminismus in Kampagnen für Hauseigentum

und Konsum verschmolzen: Der Patriarch, dessen Zuhause seine ‚Festung‘ ist, muss Jahr um Jahr arbeiten, um das Geld zur Aufrechterhaltung dieser privaten Sphäre zu beschaffen.[6]

Obwohl diese Strategie anfänglich vom unternehmerischen Interesse an einer fügsamen Arbeiterschaft geleitet war, wurde sie bald auch von der Kriegsindustrie übernommen, die nach dem Ersten Weltkrieg auf die Produktion von Hausgeräten umstellte. Wie Ewen zeigt, beförderte die sich herausbildende Werbewirtschaft das Ideal des Massenkonsums und warb für die privaten Vorstadthäuser, da diese die Anschaffung von Haushaltsgeräten erforderten.[7] Die Inhaber_innen eines solchen isolierten Haushalts waren leicht zu überzeugen. Sie kauften erst das Haus, dann ein Auto, einen Herd, einen Kühlschrank, einen Staubsauger, eine Waschmaschine, Teppiche und so weiter. So erklärte es im Jahre 1929 Christine Frederick in dem Buch *Selling Mrs. Consumer*, in dem sie für Hauseigentum und günstigere Verbraucher_innenkredite warb sowie Marktforscher_innen darin beriet, wie die amerikanische Hausfrau zu manipulieren sei.[8] 1931 erklärte die „Hoover Commission on Home Ownership and Home Building“ das private Einfamilienhaus zum nationalen Leitbild. Eineinhalb Jahrzehnte Krieg und Wirtschaftskrise verzögerten jedoch dessen flächendeckende Umsetzung. 1935 entwarfen Architekten in einem Wettbewerb, der von General Electric gesponsort wurde, Häuser für ‚Mr. und Mrs. Bliss‘ (Herr und Frau Glückseligkeit); die Gewinner hatten Dutzende von elektrischen Gerätschaften in ihren Plänen untergebracht, ohne im Geringsten die Energiekosten zu bedenken.[9] In den späten 1940er Jahren wurde das Leitbild des Einfamilienhauses auch von den Hypothekenbanken und dem US-amerikanischen Bauministerium propagiert und schließlich wurde der Bau von freistehenden, energiefressenden und absolut privaten Wohnhäusern zum Allgemeingut. Der Schlager „I’ll buy that dream“ dominierte die Hitparaden der Nachkriegszeit.[10]

Frau Verbraucherin verhalf der Wirtschaft der 1950er Jahre zu neuen Höhenflügen. Frauen blieben zu Hause und erfuhren sich selbst in dem, was Betty Friedan (1974) ‚weibliche Mystik‘ nannte und Peter Filene (1974) als ‚häusliche Mystik‘ bezeichnete.[11] Als nun die Familie ihre privaten Räumlichkeiten in Besitz genommen hatte, drangen Massenmedien und Sozialforscher_innen tiefer als je zuvor in deren psychologische Disposition ein.[12] Mit dem Zuwachs an räumlicher Privatheit wuchs jedoch der Zwang zur Konformität des Konsums – und der war teuer. So wurden mehr und mehr verheiratete Frauen erwerbstätig, da die marktkonforme Hausfrau nun zweierlei sein musste: eine konsumbesessene Einkäuferin und eine mitverdienende Arbeitskraft, um die wachsenden Ansprüche der Familie finanzieren zu können. Gerade als sich die Masse der weißen männlichen Facharbeiter ihren Traum vom Vorstadthaus, wo patriarchalische Autoritätsfantasien und Konsumwut ausagiert werden konnten, erfüllt hatte, betraten ihre Gattinnen die Arbeitswelt. 1975 bestanden 39 Prozent der amerikanischen Haushalte aus Doppelverdiener_innen. Weitere 13 Prozent machten Alleinerziehende aus, allermeist Frauen. Sieben von zehn Frauen waren aufgrund finanzieller Schwierigkeiten erwerbstätig, über die Hälfte aller Kinder bis 17 Jahre hatten berufstätige Mütter.[13]

Wie funktioniert nun ein konventionelles Zuhause für eine berufstätige Mutter und ihre Familie? Mehr schlecht als recht. Ob es in einer vor- oder

innerstädtischen Wohngegend liegt, ob es eine Doppelhaushälfte, ein modernes Meisterstück aus Glas und Beton oder ein altes Backsteinhaus ist, es ist fast immer gleich organisiert und besteht aus Küche, Ess-, Wohn- und Schlafzimmer(n) sowie Garage oder Stellplatz. Diese Räume verlangen, sofern Kinder und Erwachsene darin wohnen, die Anwesenheit von jemandem, der kocht, putzt, wäscht und die Kinder versorgt. Zudem erfordern sie für gewöhnlich auch private Verkehrsmittel. Aufgrund der planerischen Praxis, Gebiete nach verschiedenen Nutzungen zu unterteilen, liegt die typische Wohnung gewöhnlich weit weg von öffentlichen Einrichtungen für Kinderbetreuung, Reinigung et cetera.[14]

Innerhalb des privaten Wohnraums sträubt sich alles gegen die Bedürfnisse einer berufstätigen Frau, seine Einrichtung ebenso wie seine räumliche Lage. Das Haus ist eine leere Kiste, die mit Konsumgütern und -geräten gefüllt werden muss. Die Arbeit an diesen oft umständlichen und energieaufwendigen Geräten wird darüber hinaus in einem eigenen Haushaltsraum erledigt, der vom Familienleben isoliert ist. Vorleger und Teppiche, die gestaubsaugt, Vorhänge, die gewaschen, und alles Mögliche, das irgendwie gewartet werden will, füllt die Zimmer. Dekoriert sind sie in einem ‚kolonialen‘, ‚mediterranen‘, ‚provencialisches‘ oder irgendeinem anderen eklektizistischen Stil, wie ihn Möbeldiscountläden und -ketten anbieten, um diese trostlosen Kisten aufzuhübschen. Von berufstätigen Müttern wird für gewöhnlich erwartet, dass sie mehr Zeit in die Hausarbeit, die Versorgung der Kinder und das Pendeln mit den für sie unverzichtbaren öffentlichen Verkehrsmitteln, investieren als ihre Männer – und allermeist tun sie dies auch. Eine Studie besagt, dass 70 Prozent der Erwachsenen ohne Zugang zu einem Automobil weiblich sind.[15] Ihre lokalen Nachbarschafts- und Wohnverhältnisse sind jedoch alles andere als geeignet, sie in ihrer Berufstätigkeit zu unterstützen. Eine ‚gute‘ Wohngegend bedeutet normalerweise gute Einkaufsmöglichkeiten, Schulen und öffentlichen Nahverkehr, nicht aber, dass berufstätige Eltern hier öffentliche Unterstützung bei der Kinderbetreuung und Gesundheitsversorgung erhalten.

Familien, in denen beide Eltern verdienen, können für gewöhnlich mit den Nachteilen dieser Siedlungsstrukturen in kooperativer Weise umgehen. Dagegen sind die Haushalte in existentiell schwieriger Lage, beispielsweise im Zusammenhang mit häuslicher Gewalt, durch die Unzulänglichkeiten dieser Strukturen besonders benachteiligt. Colleen McGrath zufolge wird alle 30 Sekunden irgendwo in den USA eine Frau misshandelt.[16] Meistens passiert dies in den Küchen und Schlafzimmern. Über den genauen Zusammenhang zwischen Gewalt und Wohnisolation oder der abhängigen Stellung der Frau kann bislang nur spekuliert werden, aber es besteht kein Zweifel, dass Amerikas Häuser und Haushalte buchstäblich vor ehelicher Gewalt beben. Zudem werden Millionen wütender und aufgebrachter Frauen im eigenen ‚Heim‘ mit Beruhigungspillen behandelt. Eine Arzneimittelfirma bewirbt sie unter Ärzt_innen folgendermaßen: „Sie können ihre Umgebung nicht ändern, aber ihre Laune.“[17]

Die Frau, die das isolierte Kleinfamilienhaus oder das Appartement verlässt, findet nur sehr wenige brauchbare Wohnalternativen.[18] Die ‚typische‘ geschiedene oder geschlagene Frau sucht im Normalfall gleichzeitig Unterkunft, Arbeit und Kinderbetreuung. Sie entspricht in ihrer komplizierten Situation weder den Vorstellungen eines Arbeitgebers noch eines Vermieters

oder der Sozialbürokratie. Ein Umfeld, in dem Wohnung, Dienstleistungen und Arbeitsplatz zusammenkommen, würde viele Schwierigkeiten lösen. Allerdings geht das existierende staatliche Sozialsystem, das allen Amerikaner_innen minimale Voraussetzungen für ein geordnetes häusliches Leben garantieren soll, in seiner Absicht, Einzelhaushalte und Wohnverhältnisse zu ‚stabilisieren‘, von vornherein von dem Ideal eines traditionellen Haushaltes mit einer männlichen Erwerbsperson und einer unbezahlten weiblichen Hausarbeitskraft aus. Es gilt als Optimum dessen, was erreicht oder doch wenigstens simuliert werden soll. Trotz des massiven demografischen Wandels zielen staatliche Beihilfen, wie für sozialen Wohnungsbau oder Lebensmittel, noch immer auf die Unterstützung einer idealen Familie in einem Einfamilienhaus oder einer eigenen Wohnung, in der eine Hausfrau den ganzen Tag lang kochen und sich um die Kinder kümmern kann. Die Fonds, die derzeit den individuellen Haushalten als Beihilfe zur Verfügung stehen, könnten viel wirksamer eingesetzt werden, wenn die Notwendigkeit einer radikal anderen Organisation des Wohnumfeldes endlich erkannt werden würde. Selbst für Frauen, die größere finanzielle Rücklagen haben, ist die Notwendigkeit besserer Wohnbedingungen und unterstützender Dienstleistungen augenfällig. Zurzeit werden die Probleme besser bemittelter berufstätiger Frauen – wie der Mangel an Kinderbetreuungsstätten, der Mangel an Zeit – als deren private Probleme betrachtet. Die Auswege aus einem unzureichend ausgestatteten Wohnumfeld, ohne Kitas, öffentlichen Nahverkehr oder Einkaufsmöglichkeiten, waren bisher private, ‚erkaufte‘ Leistungen: Haushaltshilfen, Babysitter_innen, gewerbsmäßige Tagesbetreuung, Lieferdienste für Fast Food oder auch, um die Kinder zu beschäftigen, ausgedehntes Fernsehen. Und von marktwirtschaftlicher Seite: Hausfrauenkredite für die Anschaffung eines Autos, einer Waschmaschine oder eines Mikrowellenherdes. Diese Lösungen verschleiern nicht nur das Versagen der amerikanischen Wohnungs- und Familienpolitik, sie bringen auch noch schlechte Arbeitsbedingungen für die in diesen Bereichen beschäftigten Frauen hervor. Kommerzielle Kinderhorte, Schnellgaststätten et cetera sind die Quelle der Niedriglöhne und der nicht tariflich und sozial abgesicherten Arbeitsplätze. In sozialer Hinsicht sind die dortigen Beschäftigungsverhältnisse noch die gleichen wie die der Hausangestellten in großbürgerlichen Haushalten. Die bürgerliche Frau hat sich auch keine Gedanken darüber machen müssen, wie ihre Hausgehilfin oder ihr Kindermädchen während der Arbeitszeit die Betreuung der eigenen Kinder organisierte. Auch die Probleme und heimtückischen Folgeschäden, wie sie heute durch die ersatzweise Verwendung des Fernsehers als ‚Kinder-Oma‘ entstehen, sind nach wie vor die gleichen. Die Probleme der Kinderversorgung sind eben keine privaten Probleme von berufstätigen Frauen, und sie sind auch nicht durch den freien Markt lösbar.

Das Problem ist paradox: Wenn sich ihre wirtschaftliche Position in der Gesellschaft nicht ändert, können Frauen auch ihren Status im Haushalt nicht verbessern; wenn sich nichts an der Aufteilung der häuslichen Verantwortung ändert, können sie ihren Status im Erwerbsleben nicht verbessern. Deshalb muss ein Programm für die wirtschaftliche und infrastrukturelle Gleichberechtigung von Frauen zwangsläufig die traditionelle Trennung zwischen Haus- und Marktwirtschaft sowie zwischen Wohnung und Arbeitsplatz

überwinden. Die wirtschaftliche Situation der traditionellen Haus-,frau‘ muss sich ändern, deren qualifizierte Arbeit zwar unbezahlt, aber wirtschaftlich und sozial notwendig ist. Wenn die Architekt_innen und Stadtplaner_innen alle erwerbstätigen Frauen und deren Familien einfach als Kund_innen für eine neue Architektur und Stadtplanung betrachten würden, wenn sie alle bisherigen Annahmen über den ‚Platz der Frau im Haus‘ hinter sich ließen, wo müssten sie ansetzen? Ist es möglich, nicht-sexistische Wohngegenden und Städte zu entwerfen? Wie würden diese aussehen?

In einigen Ländern hat man damit begonnen, neue Ansätze für die Bedürfnisse berufstätiger Frauen zu entwickeln. Das kubanische Familiengesetz von 1974 schreibt Männern vor, sich an der Hausarbeit und Kindererziehung zu beteiligen. Der Grad der Umsetzung dieses Gesetzes ist natürlich nicht zu beziffern, aber prinzipiell zielt es auf eine gleichberechtigte Beteiligung an dem, was früher allein Frauenarbeit war. Das Familiengesetz vermindert jedoch nicht die Arbeit im Haushalt, sondern setzt auf seine alltägliche Aushandlung in der privaten Beziehung zwischen den Ehepartner_innen. Männer schützen – speziell im Umkreis des Herdes – gerne Unfähigkeit vor, mit Taktiken, wie sie jede_r Leser_in von Patricia Mainardis Essay über die „Politik der Hausarbeit“ (1970)[19] bekannt sein dürften. Was weiterhin angegangen werden muss, ist die geschlechtsspezifische Stereotypisierung bezahlter Frauenarbeit außerhalb des Hauses, beispielsweise in Kindergärten.

Ein anderer Versuch war die Entwicklung von speziellen Haustypen für berufstätige Frauen und deren Familien. Der Bauunternehmer Otto Fink führte 1903 als erster ein solches Modell in Kopenhagen an. In späteren Jahren wurde es in Schweden von Alva Myrdal und den Architekten Sven Markelius und Sven Ivar Lind wieder aufgenommen. Die Häuser wurden Service- oder Kollektivhäuser genannt. In ihnen wurden Kinder betreut und ‚bekocht‘ und für die berufstätige Frau und deren Familie der Haushalt besorgt.[20]

Wie in einigen ähnlichen Projekten in der UdSSR in den 1920er Jahren wollten sie, entweder auf kommerzieller Basis oder staatlich subventioniert, Dienstleistungen anbieten, um die bislang private ‚Frauenarbeit‘ im Haushalt zu ersetzen. Die skandinavische Lösung kritisierte jedoch weder den Ausschluss der männlichen Arbeitskräfte von der Hausarbeit, noch trug sie dem Wandel der Haushaltsführung durch den Lebenszyklus ausreichend Rechnung. Allerdings wurde erkannt, dass sich die Planung und Gestaltung des Wohnens grundsätzlich ändern müssen.

Einige Projekte in Europa erweiterten den Dienstleistungsbereich des Servicehauses um Angebote für größere Gemeinschaften. In Hamburg plante zu Beginn der 1970er Jahre eine Gruppe von Eltern und Einzelpersonen

Abb. 1 Sven Ivar Lind, Kollektivhaus Marieberg, Stockholm, Schweden 1944.

- (1) Eingang
- (2) Hausmeister
- (3) Vorratshaltung
- (4) Verwaltung
- (5) Verbindungsgang zum Haus Swedberg
- (6) Restaurantvorraum
- (7) großer Speisesaal
- (8) kleiner Speisesaal
- (9) Küche
- (10) Zugang zum Kinderhort
- (11) Kinderhort
- (12) Büro der Leiterin des Kinderhorts
- (13) Fahrradabstellraum



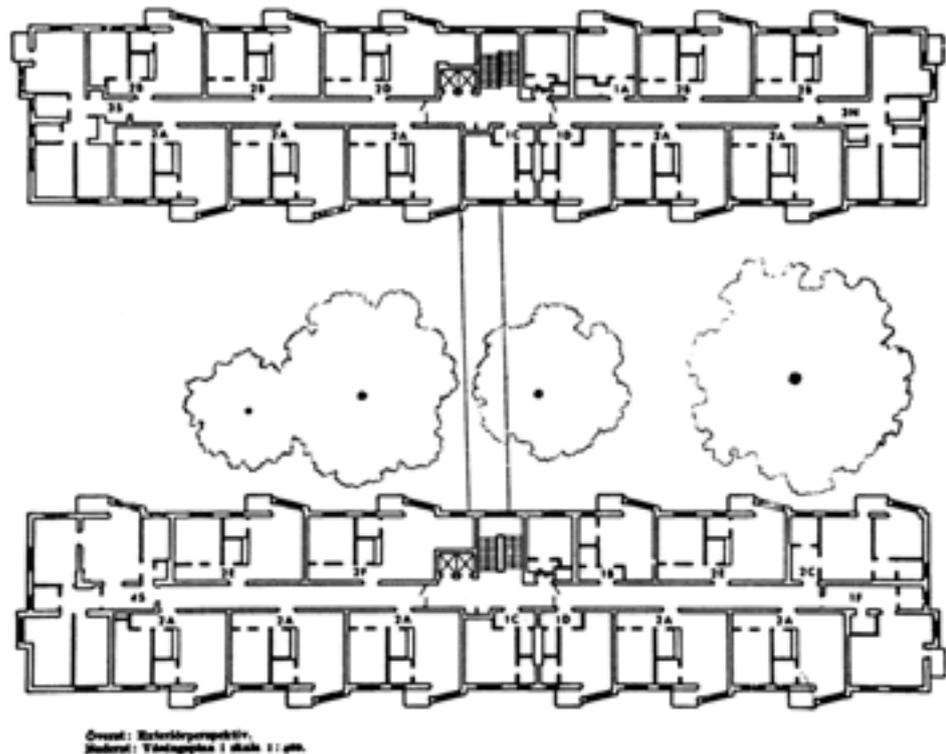


Abb. 2 Grundriss der Wohntage.
 Typ 1C und 1D: Einzimmerappartements mit Kochecke und Bad
 Typ 2A: 2 Zimmer, Kochecke, Bad
 Typ 4C: 4 Zimmer, Bad, Küche

ein öffentliches Wohngebäude mit sozialen Versorgungseinrichtungen: das Steilshoop Projekt[21]. Es bezog eine Anzahl ehemaliger Psychatriepatient_innen als Mitbewohner_innen mit ein und fungierte so als deren Nachsorgestation sowie als selbstverwalteter Dienstleistungsbetrieb für die Mieter_innen der Sozialwohnungen. Hier deutet sich das Ausmaß dessen an, was gegenwärtig in den USA an Wohnstereotypen überwunden werden kann: Die Alten, Kranken und Unverheirateten könnten zum Beispiel wesentlich einfacher in solch einem neuartigen Typus von Haushalt und Wohnkomplex integriert als irgendwo anders separiert werden.

Ein anderes Projekt wurde neulich in London von der 1972 gegründeten Planungsgruppe „Nina West Hornes“ verwirklicht. Sie schufen über 36 Wohneinheiten auf sechs Bauplätzen für alleinerziehende Eltern. Spielflächen für Kinder und Tagesstätten sind Bestandteil der Siedlung. Im „Fiona Hausprojekt“ sind die Wohnungen so geplant, dass sie die wechselseitige Kinderbeaufsichtigung erleichtern und die Kindertagesstätte den Bewohner_innen des Viertels gegen ein geringes Entgelt zur Verfügung steht.

Die alleinstehenden Eltern können als Betreuer_innen in den Kinderhorten arbeiten oder bei den berufstätigen Eltern aushelfen.[22] Am bemerkenswertesten ist dabei die Tatsache, dass Wohnung und Arbeitsplatz für einige sowie Kinderhort und Wohnung für alle Bewohner_innen an einem Ort vereint sind.

In den USA gibt es eine noch weiter zurückreichende Tradition, sich für die Wohnbedürfnisse von Frauen einzusetzen. Im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert gab es Dutzende von Projekten, in denen Feministinnen, Architektinnen und Wohnungsspezialistinnen versuchten, für private Haushalte eine gemeinschaftliche Versorgung zu entwickeln. Einige von diesen Experimenten haben bis in die späten 1920er Jahre überdauert.[23] Im Allgemeinen mangelte es den Feministinnen dieser Epoche jedoch an Bewusstsein für das Problem der Ausbeutung von Frauen, die sich zur Bestreitung des eigenen Lebensunterhaltes

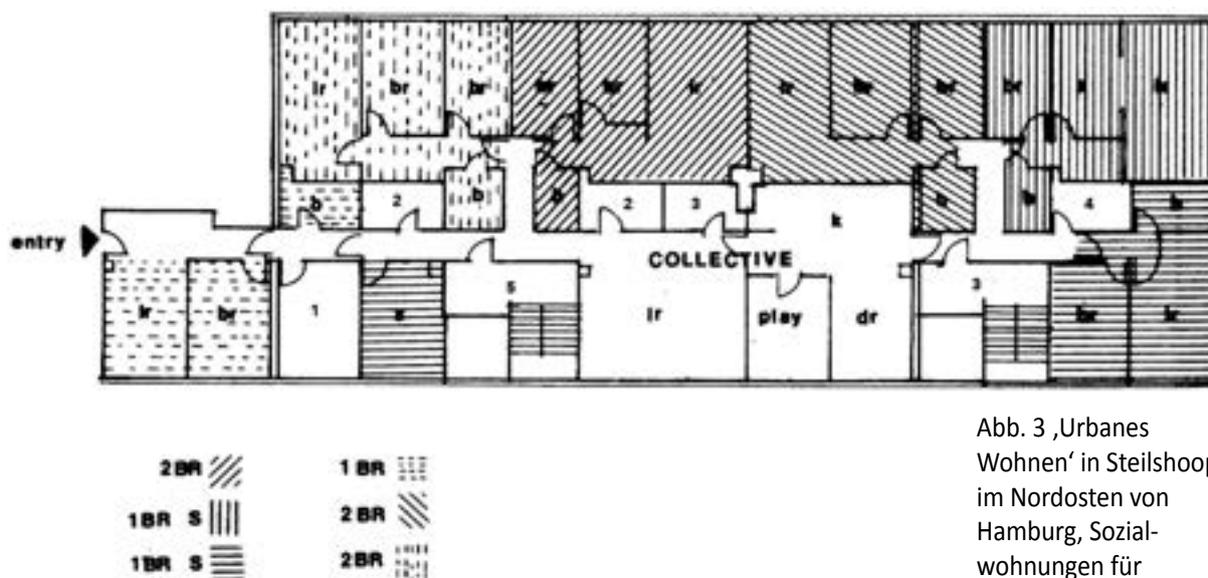


Abb. 3 ‚Urbanes Wohnen‘ in Steilshoop im Nordosten von Hamburg, Sozialwohnungen für 206 Mieter_innen, entworfen von der Mieter_innengemeinschaft in Zusammenarbeit mit Rolf Spille, 1970-73.

Anstelle von 72 normalen Wohneinheiten wurden hier 20 Mehrfamilien-einheiten und zwei Einzimmerapartments gebaut. 26 Psychatriepatient_innen wurden in das Projekt involviert, von denen 24 als geheilt entlassen wurden. Die Wohneinheiten bestehen aus Schlaf-zimmer (hr), Wohn-zimmer (lr) und Arbeitszimmer (s). Sie teilen sich ein Wohnzimmer, eine Küche, ein Esszimmer und ein Spielzimmer. Jede Wohnung ist unterschiedlich, aber alle können von den Gemeinschaftsbereichen abgeteilt werden.

- (1) Lagerraum
- (2) Wandschränke
- (3) Weinkeller
- (4) Waschküche und
- (5) Feuerleiter

verdingen müssen, durch Frauen, die sich deren Dienstleistungen ‚leisten‘ können. Auch scheiterten ihre Versuche, die Frauenarbeit gemeinschaftlich zu verteilen, daran, die Männer als mitverantwortliche Elternteile und Mitarbeiter in den Haushalt miteinzubeziehen. Allerdings hatten sie einen guten Spürsinn für die Möglichkeiten familiärer, nachbarschaftlicher Kooperation und für die ökonomische Relevanz der ‚Frauenarbeit‘.

Zudem haben die USA eine lange Tradition in der Schaffung experimenteller Modellstädte durch utopisch-sozialistische Gemeinschaften. Weiterhin entstanden in den 1960er und 1970er Jahren zahlreiche Kommunen und Kollektive, die bestrebt waren, die etablierten Vorstellungen von Haushalt und Familie aufzuweichen.[24] Während einige, vor allem religiöse Kommunen oftmals die Akzeptanz traditioneller Geschlechterrollen in der Arbeitsorganisation einforderten, versuchten andere die Fürsorgearbeit zur Aufgabe von Männern wie Frauen zu machen. Es ist unabdingbar, erfolgreiche Projekte aller Art in die Suche nach der Vorstellung einer nicht-sexistischen Stadt einzubeziehen. Die meisten berufstätigen Frauen wollen sich und ihre Familien allerdings nicht in solche kommunalen Familienmodelle integrieren, aber sie wollen ihr Familienleben auch nicht von der Staatsbürokratie verwalten lassen. Sie wollen nicht das Privatleben insgesamt abschaffen, sondern Gemeinschaftseinrichtungen und Dienstleistungen einrichten, die ihre private Haushaltsführung unterstützen. Sie wünschen sich zudem Lösungen, die ihre ökonomische Unabhängigkeit stärken, ihren persönlichen Entscheidungsspielraum in der Kindererziehung vergrößern und ihnen mehr Kontakt und Erfahrungsaustausch mit Anderen erlauben.

Wie ließe sich ein dementsprechendes Programm für einen solche Veränderung in den USA skizzieren? Die Neuorganisation von Arbeiten und Wohnen kann nur erreicht werden, indem sich Hausfrauen und -männer zusammenschließen und sich gemeinsam für die Umgestaltung des privaten Lebens und der öffentlichen Verantwortung einsetzen. Es müssen kleine und partizipatorische Organisationen sein, die effektiv zusammenarbeiten können. Ich schlage vor, diese Gruppen „HOMES“ (Homemakers Organisation for a More Egalitarian Society, Organisation von Hausfrauen und -männern für eine gleichberechtigte Gesellschaft) zu nennen. Bereits existierende Feministinnengruppen, insbesondere solche, die schon Zufluchtshäuser für

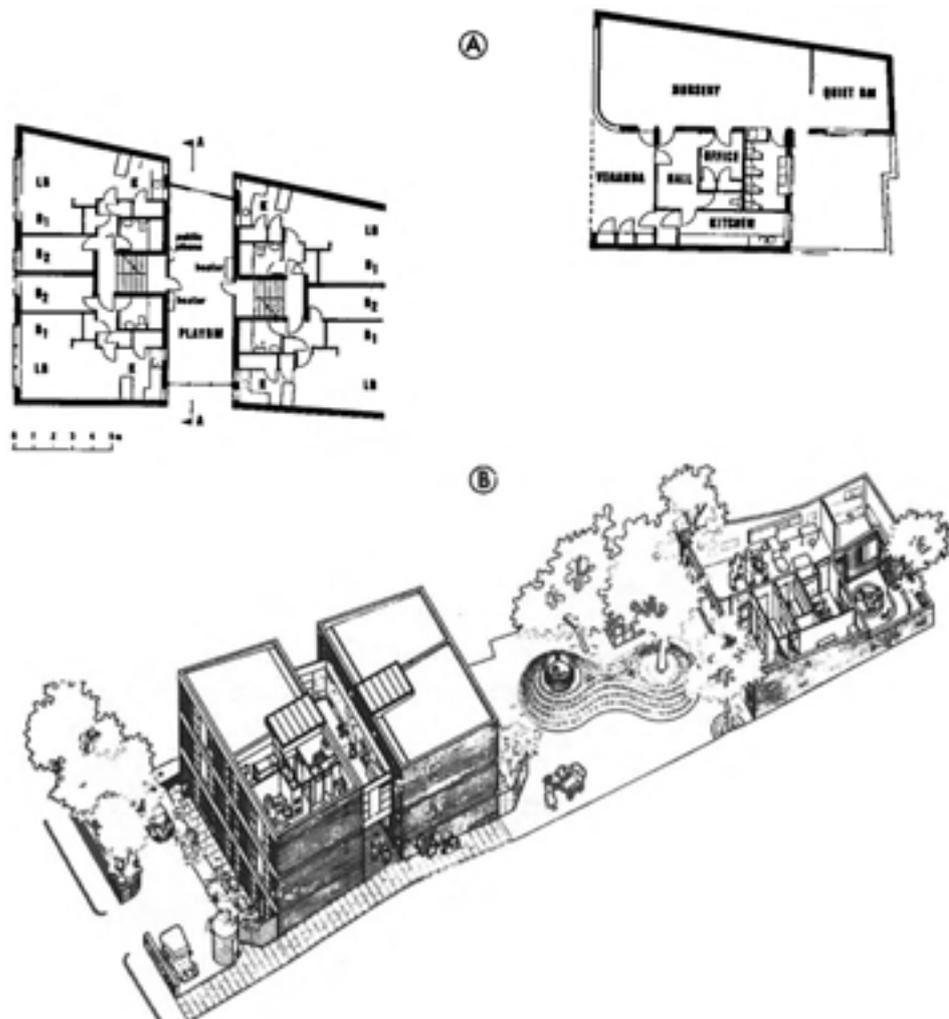
misshandelte Frauen und Kinder eingerichtet haben, könnten solche HOMES schaffen, vorhandene Wohnprojekte übernehmen und Dienstleistungen für Bewohner_innen anbieten, die über bereits bestehende feministische Beratungsangebote hinausgehen. Initiativen, die genossenschaftliches Eigentum von Wohnraum fördern, könnten solche Gruppen bilden und ihr Engagement in eine feministische Richtung lenken. Ein Programm, das umfassend genug wäre, um Hausarbeit, Wohnen und Siedlungsstrukturen entscheidend zu verändern, müsste

1. Männer wie Frauen gleichermaßen in die unbezahlten Tätigkeiten von Hausarbeit und Kindererziehung einbeziehen;
2. Männer und Frauen auf gleichberechtigter Basis an der Erwerbstätigkeit beteiligen;
3. die sozial-räumliche Segregation von Klassen, ‚Rassen‘ und Altersgruppen beenden;
4. alle nationalen, bundesstaatlichen und lokalen Programme und Gesetze, die stillschweigend oder ausdrücklich die Rolle der unbezahlten Hausfrau festschreiben, abschaffen;
5. unbezahlte Hausarbeit und Energieverschwendung minimieren; sowie
6. die Wahlmöglichkeiten der Haushalte für Erholung, Freizeit und Vergemeinschaftung erweitern.

Viele kleine Reformen könnten diesem Ziel näherkommen. Ich glaube, dass dem Aufbau experimenteller Wohnzentren, die in ihrer architektonischen

Abb. 4

A: Fiona House, Nina West Hornes, London 1972, 1. OG, Hauptgebäude. Der gemeinsame Flur ist Spielfläche für die Kinder; Fenster von Küche zum Flur; Parterre des rückwärtigen Gebäudes mit dem Kinderhort und der Schwesternausbildung.
 B: Fiona House, Axonometrie, zwölf Zweizimmerwohnungen für geschiedene oder alleinstehende Mütter mit benachbartem Spielplatz und Kleinkinderstation. Die Wohnungen können zusammengeschaltet werden, sodass von den Nachbar_innen Hör- und Rufkontakt zu den Kindern hergestellt werden kann.



Gestaltung und ökonomischen Organisation traditionelle Vorstellungen von Nachbarschaft, Wohnen und Arbeiten überwinden, geradezu zwangsläufig Änderungen diesen Ausmaßes folgen müssen. Solche Wohnzentren könnten durch die Neuorganisierung bestehender Siedlungen oder auch durch Neubauten entstehen.

Angenommen, jeweils 40 Haushalte einer amerikanischen Metropolregion bildeten eine HOMES-Gruppe und repräsentierten in ihrer Zusammensetzung die soziale Struktur der gesamten US-amerikanischen Bevölkerung, dann würden sich diese 40 Haushalte zusammensetzen aus: sieben alleinstehenden Elternteilen und ihren 14 Kindern (15 Prozent), 16 berufstätigen Ehepaaren und ihren 24 Kindern (40 Prozent), 13 Ehepaaren, von denen nur ein Teil berufstätig ist, und deren 26 Kindern (35 Prozent) sowie vier Alleinstehenden (10 Prozent). Das wären also 69 Erwachsene und 64 Kinder. Es müssten 40 Wohneinheiten unterschiedlicher Größe und Ausstattung vorhanden sein – alle mit einem privaten und abgegrenzten Außengelände. Zusätzlich zum privaten Wohnraum würde die Gruppe folgende Gemeinschaftsräume und Dienstleistungen anbieten:

1. eine Kindertagesstätte mit Spielplatz, in der 40 Kinder betreut und eine Nachmittagsbetreuung für 64 Schulkinder angeboten werden könnten;
2. eine Wäscherei;
3. eine Küche, die das Mittagessen für die Kindertagesstätte zubereitete, ein Abendessen ausgabe sowie durch „Essen auf Rädern“ die alten Leute der Siedlung versorgte;
4. ein Lebensmittelladen, der an eine lokale Kooperative angeschlossen wäre;
5. eine Garage mit zwei Kleinbussen für Tagesfahrten und „Essen auf Rädern“;
6. ein Garten, in dem auch einige Nahrungsmittel angebaut werden könnten;
7. ein Beratungsbüro, das die Alten, Kranken sowie jene berufstätigen Eltern unterstützte, deren Kinder krank sind.

Die Benutzung aller Einrichtungen sollte freiwillig sein. Sie würden in Ergänzung zu den privaten Wohnungen und Gärten existieren.

Um alle oben genannten Angebote bereitzustellen, wären 37 Arbeitskräfte notwendig: 20 Tagesbetreuer_innen, drei für die Verpflegung, eine für den Lebensmittelladen, fünf Haushaltshilfen, zwei Fahrer_innen für den Fahrdienst, zwei für die Wäscherei, ein_e Hausmeister_in, ein_e Gärtner_in und zwei Beschäftigte für Verwaltungsangelegenheiten. Einige könnten teilzeitbeschäftigt sein, andere vollzeitbeschäftigt. Die Kinderbetreuung, Essensversorgung und Elternberatung könnten genossenschaftlich organisiert werden. Gegebenenfalls könnte die Wohnkooperative auch weitere Mitarbeiter_innen von außen einstellen.

Da HOMES nicht als Experiment in isolierten Gemeinschaftsbauten gedacht ist, sondern als Versuch, die Probleme berufstätiger Frauen in urbanen Gegenden zu lösen, sollten die Dienstleistungen genau dort erreichbar sein, wo das Experiment angesiedelt ist. Dies wird die Nachfrage nach den Dienstleistungen steigern und Arbeitsplätze sichern. Obwohl HOMES erste Priorität haben sollte, werden viele Bewohner_innen außerhalb des Projektes

Arbeit suchen. Einige Bewohner_innen werden aber auf jeden Fall im Projekt beschäftigt sein.

Bei der Schaffung und Besetzung dieser Arbeitsplätze muss eine stereotype Rollenaufteilung unbedingt vermieden werden, zum Beispiel dürften nicht nur Männer als Chauffeure und Frauen in der Küche beschäftigt sein. Es sollte jede Anstrengung unternommen werden, die unterschiedlichen Lohnklassen für Männer und Frauen zu durchbrechen. Auch sollte es unter den Bewohner_innen selbstverständlich sein, dass auch Männer einen gleichberechtigten Anteil an den häuslichen Aufgaben zu tragen haben. Einige Gedanken des kubanischen Familiengesetzes sollten in die Organisationsatzung einfließen.

Zudem darf HOMES keine Zweiklassengesellschaft zwischen jenen Bewohner_innen bilden, die außerhalb des Projektes mehr Geld verdienen, und denen, die intern beschäftigt sind und ihre häuslichen Fähigkeiten zur Verfügung stellen. Die Jobs im Projekt müssten gleichberechtigt und nach Qualifikation und Zeit bezahlt werden. Anders als dies gegenwärtig der Fall ist, müssten sie allesamt als qualifizierte Tätigkeiten betrachtet werden. Ebenso müssten soziale Absicherung, Krankenversorgung und Mutterschutz jeden einschließen, egal, ob voll- oder halbezeitbeschäftigt.

Viele bundesstaatliche oder städtische Entwicklungsprogramme unterstützen den Bau von nichtkommerziellem, kostengünstigem oder kostenangepasstem Wohnraum. Zudem stellen sie Mittel für den Bau von Modellprojekten zur Verfügung, die neue Wege in der Lösung lokaler Probleme beschreiten wollen.[25] Viele Gewerkschaften, Kirchen und Mieter_innengensenschaften sind als nicht-gewinnorientierte Wohnungsbauunternehmen aktiv. Eine mietbegrenzte Wohnkooperative bietet die beste Basis für eine wirtschaftliche Organisation sowie demokratische Kontrolle der Raumplanung und Sozialpolitik.

Viele gut informierte, nicht-gewinnorientierte Baugesellschaften könnten den Gemeinschaften, die solche Projekte organisieren wollen, ebenso helfen wie Architekt_innen, die erfahren in der Planung kooperativer Wohnformen sind. Es ist noch nicht versucht worden, Arbeitsplätze und Gemeinschaftsdienste in einem solchen Umfang in eine Wohnkooperative zu integrieren, dass es für berufstätige Frauen einen merklichen Unterschied machen würde. Die Feministinnen in den Gewerkschaften, deren Mitglieder mehrheitlich Frauen sind, sollten sich für Wohngenossenschaften einsetzen, die soziale Dienstleistungen für ihre Mitglieder anbieten. Die Feministinnen in der Co-op-Bewegung müssen klare und gezielte Forderungen stellen und statt der Pläne für konventionell organisiertes Wohnen auf genossenschaftlicher Finanzierungsbasis zusätzlich soziale Dienstleistungen von den Wohnbaugenossenschaften verlangen. Frauen außerhalb der Genossenschaftsbewegung werden erkennen, dass genossenschaftliche Wohnformen eine ganze Menge Möglichkeiten auch für ihren Kampf bereithalten. Zudem verfügt die kürzlich eingerichtete nationale Verbraucher_innengenschaftsbank über Gelder, mit denen sie Projekte unterstützt, die mit kooperativen Wohnformen in Verbindung stehen.

In vielen Gegenden wird die Instandsetzung bestehender Bausubstanz sinnvoller sein als Neubauten. Mit den vorstädtischen Wohnsiedlungen in den USA muss effektiv umgegangen werden. Ein kleiner Teil hat durchaus

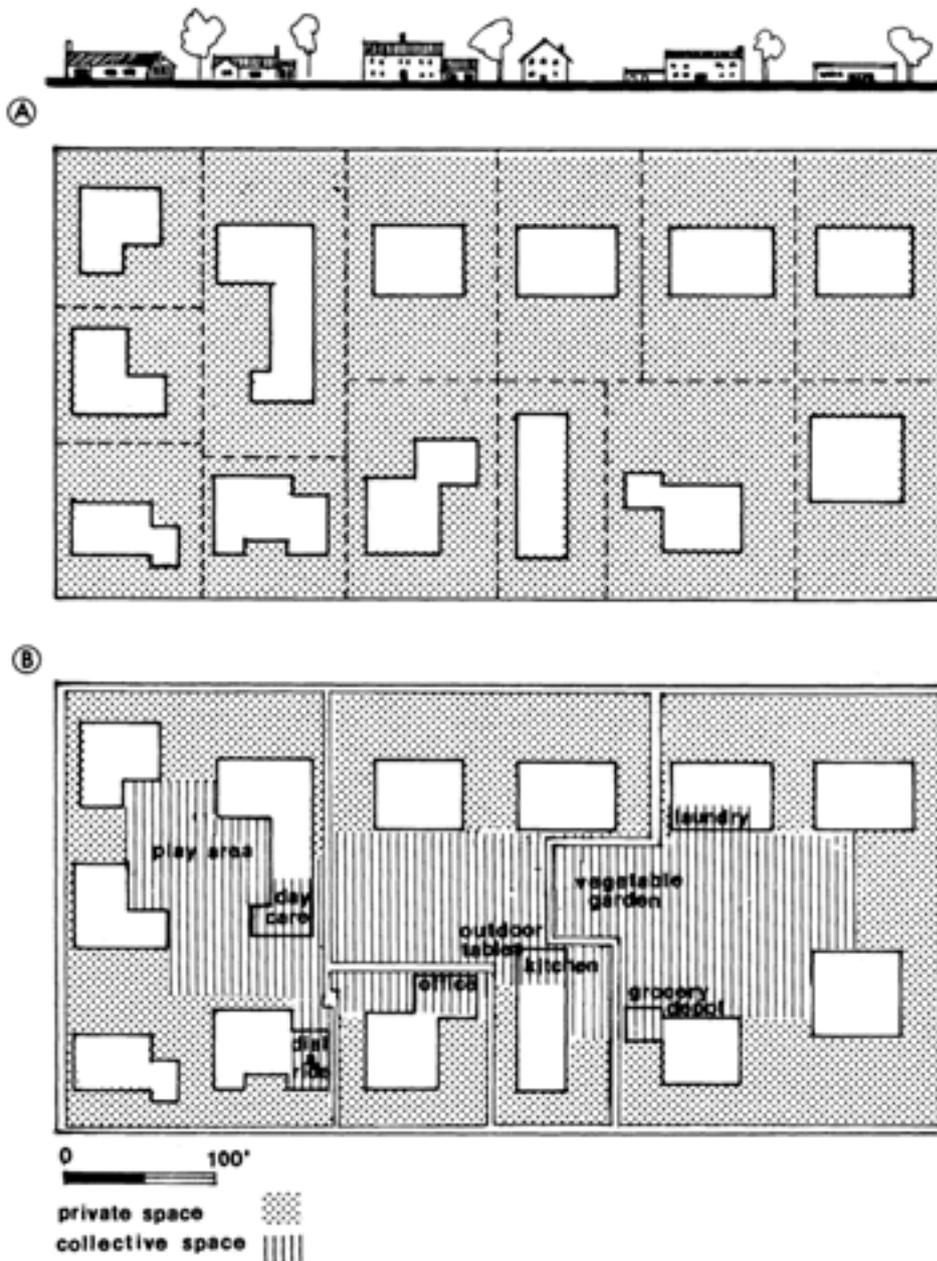


Abb. 5
 A: Vorstädtische Wohngruppe
 B: Vorschlag für die Reorganisation desselben vorstädtischen Blocks, mit Gemeinschaftsflächen und Gemeinschaftseinrichtungen.

eine architektonische Qualität, die seine Erhaltung rechtfertigt. Das meiste könnte allein durch eine gemeinschaftliche Nutzung ästhetisch verbessert werden. Durch die Umwandlung einzelner Häuser in mehrere Wohneinheiten kann man die leeren Vorgärten ohne Gehwege loswerden. Nachbar_innen können innenliegende Grünflächen zusammenlegen und so einen parkähnlichen Raum im Zentrum des Blocks schaffen. Front- und Zwischengrün kann in private Außenräume umgewandelt werden. Gehwege können die Wohneinheiten mit einem zentralen Freiraum verbinden. Einige der privaten Nebengebäude (Garagen et cetera) sollten in Gemeinschaftsräume umgewandelt werden.

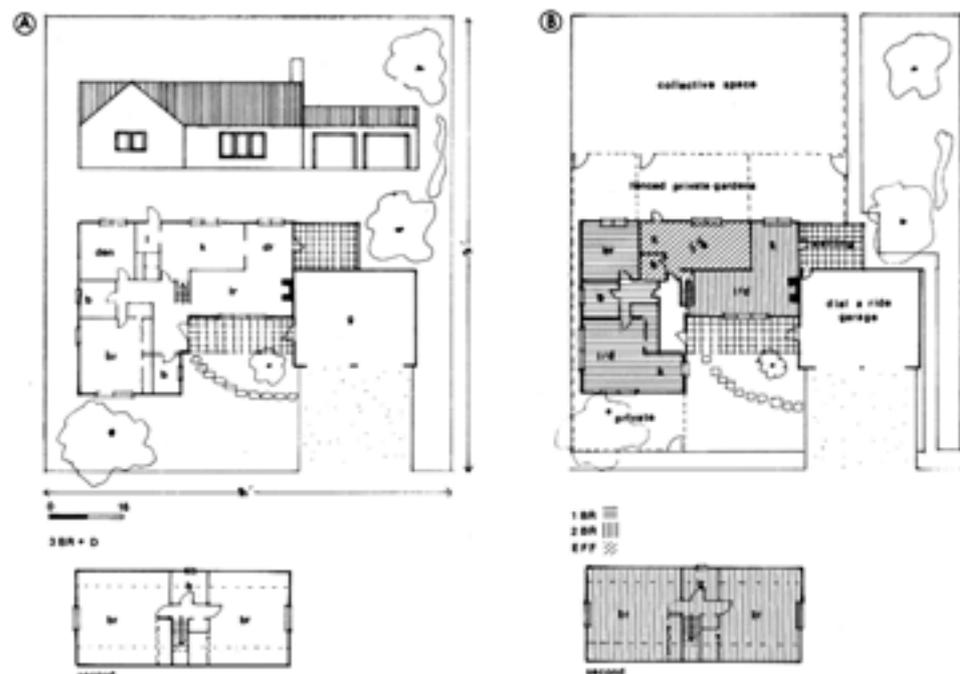
Bild 5A zeigt einen typischen, trostlosen Vorstadtwohnblock mit 13 Häusern, die alle von Spekulant_innen zu verschiedenen Zeitpunkten errichtet worden sind. Ungefähr vier Morgen Land sind in Parzellen von je einem Viertel bis einem halben Morgen aufgeteilt. 13 Zufahrtswege werden von 26 PKWs benutzt, zehn Gartenhäuser, zehn Schaukeln, 13 Rasenmäher und 13 Sitzgruppen deuten die unsinnige Vervielfachung solcher Ausstattungen an. Trotz verfügbarem Land gibt es keine Übergänge zwischen öffentlichen

Straßen und privaten Häusern. Der Boden ist entweder streng öffentlich oder streng privat. Bild 6a zeigt ein typisches Einfamilienhaus auf etwa 130 Quadratmeter Land. Es wurde in den 1950er Jahren auf dem Höhepunkt der ‚weiblichen Mystik‘ gebaut und verfügt über drei Schlafzimmer, zweieinhalb Badezimmer, einen Wäscheraum, zwei Veranden und eine Doppelgarage.

Um dieses ganze Anwesen effizienter und sozialer umzugestalten, müsste ein Bereich größerer Aktivität in der Mitte des Grundstücks definiert und eine Fläche von eineinhalb bis zwei Morgen für die gemeinschaftliche Nutzung ausgewiesen werden. Im Wesentlichen hieße das, den Block von innen nach außen umzukrempeln. Der Radburnplan, der in den späten 1920er Jahren von Henry Wright und Clarence Stein entwickelt wurde, setzte dieses Prinzip einer richtigen Grundstücksausnutzung im ‚motorisierten Zeitalter‘ recht einsichtig um: Autos werden von den wohnzugehörigen Grünflächen, speziell von den Spielflächen der Kinder, getrennt abgestellt. In Radburn, New Jersey, und dem Baldwin Hill District in Los Angeles haben Wright und Stein durch diese Methode erstaunlich komfortable Lösungen erzielt (mit einer Dichte von sieben Wohneinheiten pro Morgen), zumal sie ihre Wohneinheiten um einen üppigen Park ohne Autoverkehr gruppieren konnten. Das Baldwin Hill-Projekt macht die Vorteile dieser Raumaufteilungen am anschaulichsten, aber auch ein revitalisierter, vorstädtischer Wohnblock mit Parzellen von jeweils einem Viertel Morgen könnte derart organisiert werden.[26] In diesem Fall könnten soziale mit ästhetischen Vorzügen verbunden werden, da der Innenhof ebenso Platz für den Kindergarten bieten würde wie für Gemüsegarten, Picknick-Platz, Spielplatz, Schaukeln und Rutschen, den Lebensmittelladen und die Bedarfsgarage.

Große Einfamilienhäuser können leicht in zwei oder drei Wohnungen umgewandelt werden, obwohl der ‚offene Grundriss‘ der 1950er und 1960er Jahre bei vielen Familien sehr populär war. Das Haus in Bild 6b ist zu einem ‚Triplex‘ umgewandelt worden und besteht nun aus einer Wohnung mit einem Schlafzimmer, einer Wohnung mit zwei Schlafzimmern und einem

Abb. 6
A: Vorstädtisches Einfamilienhaus, Grundriss: drei Schlafzimmer, drei Bäder, Küche, Wohnzimmer, Hobbyraum
B: Das gleiche Haus umgestaltet zu einem Mehrfamilienhaus, (Dreizimmerwohnung, Zweizimmerwohnung und Einzelapartment) mit Bedarfsgarage und Freiraumbereich.



Einzimmerapartment für eine alleinstehende oder ältere Person. Alle diese Wohnungen verfügen jeweils über einen privaten Garten. Sie teilen sich einen Eingangsbereich und eine Diele. Es ist noch genug Fläche vorhanden, um drei Fünftel des ursprünglichen Areals für die gemeinschaftliche Nutzung zur Verfügung zu stellen. Besonders eindrücklich ist, dass dadurch freie Räume, wie rückwärtige Veranden und Garagen, leicht in gemeinschaftliche Nutzung überführt werden können. Drei der ehemals 13 privaten Garagen können nun in ein zentrales Blockbüro, den Lebensmittelladen und die Bedarfsgarage umgewandelt werden. Wäre es in einem solchen ‚rehabilitierten‘ Block für 26 Wohneinheiten möglich, lediglich 20 PKWs in zehn Garagen zu haben, wenn außerdem zwei Gemeinschaftsbusse zur Verfügung ständen? Angenommen, einige Bewohner_innen würden ihren außerhalb gelegenen Arbeitsplatz zugunsten eines Platzes innerhalb des Blocks aufgeben und die Einkaufsfahrten der Bewohner_innen würden sich aufgrund der vorhandenen Einrichtungen und der gemeinschaftlichen Transportmöglichkeiten auf die Hälfte reduzieren, dann wäre dies durchaus möglich.

Was wäre mit den Anwohner_innen, die kein Interesse an einem solchen Konzept haben? Falls es die Gestaltung der Parzellen zuließe, könnte ein solcher Plan auch mit nur drei oder vier Häusern begonnen werden. In Berkeley, Kalifornien, wo die Nachbarn der Derby Street ihre rückwärtigen Gärten zusammengelegt und eine gemeinsame Kindertagesstätte geschaffen haben, weigerte sich ein Grundbesitzer mitzumachen: Sein gesamtes Grundstück wurde eingezäunt und von dem kollektivierten Gemeinschaftsland umschlossen. Das funktionierte ohne Schwierigkeiten. Natürlich müssen manche Baugesetze geändert oder Ausnahmeregelungen getroffen werden, zum Beispiel bei der Umfunktionierung von Einfamilien- in Mehrfamilienhäuser oder bei der Einführung kommerzieller Einrichtungen in ein Wohngebiet. Jede Gruppe, die imstande ist mindestens fünf Wohneinheiten zu organisieren, kann eine offizielle Wohnkooperative werden und gemeinschaftlich den Grund und Boden verwalten sowie kleinere Gemeinschaftsdienste betreiben. Mit einem zusammenhängenden Plan für einen gesamten Block können gesetzliche Ausnahmen viel eher durchgesetzt werden als ‚scheibchenweise‘. Man kann sich auch vorstellen, dass sich Organisationen, die beispielsweise Häuser für die Nachsorgebetreuung von Anstaltspatient_innen, für jugendliche Ausreißer_innen oder misshandelte Frauen betreiben, gut in so einen Block integrieren lassen könnten. Diese Gruppen haben es oft sehr schwer, ein unterstützendes und solidarisches Umfeld zu finden, wie es hier gegeben wäre.

Ich bin überzeugt, dass die Aufhebung der Trennung von öffentlichem und privatem Raum die sozialistische und feministische Priorität der 1980er Jahre sein sollte. Frauen müssen die geschlechtsspezifische Aufteilung und privatwirtschaftliche Basis der Hausarbeit sowie die räumliche Trennung von Wohnung und Arbeitsplatz bekämpfen, wenn sie gleichberechtigte Mitglieder der Gesellschaft werden wollen. Meine Vorschläge sind ein Versuch, die besten Elemente aus vergangenen und aktuellen Reformen aus unserer Gesellschaft und anderswo mit den Sozialleistungen zusammenzubringen, die es in den USA bereits gibt. Ich möchte erleben, wie erste HOMES Projekte entstehen, entweder als Neubau auf Grundlage meiner Überlegungen oder durch die Umwandlungen bestehender Strukturen in den Vorstädten. Wenn diese Pilotprojekte erfolgreich sind, werden Hausfrauen überall in den USA

ebenso Zugang zu bezahlbaren Kinderbetreuungen, Nahrungsmitteln und Wäschereien fordern wie bessere Löhne, flexiblere Arbeitsbedingungen und angemessenere Wohnungen. Wenn alle Hausfrauen erkennen, dass sie sowohl mit geschlechtsspezifischen Stereotypen als auch mit Lohndiskriminierung zu kämpfen haben und erkennen, welche sozialen, ökonomischen und städtebaulichen Veränderungen notwendig sind, um diese Zustände zu überwinden, werden sie die überkommenen Wohn- und Siedlungsformen nicht länger hinnehmen, die noch immer behaupten, dass die Frau ins Haus gehört.

Endnoten

- [1] Es liegt umfangreiche marxistische Literatur zur Bedeutung räumlicher Gestaltung für die Entwicklung der kapitalistischen Stadt vor, wie beispielsweise Lefebvre, Henri (1974): *La Production de l'espace*. Paris: Editions Anthropos; Castells, Manuel (1974): *The urban question*. Cambridge, Mass.: MIT Press; Harvey, David (1973): *Social justice and the city*. London: Edward Arnold Ltd; Gordon, David (1978): *Capitalist development and the history of American cities*. In: William K. Tabb / Larry Sawyers (Hg.), *Marxism and the metropolis*. New York: Oxford University Press.
- Allerdings beschäftigen sich diese Arbeiten weder genauer mit der Situation von Frauen als Arbeiterinnen oder Hausfrauen noch nehmen sie deren spezifische Erfahrungen von räumlicher Ungleichheit in den Blick. Allerdings ist es wichtig, diese ökonomischen und historischen Analysen mit den empirischen Forschungen nicht-marxistischer feministischer Stadtforscher_innen zusammenzubringen, die die Erfahrungen von Frauen im Kontext bestehender Wohnformen untersucht haben. Dies sind beispielsweise: Wekerle, Gerda (1978): *A woman's place is in the city*. Paper für das Lincoln Institute of Land Policy. Cambridge, Mass. und Keller, Suzanne (1978): *Women in a planned Community*. Paper für das Lincoln Institute of Land Policy. Cambridge, Mass. Eine feministisch-sozialistische Kritik der Raumordnung in der amerikanischen Stadt muss ebenso auf diesen Studien aufbauen wie sich an den wegweisenden Forschungen von Sheila B. Kamerman orientieren, in denen sie die Strukturen von weiblicher Erwerbsarbeit sowie Mutterschutzbestimmungen und Regelungen zur Kinderbetreuung in Ungarn, Ost- und Westdeutschland, Frankreich, Schweden und den USA vergleicht: Kamerman, Sheila B. (1979): *Work and family in industrialized societies*. In: *Signs: Journal of Women in Culture and Society* 4/4, 632-50. Eine vergleichende Untersuchung von Wohnformen und sozialen Dienstleistungen für erwerbstätige Frauen könnte eine wichtige Grundlage für Änderungsvorschläge darstellen. Die zahlreichen Bestrebungen, sozialistische und feministische Wirtschaftstheorien durch eine Perspektive auf Heimarbeit zu bearbeiten, werden in dem exzellenten Aufsatz von Ellen Malos diskutiert: Malos, Ellen (1978): *Housework and the politics of women's liberation*. In: *Socialist Review* 37, Januar/Februar, 41-47. Einen wegweisenden theoretischen Beitrag dazu bietet: *Movimento di Lotta Femminile* (1972): *Programmatic manifesto for the struggle of housewives in the neighborhood*. In: *Socialist Revolution* 9, Mai/Juni, 85-90.
- [2] Dies betrifft auch über 77 Prozent aller Mitglieder der „American Federation of Labor and Congress of Industrial Organization“, einem bedeutenden Dachverband amerikanischer Gewerkschaften. Vgl. AFL-CIO (1975): *Survey of AFL-CIO Members Housing*. Washington, D. C.: AFL-CIO, 16. Ich danke Allan Heskin für diesen Hinweis.
- [3] American Public Transportation Association (1978): *Transit Fact Book 1977-78*. Washington, D. C.: American Public Transit Association, 29; Motor Vehicle Manufacturers Association (1977): *Motor vehicle facts and figures*. Detroit: Motor Vehicle Manufacturers Association, 29, 31 und 53.
- [4] Gordon diskutiert die Suburbanisierung von Fabriken und Wohnungen (vgl. 1978: 45-50).
- [5] *Industrial Housing Associates* (1919): *Good homes make contented workers*. Edith Elmer Wood Papers. New York: Avery Library, Columbia University. Siehe auch: Ehrenreich, Barbara / English, Deirdre (1975): *The manufacture of housework*. In: *Socialist Revolution* 5, 5-40. Hier zitieren sie einen anonymen Manager um 1920: „Sorg dafür, dass sie ihre Ersparnisse in ihre Häuser stecken und du hast sie in der Tasche. Sie werden nicht

- weggehen und sie werden nicht streiken. Es bindet sie an uns und sie sind auf den Erfolg des Unternehmens angewiesen.“ (1975: 16).
- [6] Ewen, Stuart (1976): *Captains of consciousness: Advertising and the social roots of the consumer culture*. New York: McGraw-Hill Book Co.
- [7] Walker, Richard (1977): *Suburbanization in passage*, Unveröffentlichtes Manuskript. Berkeley: University of California.
- [8] Frederick, Christine (1929): *Selling Mrs. Consumer*. New York: Business Bourse.
- [9] Einzelheiten zu diesem Wettbewerb finden sich bei Barkin, Carol (1979): *Home, Mom, and Pie-in-the-Sky*. Dissertation, University of California. Los Angeles, 120-124. Ruth Schwartz Cowan hat 1977 in einem Vortrag am MIT erläutert, dass sich General Electric deswegen für die Konstruktion eines Kühlschranks mit besonders hohem Energieverbrauch entschied, da dies die Nachfrage nach ihren Generatoren erhöhen würde.
- [10] Filene, Peter (1974): *Him/Her/Self: Sex Roles in Modern America*. New York: Harcourt Brace Jovanovich, 189.
- [11] Friedan bezeichnet die Häuser in den Vororten etwas hysterisch als „komfortable Konzentrationslager“ (1974: 307). Filene betont, dass auch Männer unter diesen Wohnformen zu leiden hätten und präferiert deswegen den Ausdruck „häusliche Mystik“ (1974: 194). Siehe Friedan, Betty (1974): *The feminine mystique*. New York: W. W. Norton & Co.
- [12] Eli Zaretsky hat Friedmans Thesen systematisch weiterentwickelt. Siehe Zaretsky, Eli (1976): *Capitalism, the family, and personal life*. New York: Harper & Row. Christopher Lasch hat sie jedoch offenbar missverstanden und scheint die Rückkehr zu patriarchalen Wohnformen zu befürworten. Siehe Lasch, Christopher (1977): *Haven in a heartless world*. New York: Alfred A. Knopf.
- [13] Baxandall, Rosalyn / Gordon, Linda / Reverby, Susan (Hg.) (1976): *America's working women: A documentary history, 1600 to the present*. New York: Vintage Books. Für eine detaillierte Darstellung siehe: Kapp Howe, Louise (1977): *Pink collar workers: Inside the world of women's work*. New York: Avon Books.
- [14] Zu den gesetzlichen Rahmenbedingungen der Lokalisierung von öffentlichen Einrichtungen siehe: Schuman, Wendy (1977): *The return of togetherness*, In: *New York Times*, 20. 03.1977.
- [15] Die geht aus einer Untersuchung von Foley hervor, die Gerda Wekerle zitiert (siehe Endnote 1).
- [16] McGrath, Colleen (1979): *The crisis of domestic order*. In: *Socialist Review* 9, 11-30, hier 12 und 23.
- [17] So eine Studie von Malcolm MacEwen, zitiert in Newsletter der Associate Collegiate Schools of Architecture vom März 1973, 6
- [18] Siehe dazu beispielsweise Brown, Carol A. (1978): *Spatial inequalities and divorced mothers*. Vortrag auf der Konferenz der American Sociological Association, San Francisco; Anderson-Khleif, Susan (1979): *Housing for single parents*. In: *Research Report*, MIT-Harvard Joint Center for Urban Studies April 1979, 3-4.
- [19] Mainardi, Patricia (1970): *The politics of housework*. In: Robin Morgan (Hg.), *Sisterhood is powerful*. New York: Vintage Books. Mein Wissen über das kubanische Familiengesetz stammt von einem Besuch auf Kuba im Jahre 1978. Einen guten Überblick zu dem Gesetz geben Bengelsdorf, Carollee / Hageman, Alice (1979): *Emerging from underdevelopment: women and work in Cuba*. In: Zillah Eisenstein (Hg.), *Capitalist patriarchy and the case for socialist feminism*. New York: Monthly Review Press, 361-378. Siehe auch Fox, Geoffrey E. (1973): *Honor, shame and women's liberation in Cuba: views of working-class emigre men*. In: Ann M. Pescatello (Hg.), *Female and male in Latin America*. Pittsburgh: University of Pittsburgh Press, 273-290.
- [20] Muhlestein, Erwin (1975): *Kollektives Wohnen gestern und heute*. In: *Architese* 14, 3-23.
- [21] Dieses Projekt verwendet die Studien zu tragenden Strukturen von John Habraken, die eine flexible Aufteilung der Innenräume ermöglichen.
- [22] O. A. (1972): *Bridge over troubled water*. In: *The Architects' Journal*, 27. 09.1972, 680-684; Interview der Autorin mit Nina West (1978).
- [23] Hayden, Dolores (1980): *A Grand Domestic Revolution: Feminism, Socialism and the American Home, 1870-1930*, Cambridge, Mass.: MIT Press; dies. (1979): *Two utopian*

- feminists and their campaigns for kitchenless houses. In: *Signs: Journal of Women in Culture and Society* 4/2, 274-90; dies. (1978): Melusina Fay Peirce and cooperative housekeeping. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 2/2, 404-420; dies. (1977): Challenging the American domestic ideal sowie Catharine Beecher and the Politics of Housework. In: Susana Torre (Hg.), *Women in american architecture*. New York: Whitney Library of Design, 22-39 und 40-49; dies. (1979): Charlotte Perkins Gilman: domestic evolution or domestic revolution. In: *Radical History Review* 21, 45-67.
- [24] Hayden, Dolores (1976): *Seven American utopias: The architecture of communitarian socialism, 1790-1975*, Cambridge, Mass.: MIT Press. Hier diskutiere ich verschiedene historische Beispiele, auch die Kommunen der 1960er und 1970er Jahre. Siehe das Kapitel; „Edge City, Heart City, Drop City: communal building today“, 320-347.
- [25] Ich danke Geraldine Kennedy und Sally Kratz für ihre Vorträge „Toward financing cooperative housing“ und „Social assistance programs whose funds could be redirected to collective services“ in meinem Graduiertenseminar an der UCLA im Frühjahr 1979.
- [26] Auch in Zürich gab es ein ähnlich erfolgreiches Projekt. Siehe dazu: Wirz, Hans (1979): *Back yard rehab: urban microcosm rediscovered*. In: *Urban Innovation Abroad* 3/Juli 1979, 2-3.

Autor_innen

Dolores Hayden ist Stadthistorikerin und forscht zur Geschichte und Theorie von Architektur und Stadtplanung mit besonderem Fokus auf feministische Ansätze und Initiativen.

Literatur

- AFL-CIO (1975): *Survey of AFL-CIO Members Housing*. Washington, D.C.: AFL-CIO.
- American Public Transportation Association (1978): *Transit Fact Book 1977-78*. Washington, D.C.: American Public Transit Association.
- Anderson-Khleif, Susan (1979): *Housing for single parents*. In: *Research Report*, MIT-Harvard Joint Center for Urban Studies April 1979, 3-4.
- Barkin, Carol (1979): *Home, Mom, and Pie-in-the-Sky*. Dissertation, University of California. Los Angeles, 120-124.
- Baxandall, Rosalyn / Gordon, Linda / Reverby, Susan (Hg.) (1976): *America's working women: A documentary history, 1600 to the present*. New York: Vintage Books.
- Bengelsdorf Carollee / Hageman, Alice (1979): *Emerging from underdevelopment: women and work in Cuba*. In: Zillah Eisenstein (Hg.), *Capitalist Patriarchy and the Case for Socialist Feminism*. New York: Monthly Review Press, 361-378.
- Brown, Carol A. (1978): *Spatial inequalities and divorced mothers*. Vortrag auf der Konferenz der American Sociological Association, San Francisco.
- Castells, Manuel (1974): *The Urban Question*. Cambridge: MIT Press.
- Ehrenreich, Barbara / English, Deirdre (1975): *The manufacture of housework*. In: *Socialist Revolution* 5, 5-40.
- Ewen, Stuart (1976): *Captains of consciousness: Advertising and the social roots of the consumer culture*. New York: McGraw-Hill Book Co.
- Filene, Peter (1974): *Him/Her/Self: Sex roles in modern America*. New York: Harcourt Brace Jovanovich.
- Fox, Geoffrey E. (1973): *Honor, shame and women's liberation in Cuba: Views of working-class emigre men*. In: Ann M. Pescatello (Hg.), *Female and male in Latin America*. Pittsburgh: University of Pittsburgh Press, 273-290.
- Frederick, Christine (1929): *Selling Mrs. Consumer*. New York: Business Bourse.
- Friedan, Betty (1974): *The feminine mystique*. New York: W. W. Norton & Co.
- Gordon, David (1978): *Capitalist development and the history of American cities*. In: William K. Tabb / Larry Sawyers (Hg.), *Marxism and the metropolis*. New York: Oxford University Press.
- Harvey, David (1973): *Social justice and the city*. London: Edward Arnold Ltd.

- Hayden, Dolores (1976): *Seven American utopias: The architecture of communitarian socialism, 1790-1975*. Cambridge, Mass.: MIT Press.
- Hayden, Dolores (1977): Catharine Beecher and the politics of housework. In: Susana Torre (Hg.), *Women in American architecture*. New York: Whitney Library of Design, 40-49.
- Hayden, Dolores (1977): Challenging the American domestic ideal. In: Susana Torre (Hg.): *Women in American architecture*. New York: Whitney Library of Design, 22-39.
- Hayden, Dolores (1978): Melusina Fay Peirce and cooperative housekeeping. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 2/2, 404-420.
- Hayden, Dolores (1979): Charlotte Perkins Gilman: domestic evolution or domestic revolution. In: *Radical History Review* 21, 45-67.
- Hayden, Dolores (1979): Two utopian feminists and their campaigns for kitchenless houses. In: *Signs: Journal of Women in Culture and Society* 4/2, 274-90.
- Hayden, Dolores (1980): *A grand domestic revolution: Feminism, socialism and the American Home, 1870-1930*. Cambridge, Mass.: MIT Press.
- Industrial Housing Associates (1919): *Good homes make contented workers*. Edith Elmer Wood Papers. New York: Avery Library, Columbia University.
- Kammerman, Sheila B. (1979): Work and family in industrialized societies. In: *Signs: Journal of Women in Culture and Society* 4/4, 632-50.
- Kapp Howe, Louise (1977): *Pink collar workers: Inside the world of woman's work*. New York: Avon Books.
- Keller, Suzanne (1978): *Women in a planned community*. Paper für das Lincoln Institute of Land Policy. Cambridge, Mass.
- Lasch, Christopher (1977): *Haven in a heartless world*. New York: Alfred A. Knopf.
- Lefebvre, Henri (1974): *La Production de l'espace*. Paris: Editions Anthropos.
- Mainardi, Patricia (1970): The politics of housework. In: Robin Morgan (Hg.), *Sisterhood is powerful*. New York: Vintage Books.
- Malos, Ellen (1978): Housework and the politics of women's liberation. In: *Socialist Review* 37 Januar/Februar, 41-47.
- McGrath, Colleen (1979): The crisis of domestic order. In: *Socialist Review* 9, 11-30.
- Motor Vehicle Manufacturers Association (1977): *Motor Vehicle Facts and Figures*. Detroit: Motor Vehicle Manufacturers Association.
- Movimento di Lotta Femminile (1972): Programmatic manifesto for the struggle of housewives in the neighborhood. In: *Socialist Revolution* 9/Mai/Juni, 85-90.
- Muhlestein, Erwin (1975): Kollektives Wohnen gestern und heute. In: *Architese* 14, 3-23.
- O. A. (1972): Bridge over Troubled Water. In: *The Architects' Journal*, 27.09.1972, 680-684.
- Schuman, Wendy (1977): The return of togetherness. In: *New York Times*, 20.03.1977.
- Walker, Richard (1977): *Suburbanization in Passage*. Unveröffentlichtes Manuskript. Berkeley: University of California.
- Wekerle, Gerda (1978): *A Woman's place is in the city*. Paper für das Lincoln Institute of Land Policy, Cambridge, Mass.
- Wirz, Hans (1979): Back yard rehab: urban microcosm rediscovered. In: *Urban Innovation Abroad* 3/Juli 1979, 2-3.
- Zaretsky, Eli (1976): *Capitalism, the family, and personal life*. New York: Harper & Row.

Debatte

2017, Band 5, Heft 3
Seiten 87-92
zeitschrift-suburban.de

Dolores Hayden

„Wie könnte eine nicht-sexistische Stadt aussehen“

Nihil sub sole novum – Nichts Neues unter der Sonne

Kommentar zu Dolores Haydens

„Wie könnte eine nicht-sexistische Stadt aussehen“ (1981)

Kommentare von:

Dörte Kuhlmann, Marianne
Rodenstein, Gesa Witthöft,
Sandra Huning, Felicita
Reuschling, Dolores
Hayden

Dörte Kuhlmann

Dolores Haydens Artikel „Wie könnte eine nicht-sexistische Stadt aussehen?“ von 1981 ist ein Kurzabriss ihres ebenfalls 1981 erschienenen Buches *The Grand Domestic Revolution*, dessen Kernthesen im Verlauf der letzten 36 Jahre immer noch nicht erschüttert wurden. Im Gegenteil. Zugegeben, mittlerweile gibt es zahlreiche Wohnprojekte, die kollektive Einrichtungen – wie etwa Waschmaschinenräume oder Kinderwagenabstellräume – besitzen. Kleinkinderspielplätze sind bei Wohnanlagen zur Pflicht geworden und seit einigen Jahren richtet sich das Augenmerk auf Sicherheit und Barrierefreiheit. Aber sonst?

Die Lösungsvorschläge, die Hayden am Ende ihres Artikels anschaulich darlegt, beziehen sich auf Umnutzungen von bestehenden Siedlungen und Wohnquartieren, indem private Flächen kollektiviert und große Wohnungen oder Häuser für mehrere Nutzer_innengruppen geöffnet werden. Damit setzt sie die Reihe innovativer Lösungen fort, die sie in ihrem oben genannten Buch ausführlich beschrieben hat. Angefangen von den Shaker-Projekten^[1] über Alice Constance Austins oder Melusina Fay Peirces Vorschlag für ‚kitchenless houses‘ um 1869 bis hin zu den sogenannten Einküchenhäusern. Wie Hayden erläutert, hatten die frühen Haushaltsökonominnen visionäre Siedlungen und ganze Städte erdacht, die Frauen von der täglichen Last der Haushaltstätigkeiten befreien sollten.

Anfang der 1920er Jahre wurde auch in Wien auf Initiative der Sozialreformerin Auguste Fickert unter diesen Vorzeichen das erste Einküchenhaus mit einem großen Angebot an Dienstleistungen errichtet, jedoch noch ohne Planungsbeteiligung von Architektinnen. Die Wiener Genossenschaft Heimhof, die bereits seit 1911 ein Haus für alleinstehende, erwerbstätige Frauen betrieb, errichtete Anfang der 1920er Jahre eine Anlage mit ursprünglich 26 Kleinstwohnungen für kinderlose berufstätige Single-Frauen und Doppelverdienerpaare, in denen jeweils auf eine individuelle Küche verzichtet wurde, um stattdessen im Untergeschoß eine Zentralküche mit Speisesaal einzurichten.

Auf den ersten Blick reiht sich das Einküchenhaus in die lange Reihe sozialer Wohnprojekte des sogenannten „Roten Wien“ ein: In den geförderten Wohnbauten des Roten Wien wurden seit den 1920er Jahren in der Regel

diverse Gemeinschaftseinrichtungen, die den Frauen das Alltagsleben erleichtern sollten, eingeplant – zum Beispiel Wäschereien, ärztliche Versorgung, Jugendclub oder Kindergarten. Der Karl-Marx-Hof (1927-1930) dürfte inzwischen das weltweit berühmteste Beispiel für diese Wiener Wohnhausanlagen sein: Vom ehemaligen Wagner-Studenten Karl Ehn geplant, bot er bei einer Länge von über einem Kilometer insgesamt 1382 Wohnungen. Der anlässlich der Eröffnung des Karl-Marx-Hofes publizierten Festschrift lässt sich sowohl die beeindruckende Anzahl der Wohnungen als auch deren vermeintlich großzügige Versorgung mit Wohnfolge- und Gemeinschaftseinrichtungen in absoluten Zahlen entnehmen: zwei Kindergärten, eine Zahnklinik, eine Mütterberatungsstelle, eine Bibliothek, ein Jugendheim, ein Postamt, eine Krankenkasse mit Ambulatorium, eine Apotheke und 25 Geschäftslokale (vgl. Gemeinde Wien 1933: 7). Betrachtet man allerdings die Relation der 1382 Haushalte zu den zur Verfügung stehenden Waschständen oder jene der 5.500 Bewohner_innen zur Anzahl an Bademöglichkeiten, relativiert sich das fortschrittliche Bild: Zwei Zentralwäschereien mit 62 Waschständen ergeben nur einen Waschstand für 22 Haushalte, zwei Bäder mit 20 Wannen und 30 Brausen je eine Bade- oder Duschgelegenheit für etwa 110 Personen (vgl. u. a. Weihsman 1985: 281, Anm. 10).

Im Gegensatz zu diesen Superblöcken wurde der Heimhof von Anfang an von den Ideolog_innen des Roten Wien als politische Bedrohung aufgefasst (vgl. Zinganel 2000: 41f.). Die Erwerbstätigkeit der Frauen und deren Loslösung von häuslicher Arbeit waren nämlich ausdrücklich nicht erwünscht, wie aus dem Protokoll der Wiener Gemeinderatssitzung vom 9. März 1923 hervorgeht:

„Es ist ein Unsinn, wenn eine Familie in einem solchen Einküchenhaus wohnt. Es ist auch aus sittlichen Gründen nicht anzuraten, der Hausfrau alle Sorgen für den Haushalt abzunehmen. Die junge Hausfrau soll sich nur sorgen, sie soll wirtschaften und sparen lernen, das wird ihr für die Zukunft nur von Nutzen sein.“ (zitiert nach Wiener Bezirksmuseum o. J.)

Das Wiener Einküchenhaus konnte sich auf Dauer genauso wenig durchsetzen wie die ‚kitchenless apartments‘ in Ebenezer Howards ‚cooperative quadrangles‘. Howard hatte diese kollektiven Wohnanlagen schon 1906 geplant, aber erst 1909 entwarf A. Clapham Lander Homesgarth in Letchworth, einen sogenannten ‚cooperative quadrangle‘ mit 32 küchenlosen Wohnungen. Nach der Fertigstellung 1913 zog Howard dort selber ein. Doch nach einer kurzen, gut funktionierenden Startphase, wollten die Bewohner_innen aus Kostengründen lieber selber kochen. In beiden Fällen – Wien und England – spielte sicherlich die schwierige wirtschaftliche Gesamtsituation mit, aber vielleicht ist dies nicht die einzige Erklärung.

Die von Hayden beschriebene politische Dimension dürfte jeweils eine treibende Kraft für den Erfolg oder Misserfolg der zahlreichen Wohnprojekte und -modelle des 20. Jahrhunderts gewesen sein. Leider scheinen die Bedürfnisse von Frauen weder in sozialistischen noch in kapitalistischen oder neoliberalen Kontexten besonders berücksichtigt worden zu sein, und daran hat sich bis heute im Grunde wenig geändert. Die vermeintliche Gleichberechtigung, der wir heute gegenüberstehen, bedeutet immer noch ein deutliches Lohngefälle zwischen Männern und Frauen, eine deutlich schlechtere

Altersabsicherung der Frauen und nach wie vor für die meisten Mütter die Schwierigkeit, den Spagat zwischen Beruf und Familie zu meistern. Dabei hatte man ‚die‘ Frau schon in den 1920er Jahren als wesentlichen Konsumkörper entdeckt, wenn es um häusliche Architektur ging.

Waren bis in die 1990er Jahre fast alle Wohnprojekte noch fest in den Händen von männlichen Planern, die den Bedürfnissen von Frauen ungenügend Beachtung schenkten, so gab es immerhin hier eine gewisse Weiterentwicklung. Gerade in Wien, das eine fast einzigartige europäische Tradition im sozialen Wohnbau aufweist, konnte man seit den 1990er Jahren einen Innovationsschub beobachten. Man versuchte, im Wohnbau neue Wege zu beschreiten, etwa im Sinne einer sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit. Dies geschah beispielsweise durch den Einsatz von Holz im mehrgeschossigen Wohnbau, die Schaffung attraktiver Freiräume und der Reduktion des Individualverkehrs zugunsten weitgehend verkehrsfreier Wohnanlagen.

Es wurde wieder einmal erkannt, dass die Qualität der Lage, aber auch das Angebot an Frei- und Nebenräumen für die Alltagstauglichkeit und Wohnzufriedenheit sehr wichtig sind. In den 1990er Jahren wurde in Wien unter der Leitung von Eva Kail die „Leitstelle für alltags- und frauengerechtes Planen und Bauen“ eingerichtet, die bis Ende 2009 bestand. Seit 2010 werden die Aufgaben der Leitstelle im Sinne des Gender-Mainstreaming direkt von den Hauptorganisationseinheiten der Baudirektion (Gruppe Planung, Gruppe Hochbau, Gruppe Tiefbau) wahrgenommen.

Die ersten Wiener Modellwohnprojekte, an denen primär weibliche Architekt_innen beteiligt waren – wie die Frauenwerkstatt 1 mit Gisela Podreka, Elsa Prochazka und Liselotte Peretti, der Freiraum von Maria Auböck (1997/98) und die Frauenwerkstatt 2 –, stellten die bisherigen Wohnbau-standards infrage und thematisierten die Alltagsbedürfnisse vielfältiger Lebens- und Haushaltsformen aus weiblicher Sicht. Unter den Schlagworten „frauengerecht“ und „alltagsgerecht“ wurden seither einige ambitionierte Wohnprojekte errichtet, die den Anspruch erheben, neue soziale und räumliche wie auch ökologische Qualitäten zu bieten. Bei der Bike-City wurde etwa auf die üblichen verpflichtenden PKW-Stellplätze verzichtet, um das eingesparte Geld für hochwertigere Freiräume einzusetzen. Viele Wohnlagen sind seither um einen großzügigen Frei- oder Grünraum herum organisiert, haben zum Beispiel zahlreiche Gemeinschaftsräume, Kinderwagen- und Fahrradstellplätze sowie helle Waschmaschinenräume.

Im Rahmen des sozialen Wohnbaus wurden inzwischen mithilfe von Expert_innen Qualitätskriterien formuliert, die sich auf die Lage, die Ausstattung von Wohnungen, das Wohnumfeld und die Freiräume beziehen. Diese neuen Qualitätssicherungsmaßnahmen gelten allerdings nicht mehr allein als frauengerecht, sondern als gendergerecht. Seit 2002 gibt es in Wien sogar Gender-Mainstreaming Musterbezirke, wie etwa den Bezirk Mariahilf, wo versucht wird, bestehende traditionell gewachsene Stadtquartiere fußgängerfreundlich und barrierefrei nachzurüsten und qualitätssteigernde bauliche Maßnahmen umzusetzen.

Während sich in solchen Einzelprojekten ein zunehmendes Bewusstsein für die komplexe Multifunktionalität und Diversität des urbanen Raumes zeigt, hat sich bisher allgemein wenig an den Idealvorstellungen zum Thema Wohnen geändert. Im Gegenteil, das eigene Haus im Grünen scheint nach

wie vor das kollektive Vorbild zu sein. Auch in den verdichteten europäischen Städten liegen die teuersten Grundstücke und Bauprojekte zumeist in den stärker durchgrüneten und durch den öffentlichen Nahverkehr schlecht erschlossenen Wohn- oder Villenvierteln, sofern es sich nicht um innerstädtische Penthäuser handelt. Diesseits wie jenseits des Atlantiks verschulden sich Familien für den Rest ihres Lebens, um eigenen Wohnraum nach traditionellen bürgerlichen Konventionen zu erwerben. Auch innerhalb der Wohnung scheinen die alten Traditionen zu dominieren: Trotz der Zunahme von Tiefkühl-, Fertig- oder Halbfertiggerichten und neuen Lieferservice-Optionen bleibt die Küche – neben dem Bad – weiterhin der teuerste Prestigeraum des Hauses oder der Wohnung, wie Lupton und Miller bereits 1992 feststellten. Die gezielte kollektive Erziehung zur Konsumkultur wird von ihnen sehr anschaulich in *The Bathroom, the Kitchen and the Aesthetics of Waste* beschrieben. Den Aussagen von Hayden folgend beschreiben sie, mit welchen Methoden und Raffinessen es zahlreiche amerikanische Konzerne bereits vor dem Zweiten Weltkrieg geschafft hätten, die Ausstattung der Privathaushalte mit elektrischen Geräten und Konsumgütern innerhalb weniger Jahren zu revolutionieren und ein System zu propagieren, das auf exzessiven Konsum und Verbrauch ausgerichtet sei.

Die ungebremste Folge dieser Entwicklung, die Hayden aufzeigt, setzt sich bis heute in der steigenden Privatverschuldung der Haushalte fort. Die von Hayden zitierten früheren Kampagnen für Hauseigentum und Konsum, die einst Kapitalismus und Antifeminismus verschmolzen, werden unter scheinbarer Einbeziehung einer gleichberechtigten Stellung der Frau munter fortgesetzt. Die Folge: In den USA lebt derzeit die Hälfte der Familien von Monat zu Monat ohne jegliche finanzielle Reserve als sogenannte ‚liquid asset poor‘. Laut einem Bericht des *Time Magazine* von 2014 sind etwa 56 Prozent aller US-Amerikaner_innen nicht ausreichend kreditwürdig. Heute, drei Jahre später, hat die Verschuldung einen neuen Höhepunkt erreicht: Mit unvorstellbaren 12,73 Billionen sind die amerikanischen Haushalte verschuldet. Den Löwenanteil machen nach wie vor die Darlehen zur Haus- oder Wohnungsfinanzierung aus (71 Prozent), aber auch Autokredite (9,2 Prozent) und Studienkredite (10,6 Prozent) (vgl. Corkery/Cowley 2017). Für eine Autofinanzierung im Juni 2017 borgte sich jede_r Käufer_in durchschnittlich 30.689 Dollar, um ein kreditfinanziertes Auto zu bezahlen (vgl. Boudette 2017). In den USA kamen 2014 auf 1.000 Einwohner_innen 797 Autos. Obwohl in Deutschland oder Österreich das öffentliche Verkehrssystem wesentlich besser ausgebaut ist, kamen in Österreich auf 1.000 Einwohner_innen immerhin noch 578 Autos und in Deutschland 572.

Anders als es derzeit in Europa noch der Regelfall ist, wird Bildung in den USA als Konsumgut gehandelt. Allerdings zeichnet sich auch hierzulande ein deutlicher Trend ab, Bildung zu privatisieren. Die US-amerikanischen Studienkredite haben sich in den vergangenen neun Jahren verdoppelt und tragen damit in vielfacher Hinsicht zu einer Verschärfung des Schuldenproblems mit massiven Einflüssen auf die spätere Wohnsituation bei. Aktuell sind laut der Federal Reserve New York derzeitige und ehemalige US-Studierende mit 1,08 Billionen Dollar verschuldet. Dass davon Kredite im Umfang von 124,3 Milliarden Dollar seit mehr als 90 Tagen überfällig sind, zeugt von der schwierigen Situation: Die hoch verschuldeten jungen

Akademiker_innen können heute mit ihren oftmals schlecht bezahlten Jobs ihre Schulden nicht in absehbarer Zeit zurückzahlen, was dazu führt, dass sie sich auch kein Wohnungseigentum mehr leisten können (vgl. Yun 2012). Diese Schuldenlast betrifft besonders die junge Generation zwischen 22 und 33 Jahren. Etliche fühlen sich von ihrer Schuldenlast ‚überwältigt‘, was nicht weiter verwundert, wenn man sich vor Augen hält, dass jede_r Zweite von ihnen die Hälfte des Monatsgehalts zur Tilgung von Kreditkarten-Schulden, Hypothekenzahlungen und Studienkrediten ausgibt (vgl. Ellis 2014).

Es mag verwundern, dass die mittlerweile recht alte Strategie, die Bürger_innen in willenslose Konsument_innen zu transformieren, die Hayden bereits 1981 in ihrem Artikel als überholt und fragwürdig kritisiert, nach wie vor so ausgezeichnet funktioniert. Die Problematik, die sie als problematisches Phänomen des 20. Jahrhunderts skizzierte, dass sich der bürgerliche Mittelstand für den Kauf eines Autos, eines Hauses oder einer Wohnung (und mittlerweile auch für ein Studium) für Jahrzehnte oder gar den Rest des Lebens in die Abhängigkeit von Banken und Finanzmärkten begibt, hat sich verschärft. Leitmedien werden nicht müde, den Konsumwillen des/der Einzelnen zu fördern und neue Standards zu propagieren, neue Wünsche zu erwecken. Die durch den Feminismus hart erkämpften Errungenschaften werden allerdings nicht einmal verteidigt, sondern scheinen an Bedeutung einzubüßen. Eine mediale Scheinwelt in Serien à la *Desperate Housewives* propagiert heutzutage dasselbe Idealbild der perfekt gestylten reichen (Haus-) Frau, wie einst die von Hayden genannte Frau ‚Verbraucherin‘, die der Wirtschaft der 1950er Jahre zu neuen Höhenflügen verhalf. Frauen blieben damals wie heute – idealerweise als privilegierte Hausfrau – zu Hause und es ist erstaunlich, wie aktuell Haydens Rückblick ist, der 1981 immerhin schon fast 30 Jahre alt war. Auch heute führen die TV-Damen in den mit Haushaltstechnik hochgerüsteten Vorstadt villen ihr Luxusleben und verfolgen dabei ihre banale Selbstverwirklichung; nicht mehr im Sinne von Descartes ‚Ich denke, also bin ich.‘, sondern getreu dem Motto ‚Ich habe, also bin ich‘.

Dass dieses verzerrte Idealbild wenig dazu beitragen kann, gemeinschaftlich komplexe Probleme anzugehen, wie etwa neue Wege für soziale und ökologische Nachhaltigkeit in wachsenden Städten zu finden, versteht sich von selbst. Zudem bergen die politisch gewollte Verschuldung und ihre Implikationen für den Wohnungsmarkt eine ungeheure gesellschaftliche Sprengkraft, wie wir es bereits in der Finanzkrise 2008 erleben durften. Immerhin gibt es inzwischen diesseits und jenseits des Atlantiks einige erfrischende Ansätze und Trends wie Urban Gardening, sozial orientierte Baugruppen und Bottom-up-Bauinitiativen, Generationenwohnen und vieles mehr, was einen kleinen Gegenpol zu konzern- und konsumgesteuertem Wohnverhalten bilden könnte. Hier wird allerdings das Kernproblem sichtbar. Ein nach wie vor gültiges Schlüsselstatement von Hayden betrifft die Frage des Privateigentums, denn solange Boden und Immobilien als Konsum- und Spekulationsgut gehandelt werden, werden sich soziale Non-Profit-Projekte nicht halten können: „Ich bin überzeugt davon, daß die Aufhebung der Trennung von öffentlichem und privatem Raum die sozialistische und feministische Priorität der 80er Jahre sein sollte.“ (Hayden 1981: 51)

Wie Hayden bereits feststellte, dürften die Ursachen der fehlgelaufenen urbanen Entwicklung – die Zersiedelung der Landschaft, weite Wege,

Sozial- und Alltagsuntauglichkeit und mannigfaltige Aspekte, die Frauen benachteiligen – vor allem im gesellschaftspolitischen Umfeld liegen. Eine nicht-sexistische Stadt kann nur in einer nicht-sexistischen Gesellschaft funktionieren, die kollektive Werte und soziale Verantwortung schätzt.

Endnoten

- [1] Dabei handelt es sich um eine christliche Glaubensgemeinschaft in den USA, die im 19. Jahrhundert etwa 20 Siedlungen besaß. Kennzeichnend waren eheloses Gemeinschaftsleben, kollektives Arbeiten und Zölibat.

Autor_innen

Dörte Kuhlmanns Arbeitsbereiche umfassen Architekturtheorie und -geschichte sowie Gender Studies in der Architektur.
d.kuhlmann@tuwien.ac.at

Literatur

- Gemeinde Wien (Hg.) (1933): Festschrift anlässlich der Eröffnung des Karl-Marx-Hofes. Wien.
- Ellis, Blake (2014): Millennials ‚overwhelmed‘ by debt. http://money.cnn.com/2014/06/11/pf/millennials-debt/index.html?iid=HP_LN (letzter Aufruf am 10.8.2017).
- Boudette, Neal E. (2017): A smartphone app to relieve your car-buying agony. https://www.nytimes.com/2017/08/10/automobiles/wheels/a-smartphone-app-to-relieve-your-car-buying-agony.html?rref=collection%2Ftime%2Ftopic%2FAuto%20Loans&action=click&contentCollection=your-money®ion=stream&module=stream_unit&version=latest&contentPlacement=1&pgtype=collection (letzter Aufruf am 10.8.2017).
- Corkery, Michael / Cowley, Stacy (2017): Household debt makes a comeback in the U.S. <https://www.nytimes.com/2017/05/17/business/dealbook/household-debt-united-states.html> (letzter Aufruf am 10.8.2017).
- Lupton, Ellen / Miller, J. Abbott (1992): The Bathroom, the Kitchen and the Aesthetics of Waste. A Process of Elimination. Exhibition Catalogue, MIT List. New York: Visual Arts Center.
- Maier, Michael (2014): USA: Verschuldung erreicht Rekord-Niveau von 60 Billionen Dollar. <https://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2014/07/01/usa-verschuldung-erreicht-rekord-niveau-von-60-billionen-dollar/> (letzter Aufruf am 10.8.2017).
- Weihsmann, Helmut (1985): Das Rote Wien. Sozialdemokratische Architektur und Kommunalpolitik 1919-1934. Wien: Promedia, 321-322.
- Wiener Bezirksmuseum (o. J.): Das Einküchenhaus: Der Heimhof. http://www.bezirksmuseum.at/de/bezirksmuseum_15/bezirksgeschichte/das_einkuechenhaus/ (letzter Aufruf am 25.9.2017).
- Yun, David (2012): Quarterly report on household debt and credit. http://www.newyorkfed.org/householdcredit/2013-Q4/HHDC_2013Q4.pdf (letzter Aufruf am 10.8.2017).
- Zinganel, Michael (2000): Haus. Technik. Geschlecht. Hauswirtschaftstechnologie. In: Johanna Fuchs-Stolitzka / Patricia Zacek (Hg.), Frauen in der Technik von 1900 bis 2000, Wien: ARGE Architektinnen und Ingenieurkonsulentinnen, S. 40-50.



Debatte

2017, Band 5, Heft 3
Seiten 93-100
zeitschrift-suburban.de

Dolores Hayden

„Wie könnte eine nicht-sexistische Stadt aussehen“

Eine Utopie von gestern – Haydens nicht-sexistische Stadt

Kommentar zu Dolores Haydens

„Wie könnte eine nicht-sexistische Stadt aussehen“ (1981)

Kommentare von:

Dörte Kuhlmann, Marianne
Rodenstein, Gesa Witthöft,
Sandra Huning, Felicitä
Reuschling, Dolores
Hayden

Marianne Rodenstein

Warum soll man diesen 37 Jahre alten Text heute noch einmal lesen? Meine Antwort: Er erinnert daran, dass die Reproduktionsarbeit (Hausarbeit, Beziehungsarbeit, Kindererziehung, Elternpflege) Frauen an der gleichberechtigten Teilhabe an der Erwerbstätigkeit damals wie heute hinderte und hindert. Er wirft die Frage auf, welche Lösungen dafür in Deutschland gesucht wurden und welchen Erfolg sie hatten.

1. Die Idee

Ende der 1970er Jahre gab es in US-amerikanischen Städten eine große Zahl von Arbeitslosen und Wohnungsnot. Gleichzeitig hatte die Frauenbewegung in Architektur und Planung Fuß gefasst. In diesem Umfeld machte Dolores Hayden (1981 [1980]) ihren Vorschlag, wie man eine ‚nicht-sexistische Stadt‘ planen könne. Damit meinte sie eine Stadt, in der Frauen wegen ihres Geschlechts (im biologischen Sinn) nicht mehr bei der Erwerbsarbeit benachteiligt wären, weil Haus- und Erwerbsarbeit auf Männer und Frauen gleich verteilt wären. Bei der Benachteiligung der Frauen hätten auch männliche Architekten und Planer ihre Hände im Spiel, da sie durch ihre Unkenntnis und Unterbewertung der nicht bezahlten Hausarbeit mit dazu beitrügen, diese Arbeit zu erschweren und Frauen in der Rolle der Hausfrau und Mutter festzuhalten. Damit wurde Frauen die Chance auf gleichberechtigte Erwerbsarbeit hinsichtlich Lohn und Qualität der Arbeit genommen. Hayden hatte deshalb im Stil sozialistischer und feministischer utopischer Entwürfe des 19. und 20. Jahrhunderts, über die sie zuvor geforscht hatte (1976), ein bauliches und soziales Projekt entworfen, in dem Frauen, weitgehend von Hausarbeit entlastet – sowohl durch kollektive Organisation von Teilen der Hausarbeit als auch durch planerische und architektonische Veränderungen –, nun auch Erwerbsarbeit von der gleichen Qualität und dem gleichen Lohn wie Männer erhalten sollten. Sie nannte dieses Experiment einer Wohn- und Arbeitsgemeinschaft „Homemakers for a more egalitarian society“ (HOMES). 40 Haushalte sollten als einzelne zusammenwohnen, sodass das Privatleben nicht aufgegeben werden muss. Es sollten eine Kindertagesstätte,

eine Wäscherei, ein Garten für die Selbstversorgung und eine Großküche vorhanden sein, von denen aus die Kinder in der Tagesstätte und die erwerbstätigen Erwachsenen abends nach Bedarf versorgt werden können. Mit diesen und weiteren Gemeinschaftseinrichtungen sollten immer auch Arbeitsplätze für Frauen und Männer geschaffen werden. Hayden hatte damit ein Experiment vorgeschlagen, das in einer kleinen Gemeinschaft drei Probleme der patriarchalen Gesellschaft auf einmal lösen wollte:

1. die Erleichterung der Hausarbeit für Frauen und Männer durch kollektive Organisation einiger Aufgabenbereiche, damit Frauen einer Erwerbsarbeit nachgehen können;
2. die Schaffung von Arbeitsplätzen für Männer und Frauen innerhalb des Projektes, so dass Mieten gezahlt werden können und das in den US-amerikanischen Städten so bedeutende Problem des zeitaufwändigen Pendels entfällt;
3. die Verteilung von guten Arbeitsplätzen mit besserer Qualifikation und höheren Löhnen an Frauen, die normalerweise Männer erhielten.

Dieses Modell ging von der Annahme aus, dass es in dieser Gemeinschaft Solidarität zwischen Männern und Frauen hinsichtlich der Idee der Geschlechtergerechtigkeit gäbe, weshalb ich es als Utopie bezeichne. Dieser Entwurf für eine geschlechtergerechte Gesellschaft würde als positives Beispiel Nachahmung finden, hoffte Hayden, weil es zumindest für die beteiligten Frauen eindeutige Verbesserungen bringen würde. Wie wir heute wissen, hat sich das Modell nicht verbreitet und auch nicht die Richtung der Veränderung gezeigt.

2. Haydens Siedlungsmodell und die gesellschaftliche Entwicklung in den USA

Die Grundfrage, die mit Haydens Modell angesprochen wird, ist, ob sich allein das Ziel, Frauen die gleichen Chancen in der Gemeinschaft zu geben wie Männern, als der feste ideologische Kitt erweisen kann, der manche ökologischen oder religiösen Projekte zusammenhält, deren Bewohner_innen unter selbstbestimmten Bedingungen zusammen wohnen und arbeiten. 1980 waren die gesellschaftlichen Bedingungen nicht für die Realisierung eines solchen Experiments geeignet. Dies zeigt ein Projekt von feministischen Planerinnen und Architektinnen in den USA um 1980, das wohl Haydens Vorschlag am nächsten kam (siehe Hayden 1984: 168), aber scheiterte. Die Architektin Katrin Adam wendete sich damals der Unterstützung von armen, alleinerziehenden und von Obdachlosigkeit bedrohten Frauen zu.[1] Sie gründete zusammen mit ihren Kolleginnen Joan Forrester Sprague und Susan Aitcheson die Women's Development Corporation, als sie im Stadtteil Elmwood in Providence, Rhode Island, zehn Mietshäuser fanden, die saniert werden konnten. Die Idee war, dass die bei Sanierung und Neubau anfallenden Jobs von den künftigen Bewohnerinnen nach einer Zeit des Lernens selbst übernommen würden. Katrin Adam entwickelte dazu Lernprogramme. Welche Wohnbedürfnisse hatten die häufig alleinerziehenden Frauen afroamerikanischer, asiatischer und lateinamerikanischer Herkunft? In den Diskussionen darüber

wurde sie mit dem Wertesystem dieser armen Frauen konfrontiert, das erheblich von ihrem abwich. Sie wünschten sich viele große Küchen, ein großes Wohnzimmer und ein Haus, das Blockhäusern ähnelte. Ihre Arbeit als Architektin bestand nun darin, herauszufinden, welches die Symbole für Blockhütte, großes Wohnzimmer und große Küchen sein könnten, um mit bescheidenden finanziellen Mitteln den Frauen die gewünschte Wohnqualität zu verschaffen. Leider gab es abgesehen von den Bundesmitteln für die Planung keine weiteren finanziellen Mittel mehr für das Bauen. 1980 waren 225 bedürftige Frauen für das Projekt registriert. Da sich längere Zeit kein Geld für die Sanierungsmaßnahmen aufbringen ließ, verließen die Gründerinnen das Projekt – und damit gingen auch die feministischen Inhalte verloren. Die Gründerinnen gaben es in die Hände einer Frau, die es als normales Wohnprojekt für bedürftige Frauen weiterführte. Nur zwölf Frauen erhielten bei der Sanierung Jobs. Andere Frauen konnten die Mieten zahlen, weil sie in der revitalisierten Nachbarschaft neue Jobs gefunden hatten. Das Scheitern dieses feministischen Projekts, das nicht nur Wohnungen, sondern auch Arbeitsplätze schaffen wollte – ähnlich wie Haydens Modell der nicht-sexistischen Stadt – fiel in die Zeit eines gesellschaftlichen Umbruchs in den USA.

Haydens Modell von der Herstellung der Chancengleichheit von Frauen und Männern – privat wie im Beruf – gehörte der Vorstellungswelt einer planbaren Moderne an, für die die Gewissheit spätestens am Ende der Carter-Ära mit ihrer nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik verloren ging. Die Wirtschaftspolitik folgte unter Reagan (seit 1981) einem angebotsorientierten Modell, das den Umbau der Städte zu Dienstleistungszentren anstrebte. Vor allem in New York und anderen großen Städten konnte man Leerstand und Verfall von Wohngebäuden und Obdachlosigkeit auf der einen Seite sowie schnell verdienten Reichtum und neue Luxusmilieus mit neuer Prunkarchitektur auf der anderen Seite beobachten. Die Schere zwischen Arm und Reich öffnete sich. Feministische Planerinnen und Architektinnen starteten nun reine Hilfsprojekte für Frauen, um die obdachlosen Frauen und ihre Kinder von der Straße zu bringen (siehe Birch (Hg.) 1985, Sprague 1991). Feministische Visionen von der baulichen und sozialen Gestaltbarkeit der Gesellschaft und damit einer weiter wachsenden Geschlechtergerechtigkeit verloren mit dem ökonomischen auch ihren ideologischen Nährboden. Der Feminismus in den USA erlebte in den 1980er Jahren eine Periode der Schwäche, deren Ursachen Susan Faludi in ihrem Buch *Backlash. The Undeclared War Against Women* (1991) analysierte. Dazu gehörten auch die Spaltungstendenzen im Feminismus, die mit bell hooks' wegweisendem Buch *Ain't I a Woman: Black Women and Feminism* (1981) erklärbar wurden. Die Idee der ‚global sisterhood‘, die dem amerikanischen Feminismus und auch Haydens Modell zugrunde lag, übersah die Geschichte der Unterdrückung der Schwarzen als Sklaven und die sexuelle Verfügbarkeit der schwarzen Frauen für weiße Männer. Dies erklärte, warum der Feminismus unter schwarzen Frauen so wenig Anklang fand. Er wurde nun als anglo-weißer Feminismus diskreditiert. Das Konzept der ‚global sisterhood‘ wurde aufgegeben und die gleichzeitig miteinander interagierenden gesellschaftliche Unterdrückungen durch Klasse, Rasse und Ethnie in die Analyse der Lage von Frauen miteinbezogen.

3. Einwände aus heutiger theoretischer Sicht

3.1. Die nicht-sexistische Stadt

Ohne Zweifel können das Siedlungsmodell HOMES und alle Darlegungen Haydens nicht alle Ansprüche von Frauen, ob damals oder heute, an eine nicht-sexistische Stadt erfüllen. Dazu würde als Beitrag von Architektur und Planung ein öffentlicher Raum gehören, in dem keine direkte und indirekte Barrieren des Zugangs vorhanden sind, sowie Gleichberechtigung zwischen Verkehrsteilnehmer_innen. Außerdem wäre das Problem der Sicherheit und der ‚Angsträume‘ wie auch die Beteiligungs- und Selbstgestaltungsmöglichkeiten beim Wohnen, bei der Stadtplanung und -gestaltung zu bedenken.[2]

3.2. Gleichheit oder Differenz?

Die Reproduktionsarbeit, die Frauen in der patriarchalen Gesellschaft als Aufgabe zugeschrieben wurde, war für Hayden der entscheidende Grund für die Benachteiligung der Frauen in der amerikanischen Gesellschaft. Reproduktionsarbeit wird von Hayden in erster Linie als Hindernis und Bürde für Frauen, nicht aber als eine positive identitätsstiftende Aufgabe gesehen, die Frauen möglicherweise nicht gern aufgeben möchten, wie dies später unter dem Einfluss der Theorie der Geschlechterdifferenz und der Diskussion um *care* thematisiert wurde. Heute geht es nicht mehr um die Alternative Gleichheit oder Differenz, sondern darum, sowohl die Geschlechterdifferenzen in ihren verschiedenen Ausprägungen anzuerkennen als auch deren Anerkennung und Gleichbehandlung in Beruf und Gesellschaft zu fördern.

4. Suche nach Lösungen in Deutschland

4.1. Architektur und Planung

Haydens Modell fand unter Feministinnen in Westdeutschland und Berlin wenig Anklang. Die Gründe lagen darin, dass die neue deutsche Frauenbewegung damals – anders als in den USA – Männer grundsätzlich nicht miteinbezog. Daher stand in der deutschen Diskussion von Planerinnen und Architektinnen die Hausarbeit als unbezahlte Reproduktionsarbeit im Vordergrund. Die Wohnung, das Wohnumfeld und das Quartier wurden als Arbeitsplatz der Frauen angesehen, für den planerische und architektonische Maßnahmen Erleichterung bringen sollten. Diese sollten Verbesserungen für alle Frauen, ob gar nicht, halbtags- oder vollzeitberufstätig bringen. In den 1980er und 1990er Jahren konnten sich feministische Aspekte in Planung und Architektur häufig Geltung verschaffen, wurden aber bald aufgesaugt vom Mainstream in diesen Fachgebieten. So wurde die feministische Forderung nach räumlicher Nähe von Wohnen und Arbeiten, in der sich Reproduktions- und Erwerbsarbeit besser verbinden lassen, durch das planerische Ziel der Nachverdichtung überlagert, durch das mehr Wohnungen geschaffen oder Ressourcen geschont werden sollten. Der Begriff des Angstraums kam durch technische Sicherungssysteme unter die Räder; zudem verlor die feministische Bewegung in diesem Bereich auch umso mehr an Boden, je mehr

das Geschlecht als sozial konstruiertes theoretisiert und die Differenzen zwischen Frauen betont wurde.

4.2. Krise der Reproduktionsarbeit

Die Zunahme der Erwerbstätigkeit von Frauen in den 1980er und 1990er Jahren in Deutschland ging mit Veränderungen im Reproduktionsbereich einher. Was gesellschaftlich als Vereinbarung von Beruf und Familie thematisiert wurde und privat als Doppel- oder Dreifachbelastung von Frauen zu Buche schlug, haben Bock, Heeg und Rodenstein in mehreren Publikationen (u. a. 1996 und 1997) soziologisch als Krise der Reproduktionsarbeit interpretiert. Damit war das strukturelle Problem gemeint, dass sich trotz zunehmender Erwerbstätigkeit von Frauen weder die Rolle der Männer im Haushalt noch die beruflichen Bedingungen von Männern und Frauen veränderten, sodass Frauen individuell durch mehr Belastungen in krisenhafte Situationen gerieten, die gesellschaftliche Folgen hatten. Partnerschaftskrisen, Scheidungen, weniger Ehen, mehr alleinerziehende Frauen, vor allem aber weniger Geburten und Kinderlosigkeit waren Zeichen dieser Krise. Die Zahl der Ehepaare mit minderjährigen Kindern war zwischen 1981 und 1989 in Westdeutschland um 1,5 Millionen zurückgegangen. Die Zahl der Ehepaare ohne Kinder hatte um 500.000 zugenommen. Während die Politik alle Reibungen zwischen weiblicher Erwerbstätigkeit und der unflexiblen Rolle des Mannes beziehungsweise den Berufsbedingungen als private Probleme deklarierte und kaum zur Kenntnis nahm, führte schließlich der Geburtenrückgang doch zu politischer Besorgnis. Im Lauf der Jahre entstanden mehr Krabbelgruppen- und Kindergartenplätze und es gab mehr finanzielle Unterstützung für Eltern. Zusammen mit der stabilen Lage auf dem Arbeitsmarkt zeigten diese Maßnahmen erstmals 2016 die politisch gewünschte Wirkung. Der Mikrozensus 2016 bestätigte, dass der langjährige Trend zu höherer Kinderlosigkeit in Deutschland offenbar gestoppt war. Als Ursache wurde der Ausbau der Kinderbetreuung angesehen (siehe Statistisches Bundesamt: 2017).

4.3. Selbstorganisiertes gemeinschaftliches Wohnen

Angesichts der Reproduktionsarbeitskrise begannen einzelne wohlhabende Familien sich selbst zu helfen, indem sie sich zum gemeinsamen Wohnen zusammenschlossen. Dabei ging der Anstoß häufig von Frauen aus. Dies berichtete Ulrike Schneider 1992 in ihrer Untersuchung von 50 meist verheirateten Frauen, die im deutschsprachigen Raum neue gemeinsame Wohnmodelle mit anderen Familien praktizierten, und zwar sowohl in mehreren Häusern wie auch als Hausgemeinschaft. Das Ziel, die Kinderbetreuung wie auch den Alltag durch gemeinsame Räumlichkeiten und Organisation zu erleichtern, wurde zwar erreicht, aber eine intensivere Beteiligung der Ehepartner an der Reproduktionsarbeit ergab sich durch das Wohnen in Gemeinschaft kaum. Dieser Trend zum gemeinschaftlichen Wohnen hat sich fortgesetzt. Es gibt immer häufiger wohlhabende Baugruppen, die sich Architekt_innen suchen, um ihre privaten wie gemeinschaftlichen Wohnbedürfnisse zu realisieren. Aber auch immer mehr Kommunen sehen es als ihre Aufgabe an, Gruppen

aus allen Schichten zu unterstützen, die sich mit dem Ziel gemeinschaftlichen Wohnens gegen die Tendenz zur Individualisierung zusammengefunden haben. Die meisten Wohngruppen planen Gemeinschaftsräume ein und es wird eine Erleichterung der Reproduktionsarbeit angestrebt, aber nicht deren grundsätzliche gemeinsame Bewältigung im Sinne einer gemeinsamen Hauswirtschaft. Birgit Kasper, Leiterin des Netzwerks Frankfurt für gemeinschaftliches Wohnen e. V., die mit circa 60 Projekten zu tun hat, bemerkte in einem Interview mit mir am 13.6.2017, dass heute – anders als in den 1980er Jahren – die Vereinbarkeit von Reproduktions- und Erwerbsarbeit auch von jüngeren Frauen in den Wohnprojekten nicht thematisiert wird. Dem selbstbestimmten gemeinschaftlichen Wohnen in seinen verschiedenen Varianten scheint die Zukunft zu gehören. Anders als in Haydens Modell wird jedoch nirgends ein gemeinsames Arbeiten angestrebt.[3]

5. Frauen heute – zwischen Familienideologie in Gesellschaft und Politik und dem Bedürfnis der Wirtschaft nach Arbeitskräften

Obleich sich das Rollenverständnis von Männern und Frauen flexibilisiert hat, gilt die partnerschaftliche Teilung der Reproduktionsarbeit häufig nur, bis das erste Kind kommt. Selten arbeiten beide Eltern danach weiter. Vielmehr stellt sich das alte Muster der Hauptzuständigkeit der Frau für die Reproduktionsarbeit ein. Nur 10 Prozent aller Mütter mit Kindern unter drei Jahren arbeiteten 2015 Vollzeit, hingegen 83 Prozent der Väter, meldete das Statistische Bundesamt dieses Jahr. Nur jede zweite erwerbstätige Frau (47 Prozent) arbeitete 2014 in Teilzeit (Statistisches Bundesamt 2016: 48). Wie ist das zu interpretieren?

Die Bedingungen in der heutigen Arbeitswelt sind von der Steigerungslogik kapitalistischen Wirtschaftens geprägt. Die Arbeitskräfte, ob männlich oder weiblich, sind einem besonderen Druck ausgeliefert, der auch das Familienleben beeinträchtigt. Kann die Familie ihre Funktion als „Resonanzhafen“ (Rosa 2016: 341), als kompensatorische Gegenwart zur kapitalistischen Wirtschaft, in der sich jedoch die Reproduktion der Ware Arbeitskraft vollziehen muss, nur noch erfüllen, wenn Frauen wieder zurückstecken? Zeigt sich hier, wie schon so oft in der Geschichte des Kapitalismus, dass er die Ressourcen, auf denen er basiert, selbst zerstört? Die Durchkapitalisierung der Familie hatte Folgen, die man auch bei der Kindererziehung spürte, die heute schon weitgehend als Aufgabe der Kindertagesstätten und Schulen begriffen wird. Kann man also die Halbtags-tätigkeit vieler Frauen und Mütter als eine bewusste Entscheidung für Kinder und als stummen, antikapitalistischen Widerstand begreifen?

Die deutsche Wirtschaft, die dringend Arbeitskräfte benötigt, bemüht sich derzeit noch wenig um die teilweise brachliegende Arbeitskraft von Frauen. Die Politik hingegen fährt zweigleisig. Einerseits unterstützt die CDU/CSU eine klassische Familienideologie, nach der vor allem Frauen Familien zusammenhalten sollen. Durch Erziehungs- und Elterngeld, Rentenregelungen und Steuergesetze sollen Frauen in der Familie gehalten und die Reproduktionsarbeit finanziell attraktiv gemacht werden, während die SPD sich gleichzeitig um den erleichterten Zugang zur Erwerbsarbeit von Frauen

bemüht. Die Lösung des Problems der Reproduktionsarbeit liegt aber nicht darin, die Frauen weiter darauf zu verpflichten und sie von der Erwerbsarbeit fernzuhalten, sondern darin, die Bedingungen der Erwerbsarbeit für Frauen und Männer an die stressfreie Ermöglichung der Reproduktionsarbeit mit Kinderbetreuung und Elternpflege anzupassen. Die Probleme, die Dolores Hayden mit dem Siedlungsmodell von der nicht-sexistischen Stadt zunächst im Rahmen einer kleinen Gemeinschaft lösen wollte, sind also auch in Deutschland, wo uns die staatliche Politik zu Hilfe kommt, noch keineswegs befriedigend gelöst. Der Schlüssel dazu liegt jedoch bei der Wirtschaft.

Endnoten

- [1] Zum Folgenden siehe Rodenstein 1994: 56ff.
- [2] Auf einige dieser Aspekte geht Hayden (1984) später ein. Andere Aspekte der ‚nicht-sexistischen Stadt‘ werden erwähnt bei Rodenstein (1994) und Eichler (1995).
- [3] Becker und Linke berichten nur von einem Frauenwohnprojekt, das versucht habe, auch gemeinsam Arbeitsplätze zu schaffen und bereits im Ansatz gescheitert sei (2015: 223).

Autor_innen

Marianne Rodenstein ist Soziologin und arbeitete zuletzt über Stadtgesellschaft, Hochhäuser, Bankiersvillen, historische Rekonstruktionen und Erinnerungspolitik.
 rodenstein@soz.uni-frankfurt.de

Literatur

- Becker, Ruth / Linke, Eveline (2015): Mehr als schöner Wohnen! Frauenprojekte zwischen Euphorie und Ernüchterung. Sulzbach/Taunus: Helmer.
- Birch, Eugenie Ladner (Hg.) (1985): *The Unsheltered Women: Women and Housing in the 80's*. New Brunswick: Rutgers.
- Bock, Stephanie / Heeg, Susanne / Rodenstein, Marianne (1997): Reproduktionsarbeitskrise und Stadtstruktur. Zur Entwicklung von Agglomerationsräumen aus feministischer Sicht. In: Christine Bauhardt / Ruth Becker (Hg.), *Durch die Wand! Feministische Konzepte zur Raumentwicklung*. Pfaffenweiler: Centaurus, 33-52.
- Eichler, Margrit (Hg.) (1995): *Change of Plans. Towards a Non-Sexist Sustainable City*. Toronto: Garamond.
- Faludi, Susan (1991): *Backlash. The Undeclared War against American Women*. New York: Crown Publishers.
- Hayden, Dolores (1976): *Seven American Utopias (1780-1975)*. Cambridge, Massachusetts: MIT Press.
- Hayden, Dolores (1981 [1980]): Wie könnte eine nicht-sexistische Stadt aussehen? Überlegungen zum Wohnen, zur städtischen Umwelt und zur menschlichen Arbeit. In: ARCH+, *Kein Ort, nirgends – Auf der Suche nach Frauenräumen*, 60, 47-51.
- Hayden, Dolores (1984): *Redesigning the American Dream*. New York/London: Norton.
- hooks, bell (1981): *Ain't I a Woman: Black Women and Feminism*. Boston: South End Press.
- Rodenstein, Marianne (1994): *Wege zur nicht-sexistischen Stadt. Architektinnen und Planerinnen in den USA*. Freiburg: Kore.
- Rodenstein, Marianne / Bock, Stephanie / Heeg, Susanne (1996): Reproduktionsarbeitskrise und Stadtstruktur. Zur Entwicklung von Agglomerationsräumen aus feministischer Sicht. In: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hg.), *Agglomerationsräume in Deutschland: Ansichten, Einsichten, Aussichten*. Hannover: ARL, 26-50.
- Rosa, Hartmut (2016): *Resonanz. Eine Soziologie der Weltbeziehung*. Berlin: Suhrkamp.

Schneider, Ulrike (1992): Neues Wohnen – alte Rollen? Pfaffenweiler: Centaurus.

Sprague, Joan Forrester (1991): More Than Housing. Lifeboats for Women and Children. Boston u. a.: Butterworth Architecture.

Statistisches Bundesamt (2016): Pressemitteilung vom 7.3.2017. http://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2017/03/PD17_077_122.html (letzter Zugriff am 17.6.2017).

Statistisches Bundesamt (2017): Pressemitteilung vom 26. Juli 2017-254/17, 1. http://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2017/GenTable_201707.html (letzter Zugriff am 11.9.2017).

Debatte

2017, Band 5, Heft 3
Seiten 101-108
zeitschrift-suburban.de

Dolores Hayden
,Wie könnte eine nicht-
sexistische Stadt aussehen‘

Kommentare von:
Dörte Kuhlmann, Marianne
Rodenstein, Gesa Witthöft,
Sandra Huning, Felicita
Reuschling, Dolores
Hayden

Politische Positionierung tut not

Kommentar zu Dolores Haydens

„Wie könnte eine nicht-sexistische Stadt aussehen“ (1981)

Gesa Witthöft

Endlich...

Welche, die sich im deutschsprachigen Raum in den 1980er Jahren mit feministischer und/oder frauenbezogener Architektur und Planung befasst haben, haben Dolores Haydens Text „Wie könnte eine nicht-sexistische Stadt aussehen?“ in der Ausgabe ARCH+ 60 „Kein Ort, nirgends – Auf der Suche nach Frauenräumen“ (1981) nicht gelesen?!

ARCH+ war damals laut Selbstbeschreibung das führende, kritische, diskussionsorientierte Architekturperiodikum, das seit der ersten Ausgabe den Anspruch erhob, „keine Fachzeitschrift, sondern eine Problemzeitschrift“ (ARCH+ 1 1968) zu sein. Die Zeitschrift befasste sich mit der wesentlichen Fragestellung, wie „Erarbeitung und Einsatz der zur Umweltgestaltung notwendigen Hilfsmittel – Forschung und Planung – erfolgen sollen: ARCH+ versteht seine Funktion als Kommunikationsorgan zwischen *allen* am Problem beteiligten“ (ebd., Hervorheb. d. A.). Gleichwohl dauerte es von Januar 1968 bis Dezember 1981, bis erstmalig explizit ein Heft mit frauenbezogenen und feministischen Beiträgen erschien. Im Editorial von ARCH+ 60 schreiben die beiden Herausgeberinnen Sybilla Hege und Sabine Kraft:

„Letzte Aufgabe am Heft: das Editorial. Zurechtrücken, Rechtfertigen? [...] Ein Resumée fällt schwer zu diesem Heft: es ist nichts Geschlossenes, nichts Festumrissenes [...]. Also, kein Fazit, kein Urteil dieses Mal? Eher: einhalten, atemholen, besinnen. Was war, was ist. Greifbares? – Ja. Die Erfahrung der letzten Monate. Materialsuche – Spurensuche. Die Vergangenheit: nicht besetzt – wo sind die Vorgängerinnen in Architektur und Baugeschichte? In die Zukunft dagegen träumt sich viel [...]. Die Gegenwart? Wir suchen.“ (Hege/Kraft 1981: 4)

Sichtbarkeit!

Die Frage nach Wirkung und Mitwirkung von Frauen am Planungs- und Baugeschehen hatte Anfang der 1980er Jahre schon länger Konjunktur[1],

wenn schon nicht in führenden Periodika, so doch in der Praxis sowie, um im Sprachduktus der Protagonist_innen der ‚68er-Bewegung‘ zu bleiben, ‚im langen Marsch durch die Institutionen‘. Seit Ende der 1960er Jahre wurden im Kontext der sogenannten Zweiten Frauenbewegung frauenpolitische und feministische Forderungen zu allen wesentlichen gesellschaftlichen Ebenen und Handlungsfeldern artikuliert – so auch im Feld der Planung und Architektur.

Hayden ist seit 1973 transdisziplinär – heute wieder sehr *en vogue!* – als Architektin, Stadthistorikerin, Kunst- und Kulturschaffende an mehreren renommierten Universitäten in den Vereinigten Staaten von Amerika tätig. Sie ist Teil dieser weltumspannenden Bewegung kompetenter, kritischer, gestaltender und oftmals auch wütender Frauen, die mit Wissen, Können, langem Atem, einem sehr dicken Fell und fachlichem Geschick nicht nur „Materialsuche – Spurensuche“ (Hege/Kraft 1981: 4) betrieben, sondern in allen Handlungsfeldern der Planung und Architektur an dem längst überfälligen ‚Qualitätsentwicklungsprojekt‘ mitwirkten; wie auch an dem historisch ebenso lange überfälligen Paradigmenwechsel der Integration von Frauen- und Alltagsperspektiven. Wie Hayden im hier kommentierten Text haben diese Kolleg_innen inhaltlich, methodisch, theoretisch wie praktisch Bahnbrechendes entwickelt und artikuliert![2]

I am loving it: Kontextualisierung, Hierarchiekritik und marginalisierte Themen

„Wie könnte eine nicht-sexistische Stadt aussehen?“, ist eine Formulierung, die eben deutlich Anfang der 1980er Jahre geschrieben ist. Zugleich aber ist sie ‚zeitlos‘ oder vielmehr: noch immer so aktuell wie vor 36 Jahren!

Die frauenbezogene und feministische Planung und Architektur war in den 1980er Jahren kaum anerkannt und theoretisch wenig entwickelt. Bis dahin konnten Forscherinnen nur selten systematisch an einem Argumentationsgebäude arbeiten: Nicht, weil nicht gut gearbeitet wurde und weil es keine Wissensbestände gegeben hätte, sondern vor allem, weil es weder – oder kaum – gesicherte institutionelle Ressourcen noch Mittel für Grundlagenforschung und vertiefte empirische Studien gab. Entsprechend entwickelt auch Hayden weniger eine theoretische, sondern vor allem eine politisch begründete Argumentation.

Meines Erachtens weist Haydens Text aber deutlich so etwas wie eine theoretische ‚Intuition‘ auf, denn sie nimmt Erkenntnisse vorweg, die sich heute als Grundlage wichtiger feministischer Theorien und Raumtheorien erweisen. Der Text entfaltet bei der Wiederlektüre eine beeindruckende argumentative Wucht, oder auch: eine lang nicht mehr gelesene (fach-)politisch deutliche Ausdruckweise.

Hayden fokussiert in dem Text vor allem den US-amerikanischen Gesellschaftskontext und die dort je spezifische Konstituierung von heteronormativen, vor allem weißen Mittelschichts-Lebenswelten in der Suburbia des *american sprawl*. Schon im einleitenden Satz umreißt sie mit dem polemischen Zitat: „Die Frau gehört ins Haus.“ (1981: 47) das Schlüsselproblem der heteronormativen Strukturierung der (westlichen) Gesellschaft(en). Sie problematisiert den Androzentrismus der Profession als „eine stillschweigende Übereinkunft in den konservativen, von

Männern beherrschten Entwurfsberufen“ (ebd.) und verknüpft diesen mit Patriarchats- und Kapitalismuskritik. Sie benennt Problemfelder der Planung und Architektur, die im Kontext der Debatten um nachhaltige Siedlungsentwicklung auch heute noch als äußerst dringlich bezeichnet werden. Damit liefert sie eine differenzierte, systematische Kontextualisierung und Folgenabschätzung des planerisch-architektonischen Handelns: Hayden analysiert die dreifache, nämlich die „physische, soziale und ökonomische“ (ebd.), Knebelung der wohnungsgebundenen, vom Erwerbsarbeitsmarkt ferngehaltenen Reproduktionsarbeiterin durch die bürgerlich-heteronormative, geschlechterdifferenzierte Arbeitsteilung. Sie problematisiert Konsumismus, Ressourcenverschwendung und die Kommodifizierung des Städtischen. Sie kritisiert die monofunktionale Strukturierung des Städtischen unter dem Leitbild der autogerechten und funktionsgetrennten Stadt. Sie entlarvt die mangelhafte Alltagstauglichkeit der städtischen Räume und benennt diese als strukturelle Gewaltverhältnisse, die sie analytisch mit der konkreten sexualisierten Gewalt verknüpft. Sie legt dar, dass und wie klassen- und schichtenspezifische Ungleichheitsstrukturen als räumlich-soziale Muster in das Städtische eingeschrieben werden, und reißt auch volkswirtschaftlich relevante Fragen der – an Frauen ausgelagerten – *care*-Arbeit und der Einkommensungleichheit an (siehe ebd.: 47f.).

Hayden nimmt also vorweg, was ‚uns‘ heute im Zusammenhang mit sogenannten integrierten raum-relationalen und intersektional-qualitativen Analysetechniken einfacher möglich ist: die Erkenntnis und Darstellung der vielschichtigen strukturellen Verwobenheit der gesellschaftlichen Produktion von Raum. Bis hierhin ist Haydens Text Analyse, Polemik – im besten wissenschaftlichen Sinn – sowie (fach-)politisches Plädoyer gleichermaßen und von, wie ich meine, eindrucksvoller analytischer Weitsicht und Genauigkeit.

Dringliche Fragen

Bei aller Qualität bleiben für mich bei der Wiederlektüre und den Überlegungen zur ‚Übersetzung‘ des Textes für heute dringliche Fragen offen: Haydens Vorschlag und ihre Überzeugung, dass „[...] die einzig brauchbare Möglichkeit zur Abschaffung dieser Verhältnisse [...] in der Entwicklung von anschaulichen Gegenbeispielen [liegt], die zunächst einmal bei der Beschreibung von Zuhause, Nachbarschaft und Stadt beginnen“ (ebd.: 47), greift meines Erachtens zu kurz. Sie artikuliert die Hoffnung, es mittels einer argumentativen Inwertsetzung des Themenfeldes Arbeiten, Wohnen und Versorgungsinfrastrukturen sowie Best-Practice-Beispielen kollektiver Wohnformen und Frauenprojekte schaffen zu können, Planung und Architektur – und damit die Gesellschaft – für Frauen und Männer oder gar feministisch zu ändern. Ihre Hoffnung ist, dass „viele kleine Reformen [dem] Ziel näherkommen [...]“ (ebd.: 50). Haydens Anregungen, beispielsweise das kubanische Familiengesetz, ‚sozialistische‘ schwedische, englische, deutsche und auch sowjetrussische Genossenschafts- und Gemeinnützigkeitsmodelle als Grundlage für die kleinteilige, kollektive Neustrukturierung der US-amerikanischen Wohnpolitik und Wohnraumproduktion zu nehmen, mag damals in ‚ihrem‘ gesellschaftlichen Kontext mehr als reformistisch oder radikal gewesen sein.

In Westeuropa und insbesondere in Westdeutschland hingegen waren diese Forderungen nicht wirklich schlagkräftig: Im Kontext der in den 1980er Jahren staatlich geförderten gemeinnützigen Wohnbaupolitik und angesichts eines hochgradig ausdifferenzierten Wohnungsmarktes im deutschsprachigen Raum war die Realisierung einer Vielzahl von Projekten im Sinne von Haydens Vorhaben möglich. So konnten die Protagonistinnen der deutschen Zweiten Frauenbewegung und alle, die an dem eingangs skizzierten ‚Qualitätsentwicklungsprojekt‘ mitgewirkt haben, mit viel Euphorie und Engagement in den sozialdemokratisch verteilungsorientierten 1980er und 1990er Jahren konkrete Entwicklungsarbeit leisten. Die Zahl frauenbezogener, feministischer und genossenschaftlicher Projekte in dieser Zeitspanne ist – trotz der weiterhin eher prekären institutionellen, organisatorischen und finanziellen Rahmenbedingungen – beeindruckend.

An den strukturellen Grundproblemen hat sich dennoch seither nur wenig geändert: Weder ist ‚die‘ Gesellschaft egalitärer geworden, noch hat sich die Ausprägung sozialer und sozialräumlicher Ungleichheit nachhaltig geändert. Mehr noch: Infolge der neoliberalen Restrukturierung auch der (west-) europäischen Gesellschaften haben die Polarisierungen wieder zugenommen. Dringlich ist also die Frage nach der Wirksamkeit der Strategie.

Hört das denn nie auf?

Hayden legt in ihrer Argumentation den Finger also in viele auch heute hochgradig aktuelle ‚Wunden‘: Trotz der eben skizzierten fachlichen Sensibilisierung und Differenzierung planerischer und architektonischer wie auch raumbezogener sozialwissenschaftlicher Zugänge und Konzepte, können die von ihr artikulierten Ungleichheitsmechanismen in den USA, in Westeuropa und anderswo auch heute noch empirisch nachgewiesen werden. Daran haben auch gesellschaftliche und institutionelle Gleichberechtigungs- und Gleichstellungsbemühungen nur bedingt etwas geändert.

Die Entwicklung über die Jahrtausendwende hat gezeigt, dass reformistische Bestrebungen auch mit guten, sachlichen Inhalten leider eher unwirksam geblieben sind. Die Frage nach einer nicht-sexistischen, nicht-hierarchischen, nicht-rassistischen, nicht-*able*-istischen Teilhabe am Städtischen und den öffentlichen Räumen, an Infrastrukturen und Ressourcen ist weltweit nicht gelöst. Mehr noch: Dank relationaler Theorien und intersektionaler Zugänge wissen wir heute noch genauer, wie und entlang welcher komplexer Hierarchisierungsprinzipien Ungleichheit strukturell und individuell weitertransportiert und (re-)produziert wird – erst recht in Zeiten, in denen sich im gesellschaftspolitischen Diskurs zunehmend reaktionäre und antiemanzipatorische Argumente durchsetzen.

Die Aktualität von Haydens Befunden zeigt demnach deutlich, dass es den Protagonist_innen des ‚Qualitätsentwicklungsprojektes‘ und ihren Unterstützer_innen – ‚Uns!‘ – nicht gelungen ist, den gesellschaftspolitisch dringenden Überlegungen so viel Gehör zu verschaffen, dass sie sich auch jenseits alltagspolitischer Schwerpunktsetzungen und diskursiver Konjunkturen verstetigen ließen. Auch wenn auf dem ‚reformistischen Weg‘ viele einzelne Elemente des Ansatzes etabliert und Beispiele realisiert werden konnten, im Mainstream ist die postulierte Haltung noch lange nicht angekommen

– leider! Wenn in den nunmehr über 40 Jahren unermüdlicher Arbeit strukturelle und substantielle Veränderungen nicht etabliert werden konnten – oder polemisch gesagt: nicht viel erreicht wurde –, sind entscheidende Fragen auch von Hayden vielleicht (noch) nicht gestellt worden.

Politische Positionierung tut not!

Die „Suche nach dem Bild einer nicht-sexistischen Stadt“ (Hayden 1981: 49) und die beharrliche und sachliche Thematisierung sinnvoller Lösungsansätze in Bezug auf das, „was im heutigen [...] sozial erreichbar ist“ (ebd.: 51), allein genügt nicht. Im Kontext eines umsetzungsorientierten Pragmatismus ist meines Erachtens auch vielen progressiven Akteur_innen in Planung und Architektur der Mut ‚abhandengekommen‘, einen wirklich alternativen Gesellschaftsentwurf zu formulieren und dafür zu streiten.[3] Politische Positionierung in den Fächern Planung und Architektur tut not! Ich lege hier die Hoffnung insbesondere auf die kritischen, progressiven und feministischen Akteur_innen der weltweiten Bewegung „Recht auf Stadt!“, die eindringlich und nachdrücklich die Frage der Verteilung aller räumlichen Ressourcen entlang einer radikalen Gesellschaftskritik artikulieren.

Weiterhin ist es in Verbindung mit der klaren gesellschaftspolitischen Positionierung notwendig, die relevante Institutionenstruktur und die aktuellen Steuerungsformen substantiell zu ändern. Hayden hat dies, beispielhaft für viele damals erschienene Artikel, eher nur angerissen. Ich spreche nicht davon, wie es vielfach Mode ist, *governance* unreflektiert als Synonym für die traditionellen Formen des Regierens oder vorgeblich neue Formen neoliberalen Managements in der Handlungssphäre der öffentlichen Hand zu verwenden, oder nur mehr reformistisch an institutionellen ‚Stellschrauben‘ zu drehen.

Stattdessen plädiere ich erneut für eine systematische ‚Schulung und Lehre‘ vor allem der politischen und institutionalisierten Entscheidungsträger_innen, wie ich dies im Rahmen meiner Konzeption „Kontextualisierung des Städtischen“ (Witthöft 2010) entwickelt habe. Ziel dieses Ansatzes ist es, soziale Erfordernisse in institutionellen Strukturen dezidiert prioritär zu setzen und die Prozesse ihrer Herstellung entsprechend systematisch zu verändern. Diese (fach-)politische Strategie versuche ich in meiner laufenden Arbeit zu artikulieren, einzufordern und umzusetzen – auch wenn dies immer wieder heißt ‚erfolgreich zu scheitern‘[4]. Mit anderen Worten: Ich plädiere dafür, die hierarchisierenden Herstellungsbedingungen in der Produktion von Raum intensiver kritisch zu reflektieren und – wo immer möglich – zu ändern!

Also: Weitermachen!

Das Besteckende an Haydens Text ist, dass hier schon früh mit argumentativer Wucht und analytischer Qualität Argumente niedergeschrieben wurden, die auch heute mit wenig Aktualisierungsaufwand in eine (fach-)politische Diskussion eingebracht werden können.

Dringlich erscheint mir aber eine gleichzeitige, lebendige gesellschaftspolitische Debatte darüber, wie mit Hierarchisierungen – also in feministischen Worten: mit wie viel Parteilichkeit – und mit welchen forschungsethischen

und gesellschaftspolitischen Grundsätzen Planung und Architektur als anwendungs- und gesellschaftsorientierte Praxis und Wissenschaft *production of space* betreiben.

Mein Fazit nach der Wiederlektüre kann nur lauten, kritisch und lautstark weiterzumachen. Liebe Dolores Hayden: Vielen Dank![5]

Endnoten

- [1] Begonnen hat diese Beschäftigung im europäischen Raum spätestens mit den Bestrebungen von Nonnen und Beginen ab dem 9. Jahrhundert, emanzipatorische und eigenständige Lebensformen zu entwickeln, und mit der Publikation *Das Buch von der Stadt der Frauen* von Christine de Pizan im Jahr 1405.
- [2] Stellvertretend für sehr viele Kolleginnen, deren Wirken wenig dokumentiert wurde und/oder werden konnte – welch ungute Tradition! –, sei neben den Autorinnen der Ausgabe ARCH+ 60 hier auf diejenigen Kolleginnen verwiesen, die unter anderem mit der Debatte um die ‚Gebrauchswirtschaft‘ im deutschsprachigen Raum nahezu zeitgleich einen ähnlichen Ansatz wie Dolores Hayden thematisierten und unermüdlich aus institutionalisierter Position an der Sichtbarkeit von Frauen im Handlungsfeld gearbeitet haben: Ruth Becker, Kerstin Dörhöfer, Barbara Martwich, Ursula Paravicini, Marianne Rodenstein, Ulla Terlinden, Barbara Zibell und Andere.
- [3] Siehe auch die Debatte „Wer plant die Planung“ (2017) in sub\urban 5/1-2.
- [4] Als Beispiele für ‚erfolgreiches Scheitern‘ kann ich aus meiner Praxis auf die Projekte ‚Nachhaltige Erneuerung der Heinrich-Lübke-Siedlung, Frankfurt/Main – Sozialraum-analyse‘ und ‚Learning Lab Leoben-Ost‘ verweisen, die vor allem in dem Bemühen standen, soziale beziehungsweise Gemeinwohlkriterien als primäre und strukturierende Kriterien für die Entwicklungsplanung, Bauleitplanung, Genehmigungspraxis und die Umsetzung zu etablieren. Viel Partizipatives ist dort gelungen, am Ziel der substanziellen Veränderung der Handlungs- und Organisationsstrukturen sind mein Team und ich dort aber ‚gescheitert‘. Mit dem laufenden Projekt ‚Pocket Mannerhattan‘ erfolgt ein nächster Versuch! Siehe beispielsweise Witthöft 2013a; 2013b; Witthöft/Dangschat /Banerjee (im Erscheinen), www.pocketmannerhatten.at.
- [5] Herzlichen Dank an Dagmar Fink für ihre wertvollen Fragen und Anregungen und ihre unbezahlte Lektoratsarbeit!

Autor_innen

Gesa Witthöft forscht, berät und lehrt vor allem im Handlungsfeld der sozial-orientierten Stadterneuerung und Innenentwicklung, und wird feministisch weiterarbeiten, solange dies erforderlich ist.

gesa.witthoef@tuwien.ac.at

Literatur

ARCH+ 1 (1968): Editorial. <http://www.archplus.net/home/archiv/ausgabe/46,1,1,0.html> (letzter Zugriff am 20.7.2017).

Hayden, Dolores (1981): Wie könnte eine nicht-sexistische Stadt aussehen? Überlegungen zum Wohnen, zur städtischen Umwelt und zur menschlichen Arbeit (leicht gekürzte Übersetzung von Sibylla Hege aus Signs: Journal of Women in Culture and Society 5/3, Chicago). In: Sibylla Hege / Sabine Kraft (Hg.), ARCH+ 60: Kein Ort, nirgends – Auf der Suche nach Frauenräumen, 47-51.

Hege, Sibylla / Kraft, Sabine (1981): (Kein) Editorial. In: ARCH+ 60: Kein Ort, nirgends – Auf der Suche nach Frauenräumen, 4-5. <http://www.archplus.net/home/archiv/ausgabe/46,60,1,0.html> (letzter Zugriff am 20.7.2017).

- Pizan, Christine de (1986): Das Buch von der Stadt der Frauen (Übersetzung, Kommentar und Einleitung von Margarete Zimmermann). Berlin: Orlanda-Frauenverlag.
- Witthöft, Gesa (2010): Konzeptualisierung des Städtischen. Gesellschaftsorientierte Stadtentwicklung im Spannungsfeld von Innenentwicklung und Planung durch Projekte. Detmold: Rohn.
- Witthöft, Gesa (2013a): „Am Anfang waren wir noch alle ganz euphorisch ...“. Über einen Versuch der Implementierung multilateraler Kommunikations- und Partizipationsstrukturen in der nachhaltigen Siedlungserneuerung. In: pnd | online 2/3, Schwerpunkt: Wirkung der Mitwirkung, 15.
- Witthöft, Gesa (2013b): Alles nur Gequassel!? – Sozialraumanalysen als Fundament einer integrierten Konzeptualisierung der nachhaltigen Siedlungserneuerung. In: Johann Bröthaler / Michael Getzner / Rudolf Giffinger / Alexander Hamedinger / Andreas Voigt (Hg.), Jahrbuch Raumplanung 2013 (Jahrbücher des Department Raumplanung der TU Wien, Bd.1). Wien und Graz: nww – neuer wissenschaftlicher Verlag, 35-51.
- Witthöft, Gesa / Dangschat, Jens / Banerjee, Ian (2017): Das Learning Lab Leoben: Eine innovative Beteiligungskultur für ein nachhaltiges Entwicklungskonzept für den Stadtteil Leoben-Ost. In: Rudolf Giffinger / Johannes Suitner (Hg.), Jahrbuch Raumplanung 2017 (Jahrbücher des Department Raumplanung der TU Wien, Bd.5). Wien und Graz: nww neuer wissenschaftlicher Verlag, im Erscheinen.

Debatte

2017, Band 5, Heft 3
Seiten 109-114
zeitschrift-suburban.de

Dolores Hayden

„Wie könnte eine nicht-sexistische Stadt aussehen“

Das Wagnis des Spekulierens: Inspirationen aus der nicht-sexistischen Stadt

Kommentar zu Dolores Haydens

„Wie könnte eine nicht-sexistische Stadt aussehen“ (1981)

Kommentare von:

Dörte Kuhlmann, Marianne Rodenstein, Gesa Witthöft, Sandra Huning, Felicitä Reuschling, Dolores Hayden

Sandra Huning

Im Juli 2017 fand beim Kongress der Association of European Schools of Planning (AESOP) ein Runder Tisch mit dem Titel „Engendering cities. Designing sustainable urban spaces for all“ statt. Nach einer umfassenden Problemanalyse durch die Stadtplanerin Clara Greed, Bristol, kam die Diskussion schnell auf ‚die‘ zentrale Frage, die alle feministischen und Gender- und Diversity-bewegten[1] Planer_innen umtreibt, nämlich darauf, wie „Gender“ in den planerischen Mainstream gebracht werden könnte. Die Themen, um die es dabei gehen müsste, scheinen mehr oder weniger klar zu sein: Wohnen, Wohnumfelder, Siedlungs- und Infrastrukturen, Sicherheit, Mobilität, öffentliche Räume... In so gut wie allen planerischen Handlungsfeldern ist hierzu seit Jahrzehnten umfangreiches Wissen angesammelt worden. Eine Vielzahl von Leitfäden, Kriterienkatalogen und Handbüchern ist erschienen (vgl. z. B. Senatsverwaltung für Stadtentwicklung 2011, Stadtentwicklung Wien 2013), die helfen sollen, Gender Mainstreaming in der Planung (= Gender Planning) umzusetzen, ohne dass Stadtplaner_innen und Architekt_innen sich in die entsprechenden theoretischen Grundlagen einarbeiten müssen. Dennoch – möglicherweise teils aber auch deswegen – sind Begeisterung für und Interesse an Gender Planning in der Planungspraxis, gelinde gesagt, verhalten. Die Gründe hierfür sind zumindest teilweise durchaus nachvollziehbar.

Einer der Gründe, der auch bei dem Runden Tisch zur Sprache kam, sind die uneindeutigen und zum Teil unbefriedigenden Antworten auf die Frage, wie Städte im Idealfall aussähen, die in einem Prozess des Gender Planning entstehen könnten. Die Uneindeutigkeit liegt in der Natur der Sache, geht es doch bei Gender Planning immer auch darum, auf einen konkreten Kontext bezogene Lösungen mit Blick auf Alltagstauglichkeit, Vereinbarkeit von Familie und Beruf et cetera zu finden. Aus der Dekonstruktion sozialräumlich verfestigter Geschlechterordnungen lassen sich deshalb nicht unmittelbar Entwürfe ableiten, die völlig anders aussehen als solche, die sich auf andere aktuelle planerische Leitgedanken wie Barrierefreiheit oder Nachhaltigkeit beziehen. Zwischen ihnen gibt es viele Parallelen. Die Best Practice-Vorbilder des Gender Planning von heute zeichnen sich eher durch städtebauliche Details oder spezifische Verfahren aus, als dass sie radikale

Gegenentwürfe bieten, über die Betrachter_innen kontrovers diskutieren können. Im Gegenteil: Zum Teil scheinen sie vor allem dadurch Irritationen hervorzurufen, dass sie sich auf den ersten Blick gar nicht so drastisch von anderen ambitionierten Planungsprojekten, zum Beispiel neuen gemeinschaftlichen Wohnprojekten, unterscheiden. Die Ziele, die im Zusammenhang mit Gender Planning heute formuliert werden, sind in der Regel eher allgemein: Frauen – und, wenn kombiniert mit Diversity-Ansätzen, auch anderen diskriminierten oder benachteiligten Bevölkerungsgruppen – soll gleiche Teilhabe an städtischen Räumen und Ressourcen ermöglicht werden; Planung soll alltagstauglicher oder zielgruppenspezifischer werden; Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit und demokratische Legitimität planerischer Entscheidungen sollen verbessert werden... Das bedeutet nicht, dass es sich nicht um spannende Projekte handelt, die für die Nutzer_innen einen großen Unterschied machen und mittel- oder langfristig auch subversiv wirken können. Zu einer Debatte über implizite Annahmen hinter heutigen Selbstverständlichkeiten in Planung und Architektur – zum Beispiel über Familienkonstellationen oder geschlechtsspezifische Arbeitsteilung – oder gar zu einem grundsätzlich neuen Verständnis von Planung oder von Stadt motivieren sie aber nicht.

Die nicht-sexistische Stadt von Dolores Hayden hingegen stellt einen Gegenentwurf dar, der provoziert und Stadtplaner_innen und Architekt_innen bis heute inspirieren und ermutigen kann. Dies gilt vor allem mit Blick auf die Stellschrauben, die Geschlechterverhältnisse stabilisieren und an denen gedreht werden müsste, um diese neu zu organisieren, und auf eine Haltung – man müsste vielleicht sogar sagen: Anmaßung – von Planer_innen und Architekt_innen, eigene Visionen gesellschaftlicher (Geschlechter-)Verhältnisse, die sich von den heutigen radikal unterscheiden, in ihre Entwürfe explizit einzubeziehen.

Haydens Text zur nicht-sexistischen Stadt gibt auf die Frage nach einer sozialräumlichen Vision vergleichsweise klare Antworten: Nicht nur werden die Unterscheidung von Öffentlichkeit und Privatheit, die sozialräumliche Organisation von Produktion und Reproduktion und von Geschlechterstereotypen als Stellschrauben identifiziert, sondern es wird auch, aufbauend auf konkreten Vorbildern, anhand von räumlichen Umsetzungsmöglichkeiten im Bestand gezeigt, wie an diesen Stellschrauben gedreht werden könnte. Erkennbar werden Bezüge zu Konzepten und Vorschlägen prominenter Protagonistinnen aus der ersten Frauenbewegung, die Familie und Wohnen neu und anders denken wollten als ihre zeitgenössischen Kollegen. Hayden entwickelt ihr HOMES-Konzept vor dem Hintergrund der guten, aber gescheiterten Ideen dieser Vordenkerinnen und anderer Projekte, die sie vor allem in Europa gefunden hat.[2]

Für Planer_innen von heute sind diese ‚alten‘ Visionen und Entwürfe meiner Meinung nach deshalb so interessant, weil sie Kontingenzen in der Entwicklung des Wohnens aufzeigen: Elemente wie das *cooperative house-keeping* konnten sich nicht zuletzt deshalb nicht durchsetzen, weil es in den USA – wie auch in Deutschland und anderswo – gelang, den Traum vom Einfamilienhaus im Grünen im kollektiven Selbstverständnis zu verankern. Mithilfe eines umfassenden Konjunkturprogramms wurde dieser Traum für eine große Zahl von Haushalten ökonomisch realisierbar (und wurden

nebenbei die Privilegien der ‚weißen‘ Bevölkerung gesichert).[3] Für heutige Stadtplaner_innen und diejenigen, die es werden wollen, können die alternativen Beispiele und Visionen, die einmal verworfen wurden, Kontingenz bewusst machen: Wohnen hätte etwas Anderes sein können und kann auch heute etwas Anderes sein als ein sozialräumlicher Bezugsrahmen für die abgeschlossene Konsumeinheit Kleinfamilie. Dank aktueller Projekte des gemeinschaftlichen Wohnens und ähnlicher Initiativen steigt derzeit in der Praxis die Aufmerksamkeit dafür. Die nicht-sexistische Stadt könnte ein Anknüpfungspunkt sein, solche Initiativen nicht mehr nur als neue Nachfragegruppen auf dem Wohnungsmarkt zu betrachten, deren Bedürfnisse es durch den Markt oder Staat zu befriedigen gilt. Vielmehr könnten sie eingebettet werden in grundsätzlichere Überlegungen zur Neuorganisation von Familien- und Erwerbsarbeit, Mobilität, technischen und sozialen Infrastrukturen sowie nicht zuletzt auch sozialen Beziehungen. Mit dem HOMES-Konzept gibt der Text zumindest eine Richtung zum Weiterdenken vor.[4]

Haydens Text ist aber auch interessant mit Blick auf die dahinterstehende Haltung. Er spiegelt ein Verständnis von Planung und Architektur, das diesen Professionen sehr viel zutraut und davon ausgeht, dass gesellschaftliche (Geschlechter-)Verhältnisse über Raumstrukturen absichtsvoll beeinflusst werden können – auch wenn das vorgeschlagene HOMES-Modell dies überspitzt. Dieser Anspruch ist in der Zwischenzeit sehr viel bescheidener geworden, und zwar sowohl mit Blick auf die Aufgaben, die von der Gesellschaft an Planung und Architektur herangetragen werden, als auch mit Blick auf das Selbstverständnis vieler Planer_innen und Architekt_innen. Planung und Architektur sind kooperativer und partizipativer geworden und halten sich eher zurück, wenn es darum geht, *top-down* über Raumstrukturen gesellschaftliche Verhältnisse umfassend beeinflussen zu wollen – einerseits in Anerkennung der eigenen Grenzen, andererseits aber auch in dem Wissen, dass sie mit Top-down-Ansätzen auf große Widerstände treffen würden. Nicht zuletzt beeinträchtigt auch der globale Umweltwandel die Planbarkeit von städtischen Räumen. Verglichen zum Beispiel mit den Vätern (und wenigen Müttern) des Bauhaus hat Planung ihren gesellschaftlichen Reformanspruch verloren (vgl. Göschel 2016); kommunikative, temporäre und adaptive Planungen werden wichtiger. Nichtsdestotrotz beeinflussen Planung und Architektur gesellschaftliche Verhältnisse aber natürlich durch eben das, was sie tun und lassen. Auch wenn partizipativ geplant wird, entstehen (Un-)Möglichkeitsräume, die einige Aktivitäten zulassen und andere eher behindern, bestimmte Gruppen ein- und andere ausschließen. Sich damit nicht auseinanderzusetzen, würde nicht zu mehr, sondern zu weniger Demokratie und Teilhabe führen. Darauf will Gender Planning – zumindest in einigen Lesarten – aufmerksam machen, und das lässt sich auch in der Diskussion um die nicht-sexistische Stadt erkennen.

Und trotzdem: Wäre es nicht interessant zu spekulieren, wie denn nun Städte aussähen, in der auch Platz wäre für ‚andere‘ Lebensentwürfe – was auch immer ‚anders‘ in diesem Zusammenhang meinen könnte? Wie sähen die Städte aus, wenn Planer_innen als visionäre Reformer_innen eigene Vorstellungen einer ‚just city‘ (Fainstein 2010) oder ‚just diversity‘ (Fincher 2003) umzusetzen hofften und sich für diejenigen einsetzten, die sonst nicht ‚mitgedacht‘ werden? Wie könnten sich auch queere Denkansätze

konsequent und radikal in Entwürfen widerspiegeln? Es geht nicht um neue moralisierende Vorschriften für ein gesellschaftliches Gemeinwohl, sondern um eine Debatte, die – unabhängig von der Anschlussfähigkeit an heutige Planungsroutinen – Lust macht, über die nicht-sexistische/geschlechtergerechte Stadt nachzudenken und dabei vielleicht sogar utopisches Potenzial entwickelt. Mit Gender Planning haben feministische Stadtplaner_innen und Architekt_innen einen pragmatischen Weg eingeschlagen; vielleicht können wir auch wieder mehr über Utopien nachdenken.

Andere Akteure spekulieren schließlich auch ständig: Zukunftsforschungsinstitute beflügeln über ihre Prophezeiungen, wie wir morgen wohnen werden, die normative Kraft des Faktischen; Unternehmen und Verwaltungen investieren in eine smartere, effizientere, digitale... Zukunft, ohne dass immer ganz klar ist, ob die Effizienzgewinne auch in höhere Lebensqualität und Nachhaltigkeit münden, oder ob damit nicht vor allem viel Geld verdient und nebenbei Überwachung optimiert werden soll (vgl. Welzer 2016). Angesichts dessen wäre es vielleicht nicht nur wünschenswert, sondern geradezu notwendig zu spekulieren, wie eine lebenswerte – und eben auch nicht-sexistische – Stadt aussehen könnte und wie wir morgen leben *wollen*. Die Spekulationen von Dolores Hayden zum Wohnen, zu Design und zum Arbeiten können hier insofern ein Vorbild sein, immer noch.

Endnoten

- [1] Die Begriffe „feministisch“ und „gender-/diversity-bewegt“ nutze ich hier als Platzhalter für eine große Bandbreite an konzeptionellen und theoretischen Ansätzen, die seit den Anfängen feministischer Stadt- und Planungskritik (in der BRD in den späten 1970er Jahren) entstanden sind und mit der Verabschiedung von Gender Mainstreaming als Leitprinzip (in den EU-Staaten im Jahr 1999) weiterentwickelt wurden. Zwischen ihnen gibt es notwendigerweise eine Reihe von Überschneidungen, aber durchaus auch Unterschiede, zum Beispiel in strategischer Hinsicht oder mit Blick auf die Konzeptualisierung von Gender/Diversity, die aber in diesem Beitrag vernachlässigt werden.
- [2] In weiteren Veröffentlichungen (z. B. Hayden 1981, 2002 [1984]) würdigte Hayden US-amerikanische Vordenkerinnen sozialräumlicher ‚Geschlechterutopien‘ wie Charlotte Perkins Gilman und Melusina Fay Peirce ausführlicher. Deren Vorschläge für die Gestaltung und die Organisation von Wohnsiedlungen, die den Anforderungen von Frauen besser gerecht werden sollten, holte sie damit aus der Vergessenheit. Für den deutschsprachigen Kontext veröffentlichten Ulla Terlinden und Susanna von Oertzen (2006) später ebenfalls Projekte von Architektinnen und Reformerrinnen aus der Zeit. Hier spielten ähnliche Themen wie im US-Kontext eine Rolle, zum Beispiel die Rationalisierung der Hausarbeit. Bei der Tagung „Frauenfrage und Architektur. Räume für Geschlechterutopien vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart“ in Leipzig (2016) zeigte sich, dass sie auch im osteuropäischen Kontext diskutiert wurden. Die aktuell wieder erstarkende Debatte über diese Fragen zeigt die Relevanz der Beschäftigung mit historischen Vorbildern (vgl. Droste 2014, Frey/Perotti 2015 oder die Ausstellung „Frau Architekt“, die ab September 2017 im Architekturmuseum Frankfurt/Main gezeigt wird).
- [3] Bis heute ist die anhaltend große soziale Ungleichheit zwischen den Bevölkerungsgruppen in den USA zu einem nicht unerheblichen Teil darauf zurückzuführen, dass es Afroamerikaner_innen lange Zeit nicht erlaubt und/oder nicht möglich war, über den Erwerb von Wohneigentum Vermögen aufzubauen. Die residenzielle Segregation der Bevölkerung ist bis heute eng mit lokalen Immobilienmärkten verknüpft, deren Logik Investitionen in mehrheitlich ‚schwarzen‘ Wohnquartieren oftmals zu einem Risiko werden lässt.
- [4] Ein Beispiel für ein solches Weiterdenken ist das Plädoyer von Marianne Rodenstein aus den späten 1990er Jahren, Frauen stärker in ihrer Vielfalt zu denken und dabei ein

positiveres Frauenbild – jenseits von Hausfrau, Mutter oder Opfer – zugrunde zu legen. Für sie war die nicht-sexistische Stadt eine „gesellschaftspolitische Vision zur Veränderung der bestehenden Machtverhältnisse zwischen den Geschlechtern“ (1998: 149).

Autor_innen

Sandra Huning ist Raumplanerin und Stadtsoziologin.
sandra.huning@tu-dortmund.de

Literatur

- Droste, Christiane (2014): Women architects in West and East Berlin 1949-1969. London: University of Westminster.
- Fainstein, Susan (2010): The just city. Ithaka: Cornell University Press.
- Fincher, Ruth (2003): Planning for cities of diversity, difference and encounter. In: Australian Planner 40 (1), 55-58.
- Frey, Katia / Perotti, Eliana (Hg.) (2015): Theoretikerinnen des Städtebaus. Berlin: Reimer.
- Göschel, Albrecht (2016): Soziale Vernunft und soziale Form: Wandel des Sozialen in Architektur und Wohnungsbau. In: Forum Stadt (1), 49-64.
- Hayden, Dolores (1981): The grand domestic revolution. A history of feminist designs for American homes, neighborhoods, and cities. Cambridge u. a.: MIT Press.
- Hayden, Dolores (2002 [1984]): Redesigning the American dream. Gender, housing, and family life. New York: W. W. Norton & Company.
- Rodenstein, Marianne (1998): Von der frauengerechten zur nicht-sexistischen Stadt. Ein Plädoyer für eine neue Perspektive in der feministischen Stadt- und Regionalplanung. In: Frei-Räume: Streitschrift der Feministischen Organisation von Planerinnen und Architektinnen 10, 142-150.
- Senatsverwaltung für Stadtentwicklung (2011): Gender Mainstreaming in der Stadtentwicklung. Gender Planning Handbuch. Berlin.
- Stadtentwicklung Wien (2013): Handbuch Gender Mainstreaming in der Stadtplanung und Stadtentwicklung. Wien: Magistratsabteilung 18 – Stadtentwicklung und Stadtplanung (Werkstattberichte, 130).
- Terlinden, Ulla / Oertzen, Susanna von (2006): Die Wohnungsfrage ist Frauensache! Berlin: Reimer.
- Welzer, Harald (2016): Die smarte Diktatur. Frankfurt am Main: S. Fischer.

Debatte

2017, Band 5, Heft 3
Seiten 115-124
zeitschrift-suburban.de

Dolores Hayden

„Wie könnte eine nicht-sexistische Stadt aussehen“

Kommentare von:

Dörte Kuhlmann, Marianne Rodenstein, Gesa Witthöft, Sandra Huning, Felicitä Reuschling, Dolores Hayden

Eine feministische Perspektive für Berlin heute

Kommentar zu Dolores Haydens

„Wie könnte eine nicht-sexistische Stadt aussehen“ (1981)

Felicitä Reuschling

Der Text von Dolores Hayden ist einer der Klassiker zur Thematik feministischer Städteplanung aus der letzten Phase der zweiten Welle der Frauenbewegung nach 1968. Anschaulich wird Haydens Text unter anderem durch die Verknüpfung von utopischen Motiven mit konkreten pragmatischen Beispielen, an denen eine gesellschaftliche Transformation exemplarisch deutlich gemacht werden soll. Diese Verknüpfung macht den Text von Hayden heute zu einem historischen Dokument aus einer Zeit, in der die Zukunft der feministischen Städteplanung noch im Kontext von allgemeiner gesellschaftlicher Befreiung gedacht werden konnte. Demgegenüber wurde in den 1990er Jahren auch auf städtepolitischer Ebene das vermeintliche neoliberale Ende der Geschichte eingeläutet und damit auch eine progressive soziale Bewegung lange Zeit stillgelegt. Im Gegensatz dazu werden in diesem Kommentar die Impulse von Haydens Text aktualisierend betrachtet und auf den aktuellen politischen Prozess des Dragonerareals in Berlin übertragen. Dort sind derzeit verschiedene politische Gruppen aktiv. Die Gruppe Stadt von Unten arbeitet seit 2014 an grundsätzlichen und konkreten Modellen, die bezahlbaren Wohnraum dauerhaft schaffen und sichern können.

Im Zentrum von Haydens Kritik der Geschlechterverhältnisse steht die problematische Trennung von öffentlichem und privatem Raum in der bürgerlichen Gesellschaft. Diese Sichtweise basiert vor allem auf dem Begriff der reproduktiven Arbeit, wie er von der zweiten Welle der Frauenbewegung in den 1970er Jahren international diskutiert wurde. So machte die internationale Lohn-für-Hausarbeit-Kampagne bei allen internen Differenzen deutlich, dass es um eine historisch spezifische Kritik von Geschlechterverhältnissen im Kapitalismus ging. Entsprechend müssten für ein Verständnis von Akkumulations- und Arbeitsregimen sowohl industrielle als auch private haushalterische und emotionale Bereiche einbezogen und als Kritik von Produktions- und Reproduktionsverhältnissen einbezogen werden. Bereits 1968 wurde jedoch in der Auseinandersetzung mit sozialistischen Gruppen – wie dem Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) –, die sich an die sogenannte Tomatenwurfrede von Helke Sander anschloss, deutlich, dass auch Gruppen, die zwar verbal die Befreiung der Frau forderten, gleichzeitig

kaum die bürgerliche Arbeitsteilung ihrer eigenen privaten reproduktiven Beziehungen infrage stellen und politisieren wollten. Demgegenüber war es die Strategie der Frauenbewegung ab 1968, das Private als politisch sichtbar zu machen und auch die Struktur des privaten Raums, der häuslichen Arbeitsteilungen und Abhängigkeiten in Beziehungen wie Ehe und Familie zu bestreiken und zu verändern.

Auch wenn Texte wie *Counterplanning from the Kitchen* (2012 [1974]) von Silvia Federici und Nicole Cox den Abschied von der marxistischen Linken forderten, weil diese in weiten Teilen weiterhin auf der Haupt- und Nebenwiderspruchsthese^[1] beharrte, so ist im Rückblick doch wichtig, daran zu erinnern, dass es – wie es auch Hayden benennt – um einen feministischen und zugleich sozialistischen Diskussionsrahmen ging. Damit formuliert Hayden gleichzeitig auch eine Kritik an einflussreichen feministischen Sozialistinnen der ersten Frauenbewegung, wie zum Beispiel Clara Zetkin. Diese Generation sozialistischer Feministinnen folgte zumindest in Deutschland weitgehend der Hauptwiderspruchsthese und beschimpfte andere Feministinnen als bürgerlich, die eine feministische soziale Wohnungspolitik propagierten. So befürwortete zum Beispiel Lily Braun 1901 nicht nur das Wahlrecht für Frauen, sondern auch Einküchenhäuser für erwerbstätige Frauen statt kleinfamiliäre Haushalte nach bürgerlichem Vorbild. Zetkin hielt mit dem fragwürdigen Argument dagegen, dass die Wohnungs- und Geschlechterfrage erst nach der Revolution lösbar wäre. Demgegenüber beharrt Hayden auf der Forderung, sozialistische und feministische Elemente miteinander zu vereinbaren:

„Ich bin überzeugt davon, daß die Aufhebung der Trennung von öffentlichem und privatem Raum die sozialistische und feministische Priorität der 1980er Jahre sein sollte. Frauen müssen die geschlechtsspezifische Aufteilung der Hausarbeit, die wirtschaftlich privatisierte Basis der Hausarbeit und die räumliche Trennung von Wohnung und Arbeitsplatz bekämpfen, wenn sie gleichberechtigte Mitglieder der Gesellschaft werden wollen. Die Vorschläge, die ich mache, sind ein Versuch, die besten Reformansätze in Vergangenheit und Gegenwart mit dem, was im heutigen Amerika sozial erreichbar ist, in Verbindung zu bringen.“ (1981: 51)

Ich möchte im Folgenden einige zentrale Forderungen von Hayden mit der heutigen Situation in der boomenden Großstadt Berlin, in der Mieten immer unbezahlbarer werden, konfrontieren. Damit soll auch deutlich werden, welche Forderungen für eine feministische städtebauliche Perspektive heute wichtig sind. Das Postulat der Herstellung einer sozialen Mischung als sozialbefriedende Wohnstruktur hat in Berlin eine ambivalente Tradition, die bis zum Bebauungsplan von James Hobrecht 1862 zurückreicht. Gleichwohl setzten sich in den 1970er und 1980er Jahren in Westdeutschland Sanierungsmethoden durch, die als ‚behutsam‘ galten. Mithilfe von partizipativen Planungsansätzen und öffentlichen Fördermitteln sollte der Erhalt der existierenden Nachbarschaftsstrukturen gesichert und so verhindert werden, dass ärmere Bewohner_innen verdrängt werden.

„Wenn von sozialer Mischung die Rede war, ging es um den Erhalt von gewachsenen sozialen Strukturen und nicht um die Verordnung

eines sozialpolitischen oder städteplanerischen Ideals. Doch mit der Privatisierung und Ökonomisierung der Stadtentwicklungspolitik in den 1990er Jahren war diese kurze Phase der sozialorientierten Sanierungspolitik beendet – und auch der Mythos der Sozialen Mischung wurde zu neuem Leben erweckt.“ (Holm 2009: 37)

Es lohnt sich deshalb, die kurze experimentelle Phase progressiver Stadtentwicklung und die damit verknüpfte Internationale Bauausstellung (IBA) Berlin 1987 genauer zu betrachten. Die IBA ist als Inspirationsquelle zusätzlich spannend, weil sie rückblickend ein Moment einer städtebaulichen Epoche war, die sich einerseits stark auf soziale Kämpfe und Bewegungen wie die Hausbesetzer_innen beziehen musste und in der dadurch andererseits auch institutionell eine Umorientierung von der autozentrierten Flächensanierung zur kleinteiligen, demokratisch vermittelten Stadterneuerung erkämpft wurde. Daher ist es spannend, den Blick zurückzuwerfen, um aus den damals gewonnenen praktischen Erfahrungen unterschiedlicher Akteure – mit Kämpfen in Selbstorganisation wie Besetzungen und ihrer Umwandlung in kommunale Institutionalisierung wie zum Beispiel durch S.T.E.R.N. – vermittelt Schlüsse für heute zu ziehen.

Strukturell unterscheidet sich Berlin in vielen Elementen zumindest graduell von typischen autozentrierten US-amerikanischen Vor- und Innenstädten, die Hayden kritisch als räumliche und institutionelle ‚Trennung von Hauswirtschaft und Marktwirtschaft‘ sowie zwischen ‚Wohnung und Arbeitsplatz‘ analysiert hatte. Zwar hat es in Berlin nach 1900 und 1945 Bauordnungsplanungen gegeben, die eine stärkere Trennung von Großindustrie und Wohnvierteln verfolgte, doch ist bekanntlich in vielen Teilen der Stadt das kleinteilige Nebeneinander der sogenannten ‚Kreuzberger Mischung‘ lange erhalten geblieben, das eine Mischung von Wohnen und Arbeiten in handwerklichen und kleinindustriellen Betrieben sowie eine Mischung von sozialen Klassen, Schichten und Communities beschreibt. Der Ausdruck ‚Kreuzberger Mischung‘ wurde in den 1980er Jahren zum selbstbewussten Programm für eine Lebensform in der Innenstadt, die zwar lange in verschiedenen Kiezen Berlins gelebt worden war, aber im Gegensatz zur damals städtisch angestrebten funktionalen Trennung von industrieller Arbeit und Wohnen stand. Auch das etwa 1920 abgeschlossene radiale engmaschige öffentliche Nahverkehrssystem ermöglicht viel eher eine zeitsparende Mobilität zwischen Wohnung und Arbeitsplatz, als es in US-amerikanischen autozentrierten Städten möglich wäre. Das öffentliche Nahverkehrssystem könnte private Autos heute eigentlich weitgehend überflüssig machen und eine nachhaltige Mobilität per Rad ermöglichen. Allerdings mangelt es in der Stadt sogar auf Hauptstraßen an Radwegen, was Straßen und Fußwege für alle Beteiligten inklusive Fußgänger_innen gefährlich macht. Auch die Versorgung mit städtischen Infrastruktureinrichtungen – wie Kitas – für die Bedürfnisse von erwerbstätigen Frauen, wie sie Hayden fordert, wird in Berlin bereits grundsätzlich realisiert. Allerdings besteht angesichts der wieder wachsenden Stadtbevölkerung weiterer Bedarf in nahezu allen Bezirken.

Das ist nicht gerade der ‚gebaute Sozialismus‘, wie die Hufeisensiedlung Bruno Tauts im Berliner Randbezirk Britz bezeichnet wurde, sondern eher eine infrastrukturell funktionierende kapitalistische Stadt. Zugleich hat

Berlin auch ziemlich gute Grundlagen für ein ‚Wohnen in der Innenstadt‘ und damit für eine Aufhebung der Trennung von Arbeits- und Wohnbereichen im Sinne Haydens aufzuweisen. Dies hat die Berliner IBA 1987 aufgegriffen. Haydens Motive für eine nicht-sexistische Stadt können deshalb recht leicht maßstabsgetreu von der (sub-)Urbanen Nachbarschaft auf den Kiez oder einen Wohnblock übertragen werden.

Dieser Blick zurück ist leider heute dringlich geworden, denn in den 2010er Jahren ist Berlin – wie andere Metropolen auch – zu einem Magnet für zunehmend spekulative Immobilienkäufe und rasante Mietsteigerungen geworden. Die staatliche Herrichtung für meistbietende Verkäufer_innen wurde 1990 durch die Abschaffung der Gemeinnützigkeit im Wohnungsbau und den daran anschließenden massenhaften Abverkauf von Wohnungsbeständen aus landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften in Berlin stark gefördert. Die Wohnungsfrage ist deshalb heute unter etwas anderen Vorzeichen als zu Beginn des 20. Jahrhunderts wieder zu einer sozialen Frage geworden. Sie entscheidet, ob und für wen Partizipation in der Stadt ermöglicht wird. Das ist, wie auch Hayden formuliert, keineswegs nur eine Frage problematischer Geschlechterverhältnisse, sondern berührt auch die Frage, inwiefern die soziale Segregation von Klassen, ethnischen Zuschreibungen und Altersgruppen aufgehoben werden kann. Anders als in den stadtpolitischen Gruppen und Diskussionen der 1990er Jahre, in denen viel von Nachttanzdemos, Politik in der ersten Person und Repräsentation die Rede war, ist deshalb zwischenzeitlich die Eigentumsfrage als zentrales Kriterium zurückgekehrt.

Im Folgenden soll am Beispiel des sogenannten Dragonerareals in Kreuzberg 61 versucht werden, einige praktische Vorschläge zu formulieren, wie Reproduktion heute für die Größe eines typischen Berliner Blocks (4,2 Hektar) in der Stadt räumlich und politisch organisiert werden könnte. Denn das Dragonerareal hat, nachdem durch politische Kämpfe dessen Verkauf zum Höchstpreis abgewendet werden konnte, das Potential, Modell (oder Feigenblatt) für die Neu-Ausrichtung einer progressiven stadtpolitischen Stadtentwicklung zu werden. Dort ist gegenwärtig ein Beteiligungsprozess, angeleitet durch die S.T.E.R.N., gestartet worden.

1. Eigentumsformen

Die erste Forderung an eine Stadt der Reproduktion ist angesichts der aktuellen Verdrängungsprozesse – durch Mietsteigerungen, Umwandlung in Eigentumswohnungen et cetera – die dauerhafte rechtliche und sozial verträgliche Absicherung ihrer Bewohner_innenschaft. Diesem Ziel folgt auch die ‚100%-Forderung‘ der stadtpolitischen Gruppe Stadt von Unten, die seit 2014 auf dem Dragonerareal aktiv ist. Die Forderung beinhaltet 100% soziale Mieten und eine dauerhafte rechtliche Absicherung gegenüber Spekulation auf Wohnraum und Kleingewerbe. Nicht zuletzt deswegen wird bei Stadt von Unten auch über unterschiedliche Modelle für kollektive Eigentumsformen wie Miethäusersyndikat und Genossenschaften nachgedacht. Diese ermöglichen im Unterschied zu Wohnungsbaugesellschaften nachhaltige Absicherung von Haus und Boden gegenüber Reprivatisierung und Spekulation. Angesichts der städtebaulichen Politik in Berlin finden zum Beispiel auch in Trägerschaften, die aus der IBA hervorgegangen

sind, wie die Selbstbaugenossenschaft Berlin eG, vorwiegend die selbstorganisierten Gemeinschaftsbedürfnisse der Mittelschicht ihr Zuhause. Hier werden gegenwärtig mindestens zehn Euro Miete pro Quadratmeter plus Genossenschaftseinlagen aufgerufen.

2. Wohn- und Beziehungsformen

Interessant an Haydens Zugang zur nicht-sexistischen Stadt ist, dass keine pädagogischen, kollektiven Wohnmodelle nach dem Vorbild utopischer Wohnformen – wie Kibbuzim oder Kommunehäuser – angestrebt werden. Stattdessen formuliert sie einen akzeptierenden Umgang mit den jeweiligen aktuellen Wohnbedürfnissen. So werden Großhaushalte oder WGs von Hayden nicht als erwünschte Wohnformen für berufstätige Personen in Betracht gezogen.

Heute werden auch hierzulande, weniger als im Verlauf des 20. Jahrhunderts, Alternativen zu reproduktiven Gemeinschaftsformen jenseits der Familie, zum Beispiel Wohngruppen, geplant. Oder vielleicht wird auch nur anders und in anderen Lebensphasen geplant: Eher ist zu beobachten, dass Familie nicht mehr ideologisch problematisiert wird als traditioneller Ort der Gewalt, Isolierung und Festlegung von Frauen auf die Rolle der Hausfrau. Stattdessen wird im familiären Zuhause wieder ein Rückzug von der Konkurrenz des Erwerbslebens und ein soziales Miteinander gesucht. Ein Grund dafür ist vielleicht auch, dass es an einer lokalen Öffentlichkeit oder an Gemeinschaftsformen mangelt, die als unterstützend und solidarisch erfahren werden. Im Kontrast zum Idealbild der Familie leben jedoch heute weitaus mehr Menschen alleine als in familiären oder sonstigen Wohnformen. Entsprechend sollte der starke Trend zur Individualisierung beim Wohnen in Bezug auf reproduktive Unterstützung quantitativ und qualitativ berücksichtigt werden.

Aus städtebaulicher beziehungsweise institutioneller Perspektive wäre es gegenüber dem Vorschlag von Hayden wichtig, typologisch eine Pluralität von Wohnformen nebeneinander zu ermöglichen, die vielleicht in Europa auf mehr gelebte Tradition zurückgreifen kann. Dafür könnte an die Impulse der Berliner IBA in den 1980er Jahren angeknüpft werden. Typologisch bedeutet dies vor allem einen Abschied vom Raumgefüge des sozialen Wohnungsbaus, das eine Staffelung und Funktionszuweisung der Wohnraumgrößen vorsah. Großer Wohnraum und kleine Arbeitsküche stehen kammerartigen Räumen für Kinder gegenüber, in denen andere Wohnformen mit mehreren Erwachsenen kaum langfristig vorstellbar sind.

Alternativen dazu haben unter anderem Christine Jachmann und Myra Warhaftig im Rahmen der IBA Berlin in den 1980er Jahren im sogenannten Wohnhof Block 2 in Kreuzberg geplant und gebaut. Dieser sollte emanzipatorische und feministische Wohnprinzipien verwirklichen und einen Wandel von Wohnformen durch Flexibilität der Grundrisse ermöglichen. Die Grundrisslösung von Myra Warhaftig verwirklicht als stärkstes Element die Idee einer ‚Wohn-Raum-Küche‘. Diese umfasst den Eingang, den Essplatz, den Kochplatz sowie die Zugänge zu den einzelnen Räumen. Dadurch ist ein zusätzlicher Raum in jeder der Zwei- bis Fünzimmerwohnungen entstanden – trotz der strengen Richtlinien des sozialen Wohnungsbaus. Jachmann und

Warhaftig verwirklichten gleich große Individualräume für jede Person im Haushalt, die zusätzlich je nach Bedarf Trennung und Zusammenlegung von Wohnfunktionen ermöglichen sollten. Hervorzuheben ist hier auch die Bedeutung des ‚grünen Zimmers‘.

„[Es] beinhaltet das Konzept der räumlichen Gleichstellung der privaten Freiflächen zu den anderen Räumen; zimmergroße Terrassen oder Loggien; ein oder zweigeschossige Wintergärten mit Galerie oder ein Atrium im Dachgeschoß werden in Varianten angeboten.“
(Jachmann 1992: 37)

Maisonnettewohnungen mit Mieter_innengarten bieten städtische Alternativen zum ‚Traum vom Haus im Grünen‘. Auch die Nutzung von Freiflächen als nutzbare Außenräume nach Vorbild des Urban Gardening kann eine Nivellierung der typischen Entgegensetzung von Stadt und Land beziehungsweise Vorstadt unterstützen. Andererseits wurden hier auch ‚Sonderwohnungen‘ für Wohngemeinschaften und Rollstuhlbenutzer_innen eingeplant. Große Wohneinheiten, an zwei Treppenhäuser angeschlossen, können nach Bedarf auch wieder unterteilt werden.[2]

Wer heute weder alleine noch als Paar oder in einer WG leben will, findet stattdessen mit dem aktuellen Trend des Clusterwohnens das Angebot, alles gleichzeitig zu haben. In der Größenordnung von maximal acht bis zehn abgeschlossenen Wohneinheiten mit kleinen Küchen und Bädern wird jeweils eine überschaubare Gruppe von Individuen gebildet, die das Verhältnis von Gemeinsamkeit und Rückzug für sich austarieren oder vage halten können.

3. Selbstverwaltung, Institution und das Modell der kooperativen Nachbarschaft

Wie können der Reproduktionsbedarf unterschiedlicher Altersgruppen, mit und ohne Kindern, und der Zugang zu unterschiedlichen Ressourcen in solidarischer Form organisiert werden? Wie Hayden in ihrem Buch *Redesigning the American Dream* (1984) ausführt, lassen sich für das 20. Jahrhundert zugespitzt zwei gesellschaftliche Modelle von Haushalt und Heim unterscheiden. Das privatistische bürgerliche amerikanische Modell der Oase steht der sozialistischen Strategie von funktionalistischen Großhaushalten für Kollektive und auch dem Bedürfnis nach Individualismus diametral gegenüber. Hayden entwirft dort und im kommentierten Text mit einem Modell von Kooperation auf nachbarschaftlicher Ebene eine dritte lokale Kraft zwischen privater Gemeinschaft und öffentlich, staatlich vermittelter Gesellschaft als Bezugsrahmen.

Bezogen auf das Dragonerareal als neues Modellprojekt der ‚Kreuzberger Mischung‘ liegt es nahe, neben dem dringend benötigten Wohnungsbau auch existierende Kleingewerbe, Werkstätten, Ateliers und Gemeinschaftsbüros in die Planung einzubeziehen. Damit entsteht mehr Bedarf an einer gemeinsamen reproduktiven Struktur mit kurzen Wegen, die (halb-) öffentliche und öffentliche Ressourcen wie Kantine, Kita oder auch einer Badestube für unterschiedliche Nutzer_innen wie zum Beispiel Wohnungslose und Werkstätten anbieten würde.

Andererseits ist es für die Kombination von Trägerschaften weiterhin wichtig, das strukturelle Spannungsverhältnis zwischen Selbstverwaltung und Institution nicht nur kommunikativ zu verbessern. So sind zum Beispiel traditionelle Genossenschaften wenig zugänglich für Generalmietverträge und eine Anpassung des Baustandards an Bedürfnisse und ökonomische Kapazitäten von Wohngruppen. Gleichzeitig sind kommunale Trägerschaften für soziales Bauen unabdingbar, um die neoliberale Wohnungspolitik zu beenden, die mit der Abschaffung der Wohnungsgemeinnützigkeit ab 1990 eingeleitet wurde. Das Struktur-Modell ‚selbstverwaltet und kommunal‘ von Stadt von Unten würde also auch die Forderung nach Räumen für gemeinschaftliche Reproduktionsaufgaben für lokale Akteure und Gruppen beinhalten, wie zum Beispiel Gemeinschaftsräume für eine Kantine, Kita, Tagespflegeeinrichtung und Versammlungen. Diese Räume müssten kostengünstig an gemeinnützige Projekte und Kollektive vergeben werden, statt von einer häufig durchgeführten Querfinanzierung mit hohen Gewerbemieten abzuhängen.

4. Fazit: Feministischer Städtebau für Berlin heute

Haydens Modell der kooperativen Nachbarschaft von 1981 scheint strukturell die Charakteristik von *commons* vorwegzunehmen, die eine pragmatische und zugleich utopische Kombination institutioneller, persönlicher und nachbarschaftlicher Unterstützungssysteme für reproduktive Arbeiten vorschlägt.

Im Gegensatz dazu wurde in der BRD ein drittes selbstorganisiertes gemeinschaftliches Element, das zwischen öffentlicher und privater Nutzung vermittelt, in der linken Diskussion lange Zeit entweder als regressive Sehnsucht mit faschistischen Anklängen verunglimpft oder als Kiez-Mythos gepflegt. Demgegenüber wurde und wird das eigene Leben in der (Klein-)Familie häufig im Einklang mit Thesen von Adorno als Humanismus romantisiert und die eigene vormalige Kritik der geschlechtlichen Arbeitsteilung verdrängt. Erst in der Diskussion der vergangenen Jahre um *commons* werden angesichts der Realität neoliberaler Stadtentwicklung Modelle für eine andere Vermittlung zwischen Öffentlichem und Privatem jenseits von Staat und Marktwirtschaft von unterschiedlichsten politischen Akteur_innen ernst genommen, auch wenn es bislang noch an überzeugenden materiellen Umsetzungen fehlt.

Wie notwendig vielfältige Antworten auf eine Stadt der Reproduktion sind, lässt sich daran ablesen, dass das Mietshäuser Syndikat zwischenzeitlich auch bei unpolitischen gesellschaftlichen Durchschnittsmietenden Anklang findet – die traditionell Selbstorganisation skeptisch gegenüber stehen –, weil es kaum institutionelle Alternativen zu massiver Verteuerung des Wohnens oder dem Auszug gibt.

Eine kooperative Nachbar_innenschaft, die nicht nur Wohnen, sondern auch Arbeiten mit verschiedenen Trägerschaften für reproduktive Angebote kombiniert, ermöglicht potenziell eine bessere Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und einem Leben mit Kindern. Darüber hinaus ermöglicht sie unterschiedliche Unterstützungsmöglichkeiten für Menschen mit Assistenzbedarf, die in Alten-WGs oder im Betreuten Wohnen weder familiär noch stationär leben wollen oder können. Gleichzeitig schwingt in dem Konzept von Hayden eine starke Wertschätzung von Individualismus

mit, der unterschiedliche Formen von institutioneller, nachbarschaftlicher und persönlicher Unterstützung und Lebensformen anbietet, ohne, wie im Realsozialismus häufig geschehen, nur einen kollektiven Weg verpflichtend festzuschreiben.

Ob sich in einer kooperativen Nachbar_innenschaft die radikalste Forderung Haydens nach geschlechter-gerechter Umverteilung von Hausarbeit lösen lässt, ist jedoch zu bezweifeln beziehungsweise könnte nur im Verhältnis zur Lohnarbeit und deren Bezahlung verändert werden, wie das insulär nur in großen Kommunen – wie der nach dem Ort benannten Kommune Niederkaufungen bei Kassel – der Fall ist. Allerdings wäre eine verbindliche Übernahme von unbezahlter reproduktiver Gemeinschaftsarbeit unter Berücksichtigung von zu leistender Reproduktionsarbeit und Rotation von Tätigkeiten sinnvoll für Teilhabe und Gestaltung des Lebensumfeldes.

Angesichts von 30 Jahren Erfahrung mit der Vermittlung zwischen unterschiedlichen Trägerschaften und Bewohner_innen müsste im einzelnen kritisch resümiert werden, ob und wie die im Rahmen der IBA entstandenen und teils zwischenzeitlich als Unternehmen privatisierten Akteure wie S.T.E.R.N., Stadtbau Berlin und Selbstbaugenossenschaft Berlin eG sich heute für eine hundertprozentig soziale und gemeinschaftliche Reproduktion der Stadtbevölkerung nutzen lassen.

Im Vergleich beider Strategien fallen die Unterschiede zwischen institutionalisierten Akteur_innen und politischem Prozess, wie er von Stadt von Unten gefordert wird, deutlich ins Auge. Wo erstere einen pragmatischen, wenn auch ‚behutsamen‘ Umgang mit den politischen Gegebenheiten vermitteln wollen, versuchen Gruppen wie Stadt von Unten bisher recht erfolgreich, die politischen und ökonomischen Bedingungen für eine Stadt der Reproduktion durch den politischen Druck einer Bewegung zu verschieben.

Endnoten

- [1] Die Haupt- und Nebenwiderspruchsthese formuliert den Primat des Arbeitskampfes, der jedoch nur in industrieller, produktiver Arbeit gesehen wird. Das Terrain der unbezahlten Hausarbeit, der Arbeitsteilung von reproduktiven Arbeiten und Ähnlichem wurde demgegenüber als Nebenwiderspruch behandelt, der erst nach der Revolution veränderbar sein sollte.
- [2] Eine ähnliche Raumaufteilung lässt sich häufiger im allseits beliebten Altbau finden, wo Raumgrößen um die 20 Quadratmeter Durchschnitt sind. Der durchschnittliche Berliner Dreispänner lässt sich je nach Bedarf sowohl mit jeweils zwei Menschen pro Wohnung nutzen, als auch zusammengelegt mit circa sechs bis sieben Personen. Die dazu notwendigen Durchbrüche sind teils bereits beim Bau vorgesehen worden und basieren auf kombinierbaren Flursystemen.

Autor_innen

Felicita Reuschling ist als ‚freie‘ Kuratorin, Autorin und Herausgeberin tätig für thematische Kunstaussstellungen, Film- und Veranstaltungsreihen. Schwerpunktmäßig beschäftigt sie sich mit feministischer Theorie und Kunst in Geschichte und Gegenwart.
felicitate@gmx.de

Literatur

- Cox, Nicole / Federici, Silvia (2012 [1974]): Aufstand aus der Küche. Reproduktionsarbeit im globalen Kapitalismus und die unvollendete feministische Revolution. (Übers. Max Henninger) In: Kitchen Politics, Band 1. Münster: Edition Assemblage.
- Hayden, Dolores (1984): Redesigning The American Dream: The Future of Housing, Work and Family Life. New York: W. W. Norton & Company.
- Holm, Andrej (2009): Soziale Mischung. Zur Entstehung und Funktion eines Mythos. In: Forum Wissenschaft 1, 23-26. <https://gentrificationblog.wordpress.com/2009/07/29/mythos-soziale-mischung> (letzter Zugriff am 12.10.2017).
- Jachmann, Christine (1992): IBA Block 2 in Kreuzberg, ein Architektinnenprojekt. In: FKW 13, 32-38.

Debatte

2017, Band 5, Heft 3
Seiten 125-128
zeitschrift-suburban.de

Dolores Hayden
,Wie könnte eine nicht-
sexistische Stadt aussehen‘

Kommentare von:
Dörte Kuhlmann, Marianne
Rodenstein, Gesa Witthöft,
Sandra Huning, Felicita
Reuschling, Dolores
Hayden

„Wie könnte eine nicht-sexistische Stadt aussehen?“ neu gelesen

Dolores Hayden

Im Frühjahr 1980 veröffentlichte Catherine R. Stimpson, die Herausgeberin von *Signs: Journal of Women in Culture and Society*, ein Sonderheft mit dem Titel *Women and the American City*. Dieses Heft war dermaßen erfolgreich, dass es später auch als Buch publiziert wurde. Die Beiträge dazu stammten von Regierungsvertreter_innen, politischen Aktivist_innen und Wissenschaftler_innen. Das Heft bildet den unmittelbaren Kontext für den Standpunkt, den ich in „Wie könnte eine nicht-sexistische Stadt aussehen? Überlegungen zum Wohnen, zur städtischen Umwelt und zur menschlichen Arbeit“ vertreten habe.

Die erneute Lektüre meines Beitrags in *Signs* heute, in den Zeiten von Trump, weckt die Erinnerung an den Optimismus der späten 1970er und frühen 1980er Jahre. Im April 1979 habe ich die erste von insgesamt vier feministischen Konferenzen zum Thema „Frauen und Stadt“ an der Graduate School für Architektur und Stadtplanung der UCLA, der University of California in Los Angeles, organisiert. Ann Markusen, Wirtschaftswissenschaftlerin vom Berkeley-Campus der University of California, die Soziologin Gerda Wekerle von der York University und die Stadtplanerin Jacqueline Leavitt von der Columbia University waren nicht nur unter den Rednerinnen dieser Konferenzen, sondern auch Autorinnen in jenem Sonderheft von *Signs*. Es lohnt sich, jeden der Aufsätze heute erneut zu lesen.

Meine Kolleg_innen und ich waren damals zuversichtlich, dass sich für Frauen in Bezug auf ihren Zugang zu Wohnen, zu Krediten und zum Arbeitsmarkt vieles ändern würde. 1974 bis 1977 war Gerald Ford Präsident, ein Republikaner, der wie Jimmy Carter, sein demokratischer Nachfolger von 1977 bis 1981, das *Equal Rights Amendment* (ERA), d. h. den Verfassungszusatz für mehr Rechte von Frauen, unterstützte. Erst mit Ronald Reagan, der von 1981 bis 1989 im Amt war, erlangten konservative Ansichten über die Rechte von Frauen die Oberhand. Bis zum Ablauf der Frist 1982 gelang es daher nicht, das ERA zu ratifizieren. Die Anwältin und Aktivistin Phyllis Schlafly mobilisierte und vernetzte Katholik_innen, Mormon_innen und evangelikale Protestant_innen, die alle behaupteten, das ERA würde Hausfrauen benachteiligen. In Schürzen und mit Hilfe von Kekstellern gelang es den Frauen des rechten Flügels, die Gesetzgeber zu beeinflussen.

Wenn ich heute auf meinen Text aus dem Jahr 1980 zurückblicke, den ich im Alter von 35 Jahren schrieb, stelle ich fest, dass meine Kritik an den amerikanischen Strukturen des privaten und öffentlichen Raums immer noch Gültigkeit hat: zügellose Spekulation mit Immobilien, privater Einfamilienhausbau in vorstädtischen Gebieten und Massenkonsum sind auch 2017 immer noch Themen, die uns beschäftigen. Dies gilt auch für den verschwenderischen Umgang mit Land und Energie sowie die fehlende Bereitschaft, unbezahlte familiäre Reproduktionsarbeit als Arbeit anzuerkennen. Hinzu kommt die Hypothekenkrise, von der so viele weibliche Haushaltsvorstände, insbesondere auch von Minderheiten, betroffen waren. Wenn Männer Wohnungspolitik analysieren, betrachten sie zwar oftmals Klassifizierungen nach *Race* und Klasse, vergessen dabei jedoch sehr häufig, Geschlecht als Analysekategorie mit einzubeziehen – vier Jahrzehnte feministischer Forschung zum Trotz.

1980 schlug ich also vor, die öffentlichen Infrastrukturen in einer Weise auszubauen, die die Doppelrolle von Frauen als familiäre Reproduktionsarbeiterinnen und Ernährerinnen anerkennt und unterstützt, im Sinne von „kommunalen Dienstleistungen zur Unterstützung von privaten Haushalten“. Heute leben in den US-amerikanischen Vorstädten immer mehr alleinstehende und ältere Menschen. Die Nachfrage nach unterschiedlichen Wohngrößen hat daher zugenommen. Auch die Nachfrage nach besseren öffentlichen Verkehrssystemen und bezahlbarer Kinderbetreuung ist gestiegen. Damals habe ich eine Reihe von Experimenten im Bereich Wohnen und Stadtgestaltung zitiert (von Nina West bis Clarence Stein) und einen neu organisierten vorstädtischen Wohnblock entworfen, um die räumliche Vorstellungskraft meiner Leser_innen anzuregen. Ich wollte ihnen damit vor Augen zu führen, auf welche Weise der gebaute Raum größere ökonomische Strukturen sowohl festigen als auch verändern kann.

Auf den Text „Wie könnte eine nicht-sexistische Stadt aussehen?“ folgte 1981 mein Buch *The Grand Domestic Revolution* (Hayden 1981). Darin unternehme ich eine feministische Analyse weiblicher Arbeit im neunzehnten und frühen zwanzigsten Jahrhundert und untersuche die Strategien von Frauen, soziale Veränderungen zu bewirken. Es geht darin um Aspekte der Frauengeschichte, die auch heute noch interessant und lesenswert ist. Der Aufsatz, der hier debattiert wird, hat auch meine kritischen Betrachtungen zur Konstruktion und Gestaltung der amerikanischen Vororte in der Nachkriegszeit in *Redesigning the American Dream* (W. W. Norton 1984, überarbeitete und erweiterte Ausgabe 2002) antizipiert. Dieses Thema findet sich auch in meinen späteren Arbeiten, wie in *Building Suburbia* (Hayden 2003). In *The Power of Place* (Hayden 1995) stehen Fragestellungen von *Race* und Ethnizität im Verhältnis zu Klasse und Gender im Vordergrund.

Unentwegt werden uns futuristische Versionen der kapitalistischen Stadt aufgezwungen. Es ist gerade erst einige Wochen her, dass die *New York Times* über eine der allerneuesten Ideen berichtet hat: Drohnen, die Pakete von Amazon ausliefern, selbstfahrende Uber-Taxis und, wie immer, Frauen, die in ihren vorstädtischen Heimen mit der familiären Reproduktionsarbeit beschäftigt sind, ohne auch nur irgendeine Anerkennung für diese Arbeit zu erhalten. Ich vertrete keinen architektonischen Determinismus und habe niemals behauptet, dass Städtebau oder Architektur die Gesellschaft

verändern könnten. Allerdings bin ich nach wie vor davon überzeugt, dass mehr ökonomische Gleichberechtigung möglich wird, wenn wir uns räumliche Alternativen vorstellen. Lasst uns also weiterhin positiven Wandel imaginieren, und zwar mit der klaren Vision, dass es räumliche und ökonomische Alternativen geben kann zur Ausbeutung durch Gender, *Race* und Klasse.

Übersetzung aus dem Englischen von Susanne Hiller, wissenschaftliches Lektorat von Stefan Hoehne.

Autor_innen

Dolores Hayden ist Stadthistorikerin und forscht zur Geschichte und Theorie von Architektur und Stadtplanung mit besonderem Fokus auf feministische Ansätze und Initiativen.

Literatur

Hayden, Dolores (1981): *The grand domestic revolution. A history of feminist designs for american homes, neighborhoods, and cities.* Cambridge/London: MIT Press.

Hayden, Dolores (1995): *The power of place. Urban landscapes as public history.* Cambridge/London: MIT Press.

Hayden, Dolores (2003): *Building suburbia. Green fields and urban Growth, 1820-2000.* New York: Pantheon.

Topos, Raum und Ort bei Bourdieu: Eine Replik

Loïc Wacquant

Debatte*

2017, Band 5, Heft 3
Seiten 129-136
zeitschrift-suburban.de

Loïc Wacquant
,Mit Bourdieu in die Stadt:
Relevanz, Prinzipien,
Anwendungen'

Kommentare von:
Katharina Manderscheid,
Christoph Haferburg, Lars
Meier, Boike Rehbein

Replik von:
Loïc Wacquant

Ich danke meinen deutschen Kolleg_innen für ihre kurzfristige Bereitschaft, sich mit den vielfältigen epistemologischen, theoretischen und empirischen Fragen auseinanderzusetzen, die mein Vorschlag zur „Urbanisierung Bourdieus“ (Wacquant 2017a), d. h. der Anwendung seiner charakteristischen Denkweise in Untersuchungen der Stadt sowohl als *urbs* wie auch als *civitas* (Isin 2003), aufgeworfen hat. Ich gehe auf ihre Anmerkungen der Reihe nach ein – widerspreche ihnen, modifiziere oder bestärke sie, je nachdem –, dies aber stets in der Absicht, meine Argumente klarer herauszuarbeiten und ihre Implikationen für die Stadtsoziologie aufzuzeigen.

Katharina Manderscheid (2017) hat recht, wenn sie den übermäßigen Einfluss des Kapitels „Ortseffekte“ aus *Das Elend der Welt (La misère du monde)* in der deutschen Sozialwissenschaft hervorhebt (Bourdieu et al. 1997 [1993]); dieselbe kurzfristige Fokussierung auf diesen einen Text findet sich auch unter den französisch-, spanisch- und englischsprachigen Kolleg_innen. Das liegt daran, dass es sich im einzigen Buch aus dem Spätwerk Bourdieus findet, das sich *vordergründig* mit einer städtischen Thematik beschäftigt, nämlich mit der Struktur und Erfahrung sozialen Leids in der Stadt. Dieser ausschließliche Fokus offenbart eine naive *Akzeptanz der von den Eliten konstruierten Lesart des Urbanen* als Oberbegriff für die lästigen ‚sozialen Probleme‘ in und mit der Großstadt – eine Lesart, die von den Sozialwissenschaften viel zu häufig bestätigt statt infrage gestellt wird. Eine Rückbesinnung auf Bourdieus frühe Arbeiten zu *vordergründig* ländlichen Themen hilft uns, diesen elementaren Fehler bei der Konstruktion des Objekts zu vermeiden. Tatsächlich laden uns diese frühen Arbeiten ein, uns die Stadt aus der Perspektive des ländlichen Raums zu vergegenwärtigen, und kehren damit die übliche Optik der Stadtsoziologie um, welche das ‚Urbane‘ als gegeben hinnimmt und viel zu häufig unausgereifte, aus alltagsweltlichen oder administrativen Konstrukten abgeleitete Vorstellungen zum Ausgangspunkt nimmt.

Die Lehre, die es hier aus zu ziehen gilt, ist nicht nur, dass wir Bachelards Forderung nach einem erkenntnistheoretischen Bruch beherzigen sollten; vielmehr sollten wir bestrebt sein, eine größere Bandbreite von Bourdieus Schriften – wenn nicht gar das komplette Spektrum seiner wichtigen

* Die Beiträge zu dieser Debatte sind – außer der hier abgedruckten Replik – bereits in Heft 1-2/2017 erschienen.

Forschungen – zu berücksichtigen, wenn wir uns zur analytischen Orientierung auf ihn berufen. Dafür empfiehlt es sich, in sein Werk auch jenseits der Buchdeckel einzudringen: Es ist merkwürdig, dass Stadtforscher_innen seinen Band *Les structures sociales de l'économie* (Bourdieu 2000) nicht aufgegriffen haben, wo dieser doch ein theoretisches Modell und eine akribische empirische Analyse der politischen Herstellung des Wohnungsmarktes enthält – und welches Thema könnte schließlich für die Stadtsoziologie zentraler sein als das Wohnen (für ein Korrektiv siehe Desmond 2017)? Die beherzte Leserschaft wird sich noch weiter vorwagen und weitere von Bourdieu inspirierte herausragende Werke der Stadtforschung einbeziehen, darunter etwa die vielen Bücher von Michel und Monique Pinçon, die vor 30 Jahren bei der Anwendung des Modells der *feinen Unterschiede* auf die physische Gestalt von Paris und seiner Nobelviertel wahre Pionierarbeit geleistet haben (z. B. Pinçon und Pinçon 1989 und 1992), aber auch die von Bourdieu konzipierte und angeleitete Feldstudie, die Grundlage des erstklassigen Artikels *Spatial propinquity and social distance: Large housing estates and their populations* von Jean-Claude Chamboredon und Madeleine Lemaire (1970) war. Die Untersuchung wurde in Antony durchgeführt, einer kommunistisch regierten Kleinstadt im Süden von Paris, in der Bourdieu damals wohnte und die seinen Planungen zufolge in ein „lebendes Labor“ für die weitgespannten Forschungen des von ihm gerade gegründeten *Centre de sociologie européenne* verwandelt werden sollte (Pasquali 2012).

Unterstützen möchte ich Manderscheid in ihrer Aufforderung, die Mikrostrukturen sozialräumlicher Segregation und Vermeidung zu untersuchen, die durch die traditionellen demografischen Makroindikatoren wie den residentiellen Dissimilaritätsindex nur unzureichend erfasst werden. Zu Beginn dieses Jahrhunderts sind die Wohlhabenden und Mächtigen, einschließlich ihrer Familien und Unternehmen, zunehmend in der Lage, durch organisierte Selbstabgrenzung an der Spitze des physischen und sozialen Raumes exklusive Orte zu schaffen, die eine hohe Dichte an mannigfaltigem Kapital und eine ihnen vorbehaltene Versorgungsinfrastruktur aufweisen (Wacquant 2010a). Sie sind zudem in der Lage, sich örtliche Vielfalt zunutze zu machen und sogar eine fiktive Ortlosigkeit zu fabrizieren, um bspw. Steuern oder Strafverfolgung zu entgehen (Pinçon und Pinçon [2017] zeigen, wie die soziale Herrschaft des Pariser Großbürgertums durch seine doppelte räumliche Verwurzelung in den exklusiven Vierteln des Pariser Westens und auf Landsitzen in den Provinzen gestärkt wird). Demgegenüber sind die Bevölkerungsschichten am unteren Ende der sozialen Ordnung, denen es an Eigentum und Wertschätzung mangelt, zunehmend in stigmatisierten Wohnanlagen eingesperrt (siehe z. B. Keller 2005, McKenzie 2015) oder buchstäblich ortlos, wie im Falle der Obdachlosen, die zwischen Straße, Unterkünften und prekärem Wohnraum zirkulieren oder Lager errichten, deren schiere Sichtbarkeit sie zum Ziel von steuernden oder strafenden Interventionen der Kommunen macht (siehe z. B. Herring 2014 und Jackson 2015). Die Menschen an der Spitze der Sozialordnung gestalten sowohl die materielle Realität als auch das Image ihres Ortes in der Stadt, während jene am unteren Ende zusehen müssen, wie ihr Raum und Ort weitestgehend durch externe Kräfte für sie bestimmt wird. Bourdieu kann uns dabei helfen, die feinen Unterschiede der sozialräumlichen Differenzierung und Herrschaft auf diesen multiplen Ebenen auszuleuchten.

Entgegen Boike Rehbeins (2017) Interpretation meiner Argumentation, stimme ich ihm zu, dass Bourdieu im Kern ein Herrschaftssoziologe ist. Er ist in der Tat *der* Soziologe der Herrschaft – der sogar Max Weber als Inhaber dieses Titels abgelöst hat – insoweit als dass das originellste Konzept im Epizentrum seines Werkes das der symbolischen Macht ist als wirkmächtiger Bezeichnung und folgenreicher Klassifizierung mit der Fähigkeit, die soziale Welt durch die Gestaltung ihrer Repräsentation zu formen, zu verändern oder zu erhalten. Bourdieus Herrschaftssoziologie ist zudem notwendigerweise eine *Kritik* daran, insofern als sie selbstverständlich die versteckten Mechanismen der Herrschaft aufdeckt (dieses Argument habe ich in einer Vielzahl von Veröffentlichungen entwickelt, die sich sowohl an neue als auch an erfahrene Bourdieu-Leser_innen richten [siehe z. B. Wacquant 2005, 2008a, 2013, 2014 und 2017b]).

Ich stimme ferner Rehbein zu, dass es so etwas wie „räumliches Kapital“ schlichtweg nicht gibt, außer als den historischen oder geografischen Niederschlag anderer grundlegender Arten von Kapital, sei es ökonomisches, politisches oder symbolisches (mythisches, religiöses, rechtliches usw.). Das Versäumnis, diese sich an bestimmten physischen Orten kumulierenden Effekte des Kapitals zu erkennen, bedeutet einer Variante des *räumlichen Fetischismus* zu verfallen, nämlich, dem Raum Eigenschaften zuzuschreiben, die ihm durch andere Ausstattungen zugefallen sind. Wenn es eine Grundform des Kapitals gibt, die in Bourdieus häufig zitiertem, aber oft auch durcheinandergebrachtem Katalog fehlt, dann ist es *nicht Raum, sondern physische Gewalt*, die vom Aggressionspotenzial eines bestimmten Individuums bis hin zum organisierten und legitimierten staatlichen Gewaltmonopol reichen kann – aber dieses Thema gehört in eine andere Debatte.

Dies mindert jedoch nicht die Bedeutung der *topologischen Denkweise*, die Leibniz mit Durkheim verbindet, und diese Denkweise ist ausdrücklich nicht auf eine direkte Entsprechung der symbolischen, sozialen und physischen Ebenen beschränkt – ganz im Gegenteil. Bourdieu schlägt weder eine abstrakte Raumsoziologie vor, noch eine Wissenschaft, bei der es lediglich um die Verortung von Objekten, Akteuren, Ressourcen und Aktivitäten gemäß ihren geografischen Koordinaten geht (wie bei Logan 2012). Er bietet vielmehr eine konzeptionelle Triade an, mit deren Hilfe begriffen werden kann, wie physischer Raum durch die Ausstattung mit materiellem Wert und symbolischer Bedeutung in einen Ort verwandelt wird, und wie dieser Ort wiederum in einer sich endlos wiederholenden Dynamik der rekursiven Konversion die Reproduktion und Transformation eben jener sozialen und symbolischen Strukturen, die ihn hervorgebracht haben, vorantreibt. In diesem Rahmen werden räumliche Verortung und Entfernung sowohl als das Ergebnis als auch die materielle Grundlage von Kämpfen interpretiert, die darauf zielen, Entsprechungs- und Übertragungsverhältnisse zwischen symbolischen Kategorien und der sozialen Verteilung von Kapital anzupassen oder aufzuheben.

Hieraus ergibt sich eine Antwort auf Christoph Haferburgs (2017) Bedenken hinsichtlich der Möglichkeit, Bourdieus Modell jenseits entwickelter westlicher Länder auf die postkoloniale und letztlich auf die ganze Welt zu übertragen. Als erstes sei darauf hingewiesen, dass es ein Merkmal von Bourdieus frühen Ansätzen einer Stadtsoziologie ist, an der Schwelle des

Zusammenbruchs der kolonialen Ordnung Algeriens angesiedelt zu sein. Dies gilt insbesondere für seine kühne und detaillierte Analyse der durch das Militär vorangetriebenen Umsiedlungslager *als gleichermaßen proto-urbane wie anti-urbane Gebilde* (Wacquant 2017a: 178-181). Was hier erfasst wird, sind die strukturellen Widersprüche eines Systems imperialer Herrschaft zu einem Zeitpunkt, als es genau jene sozialen Kräfte des glühenden Nationalismus und der raschen Verstädterung freisetzt, die in die postkoloniale Gesellschaft führen. In diesem Zusammenhang ist bemerkenswert, dass einige Geograf_innen, die sich dem Thema Lager verschrieben haben, sich die theoretische Hilfe bei Größen wie Giorgio Agamben, Carl Schmitt und Michel Foucault gesucht haben, Bourdieus empirisch fundiertes Modell jedoch komplett außer Acht ließen (z. B. Ek 2006 und das Sonderheft der *Geografiska Annaler: Series B, Human Geography* zu eben diesem Thema, Minca 2015). Könnte es sein, dass ihr Interesse mehr dem eleganten Wortspiel der reinen Theorie galt, als dem Ergründen der schmutzigen Strukturen und der undurchsichtigen Funktionen real existierender Lager?

Zweitens ist die Trialektik symbolischer Klassifikation, sozialer Verteilung effektiver Ressourcen und der gebauten Umwelt als angeeignetem physischem Raum hinreichend abstrakt, sodass sie es erlaubt, ihren empirischen Manifestationen in Berlin und Bogota, Madrid und Mumbai oder Dublin und Daressalam gleichermaßen nachzugehen. Nichts steht ihrer Anwendung auf die westliche Stadt – oder auf die Stadt im Allgemeinen – im Wege. Sie funktioniert in der Metropole ebenso wie in der Kleinstadt oder im Dorf. Es ist in der Tat einer der großen Vorzüge des Bourdieuschen Modells, dass es sich problemlos über unterschiedliche geografische Regionen und Skalenebenen (im Hinblick auf Größe, Dichte und Vielfalt, um an Wirths [1974/1938] Trinität zu erinnern) hinweg anwenden lässt, vom abgelegensten Dorf bis zur sich ausbreitenden städtischen Agglomeration. Diese Trialektik funktioniert auf der Mikroebene innerhalb einer Wohnstätte, beispielsweise, wenn Bourdieu (1976 [1960]) die Entsprechungsverhältnisse zwischen den mythischen Kategorien der Kabyll_innen, deren Projektion auf einen bedeutsamen Grundriss im Inneren des traditionellen Hauses und die Verteilung von männlichen und weiblichen Gegenständen und Aufgaben in der häuslichen Sphäre analysiert. Und sie funktioniert ebenso in einem näher an der Makroebene angesiedelten Kontext, wenn Bourdieu (1999 [1992]: Prolog) zum Beispiel darlegt, wie der dualistische Gegensatz zwischen den zwei Polen auf dem Feld der Macht, der Kunst und des Geldes – und [entsprechend] den zwei Lagern der herrschenden Klasse (das kulturelle und ökonomische Segment des Bürgertums) – die physischen Verortungen, die Bewegungen im Raum und die Beziehungen der verschiedenen Charaktere in Flauberts meisterhaftem Roman *L'Éducation sentimentale* am rechten und linken Ufer der Seine im Frankreich des späten 19. Jahrhunderts bestimmt. Nun ist der chiasmatische Gegensatz zwischen ökonomischem und kulturellem Kapital, der das Feld der Macht strukturiert, ein abstrakter Dualismus (der zum *Topos* des theoretischen Denkens gehört). Als solchen kann man ihn nicht beobachten, sondern muss ihn entlang der Idee des sozialen *Raums* konstruieren (innerhalb dessen das Machtfeld an höherer Stelle angesiedelt ist), der in physischen *Orten* eingeschrieben wird, die von den Akteuren auf der Grundlage desselben symbolischen Gegensatzes wahrgenommen werden.

Lars Meiers (2017) Aufforderung, den Blick auf die Rolle symbolischer Macht bei der Herstellung urbaner Konstellationen zu richten, hat meine vollste Zustimmung. Dies war in der Tat schon in den letzten zwei Jahrzehnten ein Kernbestandteil meines Forschungsprogramms an der Stadtfront (Wacquant 2014). Das Konzept *territorialer Stigmatisierung* habe ich entworfen, indem ich Bourdieus Begriff der symbolischen Macht mit Goffmans Verständnis von Stigma verband, um zu zeigen, dass ein Makel des Ortes nicht nur die Selbstwahrnehmung und sozialen Strategien der Bewohner_innen der übel beleumdeten Viertel beeinflusst, sondern auch einen Einfluss auf die Reaktionen ihrer Nachbar_innen, das Handeln öffentlicher Verwaltungen und privater Unternehmen sowie auf die staatliche Politik gegenüber vom Niedergang bedrohten Vierteln hat (Wacquant 2006, 2007, 2008b, 2010b; siehe Wacquant, Slater und Pereira 2014 für eine breite Anwendung des Konzepts auf acht Länder auf drei Kontinente). In *Die Verdammten der Stadt* argumentiere ich, dass das räumliche Stigma eine neuartige und spezifische Dimension einer „fortgeschrittenen Marginalität“ darstellt, welche die Stadtforschung bei der Analyse der Strukturen urbaner Ungleichheit im 21. Jahrhundert in den Vordergrund rücken muss.

In ähnlicher Weise prangere ich seit zwei Jahrzehnten unablässig den rhetorischen und metaphorischen Missbrauch des Begriffs ‚Ghetto‘ als Beteiligung an einem Herabwürdigungsdiskurs der städtischen Armen an, der *die neue soziale Frage* der misslichen Lage des städtischen Prekariats in der polarisierten Großstadt *fälschlicherweise verräumlicht und ethnisiert*. Dies ist sowohl in den Vereinigten Staaten der Fall, wo das gemeinschaftliche Ghetto der fordistischen Ära in den 1960er Jahren implodiert ist, um durch ein *Hyperghetto* ersetzt zu werden, als auch in Europa, wo sich die Arbeitergehenden in verarmte und benachteiligte Zonen verwandelt haben, die man insofern *Anti-Ghettos* nennen könnte, als dass sie sich in jeder Hinsicht vom Muster des Ghettos wegbewegen: Sie nehmen eine ethnisch heterogenere und durchlässigere Gestalt an, sind weniger umfassend ausgestattet und ihrer Organisationsfähigkeit beraubt und es ist ihnen nicht gelungen, eine gemeinsame Sprache und eine verbindende Identität ihrer Bewohner_innen hervorzubringen (Wacquant 2015).

Mit dem Schritt von der Kritik zu einem konstruktiven theoretischen Vorschlag habe ich – unter Anwendung der Bourdieuschen Prinzipien der erkenntnistheoretischen Reflexivität und dreifachen Historisierung – ein robustes *analytisches Konzept des Ghettos* als räumliches Instrument der ethnischen Schließung mittels der wechselseitigen Zuschreibung von Kategorie und Territorium formuliert, mit der Absicht, den unausgegorenen und wandelbaren Begriff, der in der Welt der Wissenschaft, in den politischen Debatten und den Medien kursiert, zu ersetzen. In *The Two Faces of the Ghetto* zeige ich, dass, im Gegensatz zu der in Wissenschaft und Politik allgemein akzeptierten Vorstellung, Ghettoisierung nicht mit Segregation deckungsgleich und keine Triebkraft von Desorganisation ist, sondern einen *Modus gespaltener Integration* darstellt (Wacquant 2018). Sie bringt eine stigmatisierte Bevölkerung in die Stadt, der in der städtischen Arbeitsteilung eine eindeutige Rolle zukommt (strukturelle Integration durch ökonomische Ausbeutung), der Gleichheit in face-to-face Interaktionen und engen Beziehungen aber verweigert wird (Zurückweisung sozialer Integration durch

Ausgrenzung). Die Aufschlüsselung der Bourdieuschen Trialektik von symbolischem, sozialem und physischem Raum in den drei kanonischen Fällen der räumlichen Zwangsausgrenzung der jüdischen Bevölkerung im Europa der Renaissance, der Afroamerikaner_innen in den fordistischen Vereinigten Staaten und der Buraku im Japan der Post-Tokugawa-Periode – ermöglichte es, die Aufmerksamkeit auf die *paradoxen Gewinne der Ghettoisierung* für jene mit Makel behafteten Kategorien zu lenken, und so die ‚horizontale‘ Dimension der Reziprozität und Würde wieder in den Blick zu bekommen, die aus der ‚vertikalen‘ Dimension von Unterwerfung und Entwürdigung in jedem System der Herrschaft erwächst und diese ergänzt. Dieser Ansatz gibt uns ferner die Mittel an die Hand, die strukturelle und funktionale Verwandtschaft zwischen dem Ghetto, dem Gefängnis, dem Reservat und dem Lager zu fassen, just zu dem Zeitpunkt, da die Staatenlenker_innen der entwickelten Gesellschaften in zunehmendem Maße auf Grenzen, Mauern und abgegrenzte Quartiere als Mittel zurückgreifen, um die als problematisch erachteten Bevölkerungsgruppen als solche zu definieren, sie in ihrer Bewegungsfreiheit einzuschränken und zu kontrollieren.

Dies ist ein konkretes Beispiel für den wissenschaftlichen Ertrag, der sich ergibt, wenn man Bourdieu bei der Untersuchung des Nexus von *Topos*, Raum und Ort im Kontext der Stadt folgt. Bourdieu verabscheute die trockene theoretische Abhandlung, die einzig dem Zweck des demonstrativen Theoretisierens dient, und er war stets fasziniert von neuen empirischen Argumenten, die es uns erlauben, ein Konzept zu verfeinern, eine Theorie zu umreißen und die Leistungsfähigkeit eines Paradigmas durch das Kreieren neuer Objekte aufzuzeigen. Ich hoffe, dass diese Debatte in s u b \ u r b a n meine deutschsprachigen Kolleg_innen dazu anregt, die Thematik weiterzuverfolgen und ein Meer empirischer Blumen in der Bourdieuschen Stadt zum Blühen zu bringen.

Übersetzung aus dem Englischen von Stephan Elkins, wissenschaftliches Lektorat von Johanna Hoerning.

Autor_innen

Loïc Wacquant ist Soziologe und forscht u. a. zum strafenden Staat, zu ‚race‘ als Prinzip sozialer Spaltung, zu vergleichender städtischer Ungleichheit und Marginalität sowie zu klassischer und zeitgenössischer Gesellschaftstheorie.
loic@berkeley.edu

Literatur

- Bourdieu, Pierre (1976 [1960]): Das Haus oder die verkehrte Welt. In: Ders., Entwurf einer Theorie der Praxis auf der ethnologischen Grundlage der kabyllischen Gesellschaft, Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 48-65.
- Bourdieu, Pierre (1999 [1992]): Die Regeln der Kunst. Genese und Struktur des literarischen Feldes, Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Bourdieu, Pierre (1997 [1993]): Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Lebens an der Gesellschaft. Konstanz : UVK.
- Bourdieu, Pierre (2000): Les structures sociales de l'économie. Paris: Seuil.

- Chamboredon, Jean-Claude / Lemaire, Madeleine (1970): Proximité spatiale et distance sociale. Les grands ensembles et leur peuplement. In: *Revue française de sociologie* 11/1, 3-33.
- Desmond, Matthew (2017): Heavy is the House. Rent Burden among the American Urban Poor. In: *International Journal of Urban and Regional Studies*, im Erscheinen.
- Ek, Richard (2006): Giorgio Agamben and the Spatialities of the Camp: An Introduction. In: *Geografiska Annaler: Series B, Human Geography* 88, 363-386.
- Haferburg, Christoph (2017): Post-urbanisierte Städte in globaler Perspektive: Zur Aktualität Bourdieuscher Konzepte in der Stadtforschung. In: *sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung*, 5/1-2, 205-214.
- Herring, Christopher (2014): The New Logics of Homeless Seclusion: Homeless Encampments in America's West Coast Cities. In: *City & Community* 13/4, 285-309.
- Inin, Engin (2003): Historical Sociology of the City. Delanty, Gerard / Inin, Engin F. (Hg.): *Handbook of Historical Sociology*. London: Sage, 312-325.
- Jackson, Emma (2015): *Young Homeless People and Urban Space: Fixed in Mobility*. London: Routledge.
- Keller, Carsten (2005): *Leben im Plattenbau. Zur Dynamik sozialer Ausgrenzung*. Berlin: Campus.
- Logan, John R. (2012): Making a Place for Space: Spatial Thinking in Social Science. In: *Annual Review of Sociology*, 38, 507-524.
- Manderscheid, Katharina (2017): Reflektionen zu räumlicher Nähe und sozialer Distanz. Kommentar zu Loïc Wacquant: Bourdieu Comes to Town. In: *sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung*, 5/1-2, 197-204.
- McKenzie, Lisa (2015): *Getting By: Estates, Class and Culture in Austerity Britain*. Bristol: Policy Press.
- Meier, Lars (2017): Ortseffekte oder Bourdieu und die Ausrufung des Ghettos. In: *sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung*, 5/1-2, 215-220.
- Minca, Claudio (2015): Geographies of the Camp. In: *Political Geography* 49/11, 74-83.
- Pasquali, Paul (2012): Deux sociologues en banlieue. L'enquête sur les grands ensembles de Jean-Claude Chamboredon et Madeleine Lemaire (1966-1970). In: *Genèses* 87, 113-135.
- Pinçon, Michel / Pinçon-Charlot, Monique (1989): *Dans les beaux quartiers*. Paris: Seuil.
- Pinçon, Michel / Pinçon-Charlot, Monique (1992): *Quartiers bourgeois, quartiers d'affaires*. Paris: Payot.
- Pinçon, Michel / Pinçon-Charlot, Monique (2017): Class Power and Power over Space. How the Bourgeoisie Reproduces Itself in the City. In: *International Journal of Urban and Regional Studies*, im Erscheinen.
- Rehbein, Boike (2017): Physischer Raum und Herrschaft. In: *sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung*, 5/1-2, 221-224.
- Wacquant, Loïc (Hg.) (2005): *Pierre Bourdieu and Democratic Politics: The Mystery of Ministry*. Cambridge: Polity Press.
- Wacquant, Loïc (2006): *Das Janusgesichte des Ghettos und andere Essays*. Basel / Berlin: Birkhäuser Verlag.
- Wacquant, Loïc (2007): Territorial Stigmatization in the Age of Advanced Marginality. In: *Thesis Eleven* 91, 66-77. (dt. Übersetzung 2007: Territoriale Stigmatisierung im Zeitalter fortgeschrittener Marginalität. In: *Das Argument* 271, 399-409).
- Wacquant, Loïc (2008a): Pierre Bourdieu. In: *Stones, Rob (Hg.): Key Contemporary Thinkers*. London / New York: Macmillan, 261-277 und 411-414.
- Wacquant, Loïc (2008b): *Urban Outcasts: A Comparative Sociology of Advanced Marginality*. Cambridge, UK: Polity Press. (dt. Übersetzung 2018: *Die Verdammten der Stadt. Eine vergleichende Soziologie fortgeschrittener Marginalität*. Berlin: Springer).
- Wacquant, Loïc (2010a): Designing Urban Seclusion in the 21st Century. In: *Perspecta: The Yale Architectural Journal* 43, 165-178. (dt. Übersetzung 2014: Die Gestaltung städtischer Abschließung im 21. Jahrhundert. In: *Geographica Helvetica*, 69, 89-97).
- Wacquant, Loïc (2010b): Urban Desolation and Symbolic Denigration in the Hyperghetto. In: *Social Psychology Quarterly* 20/3, 1-5. (dt. Übersetzung 2013: Regio non grata: Städtische Verwüstung und symbolische Verunglimpfung im Hyperghetto. In: *Indes: Zeitschrift für Politik und Gesellschaft* 4, 19-28).
- Wacquant, Loïc (2013): Symbolic Power and Group-Making: On Bourdieu's Reframing of Class. In: *Journal of Classical Sociology* 13/2, 274-291. (dt. Übersetzung 2013: Symbolische

- Macht und Gruppenbildung: Zu Pierre Bourdieus Neuformulierung der Klassenfrage. In: Berliner Debatte Initial 24/ 2, 14-31).
- Wacquant, Loïc (2014): Marginality, Ethnicity and Penalty in the Neoliberal City: An Analytic Cartography. In: Ethnic & Racial Studies 37/10, 1687-1711. (dt. Übersetzung 2014: Marginalität, Ethnizität und Strafen in der neoliberalen Stadt: eine analytische Kartographie. In: Berliner Debatte Initial 25/1, 87-105).
- Wacquant, Loïc (2015): Revisiting Territories of Relegation: Class, Ethnicity and the State in the Making of Advanced Marginality. In: Urban Studies Journal 53/ 6, 1077-1088.
- Wacquant, Loïc (2017a): Mit Bourdieu in die Stadt: Relevanz, Prinzipien, Anwendungen. In: sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung, 5/1-2, 171-194.
- Wacquant, Loïc (2017b): Practice and Symbolic Power in Bourdieu: The View from Berkeley. In: Journal of Classical Sociology 17/ 1, 55-69.
- Wacquant, Loïc (2018): The Two Faces of the Ghetto. Cambridge: Polity Press.
- Wacquant, Loïc / Slater, Tom / Pereira, Virgilio (2014): Territorial Stigmatization in Action. In: Special issue of Environment & Planning A 46/6, 1270-1280.
- Wirth, Louis (1974 [1938]): Urbanität als Lebensform. In: Ulfert Herlyn (Hg.), Stadt- und Sozialstruktur. Arbeiten zur sozialen Segregation, Ghettobildung und Stadtplanung. München: Nymphenburger Verlagsbuchhandlung, 42-66.

„We take the risk of hope“

Überlegungen zu akademischer (Reproduktions-)Arbeit im Anschluss an das Vernetzungstreffen „Feministische Geographien“ in Hamburg

Nina Fraeser, Sarah Klosterkamp,
Juliane Kühn, Eva Kuschinski
und Theresa Martens

Die Beweggründe für das kollektive Verfassen dieses Artikels sind die systematischen Widersprüche zwischen effizienzorientierter universitärer Arbeit und Geniemythos der Wissenschaft einerseits und den Ansprüchen an kritische – und feministische – Lehrpraxis und widerständige Alltagspraxen in der Akademie andererseits. Unsere Motivation basiert also sowohl auf der Sichtbarmachung von Missständen, als auch auf Freude, Leidenschaft und Kollegialität. Anschließend an Diskussionen zu Bedingungen kritischer Wissensproduktion (bspw. s u b \ u r b a n 2016, Band 4, Heft 2/3) argumentieren wir, dass ein Blickwinkel auf akademische Arbeit als Care- und Reproduktionsarbeit unabdingbar ist und gleichzeitig emanzipatorische Ansätze zum Lehren, Lernen und Forschen (entsprechend einer feministischen Praxis) ermöglicht.

Zunächst wird geschildert, wie Verantwortungsabgabe dazu beiträgt, sich vom Vorbereitungs- und Erfolgsdruck akademischer Tagungen zu distanzieren und Raum zu schaffen für ergebnisoffene und solidarische wissenschaftliche Arbeitsweisen. Des Weiteren wird die Verschränkung von kritischer Wissensproduktion und feministischer Praxis beleuchtet und somit die Universität als Ort der Reproduktion konzeptualisiert. Abschließend verknüpfen wir unsere Überlegungen zu Stadt und Reproduktionsarbeit mit gegenwärtigen politischen Praxen der solidarischen und kollektiven Alltagsbewältigung und zeigen damit auf, wovon wir in der Akademie lernen können.

Maßgeblich inspiriert ist dieser Text durch das Vernetzungstreffen „Feministische Geographien“[1], das Ende April 2017 in Hamburg stattgefunden hat. Die Autorinnen schreiben diesen Text daher in einem situativen, solidarischen *Wir*. Situativ, weil sich dieses *Wir* zu unterschiedlichen Momenten unseres Erzählens verschieden zusammensetzt. Mal schreiben wir als Teil des Orga-Teams des Treffens, mal als Teilnehmerinnen, dann wieder als Beschäftigte der Akademie oder Feministinnen. Solidarisch ist unser *Wir*, weil wir in der Unterschiedlichkeit unserer Positionen, ob in Bezug auf die Universität[2] oder unsere Feminismen, aufgrund unserer gemeinsamen Erfahrungen während des Treffens in Hamburg und darüber hinaus eine solidarische Praxis erproben und uns darin verbunden fühlen. Hierzu gehört auch das Verfassen dieses

Textes. Unsere Stimmen sind verwoben mit denen von Studierenden und Kolleg_innen, wir schöpfen aus Gesprächen während und nach dem Treffen.[3] Wir wollen Erfahrungen und Überlegungen teilen und zur Diskussion stellen. Sie sind aus dem Bewusstwerden der Differenz zwischen den Arbeitsweisen während des Vernetzungstreffens und dem universitären Alltag, zu dem die meisten von uns danach zurückgekehrt sind, entstanden.

Insgesamt haben circa 50 Personen aus unterschiedlichen Universitätsstandorten Deutschlands am Vernetzungstreffen „Feministische Geographien“ teilgenommen. Die meisten davon sind Geographie-Studierende, aber auch Beschäftigte im Wissenschaftsbetrieb, niemand davon mit Professur. Das Orga-Team aus Hamburg hatte im Vorfeld nur eine inhaltliche Setzung vorgenommen: die aktuellen Krisentendenzen und Verschiebungen im Bereich der Reproduktionsarbeit. Vor allem haben wir jedoch, um Zeit und Raum für die Entwicklung gemeinsamer Themen zu schaffen, die BarCamp-Methode[4] für die Strukturierung des Treffens genutzt und damit folgende temporären Arbeitsgruppen gebildet: Reflexivität in der (Feld-)Forschung (daraus hervorgegangen: Mürlebach et al. 2017), feministische Perspektiven auf akademische Arbeit, feministisch-psychoanalytische Forschungsansätze, postkoloniale Stadtforschung und indigener Feminismus in Lateinamerika. Somit konnten wir uns mit Inhalten auseinandersetzen, die in unserem Studien- und Arbeitsalltag oft zu kurz kommen, auch weil sie feministisch sind.

„Ich soll eine Abendveranstaltung moderieren?“ – solidarische Aufgabenverteilung

„[...W]e take the risk of hope with full knowledge of the possibility, even the certainty, of failure.“[5]

Der entscheidende Knackpunkt besteht für uns darin, entgegen einer professionalisierten und erfolgsorientierten Selbstausschöpfung, die oft mit der Organisation wissenschaftlicher Konferenzen einhergeht, die logische Konsequenz zu ziehen, sich von Planbarkeit zu lösen und der Möglichkeit des Scheiterns erwartungsvoll gegenüberzustehen. Der universitäre Alltag lässt oft nur wenig zusätzliche Energie und Zeit für extracurriculare Aufgaben wie die Organisation eines Vernetzungstreffens. Es gab Momente, in denen einem das vormals ganz optimistisch in der Ferne schillernde Event plötzlich wie ein Klotz vor die Füße fiel: Der schlaue Einfall zum inhaltlichen Workshop kam immer noch nicht und das Gefühl, sicher etwas Wichtiges vergessen zu haben, schlich sich langsam ein. Zudem waren wir uns als Organisierende unsicher darüber, ob unser Konzept für das Treffen so aufgehen würde, wie erhofft. Denn dieses bestand auch darin, viel Kontrolle abzugeben und sich auf das unbekannte Kollektiv der Teilnehmenden zu verlassen.

Dabei ging es zunächst um die Verteilung klassischer Reproduktionsarbeit, wie zum Beispiel der Unterstützung der (externen) Kochgruppe. Wenn es aber um die Übernahme sowie Abgabe anderer Aufgaben ging – wie die inhaltliche Moderation einer öffentlichen Diskussionsveranstaltung –, kostete es uns weitaus mehr Überwindung. Eine weitere Konsequenz unserer aktiven Abwendung von etablierten akademischen Tagungsstrukturen war das Ausprobieren anderer Formate des Lernens, jenseits von Performance-,

Noten- und Zeitdruck. So haben wir beispielsweise von einem klassischen Keynote-Vortrag abgesehen, weil wir selbst oft genug erfahren hatten, dass man selten Zeit für die vorbereitende Lektüre findet oder sich nicht traut, in einem solchen Setting voller vermeintlich versierterer Personen etwas zu sagen. Die Vorbereitung auf die Diskussionsveranstaltung mit Julia Dück und Sarah Speck fand vor Ort statt. In Kleingruppen näherten wir uns ihrer Arbeit mit der gemeinsamen Lektüre kurzer Texte (vgl. Dück/Fried 2015, Speck o. J.) und diskutierten im Anschluss Fragen zu geographischen Perspektiven auf Reproduktionsarbeit. Es war die erste inhaltliche Auseinandersetzung während des Treffens, die neben der kollektiven Vorbereitung ermöglichte, einander besser kennenzulernen. Dabei wurden Teilnehmende dazu ermutigt Aufgaben wie das Repräsentieren einer Kleingruppe während der Diskussionsveranstaltung oder auch die Moderation eben dieses Formates zu übernehmen, die bisher kaum Erfahrung mit derlei Tätigkeiten hatten.

Somit wurde die klassische Unterteilung zwischen den unsichtbaren ‚fleißigen Händen‘ im Hintergrund und den routinierten Expert_innen, die häufig ausschließlich für die Inhalte solcher Treffen zuständig sind, aufgebrochen. Wir möchten nicht behaupten, dass wir damit Hierarchien oder gesellschaftliche Machtverhältnisse aufgelöst haben. Dennoch bleibt für uns nach dem Treffen das Gefühl, dass wir es geschafft haben, an diesem Wochenende durch Anerkennung und Wertschätzung der unterschiedlichen Wissens- und Erfahrungsbestände der Teilnehmenden, ähnlich wie es Bürk (2016: 236) vorschlägt, eine ergebnisoffene und solidarische wissenschaftliche Praxis zu erproben, die sich unterscheidet von den etablierten Strukturen unserer Arbeits- und Studienrealitäten. Auf dieser Erfahrung können wir aufbauen, denn sie gibt Kraft für die Auseinandersetzung mit Professionalisierungs- und Leistungszwang im Hochschulalltag.

Über das akademische Viertel hinaus – Wissensproduktion ohne Zeit- und Bewertungsdruck

Ein Versuch, sich genau von diesen Zwängen ein Stück weit freizumachen, stellte das Format des BarCamps dar, aus dem sich eine Vielfalt an Themen ergab. Nach der Präsentation dieser Methode stand der Großteil von uns mehrere Minuten im Raum und wägte ab, für welches Thema die gemeinsame Zeit in den jeweiligen Arbeitsgruppen genutzt werden sollte. Es tat gut, die Entscheidung nicht entlang der Erfüllung von Prüfungsleistungen oder Antragsgeldern treffen zu müssen; sich Zeit zu nehmen für eine solche Arbeitsweise empfanden wir als Luxus jenseits alltäglicher Effizienz- und Strategiegedanken.

Neben einer kritischen Wissensproduktion, welche gesellschaftliche Verhältnisse in Frage stellt, glauben wir, dass es einer Praxis bedarf, in der wir mehr füreinander sorgen, um den prekären Verhältnissen im Universitätsalltag zu begegnen. Auf dem Treffen stellten unsere prozessorientierte Arbeitsweise und die flexible Zeiteinteilung innerhalb der Arbeitsgruppen eine Bereicherung für uns dar. Wir konnten innerhalb offener Strukturen diskutieren und über die Zeit selbstbestimmt verfügen, um zwischen einzelnen Arbeitsphasen einen power-nap einzulegen oder spazieren zu gehen. In unserem eigenen Rhythmus

zu denken und auch die Selbstsorge nicht außer Acht zu lassen, ist für uns ein essentieller Bestandteil feministischer Wissensproduktion.

In der Arbeitsgruppe zum Thema „Feministische Perspektiven auf akademische Arbeit“ formulierten einige Studierende, die in Bonn autonom Seminare zu feministischen Geographien organisieren, ein sehr deutliches Bewusstsein darüber, dass ihre Studienbedingungen im direkten Zusammenhang mit den Beschäftigungsverhältnissen an den Universitäten stehen. Für diejenigen unter uns, die als Dozentinnen davon betroffen sind, war das ein besonders wichtiger Moment. Wir haben uns nicht nur über gemeinsam gelesene Texte, sondern auch über Erfahrungen aus dem wissenschaftlichen beziehungsweise universitären Alltag und die unentlohnte Arbeit, die wir jeweils in diesem Kontext leisten, ausgetauscht. So konnten wir erkennen, dass sowohl Studierende als auch Dozierende jeweils Expert_innen mit wichtigen Perspektiven sind. Durch den kontinuierlichen Austausch auf Augenhöhe ließen sich Allianzen schmieden, in denen wir gemeinsam den zunehmenden Neoliberalisierungsprozessen an den Universitäten und Forschungsinstituten entgegentreten können (vgl. Mountz et al. 2015, Bürk 2016).

Aus dieser gelebten feministischen Praxis ergab sich neben der guten Stimmung und der intensiven, solidarischen Vernetzung auch eine Befruchtung der inhaltlichen Diskussion. Als wir mit Julia Dück die Thesen diskutierten, dass Care-Arbeit nicht ohne massiven Qualitätsverlust in ihrer Effizienz steigerbar ist und dass die Arbeitsverhältnisse des Pflegepersonals an der Charité und das Wohl der Patient_innen direkt zusammenhängen, konnten wir Parallelen zu unserem Austausch ziehen. Wir haben somit eine neue Perspektive auf die Universität als Ort der Reproduktion gewonnen. Zumindest insofern, als dass auch akademische Arbeit nicht in der Effizienz steigerbar ist, ohne dafür bedeutend an Qualität zu verlieren, sodass auch der Bildungsbetrieb Universität als Ort der Reproduktion gelesen und bewertet werden sollte.

Zunächst einmal ist von denjenigen, die in der Lehre arbeiten, Care-Arbeit in der Betreuung von Studierenden zu leisten. Wir setzen uns oft mit Problemen von Studierenden auseinander, wenn es um verspätete Abgaben oder nicht erbrachte Leistungen und deren Begründung geht. In Momenten, in denen aus der Position der Studierenden das Bedürfnis besteht, als Person erkannt zu werden, versuchen wir als Dozentinnen empathisch und solidarisch, Vergleichbarkeit und Fairness suggerierende Mechanismen wie Abgabetermine biegsam zu machen. Gleichzeitig sind lebendig beschriebene Überforderungen oder Schicksalsschläge zwar selten Probleme, zu deren Lösung wir beitragen können, jedoch begleiten sie uns oft weiter durch unseren (All-)Tag: In einer Care-Kette sprechen wir dann mit Kolleg_innen über die Hürden der Studierenden und die eigenen Schwierigkeiten damit umzugehen. Gemeinsam finden wir Lösungen und wägen ab, welche Möglichkeiten wir innerhalb oftmals stark reglementierter Verwaltungsstrukturen haben. Da kommt es auch vor, dass ein Konferenz-Abstract nicht geschrieben wird oder Texte für die nächste Seminarvorbereitung nur überflogen werden. Als feministische Praxis ist diese Art von Care jedoch ein Anspruch, den viele von uns an sich selbst stellen.

Aus der Perspektive vieler Studierender wurde in Gesprächen während des Treffens und danach immer wieder darauf verwiesen, dass in einer neoliberalisierten Universität Konkurrenz und Hierarchien schon durch

Benotungen stets präsent sind. Die Bologna-Reform hat ihren Teil dazu beigetragen, dass Noten bereits in den ersten Jahren des Studiums als wichtig erachtet werden. Aber auch in der Qualität von Lehrveranstaltungen schlagen sich diese Prozesse nieder. So greifen prekär beschäftigte Dozierende häufig auf Lehrformate zurück, die zu großen Teilen aus Referaten der Studierenden bestehen und somit nur begrenzt Raum für kollektive Lernprozesse bieten. Aus der Perspektive einer – wenn auch temporären – solidarischen Praxis wurden für uns die Möglichkeiten, Verschränkungen und Herausforderungen der unterschiedlichen akademischen Statusgruppen und ihrer Kämpfe um Reproduktionsverhältnisse des universitären Alltags deutlich.

Wir konnten neue, wertvolle Perspektiven auf unsere Arbeit gewinnen und somit einen gemeinsamen und solidarischen Wissensbestand schaffen. Dies ermöglichte uns auch, der – von Schuster (2016: 194f.) in Bezug auf Dölling (2013) proklamierten – etablierten Hierarchisierung von akademischem und Bewegungs-Feminismus eine andere Praxis entgegenzusetzen. Der Austausch von Erfahrungswissen kann demnach die Basis für feministische Theoriearbeit sein. Durch die Betrachtung von universitärer Arbeit als Reproduktionsarbeit wollen wir Prozesse der Individualisierung, Unsichtbarmachung und Entwertung von Reproduktionsarbeit an der Akademie eine weitere Sprecherinnenposition entgegenzusetzen.

Zwischen Latte Macchiato und Care-Streik – Von (feministischen) Alltagskämpfen in der Stadt lernen?!

Während des Treffens widmeten wir uns mehrfach der Stadt als Ort, der vielfältige Perspektiven einer feministischen Analyse von Reproduktionsarbeit zulässt, aber auch lokaler Ansatzpunkt kollektiver Kämpfe um eine reelle Transformation dieser Verhältnisse sein kann. Basierend auf den Beiträgen von Sarah Speck, zu Kontinuitäten in der geschlechtsspezifischen Hausarbeit bei heterosexuellen Paaren, und Julia Dück, zum Care-Streik in der Charité, haben wir in unserer Diskussion nach urbanen Bezügen zu ihren Thesen gesucht. Im Hinblick auf den Zugang zu öffentlichen Räumen in der Stadt, wer sie nutzen darf und soll und wie dadurch Geschlechterverhältnisse sowohl verändert als auch verfestigt werden, wurde das Beispiel sogenannter ‚Macchiato-Mütter‘ (Maier 2011) besprochen. Mit diesem Begriff werden idealtypisch junge, weiße, potenziell akademisch gebildete Cis-Frauen betitelt, deren Anwesenheit im Stadtraum als aggressive Zurschaustellung des Mutterseins wahrgenommen wird. In einigen Berliner Cafés wurden daraufhin Kinderwagenverbote ausgesprochen. Hierbei wird der Kampf um Stadtteile und gegen die Veränderung ihrer Einwohner_innenstruktur deutlich. Ebenso hat der Diskurs um diese Mütter aber auch eindeutig misogynen Züge. Er zeigt, dass Frauen, die sich mit großem Selbstbewusstsein den öffentlichen Raum aneignen und öffentlich Reproduktionsarbeit nachgehen, abgewertet werden. Dieses Beispiel verdeutlicht, dass es notwendig ist, politische Kämpfe gegen die negativen Folgen von Gentrifizierung und Geschlechterpolitiken, in diesem Falle die Bedingungen von Reproduktionsarbeit, zusammen zu denken.

Um jedoch nicht nur auf der Analyseebene zu verbleiben, tauschten wir uns auch über das Potenzial von Städten als Räume der Begegnung und des Widerstands in der Krise der Care-Arbeit aus. Unter diesem Begriff der

Krise wird der allmähliche Zusammenbruch von Versorgungseinrichtungen wie Krankenhäusern verstanden, in denen Fürsorge aufgrund von Austeritätspolitiken immer stärker gemäß den Paradigmen der Marktförmigkeit und Effizienz organisiert wird. Die staatliche Daseinsvorsorge bricht an diesen Orten zusammen und/oder weicht unternehmerischen Modellen, wodurch immer mehr Menschen der angemessene Zugang zu reproduktiven Ressourcen versperrt wird. Als Reaktion darauf wird in einer wachsenden Zahl von Städten unter dem Label der Basisorganisierung (vgl. Maruschke 2014, Kratzsch/Maruschke 2016) versucht, im Alltag solidarisch zusammenzuarbeiten: Es werden neue Stadtteilläden, Centri Sociale und Mieter_inneninitiativen gegründet. Diese Alltagsarbeit ist feministisch, denn sie birgt die Chance, die Stadt als den Ort zu begreifen, an welchem wir jetzt ein solidarisches Zusammenleben erproben können. Unsere Diskussion der Alltagskämpfe in der Stadt ist darüber hinaus aber auch mit unserem akademischen Alltag verknüpfbar. So können feministische Praxen der solidarischen Wissensproduktion in der Akademie auch von der politischen Praxis in sozialen Bewegungen lernen (vgl. Schuster 2016).

An kollektiven Versuchen können wir nicht individualisiert scheitern

Akademische Arbeit als Reproduktionsarbeit zu lesen, die einer solidarischen Praxis bedarf, ist die zentrale Konsequenz, die wir ausgehend von der Beschäftigung mit den Kontinuitäten, Brüchen und Krisen der gesellschaftlichen Care- und Reproduktionsarbeit ziehen. Durch das Zusammendenken gesellschaftlicher Verhältnisse und alltäglicher Praxen kann feministische Analyse praktisch wirksam werden: Wir erkennen die Universität einerseits als Ort der Reproduktion von Arbeitskraft mit all den dort angelegten *gesellschaftlichen* Herrschaftsverhältnissen (vgl. Gutiérrez-Rodríguez et al. 2016, Bürk 2016). Sie ist andererseits ein Ort der Care-Arbeit, weil wir diese dort tatsächlich *alltäglich* leisten und brauchen. Folglich können wir vor allem für den Bereich der universitären Lehre eine Parallele zur derzeitigen Krise der Reproduktionsarbeit ziehen, da hier Arbeitsverhältnisse und Studienbedingungen eng aneinandergelockt sind. Wir erkennen in diesen alltäglichen Widersprüchen das Potential für Transformation.

Und so einleuchtend diese Erkenntnisse vielleicht für die auf- und abgeklärten Leser_innen klingen mögen, so wenig selbstverständlich ist es, dementsprechend zu handeln. Denn auch wenn eine kritische Perspektive auf unsere Studien- und Arbeitsbedingungen den Widerspruch zwischen dem bestehenden (Universitäts-)System und den Ansprüchen an solidarische und emanzipatorische Wissensproduktion aufzeigt, so fehlen häufig Alltagsstrategien dagegen anzukämpfen. Durch das Aufbrechen etablierter und hierarchisierter Positionen zeigt sich, wo Allianzen zu schmieden sind.

Das Verständnis für die Position der Anderen kann erst im Austausch auf Augenhöhe entstehen. Dozierende müssen dafür Abstand vom Mythos der professionalisierten, aber auch individualisierten Wissenschaftler_in nehmen. Ein Anfang besteht darin, akademische Arbeit auch als Lohnarbeit und nicht (ausschließlich) als Berufung oder Privileg zu begreifen. Nur dadurch wird es möglich, Distanz zur neoliberal (selbst-)ausbeutenden

Genie-Romantik aufzubauen (vgl. Müller/Speck 2016). Das Streben nach einer solchen Selbstdarstellung führt nicht nur zur Überforderung von Akademiker_innen, sondern häufig auch zu einer Verunmöglichung von kreativen und kollektiven Arbeits- und Lernweisen, nach denen wir, als in akademischen Kontexten Lehrende, Lernende und Arbeitende, suchen. So ließe sich mit den Worten von Stefano Harney und Fred Moten sagen:

„But this is the position of professionalization, and it is this position that confronts that student, however rare, who comes to public administration with a passion. Any attempt at passion, at stepping out of this scepticism of the known into an inadequate confrontation with what exceeds it and oneself, must be suppressed by this professionalization.“
(2013: 35)

Dies bedeutet, sich daran erinnern zu lassen, wie es war, Student_in zu sein und im besten Fall auch an die Zeit außerhalb der Akademie und vor der Herausbildung eines professionalisierten und akademisierten Selbst. Dies bedeutet auch, die Universität – und alle daran anschließenden Formate wie Lehre, Tagungen und Workshops – als Ort der gesellschaftlichen Reproduktion von Herrschaft kollektiv zu untergraben und uns immer wieder selbst daran zu erinnern, dass wir nicht im Leistungsparadigma aufgehen müssen und sollten. Eine solche Praxis gelingt am besten, wenn wir solidarisch und kollektiv innerhalb der Akademie zusammenarbeiten und uns Räume erspielen und erkämpfen, in welchen solche Versuche möglich sind. So helfen wir einander dabei, das notwendige Scheitern an den Leistungsansprüchen und den eigenen Idealen zugleich besser zu ertragen.

„It is rather that to be a critical [and feminist] academic in the university is to be against the university.“[6]

Es war erst am letzten Tag des Treffens beim Mittagessen, dass wir uns als Orga-Gruppe zu einer Besprechung zusammensetzten. Die Zeit während des Treffens war verflogen, es war fast in Vergessenheit geraten, abzusprechen, wie all die angefallenen Aufgaben bewältigt wurden. Wir ließen uns mit einem individuell schlechten Gewissen auf ein Sofa fallen. In diesem Moment, in dem wir den anderen aus der Orga-Gruppe gegenüber saßen, bemerkten wir, wie sehr wir die Tage ausgekostet und wie wenig wir uns um organisatorische Aufgaben gekümmert hatten. Es war ein spontanes Gefühl des Scheiterns an der Erfüllung der eigenen Zuständigkeiten, einhergehend mit der Befürchtung, dass die Anderen aus der Gruppe deswegen zu viele Aufgaben zu bewältigen gehabt hätten. Doch die Überraschung war: Wir aus dem Orga-Team hatten alle ein ganz ähnliches Gefühl, nämlich einerseits zu wenig unter Kontrolle gehabt zu haben und andererseits das Treffen sehr genossen zu haben, sodass trotzdem – oder gerade deswegen – alles wie am Schnürchen gelaufen war.[7]

Endnoten

- [1] Feministische Geograph_innentreffen fanden zwischen 1989 und 2004 als studentische Treffen ein- bis zweimal jährlich an wechselnden Orten im deutschsprachigen Raum statt und wurden 2015, zunächst in Seminarform, wiederbelebt. 2016 fand ein studentisch autonom organisiertes Treffen in Frankfurt am Main statt.

- [2] Die Autorinnen sind oder waren an unterschiedlichen deutschen Universitäten oder Forschungseinrichtungen angestellt.
- [3] Hiermit sind alle Teilnehmenden des Vernetzungstreffens gemeint. Ohne die Ermutigung von Anne Vogelpohl hätten wir diesen Artikel nicht angefangen und ihn ohne die gemeinsame Nachbereitung des Treffens mit Linda Pasch und Ronja Lührs nicht in dieser Form zu Ende gebracht. Danke!
- [4] Bei dieser Form des BarCamps gab es zunächst ein offenes Brainstorming, um Themen, für die die Teilnehmer_innen ein Austauschinteresse mitbrachten, zu sammeln. In einem zweiten Schritt haben sich Kleingruppen zu den unterschiedlichen Themenkomplexen gebildet und darüber verständigt, *wie* sie sich mit dem jeweiligen Thema auseinandersetzen wollen. Hierbei waren unterschiedlichste Formate vorstellbar: Textdiskussionen, Begehung des Feldes oder Erfahrungsaustausch.
- [5] Duggan/Muñoz (2009: 280).
- [6] Moten/Harney (2013: 31, Anmerk. d. A.).
- [7] Wir werden diese Gespräche – zusätzlich zu vielen neuen Themen – beim nächsten Vernetzungstreffen „Feministische Geographien“ voraussichtlich in Bonn 2018 vertiefen. Das Treffen ist offen und niedrigschwellig, Hinweise und News hierzu finden sich unter: <http://ak-geographie-geschlecht.org/category/konferenzen/>.

Autor_innen

Wir leben in Hamburg, Berlin und Münster, und uns eint eine akademische und politische Begeisterung für urbane Prozesse und Feminismus. Zur Zeit des Treffens haben wir alle an deutschen Universitäten oder Forschungseinrichtungen gearbeitet. Eine Autorin hat diesem Beruf nun (erst mal) den Rücken zugekehrt, auch aufgrund der Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft. Wir sind unterschiedlich in Lehre, Antragsstellungen, Forschungsprojekte und Promotionen involviert. Nebenher versuchen wir Zeit zur Erprobung kollektiver, solidarischer und feministischer Wissensproduktion zu finden.

nina.fraeser@hcu-hamburg.de
 s.klosterkamp@uni-muenster.de
 kuehn.juliane@gmail.com
 eva.kuschinski@hcu-hamburg.de
 theresa.martens@isinova.org

Literatur

- Bürk, Thomas (2016): „Es kann nicht nur darum gehen, dass wir David Harvey unterrichten“. Interview mit Thomas Bürk zu Arbeitsbedingungen und Möglichkeiten kritischer Lehre an der neoliberalen Universität. In: s u b \ u r b a n. zeitschrift für kritische stadtforschung 4 (2/3), 233-240.
- Dölling, Irene (2013): 30 Jahre feministische Studien: Wie mit dem feministischen Erbe umgehen? In: feministische studien 31/1, 29-34.
- Dück, Julia / Fried, Barbara (2015): Caring for strategy. <http://www.zeitschrift-luxemburg.de/caring-for-strategy/> (letzter Zugriff am 24.08.2017).
- Duggan, Lisa / Muñoz, José (2009): Hope and hopelessness: a dialogue. In: Women and Performance: a journal of feminist theory 19/2, 257-283.
- Gutiérrez-Rodríguez, Encarnación / Ha, Kien Nghi / Hutta, Jan / Ngubia Kessé, Emily / Laufenberg, Mike / Schmitt, Lars (2016): Rassismus, Klassenverhältnisse und Geschlecht an deutschen Hochschulen. Ein runder Tisch, der aneckt. In: s u b \ u r b a n. zeitschrift für kritische stadtforschung 4 (2/3), 161-190.
- Harney, Stefano / Moten, Fred (2013): The Undercommons: Fugitive Planning & Black Study. Wivenhoe u. a: Minor Compositions.
- Kratzsch, Claudia / Maruschke, Robert (2016): Basisorganisierung verändert die politische Landschaft. In: s u b \ u r b a n 4 (2/3), 103-112.

- Marquardt, Nadine / Schreiber, Verena (2015): Mothering urban space, governing migrant women: the construction of intersectional positions in area-based interventions in Berlin. In: *Urban Geography* 36/1, 44-63.
- Maier, Anja (2011): Die Weiber denken, sie wären besser. Kaffeehauschefin über Macchiato-Mütter. <http://www.taz.de/!5110280/> (letzter Zugriff am 24.08.2017).
- Maruschke, Robert (2014): *Community Organizing. Zwischen Revolution und Herrschaftssicherung. Eine kritische Einführung.* Münster: edition assemblage.
- Mountz, Alison / Bonds, Anne / Mansfield, Becky / Loyd, Jenna / Hyndman, Jennifer / Walton-Roberts, Margaret / Basu, Ranu / Whitson, Risa / Hawkins, Roberta / Hamilton, Trina / Curran, Winifred (2015): For slow scholarship: a feminist politics of resistance through collective action in the neoliberal university. In: *ACME: An International Journal for Critical Geographies* 14/4, 1236-1259
- Müller, Annekathrin / Speck, Sarah (2016): And the winner is.... The male academy oder: Die ungleichen Auswirkungen universitärer Prekarität. In: *s u b \ u r b a n. zeitschrift für kritische stadtforschung* 4 (2/3), 203-212.
- Mürlebach, Mara / Fraeser, Nina / Golke, Jürgen / Isselstein, Eva / Klosterkamp, Sarah / Kordes, Jan / Lorenzen, Kristina / Vogelpohl, Anne (2017): Von Reflexivität, Unplanbarkeit und Kollektivität im Forschungsprozess: Lasst uns die Unzulänglichkeiten der eigenen Arbeit solidarisch besprechen! In: *Feministische Geo-RundMail* 72, August 2017, 22-24.
- Schuster, Nina (2016): Neue Horizonte feministischer Wissensproduktion. In: *s u b \ u r b a n. zeitschrift für kritische stadtforschung* 4 (2/3), 191-202.
- Speck, Sarah (o. J.): Latente Beharrlichkeiten. <http://www.logbuch-suhrkamp.de/sarah-speck/latente-beharrlichkeiten/> (letzter Zugriff am 24.08.2017).

Keine Angst vor Alternativen. Ein neuer Munizipalismus

Über den Kongress „Fearless Cities“, Barcelona 10./11. Juni 2017

Lisa Vollmer

Die Idee eines neuen Munizipalismus wird in den linken sozialen Bewegungen Europas und darüber hinaus breit diskutiert. Munizipalistische Bewegungen streben an, kommunale Regierungen zu übernehmen oder zu beeinflussen, um lokale Institutionen (wieder) gemeinwohlorientiert auszurichten, ein neues Verhältnis zwischen kommunalen Regierungen und sozialen Bewegungen zu schaffen und so die Art wie Politik gestaltet wird von unten her zu demokratisieren und institutionelle Rahmenbedingungen zu verändern. Sie entstehen in Reaktion auf die aktuelle ökonomische und politische Krise – ebenso wie neue rechte und rechtspopulistische Bewegungen, als deren Gegenpart sie sich verstehen. Mit Mut und konkreten Utopien will man der multiplen städtischen Krise begegnen, statt mit Angst und Angstmacherei wie rechte Bewegungen. Deshalb trafen sich über 600 Vertreter_innen dieser munizipalistischen Bewegungen auf Einladung „Barcelona en Comú“ aus über 150 Städten weltweit im Juni 2017 in Barcelona – von Vertreter_innen lokaler Protestinitiativen bis zu Bürgermeister_innen – unter dem Motto „FearlessCities“ zum Austausch- und Vernetzungstreffen. Die Wahlplattform[1] „Barcelona en Comú“ stellt seit 2015 die kommunale Regierung Barcelonas.

Die altehrwürdigen, sakral anmutenden Hallen des Hauptgebäudes der Universität – der Ort des Treffens – standen im Kontrast zu den zumeist jungen, überwiegend weiblichen, furchtlosen Graswurzelaktivist_innen des Kongresses, Stadtbewohner_innen, die sich spätestens seit der Finanzkrise 2007 gegen Austeritätspolitik und rechten Populismus organisieren. In vielen Städten haben sich lokale Protestbewegungen und lokale Wahlplattformen gegründet, die der Angst vor dem Abbau der sozialen Infrastruktur und der rechten Bedrohung etwas entgegensetzen wollen. Angst war dann auch tatsächlich nicht zu spüren in Barcelona. Im Gegenteil, es herrschte Aufbruchstimmung und – für die deutsche, Spalterei gewohnte Besucherin – ungewohnte Einigkeit über die zu erreichenden Ziele und – fast noch wichtiger – den Weg dorthin.

Umso erstaunlicher, denn anwesend waren sowohl gewählte Politiker_innen und Verwaltungsmitarbeiter_innen als auch Vertreter_innen von städtischen Bewegungen. Vier Beispiele seien hier stellvertretend

benannt, um einen Einblick in die Zusammensetzung der Beteiligten des Kongresses zu geben. „Ne davimo Bograd“ (Belgrad darf nicht untergehen, Übers. d. A.) wehrt sich in Serbien gegen die Folgen eines städtebaulichen Großprojekts, das entlang der Donau zu massiver Aufwertung und Gentrifizierung führt (vgl. Clausen 2017). Da die Gruppe trotz spektakulärer öffentlichkeitswirksamer Proteste – inklusive einer zwölf Meter großen Badeente – keinen Einfluss auf die Politik nehmen konnte, denkt sie darüber nach, bei den nächsten Kommunalwahlen mit einer eigenen Wahlplattform zu kandidieren. Die Mitglieder von „Ciudad Futura“ aus Rosario, Argentinien, beschäftigen sich hingegen mit Bodenrechten, Selbstverwaltung und kooperativen Ökonomien und haben als munizipale Wahlplattform mittlerweile drei Sitze in der Stadtregierung inne. „Ciudad Futura“ entstand aus zwei sozialen Bewegungen, in denen hunderte von Aktivist_innen selbstverwaltete Projekte organisierten (vgl. Baird 2016). „Barcelona en Comú“ ist schon einen Schritt weiter und stellt seit 2015 die Regierung und mit Ada Colau die Bürgermeisterin Barcelonas. Die Wahlplattform war aus zahlreichen städtischen Protestinitiativen entstanden, Colau selbst kommt von der „Plataforma de Afectados por la Hipoteca“ (PAH), die gegen Zwangsräumungen infolge der Finanzkrise 2007/08 mobilisierte. Jeese Arreguin wiederum, Bürgermeister von Berkeley, USA, sammelt seit Jahren Erfahrung in lokalen Verwaltungen und Mitbestimmungsgremien, vor allem im Bereich der Wohnungspolitik, war Teil der „Occupy“- und der „Black Lives Matter“-Bewegung und seine Kandidatur 2016 wurde von lokalen Initiativen getragen.

Aus Deutschland nahmen nur wenige Initiativen an dem Kongress teil: Neben Einzelpersonen kamen Vertreter_innen der Initiative „Stadt von Unten“ aus Berlin und der „Interventionistischen Linken“ (IL). Hierzulande findet der neue Munizipalismus mit wenigen Ausnahmen (vgl. u. a. Zelik/Bruchmann/Candeias 2016, Interventionistische Linke 2017) kaum Beachtung.[2] Deshalb sollen hier zunächst die Ideen des Munizipalismus und die Inhalte des Kongresses vorgestellt werden, bevor am Ende des Textes erörtert wird, warum der neue Munizipalismus in Deutschland bisher kaum diskutiert wird und ob es dabei bleiben muss.

Munizipalismus: Mit lokaler Macht gegen Neoliberalismus und Rechtspopulismus

Die politische Praxis eines neuen Munizipalismus sieht lokale Regierungen als den zentralen Ansatzpunkt für politische Veränderungen. Dabei sollen aber nicht einfach lokale Regierungen durch alte oder neue Parteien übernommen werden, sondern Inhalte, Strukturen und Personen sozialer Bewegungen auf lokale Institutionen und lokale Regierungen übertragen werden. Die kommunale beziehungsweise munizipale politische Ebene wandelt sich also vom Adressaten politischer Forderungen zur Ebene, die selbst Teil einer sozialen Bewegung werden soll.

Die Vertreter_innen des neuen Munizipalismus berufen sich dabei auf städtische Traditionen der Freiheit und der politischen Organisation (bzw. auf den Diskurs darüber): von der griechischen Polis über die mittelalterliche Stadtluft, die frei macht, bis zur Pariser Commune 1871 (vgl. Caccia 2017). Anfang der 1990er-Jahre wurde in der Linken schon einmal eine breitere

Debatte über Munizipalismus geführt. Der anarchistische Denker Murray Bookchin schlug mit dem ‚libertären Munizipalismus‘ eine politische Strategie vor, die die basisdemokratische Organisierung von Gemeinden beziehungsweise Gemeinschaften ins Zentrum stellt (Biehl/Bookchin 1990). Mit den Zapatisten wurde diese Idee der Konzentration aufs Lokale auch in der Anti-Globalisierungsbewegung prominent.

Heute hat sich Südeuropa, insbesondere Spanien, zum Zentrum einer munizipalistischen Praxis entwickelt. In den 2000er-Jahren entstanden in Katalonien mit den sogenannten „Candidaturas d’Unitat Popular“ (CUP) lokale Wahlplattformen, mit denen zahlreiche Gemeinderatssitze erobert wurden. Eine solche lokale Wahlplattform formierte sich 2014 mit „Barcelona en Comú“ aus städtischen sozialen Bewegungen wie der „15M“-Bewegung – die sich unter anderem mit Platzbesetzungen für eine „echte Demokratie“ und gegen die Austeritätspolitik einsetzte –, der PAH und zahlreichen anderen. „Barcelona en Comú“ entstand auch in Abgrenzung zur Strategie von „Podemos“, auf nationaler Ebene die Regierung zu stellen. Die munizipalistische Wahlplattform will dagegen die institutionellen Rahmenbedingungen politischen Handelns selbst ändern und diese von lokaler Ebene aus aufrollen (vgl. Zelik/Bruchmann/Candeias 2016). Viele lokale Bewegungen in spanischen Städten folgten dem Beispiel. Bei den Kommunalwahlen 2015 waren munizipalistische Wahlplattformen überaus erfolgreich und sind nun an den Regierungen in Madrid, Barcelona, Valencia, Zaragoza, Cádiz, Badalona, A Coruña und vielen anderen, auch kleinen, Städten beteiligt oder in der Opposition vertreten. In Spanien bot die Kombination aus ökonomischer und politischer Krise der Repräsentation, die auf eine starke Tradition der lokalen Organisierung traf, optimale Bedingungen für den neuen Munizipalismus.

Aber auch in anderen Städten und Regionen weltweit zeichnet sich eine Strategie ab, die die kommunalen Parlamente in den Fokus nimmt. So verfolgen Kurd_innen seit den 2010er-Jahren die Selbstverwaltung kurdischer Gebiete als Konföderation von Gemeinden. In Portugal und Italien konnten lokale Wahlplattformen die Regierungen mehrerer Städte übernehmen. In Frankreich (Grenoble) und den USA (Richmond, CA und Jackson, MS) gelang dies vereinzelt. In Polen verbinden sich die lokalen Wahlplattformen (Warschau, Gorzów Wielkopolski) zunehmend mit der neuen linken Partei „Razem“. Auch in südamerikanischen Städten (Belo Horizonte, Brasilien; Valparaíso, Chile; Rosario, Argentinien) sind Vertreter_innen munizipaler Bewegungen in die Parlamente eingezogen. Ein Anliegen des Kongresses in Barcelona war es, einen Überblick über die zahlreichen Munizipalisten zu schaffen.[3]

Die neuerliche Hinwendung zum Munizipalismus hat verschiedene Gründe. Die ökonomische Krise nach 2008 wird von einer institutionellen und demokratischen Krise begleitet, in der nicht nur einzelne demokratische Repräsentant_innen an Legitimität eingebüßt haben, sondern die Mechanismen und Strukturen der Repräsentation der Demokratie selbst. Dies äußert sich nicht zuletzt in dem Abstand zwischen Politiker_innen, politischen Institutionen, Diskursen und Strukturen und davon ausgegrenzten Menschen, deren Lebensrealität sich darin nicht widerspiegelt. Der Neoliberalismus hat nicht nur das Wirtschaftssystem von alltäglichen Bedürfnissen entfremdet, sondern auch das politische System (vgl. Brown 2015). Bisher sind es

überwiegend nationalistische, rechtspopulistische Bewegungen, die aus dieser Krise politisches Kapital schlagen können – und zwar vor allem dort, wo eine linkspopulistische Alternative fehlt.

Mit Gramsci gesprochen, befinden wir uns spätestens seit der Finanzkrise 2007 in einer Zeit des Interregnums, in der sichergeglaubte Wahrheiten aufbrechen. In einer solchen Übergangszeit sei die lokale Ebene besonders wichtig, um mit neuen und radikalen Formen der Politik zu experimentieren, so die Idee des Munizipalismus. Denn auf dieser Ebene könne den Machtverhältnissen konkret begegnet werden. Der vom Neoliberalismus propagierten Alternativlosigkeit könnten hier konkrete Alternativen entgegengesetzt werden, weshalb sich der Munizipalismus auf eine pragmatische Politik der kleinen Siege konzentriert (vgl. Baird 2017). Eine globale, abstrakte Macht soll im Lokalen konkret bekämpfbar werden. Dem Rechtspopulismus könne auf lokaler Ebene tatsächlich begegnet werden, indem die alltäglichen Kämpfe der Menschen ernst genommen und in eine andere politische Strategie eingebunden würden. Der Munizipalismus mache darüber hinaus ein anderes Identitätsangebot als der Nationalismus.

Die lokale politische Ebene wird als wichtigstes politisches Betätigungsfeld gesehen. Nicht nur, weil es einfacher scheint, sich lokal zu organisieren und in die Parlamente zu gelangen. Vielmehr befänden sich hier die Institutionen, die am nächsten an den Bürger_innen und ihrer Lebensrealität sein könnten. Nur von hier aus könne eine echte Demokratie aufgebaut werden. Die lokale Ebene sei die Ebene, auf der ‚der Staat‘ auf die alltägliche Realität der Bürger_innen trafe und damit die Ebene, auf der Ungleichheit erfahrbar sei, in der Spannungen und Risse entstünden, an denen der Staat ‚aufgeribbelt‘ werden könne und neue kreative Prozesse begännen. Auf lokaler Ebene könne radikal demokratisch organisiert und mit neuen Formen der Teilhabe experimentiert werden, die dann abstrahiert werden könnten.

Wie machen wir das? – Institutionen übernehmen und soziale Bewegungen stärken

Was aber sind die Strategien dieser munizipalistischen Bewegungen und einer Demokratisierung von unten? Auf dem Kongress wurde betont, es gäbe nicht die eine Formel des Munizipalismus, sondern jeder Munizipalismus müsse, da er ja lokal verankert sei und agiere, aus dem lokalen Wissen entwickelt werden. Trotzdem lassen sich geteilte Strategien festhalten. Diese nehmen staatliche Institutionen einerseits und das Verhältnis von repräsentativer Demokratie und sozialen Bewegungen andererseits in den Fokus.

Munizipalistische Bewegungen wollen neue Institutionen schaffen beziehungsweise bestehende ändern und demokratisieren, sodass sie wieder als soziale Infrastruktur funktionieren und nicht als Verwertungsvehikel. Denn viele lokale Institutionen, wie zum Beispiel kommunale Wohnungsgesellschaften, sind so umstrukturiert worden, dass sie nicht mehr dem Gemeinwohl dienen, sondern einer Profitlogik folgen. Dem Munizipalismus geht es also um ein Wiedereinfordern von Institutionen, die selbst Ergebnisse von sozialen Kämpfen waren – man denke zum Beispiel an Wohnungsbaugenossenschaften. Diese lokal verankerten Institutionen sollen weniger stark an den Staat angebunden sein und mehr selbstverwaltete Elemente

erhalten, sodass jede einzelne Institution zur Demokratisierung der Gesellschaft beiträgt. Im Fall von kommunalen Wohnungsbaugesellschaften könne durch mehr Mitbestimmung und -verwaltung der Mieter_innen zum Beispiel verhindert werden, dass Wohnraum privatisiert wird. Durch eine auf das Gemeinwohl verpflichtete, staatliche Kontrolle würde gleichzeitig sichergestellt, dass nicht nur die Interessen der dort schon Wohnenden berücksichtigt werden. Letztlich sollen so Strukturen geschaffen werden, die es ermöglichen, Entscheidungen über ökonomische Strukturen kollektiv zu treffen, ohne Partikularinteressen zu verfallen.

Zentral für diese Strategie sei ein neues Verhältnis zwischen lokalen Regierungen und sozialen Bewegungen. Anstatt soziale Bewegungen zu vereinnahmen oder zu marginalisieren, sollen linke Stadtregierungen als ermächtigende Struktur für soziale Bewegungen dienen. Dazu gehöre auch, neue Ressourcen zu schaffen für eine lokale radikale Demokratie und soziale Bewegungen. Der Munizipalismus beschränkt sich also nicht darauf, lokale Regierungen zu stellen, sondern besteht essentiell immer aus Menschen innerhalb und außerhalb der staatlichen Institutionen, aus Stadtregierung und sozialer Bewegung. Munizipalismus findet auf zwei Ebenen gleichzeitig statt: Erstens in den sozialen Dynamiken von unten und der Fähigkeit verschiedene Konflikte und Aspekte der sozialen Frage zusammenzubringen und diese somit in einem gemeinsamen politischen Projekt zu verbinden; und zweitens auf der Ebene der lokalen Institutionen, die wieder für soziale Ansprüche erobert und demokratisiert werden müssen.

Munizipalismus heißt also mehr (und weniger), als den etablierten Parteien eine neue Wahlplattform entgegenzustellen. Munizipalismus heißt zunächst, eine Gemeinschaft zu bilden, die Menschen aus ihrer Vereinzelung heraus verbindet, und kollektive Forderungen zu artikulieren – wie es in jeder sozialen Bewegung geschieht.

Um ein anderes Verhältnis zwischen lokalen Regierungen und sozialen Bewegungen zu erreichen, braucht es technische Kompetenzen des Organisierens und praktisches Wissen aus sozialen Bewegungen – auch auf institutioneller Seite – sowie Koordination und Einbeziehung der sozialen Basis, um den sozialen und politischen Druck auf die eigene Wahlplattform und andere Parteien aufrechtzuerhalten. Für municipale Wahlplattformen geht es also nicht einfach darum, die Bewegungen und ihre Forderung als Partei zu repräsentieren, sondern weiterhin in diesen Bewegungen aktiv zu sein beziehungsweise ihre Aktivitäten zu unterstützen, während man *auch* in den Institutionen arbeitet. Der Staat beziehungsweise seine Institutionen werden so zum Instrument und Werkzeug, die wahre Kreativität und die wahre Demokratie liegt in der Selbstorganisation der Menschen. Die in Barcelona anwesenden kommunalen Plattformen haben diesen Punkt als eine der größten Herausforderungen benannt: Wie können all die mobilisierten und engagierten Menschen nach der Wahl weiter involviert, wie der Druck von unten aufrechterhalten werden? Die Förderung von Selbstorganisation und die Einbeziehung von lokalem Wissen und Expertise der Bevölkerung in Regierungshandeln scheint am schwierigsten umsetzbar (vgl. Zelik/Bruchmann/Candeias 2016).

Der Munizipalismus ist keine (neue) Technik, einen Konsens zu bilden, er ist eine Forderung nach alternativen Arten des Regierens. Mit dem

Munizipalismus sollen in der Krise der politischen Repräsentation neue Wege der Radikalisierung von Demokratie und Partizipation beschrrieben werden. Essentiell für diese neuen Wege ist, was in Barcelona unter dem Stichwort Feminisierung der Politik verhandelt wurde:

„As we understand it, feminizing politics means three things. First, gender equality in institutional representation and public participation. Second, a commitment to public policies that challenge gender roles and seek to break down patriarchy. Third, a different way of doing politics, based on values and practices that put an emphasis on everyday life, relationships, the role of the community and the common good.“
(Roth/Baird 2017: o. S.)

Neben den vielfach geäußerten feministischen Forderungen nach gleicher Repräsentation und sozialpolitischer Interventionen, benennen die Autorinnen hier ein weiteres zentrales Merkmal feministischer Politik: die Konzentration darauf, *wie* Politik gemacht wird. Eine Feminisierung der Politik bedeutet für sie eine Fokussierung auf alltägliche Widersprüche und soziale Beziehungen, auf die lokale Gemeinschaft und das Gemeinwohl. Dies sind auch zentrale Merkmale des neuen Munizipalismus.

Zersplitterte linke Artikulationen und Organisationen zu einen, ist ein weiteres zentrales Anliegen des Munizipalismus. Allein diese Aufgabe ist ein schwieriges Unterfangen in politischen Verhältnissen, die darauf abzielen, Gruppen und Menschen zu spalten. Die munizipalistischen Vertreter_innen in Barcelona betonen, dass – um diese Einigkeit herzustellen – gerade *kein* neuer ideologischer Diskurs über die ‚richtige‘ linke Praxis nötig sei. Vielmehr müsse die Pluralität der Praktiken und sozialen Fragen in ihrer Unterschiedlichkeit verbunden werden. Der Munizipalismus möchte keine Ideologie sein, sondern eine Praxis. Folglich ist es auch nicht zentral, zu *sagen*, dass man gegen Kapitalismus/Imperialismus/Patriarchat kämpfe, sondern es tatsächlich zu *tun* und dabei die Praktiken sprechen zu lassen.

Auch in anderer Hinsicht unterscheidet sich die Sprache des Munizipalismus von der ‚klassischer‘ linker/linksradikaler Gruppen. Es wird betont, *für* was man ist, und nicht (nur) *gegen* was. Für etwas zu sein, heiße auch, sichtbar und erfahrbar zu machen, dass Veränderung und – in der Konsequenz – Siege möglich sind; und auch wenn diese klein sind, sie als solche zu kommunizieren. Dieses Für-etwas-sein erwachse aber nicht aus der linken Reflexion im stillen Kämmerlein, sondern müsse kollektiv erarbeitet werden. Anstatt etwas *für* andere zu machen, mache man es *mit* ihnen. In Deutschland lassen sich viele Ansätze der munizipalistischen Bewegung in stadtpolitischen Gruppen wiederfinden. Auch hier werden ideologische Grabenkämpfe überwunden und es wird zu einer Praxis gefunden, die an den alltäglichen Kämpfen der Stadtbewohner_innen ansetzt; eine Praxis, in der Betroffene gemeinsam konkrete Utopien entwickeln und in der eine offene Sprache und undogmatische Strategien die Zusammenarbeit vieler ermöglicht (vgl. Vollmer 2015, Rinn 2016, Dzudzek 2016, Schipper 2017).

Der Fokus des Munizipalismus auf der Methodologie der politischen Praxis führt zum Beispiel dazu, dass in mehreren Städten *people’s manifestos* als kollektive Prozesse verfasst wurden. Anstatt also eine schöne Zukunft für die Stadtbewohner_innen heraufzubeschwören, wird eine solche mit

diesen gemeinschaftlich erarbeitet. In diesem Prozess liegt, folgt man der municipalistischen Idee, der zentrale politische Moment – und weniger in dem Endprodukt des Manifests. In diesem Verständnis werden die Praktiken der *facilitation*, der Prozessbegleitung und Moderation, das Gestalten von Abläufen von Treffen und die Dokumentation und Aufbereitung von kollektiven Ergebnissen, zu den wichtigsten Praktiken in politischen Gruppen. Gerade diese sind es jedoch, die in den meisten politischen Gruppen in Deutschland stiefmütterlich behandelt werden; mit Ausnahme der auf Basisorganisation fokussierten Gruppen (vgl. die Debatte zur Basisorganisation in *suburban* 4 (2/3), u. a. Kratzsch/Maruschke 2016).

Durch die lokale Fixierung des Munizipalismus unterliegt er einigen Beschränkungen. Wie auch auf nationaler Ebene stehen linke Regierungen hier vor der Herausforderung, dass an der Regierung zu sein noch lange nicht heißt, auch an der Macht zu sein. Zu sehr sind private Profitinteressen und die Wahrung von Eigentumsverhältnissen mit staatlichen Institutionen verquickt. Dazu kommt, dass auf lokaler Ebene größtenteils administrative politische Aufgaben angesiedelt sind und weniger gesetzgeberische. Andererseits sind gerade Administrationsebene und das Wissen um die Implementierung von Gesetzen und Verfahren sehr wichtig, um zu verstehen, wie der Staat funktioniert, und um seine Abläufe zu verändern. Gelingt es einer municipalistischen Plattform, eine Regierung zu stellen, heißt das aber noch lange nicht, dass sie damit auch die Verwaltung übernehmen kann. Im Gegenteil berichteten viele gewählte Vertreter_innen in Barcelona davon, dass ihre Politik von den Verwaltungsapparaten behindert werde – sei es durch eingeschleifte bürokratische Handlungsweisen, sei es durch die Verfilzung und eine von Lobbygruppen beeinflusste Verwaltungsstruktur. So könnten auch die besten neuen Gesetze oder Instrumente nicht helfen, wenn ihre Implementierung auf administrativer Ebene scheitere. Den Problemen, die die Verwaltung den neuen municipalistischen Regierungen bereitet, begegnen municipalistische Bewegungen, indem sie den Druck von der Straße aufrechterhalten, indem Verwaltungsabläufe und der kommunale Haushalt transparent gemacht werden, indem Verwaltungsabläufe geändert und vereinfacht werden und indem neue Stellen und Aufgaben definiert werden. In Badalona, eine Stadt im Norden Barcelonas, ist zum Beispiel die Stelle einer Beraterin für Partizipation eingeführt und mit Fátima Taleb mit einer Person besetzt worden, die selbst aus sozialen Bewegungen kommt.

Municipale Wahlplattformen sind in den meisten Fällen auf einen Koalitionspartner angewiesen, wollen sie die Regierung stellen. Damit sind sie automatisch mit dem alten politischen Establishment verbunden. Die Gefahr der Einhegung in bestehende Institutionen, deren Mechanismen und Machtbeziehungen, ist also gegeben. Auch aus diesem Grund ist es zentral, dass der Druck von der Straße hoch bleibt und die Verbindung und Involviertheit in soziale Bewegungen nicht abreißt.

Die Schuldenbremse verringert den Handlungsspielraum kommunaler Regierungen enorm und wurde auf dem Kongress als eines der zentralen Probleme für eine neue Politik benannt. Aus diesem Grund darf der Munizipalismus nicht im Lokalen isoliert sein, sondern muss sich in überregionalen Netzwerken verbinden. Auf der lokalen Ebene schlägt Austerität zwar am härtesten zu, hier kann gesetzgeberisch aber am wenigsten verändert

werden. Außerdem sind die Probleme, die der Munizipalismus auf lokaler Ebene versucht zu bekämpfen, global gemacht: weltweite Spekulation mit Boden und Wohnraum, Klimawandel und die ständige Produktion neuer Fluchtursachen, um nur einige zu nennen.

Ein neuer Munizipalismus auch in Deutschland? (Keine) Angst vor Alternativen

Und in Deutschland? Von der Aufbruchstimmung Barcelonas, von linkem Munizipalismus ist hier wenig zu spüren und zu hören. Zwar werden viele Praktiken und Strategien des Munizipalismus auch hier in städtischen Bewegungen umgesetzt. Von einem – gar themenübergreifenden – Zusammenfinden verschiedener Gruppen und Bewegungen sowie der Herausforderung etablierter Parteien, ist man aber weit entfernt. Das Beispiel Berlin veranschaulicht dies: Bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus in Berlin 2016 kandidierten auf kommunaler (hier: bezirklicher) Ebene zwar verschiedene lokale Wahlgemeinschaften. Die „Wahlliste ÖkoLinX“ in Friedrichshain-Kreuzberg vertrat dabei aber ein linkes Wahlprogramm ohne starken lokalen Bezug (vgl. Ditfurth 2016). Mit „Aktive Bürger“ in Charlottenburg-Wilmersdorf und der „Partei für Nachhaltige Erneuerung“ in Pankow traten zwar zwei Wahlgemeinschaften mit explizit stadtpolitischen Themen an, deren politische Praktiken aber kaum im Austausch mit der mietenpolitischen Bewegung standen. Keine der Wahllisten konnte einen Erfolg verzeichnen. Einzig im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg haben die Grünen sich dafür entschieden mit Florian Schmidt einen Vertreter der mietenpolitischen Bewegung zum Baustadtrat zu machen und damit Ideen des Munizipalismus übernommen.

Warum fehlt eine munizipalistische Praxis oder selbst eine breite Debatte darüber in Deutschland? Diese Frage fand in Barcelona ihren Platz im Workshop „Municipalism. Radical democracy in societies without visible crisis“, der – wenig überraschend – viele Nordeuropäer_innen anzog. Es herrschte große Einigkeit darüber, dass es *nicht* das Fehlen einer Krise sei, das dazu führe, dass es in manchen Ländern keine neuen breiten linken Bewegungen gibt. In ‚Deutschland‘/ ‚Dänemark‘/ ‚Schweden‘ gehe es eben nicht allen gut in der Krise – wie in einfacher Verkürzung auf angeblich homogene Nationen oder ein von der Lohnentwicklung entkoppeltes Wirtschaftswachstum behauptet wird. Auch hier litten viele Menschen unter der permanenten Krise, die der Neoliberalismus ist, und unter den akuten Folgen der Finanzkrise 2008 – zum Beispiel unter steigenden Mieten. Weitgehend einig war man sich auch darüber, dass diese Krise von vielen Menschen auch als solche wahrgenommen werde. Das Problem sei vielmehr, dass diese Wahrnehmung kaum öffentliche Repräsentation fände und entweder im allgemeinen „Uns geht es gut“-Diskurs untergehe oder von rechten Bewegungen und Parteien erfolgreich in Fremdenhass umgemünzt werde. Die Frage sei also, ob es tatsächlich die wichtigste Aufgabe sozialer Bewegungen ist, eine Krise sichtbar zu machen. Wenn man davon ausgeht, dass sie für viele Betroffene sehr sicht- und fühlbar ist, müsste es doch viel eher darum gehen, deren Wahrnehmung in der Öffentlichkeit zu stärken und vor allem Handlungsmacht aufzuzeigen. Denn auch darin waren sich die Anwesenden einig: Nichts lähme die politische Mobilisierung so

sehr, wie das Gefühl, sowieso nichts ändern zu können, die Erzählung der Alternativlosigkeit also, die vielen Bürger_innen schon seit Jahrzehnten eingepflanzte. Schwieriger als eine Krise sichtbar zu machen, sei es, Menschen davon zu überzeugen, sie könnten daran etwas ändern. Anstatt also viel Zeit darauf zu verwenden, die Krise sichtbar zu machen, sollte begonnen werden über eine bessere Gesellschaft zu sprechen – und zwar mit denjenigen, die unter der jetzigen leiden. Durch die Sichtbarmachung von möglichen Alternativen delegitimiere sich der Ist-Zustand von selbst. Die Sprache, in der dies geschehe, müsse weiterhin an die alltäglichen Probleme der Menschen anknüpfen, nicht an ideologische Rhetoriken.

Geteilter Meinung waren die Workshop-Teilnehmer_innen darüber, ob in nordeuropäischen Ländern die Gründung kommunaler Wahlplattformen sinnvoll sei. So wurde die Frage gestellt, warum man Zeit verschwenden sollte, existierende Parteien und deren eingefahrene Strukturen zu beeinflussen, wenn man diese Zeit besser dafür nutzen könnte, eine eigene Partei aufzubauen. Auf der anderen Seite wurde aber auch die Gefahr erkannt, dass existierende linke Parteien sich weiter spalten und so an Einfluss verlieren könnten.

Ob als eigenständige kommunalistische Wahlplattform oder im Verhältnis zu neuen Regierungskoalitionen wie der rot-rot-grünen in Berlin: Städtische soziale Bewegungen können auch in Deutschland von den Debatten des Kommunizismus lernen. Dessen wichtigste Botschaften sind vielleicht, dass man *für* etwas sein muss, dass die permanente Dagegen-Attitüde die Massen nicht hinterm Ofen hervorlockt und dass es für eine solche politische Praxis tatsächlich vor allem eines braucht: Mut statt Angst.

Endnoten

- [1] Eine Wahlplattform ist im Gegensatz zu einer Partei ein (temporärer) Zusammenschluss verschiedener Gruppen. Mit der Wahl dieser Bezeichnung wollen kommunizialistische Bewegungen ihren diversen Charakter und ihre Nähe zur Logik sozialer Bewegungen betonen.
- [2] In dem gerade bei transcript erschienenen Band *Shifting Baselines of Europe. New Perspectives beyond Neoliberalism and Nationalism* (European Alternatives et al. 2017) wird der neue Kommunizismus ausführlich diskutiert – allerdings in englischer Sprache und fast ausschließlich von Autor_innen ohne Bezug zum deutschen Kontext.
- [3] Eine Karte, auf der diese verzeichnet sind, kann unter www.fearlesscities.com abgerufen werden.

Autor_innen

Lisa Vollmer ist interdisziplinäre Stadt- und Bewegungsforscherin. Ihre Schwerpunkte liegen im Bereich der Wohnungspolitik und Mieter_innenbewegungen.
lisa.vollmer@uni-weimar.de

Literatur

- Baird, Kate Shea (2016): How to build a movement-party: lessons from Rosario's Future City. <https://www.opendemocracy.net/democraciaabierta/kate-shea-baird/how-to-build-movement-party-lessons-from-rosario-s-future-city> (letzter Zugriff am 22.9.2017).
- Baird, Kate Shea (2017): A new internationalist municipalist movement is on the rise. From small victories to global alternatives. <https://www.opendemocracy.net/can-europe-make-it/kate-shea-baird/new-international-municipalist-movement-is-on-rise-from-small-vic> (letzter Zugriff am 22.9.2017).
- Biehl, Janet / Bookchin, Murray (1990): The politics of social ecology. Libertarian municipalism. Montreal u. a.: Black Rose Books.
- Brown, Wendy (2015): Die schleichende Revolution. Wie der Neoliberalismus die Demokratie zerstört. Berlin: Suhrkamp.
- Caccia, Beppe (2017): From citizen platforms to fearless cities. Europe's new municipalism. <http://politicalcritique.org/world/2017/from-citizen-platforms-to-fearless-cities-europes-new-municipalism> (letzter Zugriff am 1.8.2017).
- Clausen, Marco (2017): Ivan's garden, the yellow duck and the investor from the Emirates <http://prinzessinnengarten.net/ivans-garden-the-yellow-duck-and-the-investor-from-the-emirates/> (letzter Zugriff am 22.9.2017).
- Ditfurth, Jutta (2016): ÖkoLinX-Antirassistische Liste kandidiert bei den Wahlen zur Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Berlin Friedrichshain-Kreuzberg. <http://www.oekolinx-arl.de/> (letzter Zugriff am 1.8.2017).
- Dzudzek, Irsi (2016): Kreativpolitik. Über die Machteffekte einer neuen Regierungsform des Städtischen. Bielefeld: transcript.
- European Alternatives / Büllsbach, Daphne / Cillero, Marta / Stolz, Lukas (2017): Shifting Baselines of Europe. New Perspectives beyond Neoliberalism and Nationalism. Bielefeld: transcript.
- Interventionistische Linke (2017): Mit Recht auf Stadt ins Parlament?! Perspektiven munizipalistischer Plattformen in Barcelona und Rom, Veranstaltungsreihe März 2017. <http://www.interventionistische-linke.org/termin/mit-recht-auf-stadt-ins-parlament-perpektiven-munizipalistischer-plattformen-barcelona-und> (letzter Zugriff am 1.8.2017).
- Kratzsch, Claudia / Maruschke, Robert (2016): Basisorganisierung verändert die politische Landschaft. In: s u b \ u r b a n. zeitschrift für kritische stadtforschung 4 (2/3), 103-112.
- Rinn, Moritz (2016): Konflikte um die Stadt für alle. Das Machtfeld der Stadtentwicklungspolitik in Hamburg. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Roth, Laura / Baird, Kate Shea (2017): Left-wing populism and the feminization of politics <https://popularresistance.org/left-wing-populism-and-the-feminization-of-politics> (letzter Zugriff am 1.8.2017).
- Schipper, Sebastian (2017): Wohnraum dem Markt entziehen? Wohnungspolitik und städtische soziale Bewegungen in Frankfurt und Tel Aviv. Wiesbaden: Springer.
- Vollmer, Lisa (2015): Die Mieter_innenbewegung in Berlin zwischen lokalen Konflikten und globalen Widersprüchen. In: Sozial.Geschichte online 17, 51-82.
- Zelik, Raul / Bruchmann, Hanno / Candeias, Mario (2016): Rebellische Städte. Erfolg oder Frust? In: Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis 2, 98-103.

Kassel ohne Athen:

Die documenta 14 zerbricht an ihrer Ortslosigkeit

Frank Eckardt

Als eine ‚Übung der Zerbrechlichkeit‘ hat sich die diesjährige Documenta präsentiert, zumindest aus ihrer eigenen Sichtweise. An jeder Eingangsstelle wurde dieser Slogan den Besucher_innen aus Lautsprechern entgegengeflüstert. Als weiteres Narrativ hatte die Kunstaussstellung die Losung ‚Von Athen lernen‘ ausgegeben – ein Satz, der schon weit im Vorfeld für viel Diskussion gesorgt hatte und der nirgendwo im eigentlichen Sinne erklärt wurde. Formuliert wurde er auf dem Höhepunkt der Schuldenkrise Griechenlands und von vielen als eine Art von Solidaritätserklärung verstanden. Was aber genau von Athen gelernt werden sollte, haben die Kurator_innen nie ausgeführt. Von Beginn an war dadurch ein Vermittlungsproblem gegenüber der lokalen Bevölkerung in Kassel entstanden, die die Aufteilung auf zwei Standorte als einen Verlust betrachtete. Insbesondere die lokale CDU lehnte diesen Ansatz weitgehend ab. Die Befürchtung war entstanden, dass sich einerseits die Documenta als eine Art globale Wanderausstellung vollkommen von Kassel entfremden würde und dass sie sich andererseits an einer solchen doppelten Ausrichtung verheben würde. Letzteres hat sich finanziell auf jeden Fall bewahrheitet und somit zugleich auch die inhaltliche Kritik, mit der documenta 14 werde die Ausstellung ortsfremd, weiter befeuert. Positive Interpretator_innen, zu denen der damalige Oberbürgermeister Bertram Hilgen (SPD) gehörte, unterstrichen die künstlerische Deutungsfreiheit, ohne jedoch unbedingt den damit verbundenen Akt der Solidarisierung mit Griechenland explizit zu unterstützen. Wie ‚Von Athen lernen‘ gemeint sein könnte, blieb nach Auffassung der Ausstellungsmacher_innen den Besucher_innen überlassen. Dabei schien die Verschiebung des Ausstellungsbeginns, mit der die Documenta am Rande Europas und in einem austeritätspolitisch gebeutelten Land ihren Anfang nehmen sollte, die gewollte Perspektivverschiebung zu sein. Das künstlerische Konzept begann dementsprechend mit einer politischen Verortung. Wenn man den Begriff des ‚Lernens‘ – der hier zentral benutzt wurde – weiter thematisiert, dann war dieses Konzept als ein pädagogisch-moralisierendes zu verstehen, womit sich diese Documenta von einem künstlerischem Diskurs abgegrenzt hätte, der sich aus sich selbst heraus legitimiert, und auf jede Selbst-Bezüglichkeit der Kunst verzichten will.

Stattdessen operierte die Documenta mit einem unklaren, vagen und nicht-diskursiv konstruiertem Narrativ, das sich auch nicht über örtliche Debatten auszeichnete, wie etwa die documenta 10. Eine intellektuelle Auseinandersetzung über das eigene Kunst- und Politikverständnis wurde konzeptionell ausgeschlossen, indem die Performanz und nicht die Auseinandersetzung als Kern der documenta 14 behauptet wurde. So wurden Besucher_innen zu Zuschauer_innen und Zuhörer_innen, die etwas von ‚Athen lernen‘ konnten, denen aber die Gelegenheit des Dialogs nicht eingeräumt wurde. Was von Athen gelernt werden konnte, wurde gezeigt, aber nicht weiterentwickelt, angewandt oder kritisch reflektiert. Die Ausstellung verfolgte damit intrinsisch das Ziel, ein großes Narrativ zu konstruieren, dem man sich anschließen sollte, das sich aber einem nur in der Gesamtschau ergeben konnte und die vielen Einzelkunstwerke belegen sollte. Dieses Narrativ ist die große Erzählung der sozialen Ungerechtigkeit.

Das Narrativ der documenta 14, umstritten und in den Augen vieler Kritiker_innen nicht überzeugend, scheiterte daran, dass es zwar für die neoliberalen Lebensumstände in Athen eine hohe Sensibilität herstellte, diese aber für Kassel vollkommen verweigerte. Allzu deutlich wurde, dass diese Documenta in vieler Hinsicht ‚anders‘ war und dies vor allem in ihrer Beziehung zum Ursprungsort der Ausstellung, zu Kassel. Paradoxe Weise forderte sie eine Zerbrechlichkeit von den Besucher_innen ein, die sie mit Bezug auf Kassel selbst nicht einüben wollte. Hätte die documenta 14 ihre Sensibilität ins Spiel gebracht, hätte sie ihren gesellschaftskritischen Ausgangspunkt sehr gut vor Ort demonstrieren und eine Art Gleichberechtigung zwischen Athen und Kassel demonstrieren können. Das hat sie aber nicht, maximal rudimentär oder aus großer Distanz getan. Stattdessen hat sie sich weit in die Innenräume der Museen zurückgezogen und sich anhand einer Aneinanderreihung von zahlreichen, zumeist alten Kunstwerken auf ein Narrativ konzentriert, das die lange Geschichte des Unrechts erzählt: vom Kolonialismus, den Verbrechen an Indigenen, den Diktaturen Lateinamerikas, dem deutschen Nationalsozialismus bis zur griechischen Finanzkrise. Der Schwerpunkt lag auf der Erinnerung an vergangenes Unrecht, die Gegenwart vor den Türen der Documenta-Blase blieb fremd.

Tuchführung in der Neuen Hauptpost

Wenn man eine Erschließung der Stadt durch die documenta 14 noch im Ansatz erkennen wollte, dann wohl am ehesten in der eigens für die Ausstellung geöffneten Neuen Hauptpost hinter dem Holländischen Platz. In diesem ehemaligen Verwaltungsgebäude im Stil der brutalistischen Architektur befinden sich heute soziale Einrichtungen wie das Beratungsprojekt für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge und die Caritas. Die Kantine und zwei weitere Stockwerke des wuchtigen Gebäudes der 1970er-Jahre sind seit langem leerstehend und kaum im öffentlichen Bewusstsein präsent. Die Documenta hier hinzuverlegen, schien jene Tradition der Kasseler Ausstellung fortzusetzen, sich immer auch mit einem neuen Blick auf Kassel einzubringen. Doch dass dieser Eindruck trog, lernte man schon allzu schnell. In dieser „Neuen neuen Galerie“ titulierte Räumlichkeit wurden immerhin zwei Themen aufgegriffen, die sich mit Kassel beschäftigten, zum

Beispiel die Geschichte des NSU-Mordes an dem Kasseler Halit Yozgut. Das Künstler-Kollektiv „Forensic Architecture“ hatte mit Ayse Gülec – die sich für die „Freunde von Halit“, der „Initiative 6. April“ und „Kassel postkolonial“ engagiert – einen Workshop beim „FC Bosphorus e.V.“ durchgeführt, um die Hintergründe des Mordes aufzuklären. Eine lange Videoreportage war dazu zu sehen. Ayse Gülec ist Sozialarbeiterin im Kulturzentrum „Schlachthof“ und sie war bei der letzten Documenta eine von 40 Vertreter_innen der Stadtgesellschaft, die im Documenta-Beirat mitgearbeitet haben. Einen Beirat der Stadtgesellschaft hatte diese Documenta nicht, der „Schlachthof“ wurde als Partner und Veranstaltungsort aufgenommen. Beim traditionellen internationalen Sommerfest sah man Kurator Adam Szymczyk, ansonsten im Grunde in der Stadt unsichtbar, ekstatisch tanzen. Weiterhin wurde eine Fotoausstellung gezeigt, die ebenfalls hauptsächlich ältere Migrant_innen – zufällig auch vom „FC Bosphorus“ – darstellte. Ahlam Siblīs wollte mit ihren fotografischen Arbeiten zum Thema „Heimat“ an frühere Projekte in Palästina anknüpfen. Mit „Heimat“ wurden nun die Gastarbeiter_innen der 1950er bis 1970er-Jahre aus Südeuropa und Nordafrika und die Vertriebenen nach dem Zweiten Weltkrieg zusammengeführt.

„Heimat“ und die Rekonstruktion der NSU-Morde gingen, das mag man ihnen zugutehalten, zumindest mit Kasseler Themen in Tuchfühlung. Dennoch blieben beide Beiträge auf eine merkwürdige Art der Kasseler Normalität, der gelebten Multikulturalität, fern. War das wirklich alles, was die documenta 14 von einer Stadt wahrnahm, die beruhigend wenig Schwierigkeiten mit dem Zusammenleben von Menschen mit so vielen unterschiedlichen Lebensstilen hat? Der Mord an Halit Yozgut wird seit Jahren in Kassel intensiv diskutiert und hat Untersuchungsausschüsse auf Bundes- und Landesebene beschäftigt. Er war Thema unzähliger Reportagen und vieles mehr. Was hatte die künstlerische Auseinandersetzung dem noch hinzuzufügen? Die Stadtgesellschaft geht damit kreativer um als die Documenta. So zog beispielsweise der Stadtwerker Victor Hernández Honig mit seiner „Bibliothek“ in das, seit dem Mord verlassene, Internetcafé in der Holländischen Straße ein. Er wollte damit bewusst ein Zeichen dafür setzen, dass sich die Stadt nicht in ihrer Lebendigkeit unterkriegen lässt. So wurde der NSU-Skandal auf dieser Documenta zwar ausgestellt, aber nicht mehr künstlerisch oder kreativ angegangen. Gleiches lässt sich zu Ahlam Siblīs Reportage sagen. Die Bezeichnung Reportage – „ich verwende diesen Ausdruck hier, da eine ausführliche Diskussion darüber zu viel Raum einnehmen würde“, so die Künstlerin auf der Documenta-Homepage – sagt im Prinzip schon alles. Hier wurde berichtet und ausgestellt. Hier wurde nicht kommuniziert, interveniert oder dialogisch mit der Kasseler Stadtgesellschaft umgegangen. Man kann das als eindimensionale Kommunikation verstanden wissen, als ein Statement und eine Belehrung. Kann man es eigentlich noch anders auffassen?

Mythos Nordstadt

Der Parcours der documenta 14 erstreckte sich bis zu den Henschel-Hallen im Nordwesten der Stadt. Dieser Ort wäre eine ideale Räumlichkeit, um sich mit der Frage der Kontinuität der Arbeiter_innengeschichte Kassels auseinanderzusetzen. Die Familie Henschel hat dem industriellen Kassel

ihren Stempel aufgedrückt. Mit den Henschel-Werken wäre auch die Geschichte der Rüstungsindustrie zu erzählen und der Bogen zur Zerstörung der Stadt durch die Alliierten zu schlagen gewesen. Aber damit würde der Blick wiederum zu verengt. Insbesondere die Fabrikantengemahlin Sophie Henschel hat sich nämlich – zwar auf paternalistische Weise – um die Wohnbedingungen der Arbeiter_innen gekümmert: Noch bis heute bestehen Wohnanlagen unweit des Documenta-Parcours, die ein Verständnis für die Ursprünge einer sozialen Marktwirtschaft vermitteln könnten. Doch daran war der Documenta nicht gelegen. Die Henschel-Hallen wurden stattdessen für gelegentliche Performances genutzt. Die meisten Besucher_innen haben sich hierhin nicht verirrt. Der Anspruch der documenta 14, in die Nordstadt hineinzuwirken, hörte damit geografisch gesehen mit Agnes Denes' „The Living Pyramid“ im Nordstadtpark auf. Dieses ökologische Monument verschönerte den Park zwar sicherlich. Angelegt direkt hinter dem „Schlachthof“ gehört er aber sozialräumlich zu dem Stadtviertel, das sich über die Mombach- und Gottschalkstraße seit jeher eher der Universität zuordnen lässt, als der Nordstadt. Hier findet seit 30 Jahren mit dem „Café Nordstern“ und der „Unibuch-Buchhandlung“ ein gewisses Straßenleben statt, das in den 1990er-Jahren durch Döner-Imbisse und seit ein paar Jahren durch weitere Restaurants weiter aufblüht. Der Ausbau der Gebäude der „Fakultät Architektur-Stadtplanung-Landschaftsplanung“ an dieser Stelle hat diesen Prozess durch eine visuelle Aufwertung sicherlich noch unterstützt. Es ist deshalb relativ bequem, sich hier als Teil der Nordstadt zu fühlen, während die harte Wirklichkeit sozialer Ausschlüsse erst dort sichtbar und spürbar wird, wo keine Döner an Akademiker_innen verkauft werden, sondern die Kasseler Tafel ihre täglichen Armenspeisungen durchführt. Dazu müsste man nach Nordholland oder zum Fasanenhof gehen, wohin man aber fußläufig wiederum nicht schnell und bequem kommt.

Zu glauben, man sei in der Nordstadt angekommen, wenn man sich einmal an den „Stern“ begibt – also dorthin, wo die Fußgängerzone der Innenstadt aufhört und sich viele türkisch-arabische Cafés und Restaurants befinden –, war eine Illusion, die die Ortsfremdheit der documenta 14 schmerzhaft verdeutlichte. Das wurde anhand der sogenannten Glaspavillons an der Kurt-Schumacher-Straße überdeutlich. Diese rücken in eigentlich begrüßenswerter Weise das seit einiger Zeit leerstehende ehemalige Hansa-Gebäude ins Bewusstsein. Dennoch war die Wahrnehmung dieses Ortes durch die Documenta schlichtweg falsch und ahistorisch: „Als eine der Hauptverkehrsadern Kassels markiert die Kurt-Schumacher-Straße auch eine Grenze. Geografisch trennt sie das Zentrum von der Nordstadt und bezeichnet so auch eine soziopolitische Demarkation.“ (Homepage der documenta 14) In Wirklichkeit stellt die Kurt-Schumacher-Straße die Umsetzung des Konzepts der autofreundlichen Stadt durch das Ringstraßenkonzept dar. Sie trennt keineswegs die Innenstadt und die Nordstadt und war auch nicht so intendiert. Im Gegenteil, hinter der Kurt-Schumacher-Straße wurde die Hauptpost und die Universität angesiedelt, die man sicherlich als eine Art Fortsetzung des Stadtzentrums zu verstehen hat. Auch die Behauptung, „die Mitte ist das vergleichsweise homogene wirtschaftliche und kulturelle Zentrum der Stadt“ (ebd.), überrascht. Das Stadtzentrum war bis in die 2000er-Jahre von einem wirtschaftlichen Niedergang gezeichnet und durch Ansiedlungen – wie dem

Shopping Center DEZ in Niederrzwehren – massiv bedroht. Die Innenstadt ist vermutlich mehr als je zuvor von Konkurrenzkämpfen zwischen einheimischen Betrieben und Ketten wie Starbucks und Peek&Cloppenburg bedroht. Lokale Buchhändler_innen haben ihre Geschäfte zuerst geschlossen, dann Kleidungs- und Schuhverkäufer_innen. Ein Prozess, dessen Ende nicht in Sicht ist.

Eulen nach Kassel

Wie der Neoliberalismus in Athen wütet, wurde sicherlich allen Besucher_innen der documenta 14 irgendwann deutlich. Doch wozu in die Ferne schweifen? Auch in Kassel hätte man sich mit dem Neoliberalismus auseinandersetzen können. Doch das scheint nicht in das Weltbild der Kurator_innen zu passen, die wollten, dass in Kassel ein ‚Echo‘ ertönt. Das Bild vom Echo ist in der Tat eine gute Metapher für die Herangehensweise der Ausstellungsmacher_innen an den nordhessischen Veranstaltungsort. In den wenigen Statements des Leiters ist von Solidarität die Rede, doch davon spürte man in Kassel eigentlich wenig. Die lokalen Probleme, die der Logik der Weltwirtschaftsordnung folgen, waren ihnen unbekannt. Das betraf auch und gerade jenen Bereich, der den Kurator_innen besonders wichtig zu sein schien: die Flüchtlingsproblematik. Gleich zwei Objekte im öffentlichen Raum thematisierten sie. Das Röhrenprojekt des Iraker Hiwa K veranschaulichte das Leben von Flüchtlingen auf engstem Raum und unter schwierigsten Bedingungen. Dieses Projekt war in Zusammenarbeit mit Kasseler Studierenden und vor dem Hintergrund eigener Erfahrungen entstanden. Diese zu präsentieren ist nachvollziehbar. Warum aber kein Bezug

Abb. 1 Olu Oguibes' Obelisk auf dem Königsplatz (Eigenes Foto)



zum Flüchtlingslager in Kassel-Calden hergestellt wurde, bleibt unklar. Weit vor den Toren der Stadt wurde im Jahr 2015 zunächst eine Zeltstadt eingerichtet. Es kam zu Protesten, Bränden, Gewalt und Wachpersonal, das wegen Schießereien verurteilt wurde. Inzwischen sind von den 1.500 anvisierten Flüchtlingen nur noch ein Bruchteil dort, aber das Land hat sich entschieden, dieses Lager erheblich baulich zu verbessern und aufrechtzuerhalten für den nächsten ‚Ansturm‘. Die Alternative wäre gewesen, dass man sich um mehr Wohnungen für Flüchtlinge in Kassel bemüht. Dazu müsste auf dem erheblich anziehenden Immobilienmarkt viel Geld in die Hand genommen werden. Lediglich acht Sozialwohnungen wurden im letzten Jahr in Kassel fertig gestellt. Mit viel Mühe wurde nun immerhin ein Plan für weitere 100 Sozialwohnungen in Helleböhn, einem sozialen Brennpunkt im Süden der Stadt, bewilligt. Wofür Land, Landkreis und Stadt aber sehr wohl große Summen zur Verfügung stellen, ist der neue Regionalflughafen Calden – nur ein Steinwurf von den Flüchtlingscontainern entfernt.

Wie lässt sich vor diesem Hintergrund das zweite Documenta-Monument zur Flüchtlingsproblematik – Olu Oguibes‘ Obelisk auf dem Königsplatz – verstehen? Oguibe lobte damit die Gastfreundschaft und richtete sich gegen die global ausbreitende Anti-Flüchtlingspolitik. In dieser Globalität von Lob beziehungsweise Kritik ist wiederum schwierig auszumachen, warum es ausgerechnet in Kassel aufgestellt wurde und nicht in Washington, Warschau oder Budapest. Nach wie vor herrscht in Kassel eine relative Zustimmung und humanitäre Haltung in der Lokalpolitik und bei vielen verantwortlichen Akteur_innen gegenüber Flüchtlingen. Auch in der breiteren Stadtbevölkerung dürfte das noch der Fall sein. Jedoch sind die Alarmsignale ernst zu nehmen und die Probleme ins Auge zu fassen, die sich aus dem Zusammenleben mit den Flüchtlingen ergeben. Hierzu gehören einzelne Übergriffe auf Frauen, Kleinkriminalität und Alltagsrassismus. In Kassel haben zwar keine Neonazis das Sagen, hier brennen keine Heime. Das Engagement der Ehrenamtlichen hat dennoch abgenommen und viele professionelle und staatliche Institutionen operieren an ihren Grenzen. Mehr noch macht auch in Kassel der Terrorismus den Menschen Angst. Diese Angst hat durch lokale Vorkommnisse durchaus einen realen Kern. So hat der Staatsschutz eine islamistische Moschee geschlossen, weil der IS dort unter anderem erfolgreich Jugendliche für den Krieg in Syrien angeworben hatte.

„Ich frage mich oft, was die Menschen meinen, wenn sie sagen, Kassel habe sich in den letzten beiden Jahren – während der sogenannten Flüchtlingskrise – verändert“, meinte dazu Hendrik Folkerts vom Kurator_innenteam im Documenta-dagbook. „Liegt die Veränderung in der Angst, in den Appellen an populistische Fantasien, die rund um die Ankunft neuer Gemeinschaften große Ängste erzeugen, verkörpert durch Bewegungen wie die Alternative für Deutschland (AfD) mit ihrer extrem rechten Gesinnung?“^[1] Die Antwort hat Kassel bei der Oberbürgermeister_innenwahl in diesem Jahr eindrucksvoll gegeben. Die AfD hatte nicht einmal eine Kandidatin oder einen Kandidaten aufgestellt. Linke, Grüne und SPD erhielten drei Viertel aller Stimmen. Obwohl die AfD hier Parteitage abhält, bekommt sie in der Stadt kein Bein auf den Boden. Das könnte man in Kassel alles relativ schnell wahrnehmen, wenn man sich denn auf die Stadtgesellschaft einlassen würde.

Echte Nazis

Die Kommunikation mit Kassel wurde einem simplizistischen Weltbild geopfert, das einfach alles aus dem Wege ging, was in irgendeiner Weise das Narrativ vom globalen Unrecht irritieren könnte. Die documenta 14 betrieb im Sinne von Eric Hobsbawn eine ‚Wiederentdeckung von Geschichte‘ (Hobsbawn/Ranger 2009) im geschützten Raum. Die Umwandlung des Fridericianums in einen öffentlichen Raum für das „Parlament der Körper“ war dafür das Paradebeispiel. Dieses wollte sich nicht auf die geschlossenen Räume beschränken und auch auf öffentlichen Plätzen agieren. Gemeint sind dabei vor allem die vielen Performances der documenta 14, die den Ort als Bühne für ihre Aufführungen auffassten. Die Besucher_innen oder Zuschauer_innen wurden als Teil eines ‚Chors‘ eingebunden. Wenig innovativ hatte man hierfür Lucius Burckhardts ‚Spaziergänge‘ als Überbau-Vokabel verwendet, ohne den dialogischen und planungs- beziehungsweise interaktionsbezogenen Charakter der Spaziergangswissenschaften zu entfalten. Mit einer tatsächlichen Interaktion – gar mit der Konsequenz der Intervention – hatte diese Documenta nichts im Sinne. Es ging um Gesten, Auftritte, Vorführungen und vor allem Würdigung von Kämpfen gegen den globalen Kapitalismus – anderswo.

Das wurde insbesondere beim Thema Nationalsozialismus für Kassel zu einer fürchterlichen Erfahrung mit der documenta 14. In keiner Weise wurde auf die schwierige und nicht abgeschlossene Auseinandersetzung der Stadt mit dem Nationalsozialismus eingegangen. Das Hinweisschild auf die documenta 14 prangte am Rathaus direkt über dem Aschrott-Brunnen, der die tiefe Narbe verdeutlicht, die das Fehlen der jüdischen Bevölkerung in Kassel seit ihrer Deportation und Ermordung verdeutlicht. Ein eindringliches Bild im Zentrum der Stadt. An vielen anderen Plätzen wird ebenfalls aufgearbeitet, wie der Faschismus funktioniert und gewirkt hat. Dabei handelt es sich um kleine Eingriffe in das Stadtbild, die aber die Omnipräsenz der totalitären Herrschaft besser verdeutlichen können als die Monumentalität der

Abb. 2 Das Parlament der Körper (Eigenes Foto)





Abb. 3 Der Kasseler
Aschrott-Brunnen
(Eigenes Foto)

documenta 14. Diese stellte lieber Piotr Uklanskis Bilderschau mit 203 Fotos von vermeintlichen und wahren Nazis in der Neuen Galerie aus und vermittelte damit den Eindruck, der Nationalsozialismus sei vor allem eine personalisierte Herrschaft von bekannten Individuen gewesen. Wirklich auseinandersetzen wollte man sich mit der Frage, wie es zum Nationalsozialismus gekommen ist, sowieso nicht. Dieser erschien vielmehr nur als ein Glied in der langen Reihe der Ungerechtigkeiten vom Kolonialismus bis zum gestrigen Tag. Nicht bis heute, weil eine wirkliche tagesaktuelle Bezugnahme auf dieser Documenta ebenfalls fehlte: nichts über die Inhaftierung von Journalist_innen in der Türkei, nichts über den Populismus in Polen oder den USA, nichts über den Krieg im Jemen... Es ging um altes Unrecht, bei dem die Fronten zwischen ‚Gut‘ und ‚Böse‘ im Nachhinein eindeutig sind.

Die Nutzung des Friedrichsplatzes – ein zentraler öffentlicher Ort – hätte sicherlich einen guten symbolischen Raum geboten, um ein Statement zu aktuellen Verfolgungen von Intellektuellen weltweit zu machen. Als Ort der Bücherverbrennung im Nationalsozialismus hätte hier der Spagat zwischen

lokaler Bedeutung und globaler Message durchaus gelingen können. Mit Marta Minujíns „The Parthenon of Books“ war das ikonische Symbol der documenta 14 entstanden, das die Kasseler Bürger_innenschaft sicherlich beibehalten wird. In manchen Diskursen vor Ort wurde dieses Kunstwerk durchaus als eine Art Aktualisierung der Lehren aus dem Nationalsozialismus interpretiert. Umso enttäuschter konnte man sein, wenn man erfuhr, dass die dort eingeklebten Bücher jene waren, die während der argentinischen Militärdiktatur in den 1980er-Jahren verboten wurden. Bleibt der Parthenon als symbolische Repräsentanz der mit Athen verbundenen Originalität von Demokratie. Doch auch die war nicht gemeint. „Wir verzichten auf die gewohnte Gegenüberstellung von Diktatur und Demokratie, um so das Versagen der Demokratisierung unter dem Regime des Neoliberalismus besser zu verstehen“, heißt es im Begleittext zum Performance-Programm, den sogenannten „34 Freiheitsübungen“, die eine „ganz andere politische und poetische Landkarte“ [2] zum Ziel haben.

Ortslosigkeit als Konzept

Die Kritik der Kunstwelt an dieser Documenta fiel mehr oder weniger einhellig negativ aus. Einer der Gründe für ihre mangelnde Überzeugungsfähigkeit lag in der provozierenden und wenig sinnlichen Art und Weise, dem Publikum etwas zu bieten, das auch einen emotionalen Bezugspunkt jenseits der Betroffenheit von Ungerechtigkeiten andernorts bietet. Der Kasseler Kunstwissenschaftler Harald Kimpel fasste die Ausstellung unter den Begriffen „radikale Entortung, Entzeitlichung und Entkunstung“ zusammen (vgl. Zeit Online, 30.07.2017). Diese Entortung hatte im Konzept von Adam Szymczyk einen grundsätzlichen Wert, der bei ihm mit weitergehenden normativen Vorstellungen verknüpft war. Dies wurde in der Ablehnung

Abb. 4 Marta Minujíns
„The Parthenon of
Books“ (Eigenes Foto)



der beiden Vorgänger-Documentas eindringlich, denen er vorwarf, kein einheitliches Narrativ für die „increasing diversity of artistic ideoms and formats“ (Szymczyk 2015: 239) zu konstruieren. Insbesondere wendete er sich gegen Carolyn Christov-Bakargievs Ansatz für die documenta 13, der es mit der Hinwendung zu Kassel nur um eine Stabilisierung des institutionellen Set-ups gegangen sei und die dabei die „revisionist ambitions“ (ebd.: 239) der Ausstellung fortgesetzt habe. Er hingegen forderte, dass die Documenta wieder einer „critical agency“ (ebd.: 240) folge, „instead of acting as witness, stage or prey of this spectacle“ (ebd.). Deshalb habe man sich nicht auf Kassel beschränken dürfen und eine Reise nach Athen antreten müssen. Erstaunlicherweise wurde Athen sehr wohl als „physical, political location“ (ebd.: 243) betrachtet und die Aktionen des Programms ließen sich durchaus als Interventionen verstehen. Hierzu gehörte sicherlich vor allem der Versuch, dem „Nationalen Museum für Zeitgenössische Kunst“ (EMST) – auch durch die Ausstellung im Fridericianum – eine Perspektive zu eröffnen, mit der seine – bis dahin wegen der Finanzkrise in Athen nicht gezeigten – Ausstellungsstücke die Aufmerksamkeit der internationalen Kunstwelt erhielten, um vielleicht auf diese Weise dem Museum insgesamt eine Zukunft zu ermöglichen. Das Künstlerkollektiv „Postcommodity“ widmete sich beispielsweise in Athen dem verwaisten Lyzeum des Aristoteles und brachte es mit dem früheren Offizierscasino durch akustische Installationen in Verbindung. Mit vielen öffentlichen Interaktionen, etwa auf dem zentralen Syntagma-Platz, erreichte die documenta 14 in Athen etwas, was sie in Kassel nicht anvisierte: Sie giff die Orte auf und trat mit ihnen in einen Dialog. Kassel verblieb als Stadt nur die Rolle als Bühne, als Schallwand für das Athener Echo. An dieser Ortslosigkeit, dem Monolog ohne Neugier, der sich nicht für die Widersprüche der eigenen Verortung öffnet, zerbrach diese Documenta.

Endnoten

- [1] <http://www.documenta14.de/de/artists/13500/mounira-al-solh> (letzter Zugriff am 3.10.2017).
- [2] <http://www.documenta14.de/de/public-programs/928/34-freiheitsuebungen> (letzter Zugriff am 12.09.2017).

Autor_innen

Frank Eckardt ist Politikwissenschaftler und Stadtsoziologe.
frank.eckardt@uni-weimar.de

Literatur

- Hobsbawm, Eric / Ranger, Terence (Hg.) (2009): The invention of tradition. Cambridge [u.a.]: Cambridge Univ. Press.
- Szymczyk, Adam (2015): documenta 14: Learning from Athens. In: Hans Eichel (Hg.), 60 Jahre documenta. Die lokale Geschichte einer Globalisierung. Berlin/Kassel: Siebenhaar, 237-248.



Verdammt zum Leben in der ,Rama-Frühstücksfamilie‘

Rezension zu Gisela Notz (2015): *Kritik des Familismus. Theorie und soziale Realität eines ideologischen Gemäldes*. Stuttgart: Schmetterling Verlag.

Jana Günther

Mit „Kritik des Familismus. Theorie und soziale Realität eines ideologischen Gemäldes“ hat die Sozialwissenschaftlerin und nunmehr schon seit vielen Jahrzehnten politisch aktive Feministin Gisela Notz eine Publikation in der Reihe *theorie.org* vorgelegt, die sich kritisch mit dem bundesdeutschen Familienbild auseinandersetzt. Mit ihrer Streitschrift, die von einer familistisch geprägten Machtstruktur ausgeht, liefert die Autorin damit nicht nur eine verständlich geschriebene Zusammenfassung wesentlicher sozialhistorischer und politischer Entwicklungen sowie öffentlich geführter Diskurse, die die äußerst persistente und – so Notz – ideologisch aufgeladene Figur der „heteronormative[n] monogame[n] Kleinfamilie mit verheirateten Eltern“ (2017: 196, Anmerk. d. A.) stützen und gestützt haben. Sie legt darüber hinaus auch eine grundsätzliche Kritik am Familismus – als einer allgemeinen „Überbetonung der familialen Ordnung“ (ebd.: 8) – sowie der in der bundesdeutschen Gesellschaft imaginierten glücklichen „Rama-Frühstücksfamilie“ (ebd.: 196) vor.

Im ersten Kapitel erläutert Notz zunächst die Begriffe Familie und Familismus. Es gelingt ihr die Heterogenität gelebter Familienformen darzustellen, ohne ‚Familie‘ als gesellschaftliches Konstrukt festzuschreiben. Ihrer eigenen Begriffsbildung gegenüber bleibt sie aber auch kritisch, das heißt, sie begreift vielfältige Formen des Zusammenlebens von Menschen als gesellschaftlich legitim und notwendig (vgl. ebd.: 13ff). Die Darstellung zielt insgesamt darauf ab, aufzuarbeiten, was zu dem „ideologisierten Familienverständnis“ (ebd.: 10) geführt hat, welches „die bürgerliche Kleinfamilie als Leitform“ (ebd.: 17) festschreibt. Dabei ist besonders bemerkenswert, dass trotz starker historischer Brüche – wie beispielsweise der zwei Kriege (vgl. ebd.: 42ff) oder dem geteilten Deutschland (vgl. ebd.: 73ff; 148ff) mit zwei verschiedenen politischen Regimen und den sich daraus ergebenden, unterschiedlichen Lebenspraxen – durchweg an eben diesem Leitbild der ‚typischen‘ Kleinfamilie im ehelichen Verhältnis festgehalten wurde. Den Begriff des Familismus verortet Notz einerseits als fachlichen Begriff in der Soziologie, versteht ihn andererseits aber auch als Ideologie (vgl. ebd.: 17). Als letztere wirke der Familismus einhegend. Das Konstrukt der Kleinfamilie solle den

Nationalstaat an sich stützen. „Familie als Leitbild“ (ebd.: 22) drückt sich demnach am offensichtlichsten in der Ausgestaltung des Sozialstaates aus (ebd.). Sozialpolitische Maßnahmen orientieren sich immer noch an (hetero-) geschlechtsspezifischen Rollenerwartungen und damit an den dadurch zugewiesenen Sphären (vgl. ebd.).

In den Kapiteln 2 und 3 beschreibt Notz in ideengeschichtlicher und historischer Perspektive die Etablierung des Familismus. Ihre kursorischen Ausführungen beziehen sich dabei größtenteils auf die Entwicklung im westlichen Raum. In dem Zusammenhang beschreibt sie auch die unterschiedlichen wirtschaftlichen und politischen Bedingungen für bürgerliche und proletarische Familien im 19. Jahrhundert (vgl. ebd.: 42), um dann exemplarisch auf progressive Lebensformen jenseits des Ideals der bürgerlichen Kleinfamilie einzugehen: zum Beispiel die Beginen (vgl. ebd.: 54f.), die owenistische Bewegung (vgl. ebd.: 56) sowie anarchistische Lebenspraxen (vgl. ebd.: 58).

Insgesamt zeigt sie bereits in den ersten 3 Kapiteln, wie hartnäckig sich die patriarchal organisierte Kernfamilie ausgehend vom Bürger_innentum verbreitet hat. Das Patriarchat als väterliche Herrschaft modernisierte sich demnach, indem es sich von einer „traditionellen (patriarchalen) Form des Patriarchats zu einer spezifisch modernen“ (Patemen 2000: 23) bürgerliche Gesellschaft entwickelt hat. Dabei verweist Notz auch auf die Diskrepanzen marxistischer Ansprüche und die Tendenzen in der Arbeiter_innenbewegungen, das bürgerliche Familienbild zu favorisieren und Frauen die Erwerbsarbeit zu verwehren (vgl. 2017: 37; 62). Dieser „proletarische Antifeminismus“ (Thönnessen 1969: 14), der insbesondere von Ferdinand Lassalle und dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein (ADAV) forciert wurde, folgte der Logik der „Geschlechtercharaktere“ (Hausen 2001 [1976]: 171) und verwies Frauen in die häusliche Sphäre. Aber auch die „halbherzige Kritik“ (Notz 2017: 66) „der ‚ersten alten‘ Frauenbewegung“ (ebd.) an Ehe und Familie lässt Notz nicht unerwähnt. In der frühen Frauenbewegung setzte sich der gemäßigt konservative Flügel mit seinen eher traditionellen Ideen von Ehe und Familie durch, worüber jedoch die harten Kämpfe mit dem radikalen Flügel, der in den Anfangsjahren noch eine bedeutendere Rolle im Bund deutscher Frauenvereine als „Wächterin auf der Zinne“ (Zahn-Harnack 1928: 273) spielte, nicht vergessen werden dürfen. So waren es vor allem die Radikalen, die sich im Besonderen mit der sogenannten ‚Sittlichkeitsfrage‘ und Sexualmoral auseinandersetzten und die gesellschaftliche Stellung lediger Mütter zu verbessern suchten (vgl. Schenk 1981: 22) und damit an die Tradition der „neuen Ethik“ (Notz 2017: 71f.), wie sie Notz am Ende des Kapitels vorstellt, angeschlossen.

In den Kapiteln 4 und 5 wendet sich Notz der bundesdeutschen Entwicklung der Nachkriegszeit (vgl. ebd.: 73ff.) und den politischen und von Protestbewegungen forcierten Debatten infolge der 68er (vgl. ebd.: 108ff.) zu. Hier gelingt es Notz sehr eindringlich und nachvollziehbar, zu beschreiben, wie sich familistisch geprägte Normen, obwohl sie nicht der alltäglichen Lebensweise der Kriegs- und Nachkriegsgeneration entsprochen haben, von einer diskursiven und politisch forcierten Ebene in rigide und Frauen stark benachteiligende Gesetzgebungen mündeten. So gelang es den „Sozialdemokratinnen“ (vgl. ebd.: 75f.) zwar, durchzusetzen, die Gleichstellung der

Geschlechter in die Verfassung aufzunehmen, jedoch habe sich dies nicht auf der Ebene des Familien- oder Arbeitsrechts ausgewirkt (ebd.). Und das spiegele, so die Argumentation von Notz, die Janusköpfigkeit bundesdeutscher Politik wider: Die Gleichstellung der Geschlechter sei immer in den engen Grenzen eines familialen Verständnisses gefangen geblieben, denn die heterosexuelle Kleinfamilie gelte bis heute als zu schützende Institution des Staates. Besonders hervorzuheben ist, dass die Autorin immer wieder und aus ihrer Argumentation heraus nachvollziehbar argumentiert, dass Familienpolitik immer als Bevölkerungspolitik (vgl. ebd.: 81) gedacht wurde. Und über „nationale Bevölkerungspolitik“ (ebd.: 86) hinaus funktioniere sie eben auch als Vehikel von „Militärpolitik“ (ebd.) und Stellschraube für Arbeitsmarktreformen, die generell Frauen und alternative Formen familialen Zusammenlebens im Besonderen benachteiligt habe und bis heute benachteilige. Das zeige sich beispielsweise an der Einführung des Ehegattensplittings (vgl. ebd.), der politisch präferierten (heterosexuellen) Kernfamilie (vgl. ebd.: 89), dem rigiden Abtreibungsgesetz (vgl. ebd.: 98), dem „Kuppeleiparagraf“ (vgl. ebd.: 84) und dem Paragraph 175, der Homosexualität unter Strafe stellte (vgl. ebd.: 99). Die Bedeutung der alternativen Lebensweisen und Protestbewegungen rund um die 68er stellt Notz noch einmal besonders heraus und verbindet auch in diesem Kapitel theoretische Einflüsse mit vielfältigen, alternativen Projekten und differenten Praxen (vgl. ebd.: 116ff.). Auch finden intersektionale Perspektivierungen in ihre Ausführungen Eingang (vgl. ebd.: 119).

Es ist der Autorin absolut zugutezuhalten, dass sie in ihrer Betrachtung der Nachkriegsgeschichte nicht selbstverständlich von der Geschichte eines westdeutschen Familismus ausgeht und darüber vergisst, dass 40 Jahre lang für einen Teil der Bevölkerung die DDR alltägliche Realität war. Zwar fällt Kapitel 6, welches sich diesem Thema widmet, merklich kürzer aus als Kapitel 4 und 5 zur BRD, dies ist aber der vergleichsweise spärlicheren sozialwissenschaftlichen Erforschung von alltäglichen Praxen, Lebensweisen und sozialstrukturellen Zusammenhängen in der DDR geschuldet und nicht Notz anzulasten. Anders als in der BRD wurde in der DDR die Rechtsgleichheit nicht nur in der Verfassung, sondern in allen anderen Bereichen (zumindest formal) sofort hergestellt (vgl. ebd.: 149). Anders als in der BRD gab es außerdem ein „Recht auf Arbeit“ (ebd.: 149) für Frauen und es wurde auf außerfamiliale Betreuungseinrichtungen gesetzt. Zudem war das Abtreibungs- und Scheidungsrecht – im Gegensatz zu dem der BRD – fortschrittlich und erlaubte den Frauen (relativ) große Spielräume. Allerdings wurde tabuisiert, „daß damit längst nicht die sozialen Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern beseitigt waren“ (Nickel 1990: 10). Auch weist Notz darauf hin, dass Anspruch und Wirklichkeit in der DDR zwei Seiten einer Medaille gewesen seien: Auch in der DDR blieben familistische Strukturen bestehen (vgl. Notz 2017: 149).

Nach der Wende taten sich – wie in den Kapiteln 7 und 8 nachgezeichnet wird – die westdeutschen Parteien schwer, ostdeutsche Lebensbiografien, Erfahrungen und Ansprüche ernst zu nehmen. Die Angst der ostdeutschen Frauen aus der Erwerbsarbeit gedrängt zu werden, sei laut Notz auch nicht unberechtigt gewesen (vgl. ebd.: 159ff.). Der politische und öffentliche Diskurs zielte auf die Wiederherstellung eines „gesamtdeutschen Familismus“

(ebd.: 161) ab. Diese – sowie die ökonomische – Situation konnten die Alltagspraxen ostdeutscher Frauen aber kaum brechen (vgl. ebd.: 162). Deutlich werde jedoch für die gesamtdeutsche Politik seit der Wende, dass Familienpolitik stets auf der Folie von Bevölkerungspolitik gedacht, entwickelt und umgesetzt wurde. In den Strategien der Bundesregierung(en) blieben sexistische, rassistische und klassistische Muster äußerst persistent bestehen (vgl. ebd.: 165ff.). Dies zeigt sich beispielsweise an der Einführung des Elterngeldes 2007 (vgl. ebd.: 172) und der Rekonstruktion des Zuverdiener_innenmodells mit den ALG II-Gesetzen (vgl. ebd.: 178ff.). Bemerkenswert – und daran zeige sich wiederum der ideologische Charakter des Familismus – sei, dass trotz gelebter heterogener Familien- und Lebensformen (vgl. ebd.: 193), der Schwierigkeiten im Bereich der Pflege älterer Menschen (vgl. ebd.: 178), transnationaler Versorgungsketten (vgl. ebd.: 183) und der desaströsen Situation alleinerziehender Eltern (Hübgen 2017: 22ff.) am Bild der Kleinfamilie als „Pflegedienst der Nation“ (vgl. 2017: 187) festgehalten werde.

Zusammenfassend gelingt es Notz das „ideologisierte Familienverständnis“ (ebd.: 10) facetten- und quellenreich zu belegen. Die Publikation ist ein sehr guter Einstieg in das Thema und macht recht spezifisches Wissen für eine breite Leser_innenschaft zugänglich. Der Sprachstil ist äußerst verständlich und das Verhältnis zwischen theoretischen, ideengeschichtlichen und sozialhistorischen Analysen für einen Einführungsband sehr gelungen. Er bietet demnach vor allem eine Grundlage für linke Politik(en) und die Möglichkeit „inhaltlicher Reflexion politischer Praxis“ [1], ein Anspruch dem die Reihe *theorie.org* im Allgemeinen gerecht werden möchte.

Besonders am Ende der Schrift – in Kapitel 9 – verweist die Autorin vorausschauend darauf, dass die Debatten um Familie, Sexualität und körperliche Selbstbestimmung nicht an Brisanz verlieren und auch weiterhin ein entscheidender Ort feministischer Kämpfe sein werden. Denn gerade die familistisch geprägte Familien-, Arbeits- und Sozialpolitik als Bevölkerungspolitik – wie sie im bundespolitischen Kontext immer noch gedacht wird – sei eine Sphäre, in welche fundamental-konservative Kräfte (vgl. ebd.: 202), rechtsextreme Bewegungen und nationalistische Parteien (vgl. ebd.: 208f.) ohne besondere Schwierigkeiten einhaken können, in der aber auch feministische Einsprüche geltend gemacht werden müssten.

Endnoten

[1] www.theorie.or/profil (letzter Zugriff am 04.10.2017)

Autor_innen

Jana Günther ist promovierte Sozialwissenschaftlerin.
jana.guenther@tu-dresden.de

Diese Publikation wurde gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft und den Publikationsfonds der TU Dresden.

Literatur

- Hausen, Karin (2001 [1976]): Die Polarisierung der „Geschlechtscharaktere“ – Eine Spiegelung der Dissoziation von Erwerbs- und Familienleben. In: Sabine Hark (Hg.): Dis/Kontinuitäten: feministische Theorie. Opladen: Leske+Budrich, 162-185.
- Hübgen, Sabine (2017): Armutsrisiko Alleinerziehend. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 67./30-31, 22-27.
- Nickel, Hildegard Maria (1990): Geschlechtertrennung durch Arbeitsteilung. Berufs- und Familienarbeit in der DDR. In: Feministische Studien, 8/1, 10-19.
- Pateman, Carole (2000): Der brüderliche Gesellschaftsvertrag. In: Braun, Kathrin/Fuchs, Gesine/ Lemke, Christiane/Töns Katrin (Hg.): Feministische Perspektiven der Politikwissenschaft. München: Oldenbourg, 20-49.
- Thönnessen, Werner (1969): Frauenemanzipation. Frankfurt am Main: Europäische Verlags-Anstalt.
- Zahn-Harnack, Agnes von (1928): Die Frauenbewegung. Geschichte, Probleme, Ziele. Berlin: Deutsche Buch-Gemeinschaft GmbH.

„Dekolonisieren wir unsere Köpfe“ ...und unsere Städte!

Rezensiön zu Zwischenraum Kollektiv (Hg.) (2017): *Decolonize the City! Zur Kolonialität der Stadt. Gespräche, Aushandlungen, Perspektiven*. Münster: Unrast Verlag.

Laura Nkula-Wenz

„Decolonize the City!“ – mit diesem Schlachtruf organisierte das Herausgeber_innenkollektiv „Zwischenraum“ bereits 2012 eine akademisch-aktivistische Konferenz in Berlin mit dem Ziel, einen längst überfälligen rassistisch-kritischen Blick auf die deutsche Stadtforschung zu werfen. Mit dem gleichnamigen Buch ist nun jedoch weit mehr als nur ein Tagungsband erschienen. Obwohl ganze fünf Jahre zwischen Konferenz und Buchveröffentlichung liegen, könnten die vorgestellten Debatten, Konzepte und Interventionen kaum aktueller sein. Anhand einer breiten Palette von konzeptionellen Diskussionen und illustrativen Beispielen aus verschiedenen Städten des ‚globalen Nordens‘ stellen sich die versammelten Autor_innen der Frage, was es im deutschen Kontext bedeutet, ‚Dekolonisierung‘ einzufordern und an welchen Punkten und Orten hierfür intellektuell und praktisch angesetzt werden kann. Die Bandbreite der Themen reicht dabei von kritischen Dekonstruktionen städtischer Erinnerungspolitik über urbane Verdrängungsprozesse und rassistisch motivierte Polizeigewalt bis hin zur Marginalisierung queerer *people of color* (im Folgenden PoC abgekürzt).

Kolonialität und Dekolonisierung bilden dabei die zwei zentralen konzeptionellen Ankerpunkte der Autor_innen des Sammelbands. In kritischer Auseinandersetzung mit postkolonialen Theorien betont die ‚dekoloniale‘ Denkschule nicht nur die physische Verdrängung von kolonialisierten Gesellschaften und die daraus resultierenden negativen sozioökonomischen Effekte wie anhaltende Armut und systematische Benachteiligung, sondern lenkt den Blick außerdem auf die Marginalisierung alternativer Wissensformen in der westlichen Moderne. Als zentrale Autoren dieser aktuellen Debatte haben sich bisher vor allem lateinamerikanische Entwicklungskritiker wie Walter Mignolo, Arturo Escobar und Anibal Quijano hervorgetan, welche unter anderem auf Basis der rassistisch-kritischen Analysen des afrokaribischen Psychiaters und Philosophen Frantz Fanon die Universalitätsansprüche westlicher Erkenntnistheorie kritisieren. Dekolonisierung als Prozess zu verstehen, geht dabei jedoch über reinen „epistemologischen Ungehorsam“ (Mignolo 2011: 122f., Übers. d. A.) hinaus und schließt explizit politische Unterstützung für weltweite indigene, feministische, queere und antirassistische

Kämpfe mit ein. An diese akademisch-aktivistische Praxis knüpft auch der vorliegende Sammelband an. Er übersetzt zentrale Argumente anhand von anschaulichen Beispielen aus dem ‚globalen Norden‘ für den deutschen Sprachraum und insbesondere für die hiesige kritische Stadtforschung.

Besonders angenehm fällt dabei die Tatsache auf, dass die Autor_innen nicht nur Institutionenkritik üben, sondern sich auch selbstkritisch mit antifaschistischen und antirassistischen Organisationen der politischen Linken auseinandersetzen. Dies wird besonders im Kapitel von Paola Bacchetta, Fatima El-Tayeb und Jin Haritawon deutlich. Hier zeigen die Autor_innen, wie rassistische Ausschlussmechanismen auch in links-alternativen Projekten reproduziert werden und sich im Gegenzug kreativer Widerstand durch queere PoC-Gruppen formiert. Exemplarisch hierfür beschreiben die Autor_innen die Auseinandersetzung über den „Transgenialen CSD“ in Berlin-Neukölln, welcher von queeren PoC-Gruppen als neokolonialer Gentrifizierungstreiber öffentlich kritisiert wurde. Das in „Sachen Rassismus Unterscheidungen zwischen homo/rechts/normativ und queer/links/transgressiv“ (2017: 44) problematisch sind, weil so systematisch Stimmen, Körper und Identitäten queerer PoC durch das binäre Raster fallen, ist durchaus eine Problematik mit globaler Resonanz. Dies zeigt auch das jüngere Beispiel der „Johannesburg Pride“ im Jahre 2012. Hier kam es während des Umzugs zu einer heftigen Auseinandersetzung zwischen einerseits überwiegend schwarzen lesbischen und nicht genderkonformen Feministinnen, die durch eine Schweigeminute auf die anhaltend hohe und grausame sexuelle Gewalt vor allem gegen die Körper schwarzer Frauen in Südafrika aufmerksam machen wollten, und den überwiegend weißen Teilnehmer_innen und Organisator_innen des Umzugs andererseits. Letztere überzogen Erstere mit rassistischen Äußerungen und versuchten, sie gewaltsam vom Umzug zu entfernen. Betrachtet man diese Auseinandersetzung mithilfe eines intersektionalen und dekolonialen Analyserahmens, zeigt sich schnell, dass Homophobie zwar das ganze LGBTI-Spektrum betrifft, rassifizierte Klassenunterschiede jedoch trotzdem dazu führen, dass schwarze Körper innerhalb dieses Spektrums weiterhin unterdrückt und ihre Erfahrungen nicht ernst genommen werden (siehe Scott 2017).

Ein weiteres einprägsames Beispiel, dass die Dringlichkeit aber gleichzeitig auch die Komplexität antirassistischer Stadtpolitik verdeutlicht, findet sich im Text von Mahdis Azarmandi und Roberto D. Hernandez. Ausführlich analysieren die Autor_innen hier den Umbenennungsprozess des – nach einem prominenten Sklavenhändler benannten – „Antonio López Plaza“ in Barcelona. Dabei zeigen sie sehr anschaulich, wie weiße liberale Linke genau jene gewaltsamen kolonialen Ausschlussprozesse reproduzieren, welche sie durch die Umbenennung eigentlich bekämpfen wollen. Auf den ersten Blick zeugen die von diesen Gruppen vorgeschlagenen Namen – wie „Nelson Mandela“ und „Rana Plaza“ – zwar von einer augenscheinlichen Sensibilität für Menschen- und Arbeiter_innenrechte, Toleranz und Antirassismus. Allerdings zeigen die Autor_innen wie durch die Belegung solch abstrakter moralischer Allgemeinplätze – wie globaler Gerechtigkeit, Solidarität und Versöhnung – eine selbstkritische Auseinandersetzung mit der eigenen rassistischen und geschlechtsspezifischen Kolonialgeschichte aktiv vermieden wird. So wird koloniale Gewalt nicht nur dem lokalen Kontext enthoben, sondern auch historisiert und damit als abgeschlossen betrachtet. Wie die

Autor_innen eingängig argumentieren, führt dies letztendlich dazu, dass die alltäglichen Kämpfe afrospanischer Gruppen mit den Mikroaggressionen der kolonialen Gegenwart weder wahr- noch ernstgenommen werden.

Neben diesen eher beispielgeleiteten Texten bietet *Decolonize the City!* aber auch stärker theoretisch-konzeptionelle Zugänge an. Ramón Grosfoguel gibt – gestützt auf die postkolonialen Philosophen Frantz Fanon und Boaventura de Sousa Santos – Antworten auf die Frage „Was ist Rassismus?“, während Noa K. Ha mit ihren Ausführungen „Zur Kolonialität des Städtischen“ die dazugehörige stadttheoretische Fundierung liefert. Obwohl beide Kapitel im akademisch-aktivistischen Spektrum eher auf der akademischen Seite verortet werden können, sind sie weitestgehend verständlich geschrieben und verschaffen den Leser_innen einen guten Überblick über zentrale Theorien und Debatten.

Obwohl sich die Geografie der – in *Decolonize the City!* besprochenen – antirassistischen Kämpfe und dekolonialen Widerstände von Barcelona über Lissabon bis nach Oakland zieht, spielt Berlin in vielen Kapiteln eine zentrale Rolle. Dies mag zum einen dem ursprünglichen Ort der Tagung geschuldet sein, zum anderen aber auch mit den zahlreichen erinnerungspolitischen Kontroversen der letzten Jahre zusammenhängen. Insbesondere das geplante „Humboldt Forum“ ist dabei ein Brennglas, durch das vieles von dem, was in der deutschen Hauptstadt in Sachen kolonialer Aufarbeitung und Dekolonisierung schief läuft, unverhohlen zutage tritt. Daher bildet das Forum auch im letzten Buchteil einen wichtigen Referenzpunkt für die Autor_innen. Ganz im Sinne einer postkolonialen Agenda zeigen die eingängigen Kritiken dominanter Identitätsmuster und nationaler Erinnerungspolitiken, dass die Stadt mehr als nur ein Ort kapitalistischer Akkumulation ist. Sie ist auch ein Ort aktiver nationaler Identitäts(re)konstruktion und politischer Ideologisierung, weshalb besonders städtische Museen als eine Art „imperialer Mikrokosmos“ (2017: 137; Übers. d. A.) fungieren. Nicht zuletzt gewinnt dieser Teil dadurch an Aktualität, dass Ende Juli 2017 die französische Kunsthistorikerin Bénédicte Savoy dem Expert_innen-Beirat des Humboldt Forums den Rücken kehrte. Dabei warf sie dem Forum vor, es zeige mangelnde Sensibilität für kritische Provenienzforschung und scheue eine ernsthafte und umfassende Auseinandersetzung mit der Gallionsfigur Alexander von Humboldt. Zwar entfernt sich *Decolonize the City!* in diesem Teil am weitesten von einem stadttheoretischen Anspruch, aber dies tut der Relevanz des Gesamtwerks keinen Abbruch. Im Gegenteil: Weil die Herausgeber_innen vermeiden, allen Autor_innen eine einheitliche Stadtforschungsschablone überzustülpen, beweisen sie, dass sie Interdisziplinarität ernst nehmen. Einziger Wermutstropfen in diesem Zusammenhang: Obwohl sich die Problematisierung der ‚europäischen Stadt‘ als scheinbar universaler globaler Entwicklungsstandard – mal mehr, mal weniger sichtbar – durch das gesamte Buch zieht und das Herausgeber_innenkollektiv selbst zum Großteil aus weiblichen PoC besteht, verweist lediglich das Kapitel von Noa K. Ha explizit auf die zahlreichen Autor_innen of Color, welche die Debatte um die Kolonialität der Stadt innerhalb der Urban Studies geprägt haben und weiter unermüdlich vorantreiben, wie unter anderem AbdouMaliq Simone, Brenda Yeoh, Ananya Roy, Aihwa Ong, Katherine McKittrick, Patricia Noxolo und Edgar Pieterse.

Abgesehen davon zeichnet sich *Decolonize the City!* nicht nur durch die große Bandbreite und Qualität der einzelnen Beiträge aus, sondern zeigt sich auch in Bezug auf die dargebrachte kritisch-reflektierte Publikationspraxis vorbildlich. Neben zahlreichen Co-Autor_innenschaften sind etwa ein Drittel der Texte Übersetzungen aus dem Englischen, womit auch nicht-deutschsprachigen Autor_innen ein wichtiger Raum gegeben wurde, um sich in die Debatte einzubringen. Auch die kollektive kuratorische Praxis der Herausgeber_innen, auf der sowohl das Buch als auch die vorangegangene Konferenz fußt und die im Abschlusskapitel näher erläutert wird, ist wegweisend. Es bleibt zu hoffen, dass sie zunehmend Nachahmer_innen findet. Denn angesichts der noch immer zu häufig vorkommenden ‚Manels‘ (rein männlich besetzte Panels) und/oder ‚all white panels‘^[1] ist es unbedingt notwendig, über die thematische Ebene hinaus verstärkt auch auf die personelle Zusammenstellung von Konferenzen und Sammelbänden zu achten, um hegemoniale Repräsentationsstrukturen aufzubrechen. Nicht zuletzt wird so auch dem Ziel Rechnung getragen, neue Allianzen zu bilden und Solidarisierungen zwischen kritischen Wissenschaftler_innen und dekolonialen Aktivist_innen zu stärken. Dass diese Praktiken zu den wichtigsten Aufgaben und Pflichten von de- beziehungsweise postkolonialen Autor_innen gehören, wird somit vom Zwischenraum Kollektiv nicht nur betont, sondern auch aktiv vorgeführt.

Insgesamt ist *Decolonize the City!* für eine breite Leser_innenschaft relevant, sowohl für Wissenschaftler_innen, die sich nicht davor scheuen, ihre eigenen Erkenntnistheorien und Forschungspraxen selbstkritisch zu hinterfragen, als auch für Aktivist_innen, die sich über antirassistische Kämpfe und Dekolonisierungsinitiativen in verschiedenen Städten und Kontexten informieren und ihre Arbeit mithilfe neuer Vokabeln und theoretischer Konzepte stärken wollen.

Endnoten

- [1] Zur Illustration siehe <http://allwhitepanels.tumblr.com/> und <http://allmalepanels.tumblr.com/> (letzter Zugriff am 26.10.2017).

Autor_innen

Laura Nkula-Wenz arbeitet als kritische Stadtgeografin zu urban governance, postkolonialer Stadtentwicklung und kultureller Praxis mit Schwerpunkt Südafrika.
laura.a.nkula@gmail.com

Literatur

- Mignolo, Walter (2011): *The Darker Side of Western Modernity: Global Futures, Decolonial Options*. Durham: Duke University Press.
- Scott, Lwando (2017): *Disrupting Johannesburg pride: gender, race, and class in the LGBTI movement in South Africa*. In: *Agenda* 15/2, 42-49.
- Zwischenraum Kollektiv (Hg.) (2017): *Decolonize the City! Zur Kolonialität der Stadt. Gespräche, Aushandlungen, Perspektiven*. Münster: Unrast Verlag.



Ghettos, Banlieues und territoriale Stigma

Rezension zu Loïc Wacquant (2017): *Die Verdammten der Stadt. Eine vergleichende Soziologie fortgeschrittener Marginalität*. Wiesbaden: Springer.

Anja Schwanhäußler

„Du wohnst hiiier? ‚Yeah‘. ‚Gut, dann kannst du mich nach Hause bringen“ (S. 187), meint die junge Frau provozierend, als sie realisiert, dass ihr Date, ein Chicagoer Profiboxer, in einem jener berüchtigten ‚Projekte‘ des sozialen Wohnungsbaus an der South Side wohnt. Der Boxer wollte der Frau einfach seine Mutter vorstellen. Die tiefsinnige Anekdote stammt aus Wacquants vielbeachteter Studie *Urban Outcasts* (2008), in der es neben den Differenzen zwischen US-amerikanischem Ghetto und französischen Banlieues schwerpunktmäßig um „territoriale Stigmatisierung“ (S. XX) geht. Nun liegt sie auch auf Deutsch unter dem Titel *Die Verdammten der Stadt* (2017) vor, nachdem hier bereits andere seiner stadtsoziologischen Studien, darunter die Essaysammlung *Das Janusgesicht des Ghettos* (2006) und der ethnografische Klassiker *Leben für den Ring* (2003) erschienen sind. Wacquant, ein Meister der Zweit- und Drittverwertung seines Werks, hat in *Die Verdammten der Stadt* einzelne Essays versammelt, die in den Jahren 1987 bis 1998 entstanden sind.

Die Chicagoer South Side der 1990er Jahre sei wie andere amerikanische Ghettos durch Deindustrialisierung, Neoliberalisierung und den Abbau des Wohlfahrtsstaats von einem aus europäischer Perspektive kaum vorstellbaren Verfall gezeichnet, der die Stadtlandschaft wie ein „Kriegsgebiet“ (S. 168) erscheinen lasse. Wacquant beschreibt eindrücklich, wie sich diese marode Umwelt auf die mentale Struktur der Bewohner_innen und ihre Chancen auf dem Arbeits- und Heiratsmarkt auswirken. Der symbolische Makel führe zu Strategien gegenseitiger Distanzierung und untergrabe kollektives Handeln. Der soziale Verfall findet bei Wacquant im Räumlichen einen homologen Ausdruck, wobei der Soziologe eine so passende wie streitbare räumliche Metapher für die Soziologie der Prekarisierung findet – streitbar, weil die Metapher vom Individuum als ‚Ruine‘ als Essenzialisierung missverstanden werden könnte. Der Strukturanalytiker Wacquant interpretiert das Ghetto als „Hafen [...], der einen selbstorganisierten kollektiven Schutz gegen brutale Herrschaft vorbringt“ (S. XV), wobei das heutige Ghetto diese Funktion verloren habe. Dieses, von Wacquant anklagend mit dem Präfix ‚Hyper‘ versehen, sei heute ausschließlich ein „räumliches Instrument ethnorassistischer Schließung und Kontrolle“ (ebd.).

Urban Outcasts erfährt bis heute breite Resonanz durch viele Rezensionen und mindestens ein Symposium.[1] Kritisiert wird neben der Stilisierung der Chicagoer South Side zum amerikanischen Ghetto schlechthin die rhetorische Übertreibung des Elends durch den Terminus ‚Hyperghetto‘. Tatsächlich wird man bei der Lektüre den Verdacht nicht los, dass es unter der Oberfläche auch heute eine symbolische Ordnung gibt, was der Autor sogar selbst immer wieder andeutet. Raubdelikte beispielsweise stellen ihm zufolge „eine Art Kleinunternehmertum dar, bei dem sie [die Jugendlichen, A. S.] ihre einzigen wirklichen Stärken zum Einsatz bringen können, nämlich ihre körperliche Gewandtheit und ihre praktischen Kenntnisse der Halbwelt auf der Straße“ (S. 62; siehe auch Wacquant 1998). Solcherlei kriminelle Aktivitäten sind zusammen mit dem Drogenhandel die ökonomische Basis einer „Kultur des Terrors“ (S. 62), die brutal ist, aber dennoch eine symbolische Ordnung aufweist. Sodass es also angesichts des aussichtslosen Verfalls doch die ‚agency‘ individuellen Verhaltens gibt, einen eigenwilligen Umgang mit strukturellen Zwängen.

Die Absolutheit, mit der Wacquant dennoch den Verfall diagnostiziert, scheint in erster Linie politisch motiviert zu sein. So schreibt auch eine Rezensentin, dass eine politisch engagierte Soziologie immer starke Worte suche, um die menschlichen Konsequenzen politischer Verachtung und Vernachlässigung aufzuzeigen (Patillo 2009). Vielleicht, so eine andere Stimme, befürchte Wacquant, die Rede von der individuellen ‚agency‘ könne neoliberalen Argumentationen in die Hände spielen (Ley 2009). In jedem Fall zeichnet *Die Verdammten der Stadt* im Detail ein interessanteres, komplexeres Bild vom Ghettoleben als dies Wacquants ‚catch word‘ des Hyperghettos suggeriert.

Was leistet diese Studie für die deutsche Stadtforschung? Der Beitrag Wacquants ist der, dass er kritisch-materialistische Stadtforschung und Ungleichheitsforschung mit der Diskurslinie ‚Ethnografie subalterner urbaner Milieus‘ verbindet, was in Deutschland noch viel zu wenig getan wird. Spätestens seit der Herausgabe des Suhrkamp-Bands *An den Rändern der Städte* (Häußermann/Kronauer/Siebel 2004), in dem auch ein Aufsatz von Wacquant erschien, ist Wacquant eine wichtige Stimme innerhalb der deutschsprachigen Stadtforschung. Wacquant steht für eine viel zu seltene, erfahrungsnahe Forschungsstrategie im Stil der Chicagoer Schule der Stadtsoziologie, die gesellschaftliche Entwicklungen und soziale Ungleichheit immer in Bezug zu Lebenswelten beschreibt und kontextualisiert. Er versteht „Ethnografie als Instrument des Bruchs“ (S. XXXVI); es gehe darum „die Ummantelung von Diskursen zu durchbrechen, die diese Territorien städtischer Verdammnis umgeben“ (ebd.). Wacquant leistet dies nicht ohne Konflikte, Polemiken und gelegentliche Einseitigkeiten, doch kann er mit diesem Buch in Deutschland einen Diskurs weiter befruchten, der die Kluft zwischen kritischer Stadtforschung und der Ethnografie sozial marginalisierter Gruppen und Subkulturen weiter auslotet.

Mit dem Begriff der ‚territorialen Stigmatisierung‘ hat Wacquant urban-ökologische Diskurse um ein griffiges Theorem bereichert. Der Zusammenhang von Raum, sozialer Ordnung und psychologischen Strukturen ist in jüngerer Zeit wieder vermehrt diskutiert worden, allerdings im Vergleich zu Wacquants Breitenwirkung eher in Insider-Kreisen. Hierzu zählt das Konzept des „Urban Charisma“ der niederländischen Ethnologen Thomas Blom Hansen und

Oskar Verkaaik (Hansen/Verkaaik 2009) sowie des „Imaginären der Stadt“ des deutschen Kulturanalytikers und Stadtsoziologen Rolf Lindner (2016). Moritz Ege (Europäische Ethnologie) hat unter Bezugnahme auf Hansen und Verkaaik beispielsweise dargestellt, wie junge Männer in Berlin unter dem Label ‚Gangster Style‘ den Symbolraum Neukölln und Tempelhof umdeuten – hier ist das territoriale Stigma auch eine Quelle von Stolz (Ege 2013). Eine positive Umdeutung des Stigmas legt auch die eingangs erwähnte Anekdote nahe: Der Boxer hat sehr wohl ein Gefühl für die gute ‚Story‘, die er als von der Freundin zurückgewiesener Unglücksrabe vorzuweisen hat. Das heißt, dass das Ghetto nach wie vor „Mittel zur Hervorbringung eigener Repräsentationen“ (S. XXII) bereitstellt, wie Wacquant diesen Prozess symbolischer Umdeutung nennt.

‚Territoriale Stigmatisierung‘ und verwandte Konzepte zeigen nicht nur die räumliche Ordnung sozialer Marginalisierung, sie zeigen Raum auch als Speichermedium des kollektiven Gedächtnisses. Wacquant kann damit zum Beispiel erklären, wie sich soziales und räumliches Stigma gegenseitig verstärken und somit sozialer Abstieg (und Aufstieg) nicht allein auf gesellschaftliche und ökonomische, sondern auch auf räumliche Faktoren zurückzuführen ist. Hierzu zählt nicht nur die sprichwörtliche ‚schlechte Adresse‘. Auch symbolpolitisch wirkt sich die Gegend aus: Sobald ein Ort öffentlich als rechtloses Gebiet jenseits der Norm etikettiert wird, fällt es Behörden leichter, von Recht und Gewohnheit abweichende Sondermaßnahmen zu rechtfertigen. Stadtplanung verschärft den Trend noch, wenn sozialer Wohnungsbau ausschließlich innerhalb der Grenzen des Problemviertels betrieben wird.

Es sei angemerkt, dass zwar bereits eine deutsche Übersetzung eines Aufsatzes von Wacquant zur „territorialen Stigmatisierung“ erschien (Wacquant 2007), dass aber das Konzept in *Die Verdammten der Stadt* ausführlicher dargestellt und dadurch die wichtige Schlussfolgerung ermöglicht wird, dass Ab- und Aufwertung, Stigma und Charisma eng beisammen liegen. Wacquant hat außerdem in jüngeren Aufsätzen das Modell des „territorialen Stigmas“ weiter ausgearbeitet (Wacquant/Slater/Pereira 2014) und bereits in *Die Verdammten der Stadt* so etwas wie eine positive Umdeutung und Aufwertung von Stigma beschrieben – „entsprechend der Formel ‚Black is beautiful‘“ (S. 71).

Das andere Verdienst des Buches ist die transatlantische Perspektive. Der Vergleich plausibilisiert die Verzahnung von Politik und Lebenswelt besonders eindrücklich und zeigt, wie unterschiedliche politische Kulturen in Europa und den USA unterschiedliche Lebenswelten hervorbringen. Der Autor erinnert mit Nachdruck daran, dass, anders als in den USA, in Frankreich die historische Segregation nicht auf ‚Rasse‘, sondern auf Klasse basiert. Erst im weiteren Verlauf wurde sie in Frankreich und anderen Ländern Europas auch durch ethnisch-nationale Zugehörigkeit beeinflusst. Wacquants metaphorisches Feingefühl kommt auch hier zur Geltung: Für die proletarischen, ‚roten‘ Vororte verwendet er den geläufigen Begriff ‚Roter Gürtel‘ im Gegensatz zum ‚Schwarzen Gürtel‘ der US-amerikanischen Ghettos. Während in Frankreich in den neunziger Jahren verschiedene Maßnahmen ergriffen wurden, Armut und steigende Arbeitslosigkeit zu mildern (unter anderem durch die Einrichtung eines Ministers für Stadtentwicklung), kürzte der US Staat das ohnehin „geizige“ (S. 79) Wohlfahrtsbudget. Während in Frankreich mehr

als zwei Drittel des Wohnbestandes Sozialbauwohnungen sind, sind die USA das einzige fortgeschrittene Land der Welt ohne maßgebliche staatliche Unterstützung von Bauprojekten für einkommensschwache Haushalte. Deshalb sei auch die Rede von der „Ghettoisierung“ (S. XV) der Banlieues falsch, da die Geschichte und die Rolle des Staates sehr unterschiedlich sind. Beiläufig fließt er in die Kritik ein überraschend zeitgeistiges Plädoyer für ein Grundeinkommen ein (S. 276).

Zu kritisieren ist freilich das Alter des Datenmaterials, das bereits bei der Erstveröffentlichung von *Urban Outcasts* in die Jahre gekommen war. Wacquant rechtfertigt dies damit, dass es um dauerhafte Mechanismen gehe. Eine angreifbare Position, denn die gesellschaftlichen Entwicklungen seit Obama und Trump sind gravierend; mit Obamacare kommt der Wohlfahrtsstaat in die Ghettos zurück, mit Demonstrationen gegen Trump werden politische Proteste gegen Rassenungleichheit wieder stärker. Die beschriebenen Lebenswelten haben sich nicht unwesentlich verändert, und das ist für einen ethnografischen Ansatz, der das Irreduzible der Lebenswelten hervorhebt, ein Problem. Natürlich können ethnografisch informierte Studien nicht mit journalistischen Reportagen konkurrieren, doch bis zu 30 Jahre altes Datenmaterial ist schon sehr alt. Andererseits sind die zwei zentralen Thesen des Buches, zum einen das Phänomen der ‚territorialen Stigmatisierung‘ und zum anderen der fundamentale Unterschied zwischen dem US-amerikanischen Ghetto und den französischen Banlieues, tatsächlich Erscheinungen der ‚longue durée‘, was eine gewisse Überzeitlichkeit der Studie rechtfertigt und sie auch für Leser_innen in Deutschland im Jahr 2017 relevant macht. Zumal die Studie Ethnografie, das Studium sozialer Ungleichheit und Stadtsoziologie in einzigartiger Weise verknüpft.

Zum Schluss ist noch anzumerken, was bisherige Rezensionen übersehen haben: Um zu verstehen, warum Wacquant starke Metaphern wie ‚Kriegsgebiet‘ und ‚Mondlandschaft‘ für die Ghetto-Atmosphäre verwendet, muss berücksichtigt werden, dass ‚Bronzeville‘ an der Chicagoer South Side, dem Ort von Wacquants Feldforschung, nicht nur ein geografischer Ort, sondern auch ein mythologischer Ort soziologischer Prosa ist: Es wurde in der Soziologie der 1940er Jahre durch die legendäre Studie von St. Claire Drake und Horace R. Cayton unter dem Namen „*Black Metropolis*“ bekannt (Drake/Cayton, 1970 [1945]). Drake und Cayton zeigten damals, dass das vermeintlich desorganisierte Ghettoleben eine intakte Community-Struktur aufweist und es ein „Netzwerk gemeinschaftlicher Institutionen von Schwarze für Schwarze“ (S. XII) gibt, bei der Grenzen zwischen Weißen und Schwarzen sowie zwischen Arbeiter- und Mittelschicht herausgefordert werden. Wacquant nimmt wiederholt Bezug auf *Black Metropolis*, um das damalige, gut organisierte „institutionelle Ghetto“ (S. 104) vom heutigen „physischen Ghetto“ (ebd.), das lediglich auf Einschließung basiere und Gefängnischarakter habe, zu unterscheiden. Jenseits der Frage, ob diese Diagnose gerechtfertigt ist, sind Wacquants nahezu lyrische Beschreibungen des Verfalls des heutigen Bronzeville in jedem Fall als Anti-Metapher zur *Black Metropolis* zu lesen.

Endnoten

- [1] Rezensionen zu *Urban Outcast* finden sich in den Journals *City* 12/1/2008, *International Journal of Urban and Regional Research* 33/3/2009, *Urban Geography* 31/2/2010, *Sociology* 44/2/2010, *The Social Science Journal* 47/2/2010, *Environment and Planning* 46/6/2014, *Urban Studies* 53/6/2016, um nur die wichtigsten zu nennen. Das Symposium zu *Urban Outcasts* dokumentiert *City* 11/3/2007.

Autor_innen

Anja Schwanhäüßer forscht in der Europäischen Ethnologie. Ihre Schwerpunkte sind Stadtanthropologie, Ethnografie, Gender, Animal Studies und Subkultur.
as@culture-of-cities.de

Literatur

- Drake, St. Clair / Cayton, Horace R. (1970 [1945]): *Black Metropolis. A Study of Negro Life in a Northern City*. Chicago: University of Chicago Press.
- Ege, Moritz (2013): ‚Ein Proll mit Klasse.‘ Mode, Popkultur und soziale Ungleichheit unter jungen Männern in Berlin. Frankfurt am Main: Campus.
- Häußermann, Hartmut / Kronauer, Martin/ Siebel, Walter (2004): *An den Rändern der Städte. Armut und Ausgrenzung*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Hansen, Thomas Blom / Verkaaik, Oskar (2009): Introduction. Urban Charisma. On Everyday Mythologies in the City. In: *Critique of Anthropology* 29/5, 5-26.
- Ley, David (2009): A Review of *Urban Outcasts: A Comparative Sociology of Advanced Marginality and Badlands of the Republic: Space, Politics and Urban Policy*. In: *Annals of the Association of American Geographers* 99/1, 213-216.
- Lindner, Rolf (2016): The Imaginary of the City. In: Anja Schwanhäüßer (Hg.): *Sensing the City. A Companion to Urban Anthropology*. Basel: Birkhäuser., 114-121.
- Patillo, Mary (2009): Revisiting Loïc Wacquant's *Urban Outcasts*. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 33/3, 858-864.
- Wacquant, Loïc (1998): L'ascension de l'État pénal en Amérique. In: *Actes de la recherche en sciences sociales* 124, 7-26.
- Wacquant, Loïc (2003): *Leben für den Ring. Boxen im amerikanischen Ghetto*. Konstanz: UVK.
- Wacquant, Loïc (2004): Roter Gürtel, Schwarzer Gürtel: Rassentrennung, Klassenungleichheit und der Staat in der französischen städtischen Peripherie und im amerikanischen Ghetto. In: Hartmut Häußermann / Martin Kronauer / Walter Siebel, *An den Rändern der Städte. Armut und Ausgrenzung*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 148-202.
- Wacquant, Loïc (2006): *Das Janusgesicht des Ghettos und andere Essays*. Bauwelt Fundamente. Basel: Birkhäuser.
- Wacquant, Loïc (2007): Territoriale Stigmatisierung im Zeitalter fortgeschrittener Marginalität. In: *Das Argument* 271, 399-409.
- Wacquant, Loïc (2008): *Urban Outcasts. A Comparative Sociology of Advanced Marginality*. Cambridge: Polity.
- Wacquant, Loïc / Slater, Tom / Pereira, Borges Virgílio (2014): Territorial stigmatization in action. In: *Environment and Planning* 46, 1270-1280.



Sich in der ‚Krise‘ einrichten?

Rezension zu Jörg Friedrich, Peter Haslinger, Somon Takasaki und Valentina Forsch (Hg.)

(2017): *Zukunft: Wohnen. Migration als Impuls für die kooperative Stadt*. Berlin: jovis.

Frank Eckardt

Die Ankunft großer Flüchtlingsgruppen im Sommer 2015 hat zu einem weitestgehend spontanen Handeln staatlicher Akteure und der Zivilgesellschaft in Deutschland geführt, wobei das Thema Unterkunft und Wohnen an vorderster Stelle stand. Über Nacht mussten vielerorts plötzlich Zelte aufgeschlagen, Container aufgestellt und Sportsäle von Schulen okkupiert werden. Erstaunlicherweise war *eine* Zunft kaum beteiligt, die sich eigentlich professionell mit dem Thema Wohnen auseinandersetzt und sich dafür für kompetent erachtet: die Architektur und Stadtplanung. Der Sommer 2015 hat in dieser Hinsicht auch die schmerzliche Bedeutungslosigkeit einer Profession gezeigt, die weder bundesweit noch in den Bundesländern ihre Stimme erhoben hat, um in die ad hoc-Entscheidungen eine langfristige Perspektive für das Wohnen von Flüchtlingen in Deutschland einzubringen. Es blieb oftmals überforderten Beamt_innen und Ehrenamtlichen überlassen, mit einer Strategie des Sich-durch-Wurschtelns das Beste aus allem zu machen. Braucht man vielleicht gar keine Architekt_innen für die Planung einer Stadt? Erfreulicherweise haben viele lokale Entscheidungsträger_innen und die ansässige Bevölkerung tatsächlich genügend Weit- und Einsicht in die Notwendigkeiten des Augenblicks bewiesen, sodass die Situation im Grunde gut gemeistert werden konnte. Wenn man von der Berliner Situation absieht, hat sich das ‚Chaos‘ von 2015 relativ schnell auffangen lassen.

Es gab natürlich auch Architekt_innen, die sich 2015 und 2016 in den Diskurs einbringen wollten und sich als Teil der Stadtgesellschaft aktiv eingebracht haben. So hat sich die Hamburgische Architektenkammer im Sinne der Willkommenskultur positioniert. Im Bereich der Architektur müssen vor allem die Arbeiten von Jörg Friedrich, Professor für Gebäudelehre in Hannover, und seinem Team genannt werden. Schon im Jahr 2015 hatte er sich als Erster mit *Refugees Welcome. Konzepte für eine menschenwürdige Architektur* zur Problematik zu Wort gemeldet. Hintergrund des Bandes waren studentische Projekte in Hannover, mit denen leerstehende Räume für eine Umwandlung in menschenwürdige Flüchtlingsunterkünfte vorgeschlagen wurden. Dabei wurden durchaus innovative und anregende Vorschläge entwickelt, die auch die Stadt in ihrer heutigen Verfasstheit infrage gestellt

haben. So wurde etwa das Diktum der Auto-Stadt durch das Umnutzen von Parkhäusern in der Innenstadt hinterfragt.

Mit dem 2017 vorgelegten Band *Zukunft: Wohnen. Migration als Impuls für die kooperative Stadt* werden sowohl aktuelle Arbeiten des Teams erneut in einer anschaulichen und umfassenden Weise vorgelegt und reflektiert. Ausgangspunkt der neuen Publikation ist die Beobachtung, dass nach der Ankunft der Migrant_innen in Deutschland „mittlerweile eine kreative und innovative Architekturdebatte über das Wohnen“ (Klappentext Friedrich et al. 2017) eingetreten sei. Man mag dieses Buch tatsächlich zu Recht als einen Beitrag hierzu einordnen, aber Zweifel sind doch begründet, ob es nicht einer von wenigen einsamen Rufen in der Wüste ist. Mit dem Schließen der Balkanroute und der Verunsicherung durch die weltweiten Krisen ist die Debatte um Flüchtlinge auch aus dem Bewusstsein vieler Architekt_innen wieder verschwunden. *Zukunft: Wohnen* könnte – vor allem mit seinen entwurfsbezogenen Arbeiten, die zwei Drittel des Buches einnehmen – auch als Beitrag zur aktuellen Diskussion um bezahlbaren Wohnraum gelesen werden. Aber sind die Themen wirklich deckungsgleich? Läuft die Integration von Flüchtlingen schlichtweg auf eine Verbreiterung des Angebots von bezahlbarem Wohnraum hinaus?

In seinem einleitenden Essay nimmt Jörg Friedrich einen kritischen Rückblick auf den Umgang mit der Flüchtlingskrise seit 2015 vor und positioniert sich eindeutig: „Die Gesellschaft der Zukunft wird ohne soziale Architektur und humanistisch orientierte Planungskreativität nicht auskommen.“ (2017: 17). Die Architekt_innen und Planer_innen seien zu schnell den Weg der Container- und Betonfertigteilindustrie mitgegangen. Die Einbeziehung des öffentlichen Raums fehle beispielsweise vollkommen. Seit Beginn der Krise hätte man langfristig vordenken müssen. Friedrich lobt hingegen die „guten, einfachen und kreativen Konzepte“ (ebd.: 18), die 2016 auf der Architekturbiennale in Venedig vorgelegt worden seien. Er verweist auf die Konzepte des „wachsenden Haus[es]“ (ebd.) aus den 1930er-Jahren des Berliner Stadtbaurats Martin Wagner als Beispiel dafür, wie man mit der „flächenfressenden, horizontal sich ausbreitenden ‚Stadt der Arme‘ an den Stadträndern“ (ebd.: 21) Schluss machen könnte. Wagner ziele auf hybride Wohn- und Arbeitsformen in den Zentren der Städte. Wie dies trotz der zunehmenden Immobilienpreise in den Innenstädten umgesetzt werden kann, schildert Friedrich anhand des „Neue Heimat Wohnlabor Hamburg“. Dieses anspruchsvolle Konzept, das als durchdachter Vorschlag einer subjektgeförderten sozialen Wohnungspolitik gelten darf, klingt vielversprechend. Gerne wüsste man mehr darüber, wie dieser Vorschlag aufgenommen wurde.

Wie dies dann praktisch umgesetzt werden könnte, davon ist leider auch im nächsten Beitrag, der dies qua Titel – „Von einer Willkommensarchitektur zur Wohnraumfrage“ – verspricht und auch detailliert durchdenkt, leider nichts zu erfahren. Migration könne eine Chance für ‚eine‘ kooperative Stadt sein. Wir könnten, wie überzeugend dargestellt wird, die hybriden Architekturen – die unterschiedliche Funktionen wie Wohnen, Ökonomie, Freiraum und Verkehr miteinander verschmelzen – entwickeln. Die Vorschläge lägen auf dem Tisch. Woran es fehle, sei aber eine differenzierte Auseinandersetzung mit den realen Städten und den politisch und geschichtlich gewachsenen Entscheidungsstrukturen und Planungsprozessen, die auf die drängende

Frage eine Antwort geben könnten: Warum werden diese Vorschläge nicht aufgenommen?

Philipp Oswald setzt – in dem im Buch aufgenommenen Interview – auf Freiwilligkeit. Zumindest gelingt es ihm, die Voraussetzungen für eine veränderte Planungspraxis zu benennen. Ihm zufolge seien dies sachliche Ressourcen, die Bereitschaft der Kommune und eine unterstützende Akteurskonstellation. Nur ein gesellschaftlicher Mentalitätswandel könne die vorhandenen Governance-Strukturen so beeinflussen, dass eine Teilhabe der Flüchtlinge gelinge.

Mit Beispielen aus Berlin und Wien setzt der Band an, weiter zu bestimmen, wie zumindest die politischen und gesellschaftlichen Umstände sein müssten, damit sich der Ansatz einer innovierten Architektur, wie sie hier vorgeschlagen wird, auch in der Praxis umsetzen kann. Letztlich wird eine Reflektion, wie hier vorgelegt, diese Antwort nicht vorwegnehmen können. Stattdessen dürfte man die aufgeführten Projektvorschläge als Einladung zu einer experimentellen Erweiterung der Architekturperspektive verstehen. So ist insbesondere das von Ralph Boch vorgestellte Projekt „Home not Shelter!“ zu verstehen. Er kommt zu folgendem ambivalenten Ergebnis: „Die Provisorien der Unterbringung sind verbessert worden, aber zugleich scheint auch der große Impetus [...] mit Mitteln der Architektur und des Städtebaus neu zu denken [...], im Abebben begriffen.“ (2017: 66) Die Gefahr drohe, dass die Chance der Migration, die hybride Stadt neu zu konzipieren, verloren gehe. Anschließend werden von Julian Benz Vorschläge für die solidarische Finanzierung von Hausprojekten, auch mit Flüchtlingen, vorgestellt. Damit ergebe sich eine Handlungsoption, die aber die vorhandenen Governance-Strukturen, wie Oswald fordert, weitgehend unberücksichtigt ließe und somit nur bedingt an die Komplexität der Herausforderungen heranreiche.

Diese Handlungsoptionen werden im zweiten Teil des Buches anhand von anschaulichen Grafiken zum Thema Migration aufgegriffen. Es folgen sehr viele interessante Beispiele für Entwürfe, die zeigen, wie man auf unterschiedlichen Wegen und an verschiedensten Orten mit teilweise provozierender Schönheit und Eleganz die Idee der hybriden Architektur humanistisch umsetzen könnte. Friedrich schaut in seinem abschließenden Statement auf die veränderte Situation in Deutschland im Jahr 2017 und sieht die „neue Angst vor dem Fremden“ (2017: 290) aufziehen. Diese spiele in eine Gesellschaft hinein, in der Altersarmut und Wohnraummangel die Städte vor weitere Herausforderungen stellten. Erneut fordert er die Architekt_innen auf, sich „auf die neuen Fragestellungen in der Stadtgesellschaft aus (zu) richten, nicht umgekehrt.“ (ebd.: 293).

Der vorgelegte Band ist insgesamt ein ermutigendes Beispiel dafür, dass trotz beobachtbarer Verschiebung der Aufmerksamkeit hinsichtlich der Flüchtlingsintegration – in der Architektur und in der Gesellschaft – die dringende Debatte über den Zusammenhang von Migration, Stadtentwicklung, bezahlbarem Wohnraum, Flächenfraß und der Vielfalt von Lebensentwürfen zusammengedacht werden kann und dabei anspruchsvolle architektonische Vorschläge entstehen können. Wenn sich die Architekt_innen – so wie hier gefordert – auf die Gesellschaft stärker einlassen sollen, dann ist allerdings noch ein längerer Weg zu gehen. Zum einen ist die Erwartung, dass „Millionen neuer Arme“ (ebd.: 17) noch kämen, angesichts der sich immer

weiter schließenden Festung Europa kaum realistisch. Zum anderen ist die Frage der Integration vielleicht nicht in erster Linie vom Wohnen abhängig. Arbeit und Bildung, Familienvereinigung und auch Gemeinschaftsbildungen sind Faktoren, die die Mobilität von Flüchtlingen trotz Wohnsitzauflage im erheblichen Maße bestimmen werden. Was wird das für die Architektur und den Städtebau bedeuten, wenn Integration nicht durch die gewünschte hybride Stadt, sondern vor allem in den vorhandenen Siedlungsstrukturen mit der Eigenheim-Dominanz stattfindet? Friedrich und seine Mitstreiter_innen haben nun schon zweimal konzeptionelle Vorschläge entwickelt. Es droht Frust und die Abwendung vom Thema, weil sie niemand realisiert. Das wäre falsch. Der Architekturdiskurs muss sich noch intensiver mit der ‚realen‘ Stadt beschäftigen, bevor er Lösungsvorschläge entwickelt. Wir warten auf jeden Fall auf den dritten Band aus Hannover!

Autor_innen

Frank Eckardt ist Politikwissenschaftler und Stadtsoziologe.
frank.eckardt@uni-weimar.de





